

# DISS

## JOURNAL

► DISS course  
► DISS agree  
► DISS order

ISSO

Dez 2025

Kulturkampf



# DISS-Journal #50

Dezember 2025

ZEITSCHRIFT DES DUISBURGER INSTITUTS FÜR SPRACH- UND SOZIALEFORSCHUNG



## IMPRESSUM

DISS-Journal  
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für Sprach-  
und Sozialforschung (DISS)  
Siegstr. 15  
47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249  
[info@diss-duisburg.de](mailto:info@diss-duisburg.de)

Homepage: [www.diss-duisburg.de](http://www.diss-duisburg.de)

## REDAKTION

Guido Arnold  
Wolfgang Kastrup  
Helmut Kellersohn  
Anna-Maria Mayer  
Benno Nothardt  
Jobst Paul

## LAYOUT

Guido Arnold

## HEFT-BESTELLUNG

[info@diss-duisburg.de](mailto:info@diss-duisburg.de)  
Tel.: 0203/20249

Schutzgebühr: 6 EUR  
kostenfrei für Mitglieder  
des DISS-Förderkreises

# Inhalt

4	<b>VORWORT</b>	Helmut Kellershohn
5	<b>EUROPÄISCHE KONTINUITÄTEN?</b>	Mathias Hoose
10	<b>PETER THIELS LIBERTÄRER AUTORITARISMUS, DER ANTICHRIST UND DIE LEHRE DES KATECHON</b>	Helmut Kellershohn
14	<b>DIE DIGITALE RÜCKKEHR DER HAUSFRAU</b>	Melisa Bayram
17	<b>„WARUM UND WIE ERINNERT DIE RECHTSEXTREMISMUSFORSCHUNG AN DIE GESCHICHTE?“</b>	Volker Weiß
19	<b>WOZU UND WARUM SOLL WER EIGENTLICH „KRIEGSTÜCHTIG“ WERDEN UND WAS GENAU MEINT DAS?</b>	Tino Heim
29	<b>VON BABYBOOMERN UND BETROGENEN</b>	Ursula Kreft & Hans Uske
37	<b>UMKÄMPfte GERECHTIGKEIT</b>	Vorbereitungskreis des DISS-Kolloquiums 2025
37	<b>EINE KLEINE GESCHICHTE DER UTOPIE</b>	Marvin Chlada
40	<b>BINNEN-ETHNOPLURALISMUS, ORGANISCHER STAAT UND EDGAR JULIUS JUNG</b>	Martin Hauff
45	<b>DAS „MERZ“SCHE STADTBILD“ – WER DARB DAZUGEHÖREN?</b>	Memo Şahin
47	<b>„JUNG, MÄNNLICH, MIGRANTISCH“ – EIN SICHERHEITSPOLITISCHES FEINDBILD</b>	Jonas Splanemann
50	<b>STRUKTUR STATT EINZELFALL</b>	Luisa Störy
52	<b>BLOG ZUM MIGRATIONSDISKURS DER DISKURSWERKSTATT IM DISS</b>	Diskurswerkstatt & Benno Nothardt
57	<b>AKTEUR:INNEN DER TÜRKISCH-ISLAMISCHEN IDEOLOGIE IN DEUTSCHLAND</b>	Ismail Küpeli
62	<b>DER KOALITIONSVERTRAG 2025</b>	Peter Höhmann
66	<b>ZUR KRISE DER SOZIALEMOKRATIE</b>	Wilfried Schollenberger
73	<b>VON GAZA BIS ZUR UKRAINE</b>	Martin Gerner
77	<b>CHINA IM WELTWEITEN KRISENKAPITALISMUS</b>	Wolfgang Kastrup
87	<b>LESETIPPS</b>	Benno Nothardt
88	<b>REZENSION: PROJECT 2025 – DIE MACHT HINTER TRUMP</b>	Wolfgang Kastrup
92	<b>AUS DEM INSTITUT</b>	Benno Nothardt
93	<b>MERCATOR-EHRENNADEL FÜR MARGARETE JÄGER</b>	
94	<b>BUNDESVERDIENSTKREUZ FÜR HEIKO KAUFFMANN</b>	
95	<b>DIE JAZZPROFESSORIN ILSE STORB IST GESTORBEN</b>	

# Vorwort

Apropos Kulturkampf! – Am 25.7.2025 erschien die Junge Freiheit nach der ‚erfolgreichen‘ Kampagne gegen die Wahl der Verfassungsrechtlerin Frauke Brosius-Gersdorf zur Richterin am Bundesverfassungsgericht mit einer Aufmachung auf der Titelseite, die zwei aufeinanderprallende Boxhandschuhe zeigt, der eine in schwarzem, der andere in rotem Leder. Dazu quer die Parole „Kulturkampf“! Unter dem schwarzen Boxhandschuh, offensichtlich das konservativ-rechte Lager repräsentierend, findet sich die Botschaft: „Endlich stehen wieder klare ideologische Gegensätze im Zentrum gesellschaftlicher Debatten; unter dem roten („linken“) Boxhandschuh die Zuversicht signalisierende Behauptung „Die Linke gerät dabei zunehmend in die Defensive“.

Drei Ausgaben weiter, nach dem Verzicht von Brosius-Gersdorf auf die Kandidatur für das Richteramt, holt Chefredakteur Dieter Stein erneut aus und sieht einen Wendepunkt erreicht. Seit 1968 habe ein „Kulturkampf von links“ vorgeherrscht, die Linke habe ihren „Marsch durch die Institutionen bis in den letzten Winkel“ getragen. Ihr „Siegeszug“ sei aber nur möglich gewesen wegen der „wohlstandssatte[n] Jahrzehntelange[n] Schwächephase eines um die Union formierten bürgerlichen Lagers, das sich ohne ernste intellektuelle Gegenwehr“ unterworfen habe. „Appeasement wurde gefeiert, Konservative isoliert.“ Nun aber habe sich der Wind gedreht. Erstens, weil die „Fehlentwicklung“ der letzten Jahrzehnte dazu geführt habe, „daß es zum Umschlag und [zu] einer politisch-intellektuellen Erwiderung mit Breitenwirkung“ gekommen sei; und zweitens, weil die Union nun „unter massivem Konkurrenzdruck“ (von Seiten der AfD) stehe, der sie dazu bewegen könne, „sich auf diese Veränderung einzustellen“. Stein gibt sich sicher: „Bevor sie [die Union] unter der Brandmauer begraben wird, wird sie sie abräumen“ und – siehe oben – die schwarzen Boxhandschuhe anziehen, um zusammen mit der AfD, so die Hoffnung, die Machtverhältnisse in der Republik, denn um die geht es im „Kulturkampf“, weiter nach rechts zu verschieben.

Zu den ‚Waffen‘ des Kulturkampfes, den die Linke annehmen und ausfechten muss und wird, zählen Publikationsorgane wie Zeitungen, Zeitschriften, Buchverlage, die Kommunikationskanäle von Social Media und – selbstverständlich – die diversen Formen der Selbstorganisation, zu denen nicht zuletzt auch solche privaten wissenschaftlichen Institutionen wie das DISS gehören. 1998 erschien zum ersten Mal, damals noch auf Betreiben von Siegfried Jäger, das DISS-Journal als Institutszeitung. „Für Freunde, Förderer und andere Interessenten“, so die Intention, „soll die Zeitung Nachrichten, Kommentare, Ankündigungen, Berichte und Rezensionen aus den Arbeitsbereichen des Instituts bieten.“ Dem fühlen wir uns weiterhin verpflichtet. Aus dem damals noch unansehnlichen ‚Blättchen‘ ist mittlerweile ein doch recht respektables Organ geworden, an dessen Verbesserung wir weiterarbeiten werden. Betrachten Sie, liebe Leserinnen und Leser, die vorliegende ‚Jubiläumsausgabe‘ des DISS-Journals als aktuellen Beitrag, in dem verschiedene Facetten des „Kulturkampfes“ von unseren Autorinnen und Autoren thematisiert werden.

*Helmut Kellershohn*

# Europäische Kontinuitäten?

## DIE UNION UND DER RADIKALISIERTE KONSERVATISMUS

Von Mathias Hoose

In vielen europäischen Ländern erleben rechte Parteien seit einigen Jahren einen deutlichen Aufschwung, der die bisherigen Kräfteverhältnisse grundlegend verändert. Extrem rechte Kräfte, wie die *Fratelli d'Italia* oder das französische *Rassemblement National*, haben die traditionellen konservativen Parteien bereits aus den Parlamenten verdrängt. Ihnen gelang es, die inhaltlichen Lücken der erschöpften Konservativen zu füllen und sich durch Polarisierung und Skandalisierung als feste politische Größen zu etablieren.

Eine aktuelle Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt, dass sich ähnliche Entwicklungen mittlerweile in zahlreichen europäischen Staaten beobachten lassen – darunter die Niederlande, Polen, Schweden und Spanien. Dort etablierten sich rechte Parteien zunehmend als dauerhafte politische Akteure, während klassisch konservative Parteien an Einfluss verlieren. Die Studie führt dies vor allem darauf zurück, dass konservative Parteien auf die wachsende Konkurrenz von rechts reagieren, indem sie sich ihr stellenweise annähern oder versuchen, sie politisch zu integrieren (vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung 2025).

In Deutschland wird derzeit im Zusammenhang mit der sogenannten ‚Brandmauer nach rechts‘ über eine ähnliche Entwicklung diskutiert. Zwar ist die AfD nicht Teil der Bundesregierung, doch übt sie spürbaren Einfluss auf die politische Ausrichtung der Union und den öffentlichen Diskurs aus. In aktuellen Umfragen liegt sie mit rund 26 Prozent knapp vor der CDU (25 Prozent) (DAWUM 2025). Die von Friedrich Merz angestoßene Rückbesinnung der Union, vom liberalen Kurs der Merkel-Regierungen zurück auf ein wertkonservatives Profil, ist zu einem zentralen Thema in der Debatte um eine mögliche Annäherung an die AfD geworden. Im Zuge dessen ist daher von Interesse, welche Bedeutung die Entwicklungen innerhalb der Union für den Aufstieg der AfD haben könnten.

Dazu gehe ich im Folgenden zunächst auf die „Krise des Konservatismus“ (Thomas Biebricher) als Ausgangssituation für den europäischen Rechtsruck ein. Anschließend beziehe ich das sich daraus ableitende Konzept des „radikalisierten

Konservatismus“ (Natascha Strobl) auf die Entwicklung der Christdemokratischen Union und diskutiere es abschließend im Blick auf das Kabinett Merz. Ziel ist es, die Transformationsprozesse der Union in einem Fazit mit der von Helmut Kellershohn im *DISS-Journal #49* beschriebenen Annäherung der Union an die AfD in Beziehung zu vermitteln.

## DIE KRISE DES KONSERVATISMUS

In Europa verschwindet die politische Mitte zunehmend. In seinem Buch „Mitte/Rechts: Die internationale Krise des Konservatismus“ aus dem Jahr 2023 analysierte der Politikwissenschaftler Thomas Biebricher diese Entwicklung im Rahmen einer tiefgreifenden Krise des Konservatismus. Über Jahrzehnte hinweg galten Parteien rechts der Mitte in Europa als stabilisierende Kräfte liberaler Demokratien. Biebricher beschreibt sie als einen Vermittler zwischen liberalen und autoritären Kräften, der für den Erhalt der liberalen Demokratie unabdingbar sei. Anhand der politischen Entwicklungen in Frankreich, Italien und Großbritannien erklären Biebrichers Analysen die Bedeutung konservativer Parteien im Aufstieg der extremen Rechten.

Infolge von Radikalisierungsprozessen rückten Parteien wie die *Les Républicains* in Frankreich, die *Conservative Party* in Großbritannien und die italienische *Forza Italia* sowie die *Lega* zunehmend nach rechts. Aufgrund ihrer politischen Verwandschaftsbeziehungen ist an dieser Stelle der Blick auf die Konservativen in Frankreich fruchtbar für den Vergleich mit der Union in Deutschland. In Frankreich versuchten die konservativen *Les Républicains* unter Führung von Präsident Nicolas Sarkozy, nach verschiedenen inneren und äußeren Krisen, zu dem ‚Original‘ rechter Politik zurückzukehren. Dieser Versuch zeichnete sich vor allem in einer stark rechtsgerichteten Rhetorik, der Personalisierung der Parteipolitik sowie einer stärker werdenden Europaskepsis ab (zum Folgenden Biebricher 2023). Seit dem Beginn der Präsidentschaft Sarkozys im Jahr 2007 visierten die *Républicains* eine deutlich restriktivere Migrationspolitik an, die mit autoritären Maßnahmen einer Law-and-Order-Politik und



marktradikalen Reformen einherging. Doch der Versuch, die Inhalte des *Front National* (seit 2018 *Rassemblement National*) für sich zu beanspruchen, endete Biebricher zufolge in einem Verlust ihrer politischen Substanz. Sarkozy weichte die Unterschiede seiner Partei zur rechten Konkurrenz zunehmend auf. Seine migrationsfeindliche Rhetorik, der Zuschnitt seiner Politik auf seine Persönlichkeit und der sich vertiefende Populismus gegenüber der Europäischen Union im Zuge der Finanz- und Eurokrise markierten die Folgen einer Krise des Konservatismus. Die Positionierung der Partei war weniger gekennzeichnet durch klar erkennbare Haltungen wie Traditionalismus oder Ordnung, sondern durch Destabilisierung und Konfrontation. Im Zuge der beiden Wirtschaftskrisen und der späteren ‚Flüchtlingskrise‘ gelang es den *Les Républicains* nicht mehr, als politischer Hegemon rechts der Mitte aufzutreten. Stattdessen gelang es dem *Front National*, sich mit euroskeptischem Populismus und mittels migrationspolitischer Diskurse zu behaupten und einen Großteil der konservativen Wähler für sich zu gewinnen. Seit 2012 sanken die Wahlergebnisse der *Les Républicains* von fast 30 Prozent auf knapp unter 10 Prozent Ende 2025. Im gleichen Zeitraum stieg der *Front National* bzw. das *Rassemblement National* von 13 Prozent auf fast 34 Prozent (PolitPro 2025).

Ähnliche Entwicklungen sind in Großbritannien oder Italien zu beobachten. Auch die Ergebnisse aus einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (2025) verweisen auf die von Biebricher analysierte Krise des Konservatismus, die sich – zusammenfassend – in der Erschöpfung klarer Orientierung und Werte innerhalb konservativer Parteien zeigt. Anstelle charakteristischer Konturen eines gemäßigten Konservatismus, etwa der normativen Natürlichkeit, einem anti-egalitären Weltbild oder dem Traditionalismus, tritt eine prozedurale Politik ohne festen ideologischen Inhalt. Den Analysen Biebrichers zufolge wandelt sich der Konservatismus innerhalb dieser Krise zu einem autoritär geprägten, identitäts-politischen und populistischen Akteur, der maßgeblich zum Aufstieg rechter Parteien beiträgt.

### DAS KONZEPT DES RADIKALISIERTEN KONSERVATISMUS

In ihrem 2021 erschienenen Buch „Radikalisierte Konservatismus: Eine Analyse“ erklärt die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl die Erschöpfung des Konservatismus als ein Krisenphänomen, welches sich im Radikalisierungsprozess etablierter konservativer Großparteien äußert. Demnach versuchen Parteien rechts der Mitte, mit ihrer systemstabilisierenden Rolle zu brechen und auf die Herausforderungen durch rechte Parteien zu reagieren. Die Radikalisierung selbst erfolgt dabei von innen heraus, die Partei wird von Persönlichkeiten aus dem rechten Flügel übernommen und zunehmend an rechte Inhalte herangeführt. Inhalte und Diskurse rechter Parteien werden vermehrt übernommen und die innerparteiliche Struktur zu einer stark auf einzelne Führungspersönlichkeiten zugeschnittenen Organisation umgestaltet. Für den *Sarkozysmus* war dabei besonders die Verbindung des Namens mit jeder einzelnen Reforminitiative oder die Entkopplung seiner Politik von der Entscheidungsautonomie der Ministerien prägend.

Charakteristisch ist zudem eine verstärkte Rhetorik gegen bestimmte ‚Feind‘-Gruppierungen, etwa gegen Migranten oder Sozialhilfeempfänger. Diese Tendenzen gehen einher mit einem Framing des ‚Wir gegen Die‘ – einem Dezisionismus, in dem sich konservative Parteien als vermeintlich außerhalb des herrschenden Establishments stehende Kraft präsentieren. Im Kontext einer politischen Krise inszenieren sich Parteien rechts der Mitte, so Strobl, als Souverän innerhalb unübersichtlicher und komplexer politischer Herausforderungen.

Anstatt zu einem Schlichter der Krisen zu werden, erscheint den radikalconservativen Parteien der eigentlich als erhaltenswert angesehene Status quo als bereits entgleist oder zerstörerisch. Daraus schlussfolgern sie die Notwendigkeit einer restriktiven und autoritären Politik, um die Ordnung einer aus den Fugen geratenen Gesellschaft wiederherzustellen. Der schwedische Soziologe Göran Dahl beschreibt den radikalisierten Konservatismus daher als „conservatism applied to itself“ (Dahl 1999), also als den Drang, Verhältnisse zu erschaffen, die es zu erhalten lohnt. An dieser Stelle wird der Vergleich zum französischen Beispiel fruchtbar. Es veranschaulicht den hier beschriebenen Radikalisierungsprozess als Fundament des Hegemonieverlusts konservativer Parteien an Rechte. Der Versuch, die konservative Identität der *Républicains* nach den zahlreichen Affären der 1990er Jahre und den daraus resultierenden Vertrauensverlusten in der Wählerschaft wiederzubeleben, blieb erfolglos. Es gelang der Partei nicht, einen eigenständigen politischen Charakter zu entwickeln, der sowohl auf wirtschaftliche und migrationspolitische Krisen überzeugend reagieren als auch eine klare Abgrenzung zu den Inhalten des *Front National* bewahren konnte (vgl. Biebricher 2023).

### DER SONDERWEG VON ANGELA MERKEL

Während sich die Erschöpfung des Konservatismus in Frankreich anhand der oben beschriebenen Radikalisierungsprozesse abzeichnete, blieben vergleichbare Transformationen in Deutschland zunächst aus. Im Gegensatz zu Frankreich, wo sich unter Nicolas Sarkozy eine deutliche Rechtsverschiebung und Personalisierung des Konservatismus vollzogen, blieb eine vergleichbare Radikalisierung der Union in Deutschland während der Regierungszeit Angela Merkels aus. Diese Ausnahme lässt sich vor allem durch den spezifischen Politikstil Angela Merkels erklären, der auf Pragmatismus, Inkrementalismus und Entideologisierung beruhte (vgl. Biebricher 2022). Merkel verstand konservative Politik weniger als Rückgriff auf tradierte Werte, als vielmehr als fortlaufenden Aushandlungsprozess zwecks Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Stabilität. Ihre Regierungsführung folgte einer Strategie des schrittweisen und vorsichtigen Wandels. Damit gelang es ihr, die CDU über 16 Jahre hinweg als Regierungspartei zu stabilisieren und innere Spannungen zwischen wirtschaftsliberalen, wertkonservativen und sozialpolitischen Strömungen zu neutralisieren.

Merkel löste sich von klassischen konservativen Dogmen und integrierte Positionen, die als liberal oder progressiv galten – etwa das Bekenntnis zur Energiewende, die Ab-



schaffung der Wehrpflicht oder die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Dem *Merkelismus* wird daher auch eine *Freidemokratisierung* oder *Sozialdemokratisierung* der Christdemokratie nachgesagt (vgl. zum Folgenden Biebricher 2022). Diese pragmatische Flexibilität erschien als Alternativprogramm zur Radikalisierung des Konservatismus in den umliegenden Ländern und hielt die CDU im politischen Zentrum verankert.

Im Umgang mit den verschiedenen Krisen nach der Jahrtausendwende zeigte sich in den von Merkel geführten Kabinetten ein deutlicher Unterschied zu anderen europäischen Staaten. Während konservative Parteien in Frankreich, Italien oder Großbritannien infolge ökonomischer und gesellschaftlicher Krisen auf Polarisierung, Nationalismus und Europaskepsis setzten, reagierte Merkel mit technokratischer Sachpolitik und einer Betonung europäischer Zusammenarbeit. In den Wirtschaftskrisen Ende der 2000er Jahre etwa oder vor dem Hintergrund der starken Fluchtmigration seit 2015 stand der Erhalt institutioneller Ordnung und internationaler Kooperation im Vordergrund – nicht deren Infragestellung. Während etwa Sarkozys *Républicains* dem euroskeptischen Populismus des *Front National* im Zuge der Rettung des Euros verfallen sind, erwies sich Merkels Umgang mit der Krise als durchaus pragmatisch und lösungsorientiert. Zu nennen wären da etwa die Verwendung sozialdemokratischer Werkzeuge zur Rettung deutscher Banken nach der Finanzkrise oder die migrationspolitische ‚Willkommenskultur‘ des dritten Kabinetts Merkels. Anzumerken ist, dass die Bundesregierung dennoch Verschärfungen des Asylrechts vornahm, etwa die Asylpakete 2015/2016, die als Reaktion auf den migrationspolitischen Diskurs verstanden werden können. Dennoch erwiesen sich die Verweigerung Merkels, die deutschen Außengrenzen zu schließen, und zumindest der Versuch einer eher liberalen Integrationspolitik als gegensätzlich zu den strikten Maßnahmen in Frankreich.

Die ideologische Flexibilität Angelas Merkels erwies sich als eine Art Sonderweg des Konservatismus in Deutschland. Die Strategie bewahrte die Union vor einer autoritären Umstrukturierung und ist trotzdem Teil der Krise des Konservatismus. Schließlich folgte die Union bloß einer anderen Spielart, ein Profilverlust zeichnete sich dennoch ab. Die Abkehr von ideologischer Eindeutigkeit und programmatischen Inhalten schuf ein Vakuum rechts der Mitte, das sich in den Folgejahren in der Stärke der AfD widerspiegeln sollte. Durch die inhaltliche Annäherung der CDU an liberale und sozialdemokratische Positionen verloren insbesondere wertkonservative und nationalkonservative Wähler:innen ihre politische Heimat. Diese Gruppen wandten sich zunehmend der AfD zu, die sich als vermeintlich authentische Vertreterin traditioneller und nationaler Werte inszenierte und damit das entstandene Profildefizit der Union auszunutzen wusste. Während Merkel also kurzfristig Stabilität sicherte und die Brandmauer nach rechts zu festigen schien, begünstigte die inhaltliche Entleerung der Union die Entstehung eines politischen Raums, in dem sich radikalere Strömungen entfalten konnten.

## DER BRUCH

Spätestens mit dem Ende der Ära Merkel wurde der inhaltliche Erosionsprozess der Union deutlich sichtbar. Die Bundestagswahl 2021 markierte den Tiefpunkt einer Entwicklung, in der die CDU nach Jahren pragmatischer Regierungsführung kaum noch über ein eigenständiges ideologisches Profil verfügte (vgl. Biebricher 2022). Die programmatiche Entleerung, die unter Merkel lange Zeit von ihrem Krisenmanagement überdeckt worden war, schlug sich nun in einem historisch schwachen Wahlergebnis nieder. Merkels Rückzug hinterließ eine politische und personelle Lücke, die ihre Nachfolgerinnen und Nachfolger zunächst nicht füllen konnten. Weder Annegret Kramp-Karrenbauer noch Armin Laschet gelang es, die Partei inhaltlich zu erneuern oder eine verbindende Leitidee zwischen den unterschiedlichen Strömungen der Union zu formulieren.

In dieser Phase der Orientierungslosigkeit gewann ein Akteur an Bedeutung, der bereits vor Merkels Aufstieg als ihr innerparteilicher Gegenspieler aufgetreten war: Friedrich Merz. Nach seiner Niederlage im innerparteilichen Machtkampf um den Fraktionsvorsitz Anfang der 2000er Jahre hatte sich Merz aus der aktiven Politik zurückgezogen und wurde so zu einer Projektionsfigur für jene Kräfte innerhalb der CDU, die eine Rückkehr zu einem klareren, wert- und wirtschaftskonservativen Kurs forderten. Nach den raschen Rücktritten seiner Vorgänger:innen stand Merz für die Hoffnung, die Union ideologisch neu auszurichten und den Erfolg der AfD zu bremsen. Er symbolisiert den Wunsch vieler Unionsmitglieder nach einer Re-Ideologisierung und einer stärkeren Profilierung gegenüber der politischen Konkurrenz. Gleichzeitig zeigt sich an seiner Person die zentrale Herausforderung, vor der konservative Parteien in Europa stehen: den Spagat zwischen einer klaren Abgrenzung nach rechts und der Rückgewinnung konservativer Wählergruppen zu meistern, ohne selbst in eine Radikalisierung zu verfallen.

## KURSWECHSEL: DAS KABINETT MERZ

Mit dem Amtsantritt des Kabinetts Merz im Jahr 2025 vollzog die CDU einen deutlichen Kurswechsel gegenüber dem pragmatisch-zentristischen Merkel-Konservatismus. Während Angela Merkel über 16 Jahre hinweg eine Politik des ‚Auf-Sicht-Fahrens‘ und der ideologischen Entschärfung betrieb, die die Union als stabilisierende Kraft der politischen Mitte positionierte, markiert Friedrich Merz’ Kanzlerschaft den Versuch einer programmatischen Neustrukturierung. Merz, der als wirtschaftsliberal und gesellschaftspolitisch als wertekonservativ gilt, erscheint im Angesicht der Krise des Konservatismus als eine zentrale Figur für die Zukunft der Union und den Umgang mit der AfD.

Unter Friedrich Merz hat sich die CDU rhetorisch deutlich nach rechts verschoben. Seine Reden sind geprägt von impliziten und expliziten Feindbildern, insbesondere gegen Migration. Aussagen wie die über „täglich stattfindende Gruppenvergewaltigungen“ aus dem „Milieu der Asylbewerber“ (Merz 2025) oder der berüchtigte „Stadtbild“-Topos zeigen,



wie Merz rechtspopulistische Ressentiments bedient. Im Gegensatz zur optimistischen „Wir schaffen das“-Rhetorik Merkels steht Merz für eine konfrontative Kommunikationsstrategie, die auf Abgrenzung und Polarisierung setzt. Die Konstruktion eines ‚Wir gegen Die‘ dient dabei nicht nur der Mobilisierung verlorener Wähler, sondern auch der Rückgewinnung von AfD-Sympathisanten durch eine harte Migrationspolitik.

Parallel zu dieser Verschiebung zeigt sich eine zunehmende Erosion der innerparteilichen Demokratie. Das Kabinett Merz weist eine klare rechtspolitische Dominanz auf, in dem der Merkel-nahen Flügel systematisch marginalisiert werden. Die Ernennung parteifremder oder wirtschaftsnaher Minister ohne Regierungserfahrung (z. B. Wolfram Weimer, Karsten Wildberg, Katherine Reiche) wurde selbst aus den Reihen der CDU als „befremdlich und falsch“ kritisiert (Radtke 2025).

Gleichzeitig ziehen sich sozialliberale Stimmen wie Hermann Gröhe oder Yvonne Magwas zurück, während der wirtschaftsliberale und nationalkonservative Kurs gestärkt wird. Diese personellen Verschiebungen markieren keine bloße Neuaufstellung, sondern eine gezielte Entmachtung des Merkel-Lagers – ein Machtkampf, der den konservativen Kurs festigen, aber auch die Partei spalten könnte.

Eine Schlüsselfigur in diesem Prozess ist Jens Spahn, der unter Merz wieder an Einfluss gewinnt. Als Fraktionsvorsitzender fungiert er zunehmend als Echo der Merz'schen Politik, etwa durch die Relativierung der Nicht-Zusammenarbeit mit der AfD oder die Verteidigung der „Stadtbild“-Aussage. Spahns Bemerkung, man solle mit der AfD umgehen „wie mit jeder anderen Oppositionspartei“ (Spahn 2025), zeigt die Normalisierungstendenzen gegenüber der radikalen Rechten – ein Kurs, der den innerparteilichen Konflikt weiter verschärft.

Da Spahn im Gegensatz zu Merz bereits Ministererfahrung besitzt und sich deutlicher rechts positioniert, erscheint er als potenzieller Nachfolger und Symbolfigur einer noch weitgehenden ideologischen Verschiebung. Zwar lässt sich bislang keine fortgeschrittene Radikalisierung der CDU im Sinne Biebrichers oder Strobls bestätigen – insbesondere aufgrund der fortbestehenden proeuropäischen Haltung und der noch begrenzten Personalisierung. Doch der Aufbau einer wertekonservativen Hegemonie durch Merz über die verbliebenen *Merkelianer* kann als Beginn eines inneren Radikalisierungsprozesses interpretiert werden.

Diese Entwicklung vollzieht sich von innen heraus: nicht durch offene Abkehr von demokratischen Prinzipien, sondern durch eine schlechende Transformation konservativer Identität hin zu Abgrenzung, Autoritarismus und Polarisierung. Das Projekt Merz steht damit an der Schwelle zwischen Tradition und Transformation. Es vereint eine scharfe Feindbildrhetorik gegen Migrant:innen mit einem internen Machtkampf, der den Kurs der CDU nachhaltig prägen wird. Ob sich daraus eine tiefgreifende Radikalisierung des deutschen Konservatismus entwickelt, hängt wesentlich davon ab, ob Figuren wie Jens Spahn den eingeschlagenen Weg

fortsetzen – und ob Merz es schafft, die Kritik von Teilen der Basis zu neutralisieren, ohne dabei zur Erosion der Partei beizutragen.

## FAZIT

Die Entwicklungen innerhalb der Union seit dem Amtsantritt Friedrich Merz' lassen sich im Lichte der Analysen von Thomas Biebricher und Natascha Strobl als Beginn eines sich vollziehenden Radikalisierungsprozesses des deutschen Konservatismus deuten. Die CDU entfernt sich zunehmend von der pragmatisch-zentristischen Linie Angela Merkels und bewegt sich rhetorisch und strategisch auf Felder zu, die zuvor vor allem der AfD vorbehalten waren. Dabei zeigt sich eine Doppelbewegung: Einerseits soll durch härtere Migrationsrhetorik, Polarisierung und Feindbildkommunikation verlorenes Vertrauen konservativer Wählergruppen zurückgewonnen werden; andererseits droht gerade diese Strategie, die Grenze zwischen demokratischem Konservatismus und radikaler Rechter zu verwischen.

Helmut Kellershohn beschrieb diese Dynamik bereits in der 49. Ausgabe des *DISS-Journals* als Konvergenz eines sich radikalisierenden Konservatismus mit der extremen Rechten. Die von Merz und seinem Umfeld vorangetriebene Normalisierung des Diskurses über die AfD – etwa in Jens Spahns Forderung, man müsse mit ihr umgehen wie mit jeder anderen Partei – markiert für Kellershohn eine entscheidende Schwelle: Sie verschiebt das Verhältnis von Abgrenzung und Anschlussfähigkeit. Damit eröffnet sich für die AfD eine strategische Chance, ihre Politik der Diskursverschiebung erfolgreich umzusetzen. Je stärker die Union Begriffe, Narrative und Feindbilder der AfD übernimmt, desto weniger bleibt die „Brandmauer“ nach rechts wirksam.

Der Bruch mit der vermittelnden Rolle des traditionellen Konservatismus erweist sich als zentrales Momentum für den weiteren Aufstieg der AfD. Unter Merz tritt die CDU nicht mehr als moderierende Kraft zwischen liberalen und autoritären Polen auf, sondern beteiligt sich zunehmend selbst an der Polarisierung gesellschaftlicher Konfliktlinien. Damit erfüllt sie die Funktion eines ‚Portiers‘, der den illiberalen Kräften den Zutritt in den politischen Mainstream erleichtert. Die AfD profitiert doppelt: Einerseits stabilisiert sich ihr eigenes ideologisches Profil durch die Übernahme ihrer Themen in der Mitte, andererseits erscheinen ihre Positionen durch die Normalisierung rechter Diskurse weniger extrem.

Kellershohn warnt davor, diese Entwicklung als einseitige Annäherung zu miss verstehen. Zwar strebe die AfD keine klassische Koalition mit der Union an, solange sie sich – wie in Frankreich der Front National – als fundamentaloppositionelle Bewegungspartei verstehe. Doch ihre strategische Zielrichtung liegt auf der langfristigen Aufweichung der Brandmauer, indem sie innerparteiliche Konflikte der Union nutzt und deren konservativ-nationalen Flügel stärkt. Die dokumentierte Marginalisierung liberaler Stimmen in der CDU und die wachsende Dominanz eines autoritätär-wirtschaftsliberalen Kurses unter Merz schaffen genau jenen Re-



sonanzraum, in dem die AfD ihre Agenda der „Neubestimmung der politischen Mitte“ vorantreiben kann.

Somit besitzt die Radikalisierung der Union eine strukturelle Bedeutung für den Aufstieg der AfD: Sie ist nicht nur Reaktion auf den Druck von rechts, sondern Teil desselben Prozesses, der den Erfolg rechter Parteien in Europa befördert. Je mehr die CDU Elemente des radikalisierten Konservatismus übernimmt – Personalisierung, Feindbildpolitik und autoritärer Dezialismus –, desto stärker verschiebt sich das politische Koordinatensystem insgesamt nach rechts. Die AfD benötigt dann keine Koalition, um Einfluss zu gewinnen; sie erreicht ihre Ziele, indem ihre Positionen durch den Wandel des Konservatismus schrittweise hegemonial werden.

**Mathias Hoose hat Politikwissenschaften studiert und ist Mitarbeiter im Arbeitskreis Rechts im DISS.**

## LITERATUR

- Biebricher, Thomas 2022: Geistig-moralische Wende: Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus, Berlin.
- Biebricher, Thomas 2023: Mitte/Rechts: Die internationale Krise des Konservatismus, Berlin.
- Dahl, Göran 1999: Radical Conservatism and The Future of Politics, London.
- DAWUM (2025): Neuste Wahlumfragen im Wahlkampf zur Bundestagswahl. <https://dawum.de/Bundestag/>.
- Konrad-Adenauer-Stiftung 2025: Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung. <https://www.kas.de/documents/252038/33607021/Zwischen+Abgrenzung,+Einbindung+und+Tolerierung.pdf>.
- Merz, Friedrich 2025: Rede im Deutschen Bundestag, 31.01.25 (YouTube), verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=158MX1mXbMo>.
- Politpro 2025: Wahlen in Frankreich. <https://politpro.eu/de/frankreich/wahlen>.
- Radtke, Dennis 2025: Ministerposten von CDU/CSU: „Befremdlich und falsch“, in: DIE ZEIT, 28.04.25. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-04/unionregierungsbildung-ministerposten-reaktionen-kritik>.
- Spahn, Jens 2025: Jens Spahn exklusiv, in: BILD.de 12.04.25. <https://www.bild.de/politik/inland/unions-fraktionsvize-jens-spahn-wahler-der-afdnicht-ignorieren-67f91ea9d3c8b15d15dcf7e5>.
- Strobl, Natascha 2021: Radikalisierter Konservatismus: Eine Analyse, 6. Aufl., Berlin.

## VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

### 3., erweiterte Auflage



**Manuela Bojadžijev**  
**Die windige Internationale**

Rassismus und Kämpfe der  
Migration

3., um ein Vorwort erweiterte Auflage  
2025 – 320 Seiten – 30,00 €  
Print-ISBN 978-3-89691-667-9

Für Bibliotheken auch als  
EBook-Campuslizenzen zu bestellen:  
eISBN 978-3-98634-148-0

**Susanne Boehm / Jule Ehms /  
Bernd Hüttner /  
Robert Kempf (Hrsg.)**

### Making History

Zu Geschichte von links und  
zur Geschichte von Linken

2025 – 184 Seiten – 25,00 €  
Print-ISBN 978-3-89691-146-9  
auch Open Access

### 7. Auflage

**Christin Jänicke /  
Benjamin Paul-Siewert (Hrsg.)**

### 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland

Perspektiven auf eine  
eigenständige Bewegung  
mit einem Vorwort von Manja Prækels

7., um ein Nachwort erweiterte Auflage  
2025 – 224 Seiten – 25,00 €  
Print-ISBN 978-3-89691-102-5  
Für Bibliotheken auch als  
EBook-Campuslizenzen zu bestellen:  
eISBN 978-3-98634-206-7



# Peter Thiels libertärer Autoritarismus, der Antichrist und die Lehre des Katechon

Von Helmut Kellershohn

Liest man Interviews mit Thiel, lässt sich eine bestimmte Grundstruktur erkennen. Thiel argumentiert auf zwei Ebenen: als Techkapitalist<sup>1</sup> ist er wie jeder andere Kapitalist am Gewinn seiner Unternehmen interessiert, sucht seinen Vorteil, indem er mit den „Mächtigen der Erde“, sprich Donald Trump oder Vance, kooperiert. Nicht ohne zu verheimlichen, dass er als gestandener Radikallibertärer Staat und Staaten als Teufelszeug betrachtet und am liebsten extraterritoriale, keiner staatlichen Hoheit unterworfenen künstlichen Inseln / Plattformen<sup>2</sup> als autonome Herrschaftsgebiete bevorzugen würde. Ein Weltstaat ist ihm ein Gräuel, weil es seinen Unternehmen nicht mehr möglich wäre, das Weite zu suchen, wenn z.B. in den USA der Grenzsteuersatz seiner Meinung nach zu hoch wäre. Sie könnten dann nicht mehr einfach umziehen, etwa an einen Ort, an dem die Einkommenssteuer gegen Null tendiert. Nun ist der Weltstaat eine Fiktion, die Welt immer noch Gegen- und Nebeneinander von Nationalstaaten, in der autonome Gebiete, seien es Inseln oder Privatstädte oder auch nur Sonderwirtschaftszonen,<sup>3</sup> von der Gunst interessierter Nationalstaaten abhängig sind, die sich ihrerseits einen Vorteil von derartigen Gebilden erhoffen. Auch Insellösungen bedürfen eines militärischen Schutzes, den sie selbst sicherlich in einem nur beschränkten Ausmaß gewährleisten können.

In der Brust des Techkapitalisten Thiel ringen folglich zwei Seelenkräfte: Thiel ist einerseits Realist, er muss mit den staatlichen Gegebenheiten rechnen, um sie beeinflussen zu können; andererseits libertärer Utopist, der sich eine Welt vorstellt, wie sie optimalerweise sein sollte, in der Freiheit nicht mehr durch demokratische Regularien eingeschränkt sind.<sup>4</sup>

In diesem Konflikt besinnt sich Thiel auf seine Fähigkeiten als konzeptiver Ideologe. Normalerweise begnügen sich Kapitalisten damit, dieses Geschäftsfeld unabhängigen oder beamteten Experten zu überlassen und sie gegebenenfalls zu finanzieren. Thiel übernimmt das selber und bedient sich dabei eines Steckenpferds, das auf den ersten Blick erstaunen mag, nämlich der christlichen Theologie. Auf diesem Gebiet ist er zwar Dilettant, aber die Theologie hat den Vorteil, dass sie sich mit dem Wohl und Wehe der Menschheit („im Ange-

sicht Gottes“) befasst, anders ausgedrückt, es handelt sich um ein Feld, auf dem ein Kapitalist seine Anliegen als Menschheitsprojekt verkaufen kann.

Besonders angetan haben es Thiel die Kapitel der Theologie, die sich mit der Apokalypse beschäftigen. Die biblischen Basistexte gibt es sowohl in der hebräischen Bibel (Buch Daniel) als auch im christlichen Neuen Testament, bei den Synoptikern, in den Paulus-Briefen (Thessalonischer-Briefe) oder der Geheimen Offenbarung. Die Apokalyptik reflektiert auf die zukünftige Existenz einer neuen Schöpfung. „Die ‚neue‘ Welt entwickelt sich dabei nicht irgendwie organisch aus den bestehenden Verhältnissen, sondern kommt in der Form einer Katastrophe über das Bestehende. Höchstens können Vorzeichen die Menschen warnen. Apokalyptiker können das Ende herbeiwünschen oder um Aufschub bitten: stets rechnen sie mit einer radikal anderen, *transzendenten Ordnung*.<sup>5</sup> Eine solche neue Ordnung, der neue Äon, gleichbedeutend mit dem Reich Gottes, interessiert nun Thiel weniger, auch nicht das Tausendjährige Reich der Johannesapokalypse, das die Phantasie der chiliastischen und millenaristischen Bewegungen im Mittelalter und der frühen Neuzeit zu anarchokommunistischen Experimenten so intensiv bewegte;<sup>6</sup> wohl interessieren ihn die ihr vorhergehende Katastrophen, die am Ende dessen stehen, was als Endzeit verstanden wird. Dabei bezieht er sich primär auf die beiden Thessalonicherbriefe speziell auf die deuteropaulinische Apokalypse im zweiten Brief an die Thessalonicher, von Raphael Gross auch „Miniapokalypse“ genannt.

Im Verständnis des Urchristentums war die Erfahrung der Auferstehung Jesu Ausgangspunkt und Mitte der Eschatologie. Mit ihr glaubte man das Ende bereits angebrochen. Jesus war auferstanden als der „Erstling der Entschlafenden“, wie es im ersten Korintherbrief heißt (1 Kor 15, 20); es konnte darum, so meinte man, nur noch Sache einer kurzen Zeit sein, bis Christus zur Parusie wiederkommen und seine Herrschaft sichtbar aufrichten würde (1 Thess 4, 13-18). Von dieser Naherwartung rückt der 2. Thessalonicherbrief ab. Der sich Paulus nennende Autor (um 90-100 n. Chr.) warnt ausdrücklich vor denjenigen, die sich prophetisch anmaßen, „der Tag des Herrn sei schon da“. Er geht also, vor allem vor

1 Neuerdings beliebt der Ausdruck „Technofeudalismus“.

2 Sog. Seasteads, außerhalb der von den Regierungen jedweder Nation beanspruchten Gebiete.

3 Vgl. dazu Quinn Slobodian: Kapitalismus ohne Demokratie. Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen wollen, Berlin 2023; Andreas Kemper: Privatstädte. Labore für einen neuen Manchesterliberalismus, Münster 2022.

4 Vgl. Peter Thiel: „Freiheit und Demokratie [sind] nicht mehr miteinander vereinbar.“ (The Education of a Libertarian, Cato Unbound, 13. April 2009)

5 Hans G. Kippenberg: Art. „Apokalyptik / Messianismus / Chiliasmus“, in: Handbuch religionswissenschaftlicher Grundbegriffe, Band II, Darmstadt 2021, S. 10.

6 Vgl. dazu Norman Cohn: Das neue irdische Paradies. Revolutionärer Millenarismus und mystischer Anarchismus im mittelalterlichen Europa, Hamburg 1988.



dem Hintergrund der damaligen Christenverfolgung im Römischen Reich (Domitian, Kaiserkult), von einer Verzögerung der Parusie aus.

Im Mittelpunkt des 2. Kapitels stehen zwei Gestalten, einerseits der „Mensch der Gesetzwidrigkeit“, der „Sohn des Verderbers“, der „Widersacher“, der dann in späteren Deutungen mit dem Antichristen der Johannesbriefe in eins gesetzt wird. Von ihm heißt es, dass er sich „über alles, was Gott oder Heiligtum heißt, so sehr erhebt, dass er sich sogar in den Tempel Gottes setzt und sich als Gott ausgibt“ (V. 4). Vor erst agiert er aber noch im Verborgenen. Ihm entgegenwirkt der sog. Aufhalter, der Katechon, der die „geheime Macht der Gesetzwidrigkeit“ (V. 7) in Schach hält. Erst wenn dieser besiegt ist, wird der Widersacher „allen sichtbar werden“ (V. 8) und „mit der Kraft des Satans“ (V. 9) auftreten, „trügerische Zeichen und Wunder tun“ (V. 9) und die Menschen zur „Ungerechtigkeit verführen“. (V. 10) Erst dann, nach der „Zeit des Abfalls“, wird Jesus wiederkommen, und der Herr wird den Widersacher, wie es heißt, „durch den Hauch seines Mundes töten und durch seine Ankunft und Erscheinung vernichten.“ (V. 8) Diejenigen aber, die sich zur Ungerechtigkeit haben verführen lassen, „gehen verloren“ (V. 10) und verfallen dem Gericht, während diejenigen, die standhaft geblieben sind, „die Herrlichkeit Jesu Christi, unseres Herrn, erlangen“. (V. 14)

Was interessiert nun Peter Thiel an diesen beiden Gestalten des Widersachers / Antichrists und des Katechon? In einem längeren Gespräch in der *Weltwoche*,<sup>7</sup> das teilweise wortwörtlich Passagen aus anderen Interviews enthält, geht Thiel auf die Frage Roger Köppels nach der „Essenz“ seiner Vorstellungen zum Antichristen näher ein. Er unterscheidet zwei Zugänge, einen politischen und einen theologischen. Das trifft in Bezug auf die biblische Apokalyptik den Sachverhalt insofern, als dass sie in einem theologischen Deutungsrahmen eine antihellenistische (Daniel) bzw. antirömische Spitze enthält. Thiel verkürzt diesen Rahmen, indem er den christologischen, messianischen Aspekt und das Reich Gottes – Konzept streicht und ein dualistisches Modell in den Mittelpunkt rückt, dessen Plausibilität er aus der „Perspektive existenzieller Risiken“, die zweifelsohne berechtigte Ängste hervorrufen würden, zu entwickeln versucht.

Zu diesen existenziellen Risiken rechnet er die heutigen „technologischen Möglichkeiten“, an denen er paradoixerweise teilhat, weil er sie selbst, teilweise zumindest, mitfinanziert: „Wir haben Nuklearwaffen, Biowaffen, vielleicht gehörte Covid dazu. Künstliche Intelligenz ist eine potenzielle Bedrohung, wenn man sie mit Drohnen und dergleichen verbindet, Kampfrobotern. Außerdem gibt es ökologische Risiken, die wir ernst nehmen müssen.“ Aber dann gibt es noch Schlimmeres. Er referiert das Buch eines amerikanischen Autors, Wendell Willkie, das 1943 unter dem Titel „One World“ erschien. Darin forderte der Autor, ein „einflussreiche[r] republikanische[r] Geschäftsmann“, „eine massive Ausweitung internationaler Zusammenarbeit und starker überstaatlicher Institutionen“. Nach dem ersten Atombombenabwurf habe,



Peter Thiel

Bild: Gage Skidmore, Wikipedia

so Thiel, eine solche „Vision“ an Zuspruch gewonnen. Man argumentierte, die Risiken der Nukleartechnologie „seien zu gross, als dass sie noch einzelstaatlich zu bewältigen seien“. Die Welt müsse sich zu einem Einheitsstaat entwickeln, für Thiel die Perspektive eines „totalitäre[n] weltweite[n] Einheitsstaates“, eines universalen Nordkoreas, der Fluchtpunkt aller politischen Internationalisten und Globalisten. Er schlussfolgert: Dies sei die Devise des politischen Atheismus: „Eine Welt“ oder gar keine“. Theologisch gesehen, so Thiel, sei das die Alternative zwischen „Antichrist oder Armageddon“. Wobei Thiel keinen Zweifel lässt, dass der Antichrist (= die „Eine Welt“) die schlimmere Variante ist als der Weltuntergang, als den er Armageddon versteht.

Der Antichrist tritt bei Thiel in dreifacher Gestalt auf:

**Erstens** ist er derjenige, der andauernd, und das seit 1945, über „existenzielle Risiken und Armageddon“ spricht und damit die Ängste ausbeutet, die dieses Szenario hervorrufen soll, mit dem Zweck, die Menschen mit der Rede von „Frieden und Sicherheit“ (1 Thess, 5, 3) zur Akzeptanz einer „grenzenlosen Welt“ bzw. einer „Weltregierung“ zu verführen.

**Zweitens** tritt der Antichrist als eine Art „Überchrist“ auf, der sich gewissermaßen als „der optimierte, der verbesserte Christ“ ausgibt bzw. versucht, „christlicher zu sein als Jesus“. Thiel spricht damit auf ein falsches Verständnis neutestamentlicher Texte an, wie dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter oder der Bergpredigt, wenn sie dahingehend in-

7 Peter Thiel und der Antichrist (Interview mit Roger Köppel), in: Weltwoche Nr. 41 / 2025. S. 48-55.



terpretiert werden, die Feindesliebe aus dem privaten Nahbereich auf den öffentlichen Feind auszudehnen,<sup>8</sup> oder dass „die Armen [...] die Erde erben“ sollen. Das steht zwar so nicht bei Matthäus, auch nicht bei Lukas, sondern im Ps 37, 11, dient aber dazu, die „kommunistische Revolution“ und den Kommunismus als System und Ideologie als fehlgeleitete Konsequenz dieser Interpretation zu denunzieren. Und gegen den Sozialstaat gewendet heißt es: „Der Antichrist präsentiert sich also wahrscheinlich als großer Menschenfreund, als große Umverteilungsfigur, als extrem großer Philanthrop, als effektiver Altruist (...). Und diese Dinge sind nicht einfach nur antichristlich, sondern immer dann, wenn sie übermäßig mit staatlicher Macht kombiniert werden, ist etwas sehr falsch.“

*Drittens* bezieht sich Thiel auf Papst Benedikt XVI und dessen Angst „vor der geistigen Macht des Antichristen“ in der modernen Gesellschaft, i.e. die „weltweite Diktatur scheinbar humanistischer Ideologien“ (vgl. auch kurier.at 04.05.20), die sich innerkirchlich in Reformbewegungen (z.B. Priesteramt von Frauen, Aufhebung des Zölibats) niederschlagen. „Seine Sorge war, dass der Antichrist sich auch in der Kirche ausbreiten würde, durch deren Verweltlichung.“ Stattdessen habe die Kirche, Thiel interpretiert den christlichen Theologen Tyconius, „ihre Rolle als ‚Aufhalter‘, als Katechon gegen den Antichrist wahrzunehmen“.

Damit sind wir beim Gegenspieler des Antichristen. Prompt fragt denn auch Köppel danach, ob Thiel Trump für einen Aufhalter halte. Vor einer klaren Antwort drückt sich Thiel, hält ihn gleichwohl für ein politisches Genie. Ansonsten hüllt er sich diesbezüglich in Schweigen, möglicherweise ist die zukünftige Präsidentschaft eines J.D. Vance sein Favorit. Stattdessen wenden wir uns einem seiner Vorbilder zu, nämlich Carl Schmitt<sup>9</sup>, für den der zweite Thessalonicher-Brief eine wichtige Bezugsquelle für die Lehre des Katechon war. „Ich glaube nicht“, schrieb Schmitt 1950, „daß für einen ursprünglich christlichen Glauben ein anderes Geschichtsbild als das des Kat-echon überhaupt möglich ist“.<sup>10</sup> Und in den Tagebuchnotizen („Glossarium“) heißt es: „[...] ich glaube an den Katechon; er ist für mich die einzige Möglichkeit, als Christ Geschichte zu verstehen und sinnvoll zu finden. [...] Die Theologen von heute wissen es nicht mehr und wollen es im Grunde auch nicht wissen.“ Man müsse „für jede Epoche der letzten 1948 Jahre den Katechon nennen können. Jeder große Kaiser des christlichen Mittelalters hat sich mit vollem Glauben und Bewußtsein für den Katechon gehalten, und er war es auch“.<sup>11</sup>

In seinem voluminösen Buch „Der Fall Carl Schmitt. Sein Aufstieg zum „Kronjuristen des Dritten Reiches“ (Darmstadt 1995) hat Andreas Koenen Schmitts Sympathie für den Katechon nachgezeichnet und als treibendes Motiv für seine Parteinahme für das Dritte Reich dargestellt. Schmitt gelangte seit 1932 zu der Überzeugung, „daß nur das Imperium Romanum und seine christliche Fortsetzung den Bestand des Äon erklären und ihn gegen die überwältigende Macht des Bösen erhalten kann“.<sup>12</sup> Zwar wird diese Funktion des Reiches als Katechon, als Ordnungsmacht zeitlich begrenzt sein, aber, so Schmitt, sie bedeutet die Überwindung der „eschatologische Lähmung alles menschlichen Geschehens“<sup>13</sup> angesichts der Erwartung des endzeitlichen Geschehens: Dem „christlichen Reich“, so Schmitt, „ist es wesentlich, daß es kein ewiges Reich ist, sondern sein eigenes Ende und das Ende des gegenwärtigen Äon im Auge behält und trotzdem einer geschichtlichen Macht fähig ist“<sup>14</sup> (Hervorh. v. Vf.). Anders ausgedrückt: ohne den Katechon in Gestalt eines Reiches, ohne den Kampf gegen das Böse, gegen das Wirken des Antichristen gibt es keine echte Geschichte, nur Chaos und Verfall.

Peter Thiel zieht daraus eine Schlussfolgerung: „Wir sollten uns mehr um den Antichrist sorgen als um Armageddon. Globale Konformität [im Einheitsstaat] ist die grösste Gefahr, nicht nur Kriege und Katastrophen, die die Politiker an die Wand malen.“ Von dorther ergibt sich die Aufgabe des Katechon: „Freiheit und Vielfalt müssen verteidigt werden, sonst wird der Planet ein Gefängnis.“

Angesichts dieser Schreckensvision eines universalen Gefängnisses, in dem man nicht mehr frei investieren kann und in dem auch Insellösungen nicht mehr möglich sind, erscheint Thiel eine katechontische Macht als Ausweg zwischen der Herrschaft des Antichristen und Armageddon. Carl Schmitt sah 1934 das Dritte Reich als Erben des mittelalterlichen *sacrum imperium*. Das Reich sei der „höchste ... und deutsches... Ordnungsbegriff“, nämlich als eine... konkret-geschichtliche, Freund und Feind von sich aus unterscheidende ... politische ...Einheit“<sup>15</sup> das Reich also als Träger dessen, was Schmitt 1932 im „Begriff des Politischen“ als existentielle Bestimmung des Politischen ansah. Nach Lage der Dinge kommen für Thiel heute nur die USA für eine ähnliche Trägerschaft infrage, auch wenn er durchaus die Möglichkeit, die USA könnten der Antichrist sein, in Betracht zieht, nämlich dann, wenn das amerikanische Regierungssystem seiner Vision eines libertären Autoritarismus christlicher Prägung nicht Folge leisten sollte.

<sup>8</sup> So auch bei Carl Schmitt vgl. Begriff des Politischen [1932], 7. Aufl., Berlin 2002, S. 29f.

<sup>9</sup> Zu dieser Vorbildfunktion vgl. die Berichte des liberal-katholischen Theologen Wolfgang Palaver, mit dem Thiel in Stanford 1991/92 und auch späterhin in Kontakt war.

<sup>10</sup> Carl Schmitt: Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum, 4. Aufl., Berlin 1997, S. 29.

<sup>11</sup> Carl Schmitt: Glossarium. Aufzeichnungen der Jahre 1947-1951, hrsg. von Eberhard Frhr. von Medem, Berlin 1991, S. 63.

<sup>12</sup> Carl Schmitt: Der Nomos der Erde [Fn. 6], S. 29.

<sup>13</sup> Zur eschatologischen Lähmung heißt es bei Schmitt: „Die lebendige Erwartung des unmittelbar bevorstehenden Endes scheint aller Geschichte ihren Sinn zu nehmen und bewirkt eine eschatologische Lähmung, für die es viel geschichtliche Beispiele gibt. Trotzdem besteht auch die Möglichkeit einer Brücke. (...) Die Brücke liegt in der Vorstellung einer Kraft, die das Ende aufhält und den Bösen niederhält. Das ist der *Kat-echon* der geheimnisvollen Paulus-Stelle des 2. Thessalonischer-Briefes.“ (Drei Stufen historischer Sinngebung, in: Universitas, V, 1950, S. 929)

<sup>14</sup> Carl Schmitt: Der Nomos der Erde [Fn. 6], S. 29.

<sup>15</sup> Carl Schmitt: Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens, Hamburg 1934, S. 44. Vgl. dazu Richard Faber: Lateinischer Faschismus, Berlin / Wien 2001, S. 15.



Diese Vision enthält bezogen auf den katechontischen Staat drei Komponenten eines Staatsumbaus, die hier abschließend kurz angedeutet werden sollen. Jeweils für sich genommen, kann man sie auch ohne den Bezug auf die politisch-theologische Lehre des Katechon als Handlungsanweisung verstehen. Allerdings – und das ist der entscheidende Punkt: Durch die Anbindung an diese Lehre erhält das profane Geschäft des Staatsumbaus die „höheren Weihen“ einer heils geschichtlichen Notwendigkeit. – Im Folgenden greife ich auf den informativen Artikel von Anna-Verena Nosthoff und Felix Maschewski „Politik der dunklen Aufklärung. Dark MAGA und die rechtsautoritäre Wende im Silicon Valley“<sup>16</sup> und auf ein Kurzporträt des Vordenkers der sog. Neoreaktor nären Bewegung, Curtis Yarvin, zurück.<sup>17</sup>

1. Die Verschlankung des Staates in Richtung eines „Minimalstaates“ (Robert Nozick) durch eine „Entkernung“ (Nosthoff / Mascheski) der Bürokratie. In dem berüchtigten „DOGE-Plan to Reform Government“ von Thiel-Freund Elon Musk und Vivek Ramaswamy heißt es dazu:

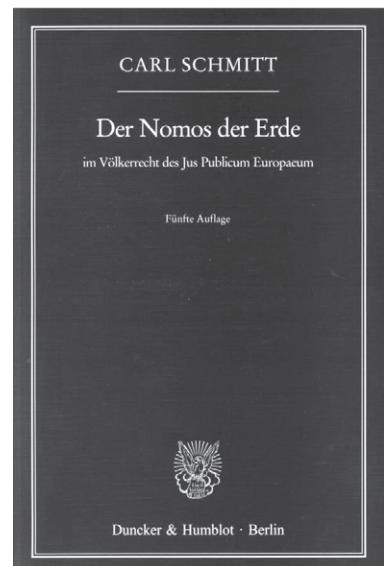
„Die fest verwurzelte und ständig wachsende Bürokratie stellt eine existentielle Bedrohung für unsere Republik dar, und Politiker haben dies viel zu lange geduldet. Deshalb gehen wir die Dinge anders an. Wir sind Unternehmer, keine Politiker. Im Gegensatz zu Ausschüssen schreiben wir nicht nur Berichte oder schneiden Bänder durch. Wir senken Kosten. Wir unterstützen das Übergangsteam von Trump dabei, ein schlankes Team von Verfechtern eines schlanken Staates zusammenzustellen und einzustellen, darunter einige der klügsten technischen und juristischen Köpfe Amerikas.“<sup>18</sup>

2. Die Entdemokratisierung staatlichen Handelns. Anna-Verena Nosthoff und Felix Maschewski kommentieren DOGE wie folgt: „Einerseits wird dem Team eine weitreichende Transparenz gewährt, das heißt ein umfassender und damit [...] durchaus widerrechtlicher Zugang zu staatlichen Institutionen, Infrastrukturen, Computersystemen und den Datensätzen der Bürger:innen, um andererseits [...] automatisierte Entscheidungs- beziehungsweise KI-Systeme zu installieren, die unter dem Rubrum Effizienz radikale Kürzungen exekutieren. So werden staatliche Datenbanken mittels KI gescannt, um zu sondieren, welche Programme, Projekte, Stellen, Initiativen, Websites, Forschungsförderungen, Bilder und sogar Wörter – [...], die mit Wokeness assoziiert scheinen – gestrichen, entfernt, gelöscht werden sollen.“<sup>19</sup>

3. Die Reorganisation des Staates in Unternehmensform. Peter R. Neumann beschreibt das diesbezügliche Konzept von Curtis Yarvin so: „Ihm schwebt ein autoritärer Staat mit wenigen, klar definierten Aufgaben (Justiz, Sicherheit, Verteidigung) vor. Staatschef ist eine Art CEO, der über absolute Macht verfügt und von einem ‚Aufsichtsrat‘ kontrolliert

wird. Genauso wie in einem Unternehmen gibt es keine demokratische Wahl; ‚Eigen tümer‘ haben sich Anteile gekauft und profitieren von eventuellen Gewinnen. Im Ergebnis sei dies ein kleiner, aber zu hundert Prozent effizienter Staat, der seinen Bürgern (oder Kunden?) maximale Freiheit garantiere, auch wenn sie keinen direkten Einfluss auf

Regierung oder Gesetze hätten. Yarvin bezeichnet die Mischung aus Aktiengesellschaft und absoluter Monarchie als ‚Neo-Kameralismus‘.“<sup>20</sup>



Diese drei Komponenten des Staatsumbaus, um auf den Ausgangspunkt des Thielschen Dilemmas (Realpolitik vs. libertäre Utopie) zurückzukommen, bilden die Grundlage für die Ambitionen des libertären Autoritarismus. Dem liegt der politische Wille zugrunde, den Staat unmittelbar den Interessen der Techkapitalisten à la Thiel zu subsumieren, statt wie noch der traditionelle autoritäre Liberalismus auf die Trennung von Staat und Ökonomie / Gesellschaft zu setzen oder wie eingeschworene Libertäre möglichst autonome Strukturen neben Staat und Gesellschaft zu installieren. Francesca Bria (vgl. Fn. 19) bringt die neuere Entwicklung hin zu einem System „privatisierter Souveränität“ wie folgt auf den Punkt:

„Was als libertärer Ausstieg begonnen hat, endet mit autoritärer Vereinnahmung. Dieselben Unternehmerkreise, die einst ‚Seasteading‘ propagierten [...], um sich staatlicher Autorität zu entziehen, positionieren heute ihre Vertreter auf höchster Regierungsebene. Nachdem die Akteure des Kapitals es nicht geschafft haben, parallele Institutionen aufzubauen, finden sie es effektiver, selbst zur staatlichen Infrastruktur zu werden.“

Peter Thiels Aneignung der Lehre vom Katechon, Antichrist und Armageddon sollte vor diesem Hintergrund als eine Art politisch-theologische Selbstermächtigungsstrategie verstanden werden.

**Helmut Kellersohn ist Mitarbeiter im DISS**

16 In: Mittelweg 36, 34. Jg., 2025, H. 5-6, S. 70-90.

17 Peter R. Neumann: Wer ist Curtis Yarvin? Wie ein rechtlibertärer Blogger zum einflussreichen Ideengeber für Trump und Vance wurde. <https://prneumann.substack.com/p/wer-ist-curtis-yarvin>. Thiel, so Neumann, gehört zu Yarvins „enthusiastischsten Unterstützern“.

18 Zit. nach Nosthoff / Maschewski [Fn. 15], S. 80.

19 Ebd., S. 79. Vgl. auch den Vertrag des US-Verteidigungsministeriums mit Palantir Technologies (Thiel), wonach die Software von Palantir zum Standardbetriebssystem für diverse Einsatzfelder des US-Militärs werden soll (vgl. Francesca Bria: United States of Palantir, in: Le Monde Diplomatique, Deutsche Ausgabe, 11/2025).

20 Der Kameralismus war die deutsche Sonderform des Merkantilismus im Zeitalter des Absolutismus (16.–18. Jahrhundert).



# Die digitale Rückkehr der Hausfrau

## WIE TRADWIFE-INFLUENCERINNEN WEIBLICHKEIT NEU KONSTRUIEREN

Von Melisa Bayram

Ein Retro-Kleid, eine Schürze, der Duft von frisch gebackenem Brot und dazu ein weichgezeichneter Filter, unterlegt von harmonischer Musik. So präsentiert sich eine wachsende Zahl von Frauen auf Social Media, die sich selbst als „Tradwives“ bezeichnen. Der Begriff steht für „traditional wives“ – traditionelle Ehefrauen – und meint Frauen, die ihr Leben rund um Hausarbeit, Mutterschaft und Ehe inszenieren. Was auf den ersten Blick nach Lifestyle-Blogs aussieht, offenbart bei genauerem Hinsehen ein Weltbild, in dem das Frau-Sein eng mit Unterordnung, Fürsorge und Religion verknüpft wird. In den Videos der Tradwife-Influencerinnen geht es daher nicht einfach um Rezepte oder Haushaltsroutinen. Vielmehr entfalten die kurzen Clips eine konsistente Erzählung, die traditionelle Geschlechterrollen als einzig wünschenswertes Modell etabliert. Aus Alltagspraktiken wie Kochen, Putzen oder Kindererziehung wird so eine geschlossene Erzählung, die Weiblichkeit als zeitlos und selbstverständlich darstellt und dabei andere Formen von Familie oder Mutterschaft ausblendet.

Um diese Dynamiken näher zu beleuchten, habe ich die deutschsprachige Influencerin tradwifefactory untersucht. Grundlage der Analyse waren 15 Reels aus Juli und August 2025. Die Begrenzung auf relativ wenige Reels begründet sich mit der schnell eingetretenen Sättigung. Weitere Beiträge lieferten keine neuen Aussagen mehr. Mithilfe der Kritischen Diskursanalyse habe ich untersucht, wie Weiblichkeit in diesen Beiträgen konstruiert und legitimiert wird und welches Bild von Weiblichkeit dadurch vermittelt wird.

### SPRACHLICHE INSZENIERUNG: HAUSARBEIT, HARMONIE UND ROLLENBILDER

Die Reels von tradwifefactory entfalten ihre Wirkung vor allem dadurch, dass sie Alltägliches mit einer übergeordneten Sinngebung verbinden. Kochen, Putzen oder Kinderbetreuung erscheinen nicht als banale Routinen, sondern als symbolische Handlungen, die Hingabe und Liebe verkörpern. Die Influencerin betont dabei explizit *weibliche Fürsorge*: „Kochen ist ein stiller Liebesdienst an meine Familie“ (01.07.2025). Durch solche Formulierungen wird Fürsorge als zentraler Bestandteil weiblicher Identität dargestellt, gleichzeitig wird Unterordnung und Dienst am Familienwohl als selbstverständlich vermittelt. Die wiederholte Darstellung alltäglicher Tätigkeiten als Ausdruck emotionaler Hingabe verstärkt diese normativen Vorstellungen von Weiblichkeit. Auch Kleinigkeiten wie die Auswahl frischer Zutaten oder das sorgfältige Eindecken des Tisches werden symbolisch aufgeladen und als moralisch oder emotional bedeutsam inszeniert.

Die Reels der Instagrammerin betonen stark die Bedeutung klarer Rollenverteilungen innerhalb von Ehe und Familie.

Weiblichkeit wird eng mit *traditionellen Familien- und Geschlechterrollen* verknüpft und als sinnstiftende Lebenspraxis inszeniert. Ehe, Kinder und familiäre Stabilität gelten als erstrebtes Ideal, der Mann übernimmt die Rolle des Versorgers und Führungsfigur, die Frau die Verantwortung für Haushalt, Organisation und emotionale Stabilität. Die Influencerin beschreibt ihren Alltag als liebevolle Fürsorge, bei der sie „das Zuhause am Laufen hält“ und die Familie „mit Liebe und mit Hingabe“ begleitet (31.07.2025). Die *Hausfrauenrolle* wird dabei positiv hervorgehoben und als bewusst gewählte Lebensform dargestellt. In ihren Videos sagt die Influencerin: „Ich bin Hausfrau. Ich bin Mutter. Ich habe mich [dazu] entschieden [...], nicht weil ich es muss, sondern weil ich es kann“ (16.07.2025). So verknüpft sie Hingabe, Selbstbestimmung und innere Stärke miteinander. Alltägliche Tätigkeiten wie Haushaltsführung oder Kinderbetreuung erscheinen nicht als Last, sondern als wertvolle, stabilisierende Aufgaben, die das Familienleben tragen.

Gleichzeitig werden alternative Modelle marginalisiert. Die *Unvereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft* wird explizit und affirmativ thematisiert. Erwerbsarbeit für Mütter wird als kaum vereinbar mit der Fürsorgepflicht präsentiert, während die Hausfrauenrolle als Quelle von Stabilität und Harmonie hervorgehoben wird. Die Influencerin stellt diesen Konflikt so dar: „Bleibt man bei seinem Kind, fühlt man sich als schlechte Kollegin. Geht man zur Arbeit, fühlt man sich als schlechte Mutter“ (06.07.2025). Berufliche Tätigkeit wird als Belastung konstruiert, während die häusliche Rolle normative Erfüllung bietet. Die Tätigkeit der Influencerin als Content Creatorin bleibt dabei unsichtbar. Die Produktion und Monetarisierung von Content auf Instagram ist Arbeit, die Planung, ästhetische Gestaltung, technische Kenntnisse und strategisches Marketing erfordert. Gerade dieses Arbeitsfeld, das die ökonomische Grundlage der Inszenierung bildet, wird jedoch nicht als Erwerbstätigkeit benannt oder reflektiert, wodurch das Bild einer authentischen Rückkehr zu traditionellen Rollen aufrechterhalten werden kann.

Die Reels enthalten zudem eine *kritische Haltung gegenüber feministischen Vorstellungen*. Feminismus gilt nicht als befriedigend, er erscheint als Ursache weiblicher Unzufriedenheit und Beziehungskonflikte. So sagt die Instagrammerin in einem Reel: „Der Feminismus hat den Frauen alles versprochen und nichts erfüllt. Frauen sind heute erschöpfter, einsamer und unzufriedener als je zuvor“ (04.08.2025). Durch die Gegenüberstellung von Gleichstellung und traditioneller Ordnung wird die Rückkehr zu häuslicher Fürsorge als Lösung präsentiert, wodurch die Videos normative Maßstäbe setzen und traditionelle Rollenbilder stabilisieren.

In Verbindung mit *Religion und Glaube* wird die Legitimation dieser Rollen weiter verstärkt. Christlicher Glaube dient da-

bei als Orientierung für Ehe, Mutterschaft und Lebensführung. Religiöse Bezüge stützen das traditionelle Frauenbild und verleihen ihm den Charakter einer göttlichen Ordnung. Weibliche Unterordnung wird als gottgegeben inszeniert, Mutterschaft als Berufung, Ehe als heilige Verbindung. Zusätzlich wird verdeutlicht, dass nur Gott „am Ende [ihr] Hirte und [ihre] Zuflucht sein“ kann (10.07.2025). Die Reels präsentieren Weiblichkeit so als kulturelle Praxis, deren Handeln sowohl persönlich als auch religiös normiert sind.

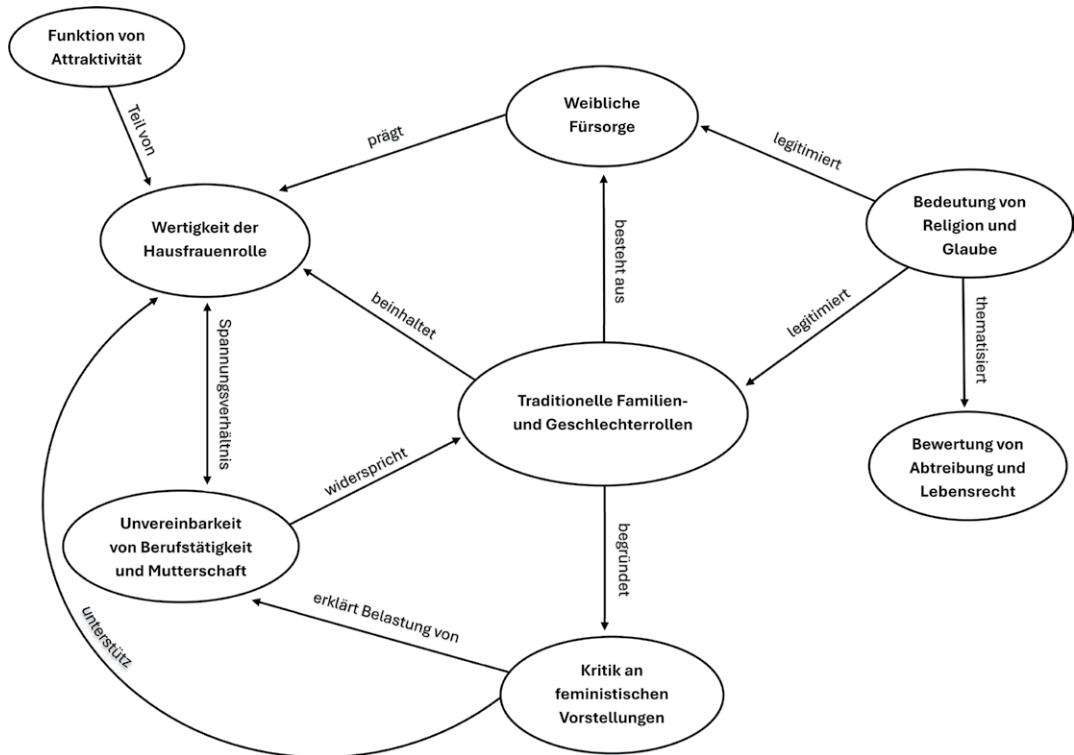
In Verbindung mit Religion und Glauben wird die Legitimation der Rollen weiter verstärkt und auf moralischer Ebene ergänzt. Die Reels thematisieren auch die *Bewertung von Abtreibung und Lebensrecht*. Abtreibung wird

nicht als individuelle Entscheidung aufgefasst. Vielmehr erscheint sie als moralisch problematische Handlung. So ruft die Influencerin dazu auf, „für die vielen tausend namenlosen Kinder, die abgetrieben werden“, zu beten (23.07.2025). Die Botschaft verbindet Weiblichkeit unmittelbar mit Mutterschaft. Frau-Sein bedeutet Leben zu schützen, Verantwortung zu übernehmen und moralische Pflicht zu erfüllen. Abtreibung wird in diesem Diskurs als Ausdruck einer gefährlichen Denkweise verstanden, die das Leben nach Nützlichkeit bewertet. In Kombination mit religiösen Bezügen erscheinen weibliche Fürsorge und Mutterschaft als göttlich und moralisch geboten, wodurch die propagierten Rollenbilder zusätzlich gestützt werden.

Eine weitere Aussage ist die *Funktion der Attraktivität*. Weibliche Schönheit dient nicht der Selbstinszenierung, sie wird funktionalisiert, um traditionelle Rollenbilder zu stützen. Kleidung, Mimik und Haltung werden dezent und gepflegt dargestellt und im familiären Kontext verortet. „Es heißt, die eigene Weiblichkeit nicht zu verstecken, sondern sie mit Stolz zu leben. Mit Sanftmut und Würde und auch mit Stärke, die aber nicht laut sein muss“ (27.07.2025). Attraktivität wird hier als sichtbarer Ausdruck innerer Tugenden inszeniert und als Ergänzung zur Rolle als Ehefrau und Mutter interpretiert.

## VISUELLE GESTALTUNG: ÄSTHETIK EINER „ZEITLOSEN“ WEIBLICHKEIT

Die Reels der Tradwife-Influencerin wirken nicht allein über ihre inhaltlichen Botschaften, auch die Bildsprache spielt



Der Aussagengraph zeigt die zentralen Aussagen der Analyse und verdeutlicht ihre gegenseitigen Verbindungen und Wechselwirkungen

eine zentrale Rolle. Kleidung, Räume, Gesten und Musik erzeugen eine Atmosphäre, die Weiblichkeit als zeitlos, würdevoll und selbstverständlich erscheinen lässt. Auf diese Weise werden Inhalte nicht nur sprachlich vermittelt, sie werden zudem ästhetisch legitimiert.

Ein auffälliges Merkmal ist die wiederkehrende Entscheidung, die Influencerin nur teilweise oder gar nicht direkt sichtbar zu machen. Ihr Gesicht bleibt ausgespart, die Kamera zeigt sie von hinten oder fokussiert ausschließlich Hände beim Kochen oder Anrichten. Diese bewusste Selbst-zurücknahme macht die Frau weniger zur individuellen Person als vielmehr zur Verkörperung der Tradwife-Rolle. Unsichtbarkeit wird so zu einem visuellen Zeichen von Demut und Hingabe – gegenüber dem Haushalt wie auch dem Ehemann. Das hat den Effekt, dass Intimität nicht durch Nähe zur Kamera entsteht, sondern durch die Inszenierung weiblicher Selbstlosigkeit und Zurückhaltung als Ausdruck ehelicher Liebe.<sup>1</sup>

Auch Kleidung trägt maßgeblich zur Inszenierung bei. Blumenmuster, Rüschenblusen, karierte Schürzen oder Midi-kleider in Retroästhetik verweisen auf eine vermeintlich bessere Vergangenheit, in der Geschlechterrollen klar verteilt waren. Der Stil bleibt feminin und attraktiv, zugleich dezent und häuslich. Durch die immer wieder sichtbare Kreuzkette wird diese Darstellung in einen religiösen Rahmen eingebettet. Weiblichkeit erscheint hier nicht als individuelle Ausdrucksform, sondern als codierte Rolle, die Fürsorge, Bescheidenheit und Häuslichkeit betont. Damit wird eine traditionelle Geschlechterordnung visuell normalisiert.

<sup>1</sup> In einem später veröffentlichten Reel erklärt die Influencerin selbst: „Ich zeige nie mein Gesicht. So viel Privatsphäre muss schon sein.“ (08.08.2025). Dies bestätigt, dass die teilweise Unsichtbarkeit bewusst gewählt wird und nicht nur ästhetischen Gründen dient.



Die Wahl der Räume verstärkt die Verbindung von Weiblichkeit mit Fürsorge. Der zentrale Handlungsort ist die Küche, daneben erscheinen Schlafzimmer und Wohnzimmer, stets verknüpft mit Tätigkeiten wie Ordnung, Pflege oder Organisation. Auch symbolische Objekte wie Blumen, Kerzen oder gedeckte Tische strukturieren die Szenen. Sie ästhetisieren banale Routinen und transformieren Hausarbeit in eine symbolische Praxis von Liebe und Hingabe.

Gesten und Posen ergänzen die Bildgestaltung. Bewegungen sind überwiegend ruhig, fließend und gleichmäßig, wodurch Hausarbeit entschleunigt wirkt. Einzelne Brüche – etwa das Werfen der Haare – dienen als subtile Sexualisierung, die die Frau zugleich als Ehefrau attraktiv machen. Doch selbst diese Momente bleiben eingebettet in Zurückhaltung und Häuslichkeit. Weibliche Schönheit wird sichtbar, aber nie offensiv: Sie gilt dem Ehemann, nicht einem anonymen Publikum.

Schließlich verstärkt die Musik die visuelle Rahmung. Nostalgische Lieder wie „Pretty Little Baby“ von Connie Francis verknüpfen die Szenen mit einer idealisierten Vergangenheit (02.07.2025). Sie transportieren ein Gefühl von Wärme, Geborgenheit und Ordnung, die das Bild traditioneller Rollen zeitlos wirken lässt.

## KOLLEKTIVSYMBOLIK: ZWISCHEN HERZSTÜCK UND MOTOR

Ein zentrales Element in den Kurzvideos von tradwifefactory ist die Arbeit mit Symbolen, die Weiblichkeit, Ehe und Mutterschaft kulturell und emotional aufladen. Diese Kollektivsymbole greifen auf vertraute Bilder zurück und verankern individuelle Erfahrungen in größeren Deutungsmustern.

Besonders deutlich wird dies in der doppelten Metaphorik von „Motor“ und „Herz“ (29.07.2025). „Ihr seid der Motor, der die Familie am laufen [sic] hält. Ihr plant, ihr organisiert, ihr seid das Herz“, erklärt tradwifefactory in einer Caption (29.07.2025). Frauen erscheinen zugleich als funktionale Kraft, die das System Familie am Laufen hält, und als emotionales Zentrum, das Wärme und Geborgenheit spendet. Ähnlich fungiert die Beziehung der Frau als „Herzstück des Zuhauses“ (27.07.2025). Das Haus erhält seine Bedeutung erst durch sie, die es mit Leben und Sinn erfüllt. Alltägliche Tätigkeiten wie Kochen oder Putzen werden dabei über Formulierungen wie „stiller Liebesdienst“ symbolisch erhöht und als Ausdruck von Hingabe dargestellt (01.07.2025). Darüber hinaus nutzt die Influencerin eine Selbstbeschreibung als „Sekretärin“ ihres Mannes (29.07.2025). Die Rolle der Ehefrau wird dadurch gleichzeitig mit Effizienz, Struktur und zentraler Verantwortung für das Funktionieren des Haushalts sowie mit Unterordnung verbunden.

Auch die Rollen von Mutter und Vater werden über komplementäre Bilder markiert. Während die Mutter als „sicherer Hafen“ beschrieben wird, verkörpert der Vater denjenigen, der die Welt „nach außen öffnet“ (22.07.2025). Diese Gegenüberstellung verknüpft Weiblichkeit mit Schutz, Nähe und Geborgenheit, Männlichkeit mit Weite und Herausforderung und vermittelt damit eine Vorstellung von Familie, die stark an traditionelle Rollenbilder gebunden ist.

Religiöse Bildlichkeit verstärkt diese Symbolik. Gott wird als „Hirte“ und „Zuflucht“ dargestellt, während die Frau sich als Helferin für ihren Mann begreift (10.07.2025). Auch im Erziehungskontext finden sich solche Bilder, wenn die Influencerin betont, dem Herz ihrer Tochter solle nicht „blind“ gefolgt werden, es solle „geprüft“ und „behütet“ werden (03.08.2025). Das Herz fungiert hier als Symbol für innere Gefährdung, das unter Gottes Schutz gestellt werden muss.

## DAS BILD DER PERFEKTN FRAU

Die Analyse der Reels von tradwifefactory zeigt, dass Weiblichkeit als klar umrissenes, normatives Rollenmodell inszeniert wird. Sie erscheint nicht als offenes oder verhandelbares Konzept, sondern als zeitlos gültiges Ideal. Kern der weiblichen Identität sind Fürsorge, Mutterschaft und Hausarbeit, ergänzt durch die komplementäre Beziehung zum Ehemann sowie religiös-moralische Bezüge, die den Entwurf zusätzlich legitimieren. Kleine Gesten und alltägliche Tätigkeiten werden symbolisch aufgeladen und erscheinen identitätsstiftend, zugleich bleibt die Frau relational verankert – ihr Wert zeigt sich in der Funktion für Familie und Ehe, nicht als eigenständige Person. Alternative Rollenbilder wie berufstätige Frauen, Feminismus oder andere Familienformen werden kritisiert oder bleiben unsichtbar. Ebenso treten strukturelle Probleme wie Care-Krise, ökonomische Unsicherheit oder gesellschaftliche Machtverhältnisse nicht im Diskurs auf.

Insgesamt stabilisieren die Reels einen hegemonialen Entwurf von Weiblichkeit: christlich, heterosexuell und konventionell. Die häusliche Rolle wird als bewusst gewählte Lebensform präsentiert, während diverse und alternative Lebensentwürfe ausgeblendet werden. Feministische Begriffe werden zwar genutzt, aber umgedeutet und strikt an traditionelle Rollen gebunden. Tradwifefactory nutzt beispielsweise den Begriff „Erfüllung“ und erklärt, dass diese „in Hingabe, in Ordnung, in Sinn“ zu finden ist, nicht in Selbstverwirklichung (04.08.2025). Diese Ausschlüsse sichern die Stabilität des Tradwife-Ideals: Sichtbar bleibt die häusliche Rolle, unsichtbar alles, was davon abweicht. So etabliert das Tradwife-Ideal ein geschlossenes Bild von Weiblichkeit, stabilisiert gesellschaftliche Hierarchien und delegitimiert alles, was darüber hinausgeht.

Melisa Bayram studiert Soziologie an der Universität Duisburg-Essen und war Praktikantin am DISS.

## WEITERLESEN:

Diesem Artikel liegt zugrunde: Bayram, Melisa (2025): Traditionelles und die Inszenierung von Weiblichkeit: Eine Kritische Diskursanalyse der Instagram-Reels von tradwifefactory.

DOI: <https://doi.org/10.5281/zenodo.17279290>



# „Warum und wie erinnert die Rechtsextremismusforschung an die Geschichte?“

Von Volker Weiß

[Red.] Die unten abgedruckte Rede hielt Volker Weiß im August dieses Jahres in der „Filmwerkstatt Düsseldorf“ anlässlich eines Symposions zu Ehren des Politik- und Sozialwissenschaftlers Fabian Virchow, auf dem dessen Arbeit, Forschung, Publikationen und öffentliches Sprechen zum Thema Rechtsextremismus, zu politischer Kultur und politischem Handeln gewürdigt wurde.<sup>1</sup> Fabian Virchow gehört zu den führenden Rechtsextremismusforschern in Deutschland, ebenso wie der Historiker Volker Weiß, der mit vielfach ausgezeichneten Büchern<sup>2</sup> und seinen Artikeln in den führenden Presseorganen der Republik viel zum Verständnis der rechten Szene beigetragen hat. Mit seiner Rede verband er den durchaus selbstkritischen Blickwinkel des Historikers mit dem auch von Fabian Virchow geteilten Wunsch nach „notwendigen Synergien zwischen den Fächern“, um das Spektrum der kritischen Rechtsextremismusforschung interdisziplinär zu erweitern und zu vertiefen.

Sehr geehrte Kolleg\*Innen, lieber Fabian,

„Erfreudend und ehrenvoll ist mir der Auftrag, [...], an Ihrer Seite künftig ein Feld zu durchwandern, das dem denkenden Betrachter so viele Gegenstände des Unterrichts, dem thätigen Weltmann so herrliche Muster zur Nachahmung, dem Philosophen so wichtige Aufschlüsse und Jedem ohne Unterschied so reiche Quellen des edelsten Vergnügens eröffnet – das große weite Feld der allgemeinen Geschichte.“

Mit diesen Worten eröffnete Friedrich Schiller 1789 seine Antrittsvorlesung in Jena, die den Titel trug: „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?“

Durch die Schönheit dieser Fragestellung fühle wiederum ich mich bemüßigt, einige Gedanken aus Schillers Vortrag aufzugreifen, um sie hier im Kontext der Rechtsextremismusforschung zu diskutieren. Etwas abgewandelt und mit einem nicht ganz so weltumspannenden Anspruch frage ich daher für unsere Forschung:

## „WARUM UND WIE ERINNERT DIE RECHTSEXTREMISMUSFORSCHUNG AN DIE GESCHICHTE?“

Eine Antwort auf das „Warum?“ finden wir bereits mit Blick auf das Jahr von Schillers Vorlesung, da der Epochenbruch von 1789 auch für den Gegenstand unserer Forschung nicht ganz ohne Belang ist. Verfolgt man nämlich die ideenge-

schichtlichen Linien der äußersten Rechten zurück, stößt man doch immer wieder auf die Frage, wie es mit den Werten von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit zu halten sei. Speziell das Deutsche Reich hatte ja 1914 zum Angriff auf genau diese universalistische Trikolore geblasen und wollte die jakobinischen Ideen von 1789 mit den imperialen Ideen von 1914 weltgeschichtlich außer Kraft setzen.



An den so feindlich empfundenen emanzipatorischen Ideen des „Westens“ wird sich bis heute abgearbeitet. So mancher Liebhaber der illiberalen Demokratie sieht in den preußischen Offizieren von Tauroggen 1812 die Vorbilder für seine konservative Revolution. Das große, von Russland finanzierte Treffen europäischer Rechtsparteien in Wien 2014 nahm das 200. Jubiläum des Wiener Kongresses zum Anlass, um für heute den Willen zu einer erneuten radikalen Restaurationsepoke zu formulieren. Die Linien sind also lang, doch zugleich wären wir schlechte Dialektiker (und das wollen wir ja nicht sein ...), würden wir die vermeintlichen Antagonisten nicht auch zueinander ins Verhältnis setzen. Die revolutionäre Idee der Nation mit ihrer reaktionären Realisierung, die erste Levée en masse zum Schutz der Republik mit den späteren Massenmobilisierungen, den Staatsstreich Napoleons Bonapartes am 18. Brumaire als Umschlag und Scheitern der Revolution – und mit einem kleinen Sprung zu seinem Neffen Louis Napoleon als Blaupause für den modernen Populismus eines Donald Trump. Die Vergangenheit bietet unendliches Lehrmaterial, oder, um erneut Schiller zu bemühen: „Es ist Keiner unter Ihnen allen, dem Geschichte nicht etwas Wichtiges zu sagen hätte.“

Und da sich bekanntlich die reorganisierte Rechte unserer Tage ausgiebig mit den Ideen der 1920er Jahre munitioniert,

1 Fabian Virchow ist Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns an der Hochschule Düsseldorf und Leiter des dortigen Forschungsschwerpunkts Rechtsextremismus/Neonazismus. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen gehören u.a. *Alternative für Deutschland (AfD): eine Partei der extremen Rechten?* (2020) und *Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme* (2024, hrsg. mit Matthias Quent).

2 Sein jüngstes Buch *Das deutsche demokratische Reich. Wie die extreme Rechte Geschichte und Demokratie zerstört* ist in diesem Jahr bei Klett-Cotta erschienen.



Carl Schmitt ist hier noch immer Lehrmeister, ist es wohl umgehbar, sich mit den Theorien und Techniken, mit denen die Weimarer Republik zu Fall gebracht wurde, zu befassen. Die Ereignisse, die ganz bewusst zwischen 1930 und 1933 in Gang gesetzt wurden, hatten vor allem ein Ziel: Es ging darum, die „Sozialisten“ (gemeint waren die Sozialdemokraten) mit allen Mitteln vom Zugriff auf den Staat zu verdrängen, den sie 1918 erhalten hatte. Nach dem Verlust der Reichspräsidentschaft und der Regierungsbeteiligung wurde dieses Ziel schließlich mit dem Staatsstreich gegen die preußische Regierung 1932 endgültig erreicht. Die hauptsächlichen Triebkräfte dieser Zerstörung waren nicht die Nationalsozialisten, sondern die Konservativen. Diese sollten jedoch an der selbst in Gang gesetzten Dynamik scheitern, dass die Nationalsozialisten am Ende die Nutznießer der Disruptionen waren. Diese „Schicksalsstunden der Demokratie“, Volker Ullrich hat sie prägnant in seinem jüngsten Buch zusammengefasst, gilt es aufmerksam zu studieren, denn offensichtlich ist auch heute Konservativen die Niederlage eines nur ansatzweise fortschrittlichen Lagers das wichtigste Ziel, selbst, wenn es zum Pyrrhussieg werden sollte – wie etwa die Geschehnisse um die Wahl der Verfassungsrechtlerin Frauke Brosius-Gersdorf gezeigt haben.

## SOVIEL ZUM WARUM, BLEIBT DIE FRAGE NACH DEM „WIE?“

Und hier sieht es mehrfach nicht gut aus. Zum einen hat mein Fach Vermittlungsprobleme. Seine Abwesenheit gerade in unserem „Sonderforschungsbereich Ultranationalismus“ ist schmerhaft. Bis auf wenige Ausnahmen kreist die akademisch institutionalisierte Geschichtswissenschaft um sich selbst, vermeidet alles, was gesellschaftliche Relevanz entfalten könnte. Der Blick über den eigenen Tellerrand und die Tätigkeit jenseits der DFG-trächtigen Konjunkturen verbietet sich den fest bestallten KollegInnen häufig von selbst.

Das Problem ist nicht neu, schon Schiller klagte über „Befruchtswissenschaft als ein Stückwerk“ und schimpfte über diese Selbstbegrenzung des von ihm so genannten „Brodelehrten“. Er sei ein „beklagenswerther Mensch, der mit dem edelsten aller Werkzeuge, mit Wissenschaft und Kunst, nichts Höheres will und ausrichtet, als der Taglöhner mit dem schlechtesten! Der im Reiche der vollkommenen Freiheit eine Sklavenseele mit sich herumträgt!“

Das Phlegma meines Fachs gegenüber politischen Entwicklungen der Gegenwart ist daher beeindruckend. Man wünscht sich, die Zeitgeschichte würde das Klischee etwas mehr erfüllt haben, mit dem ihr Autoren wie Armin Mohler stets zu Leibe rücken wollten. Nämlich, dass sie vor allem eine reflektierende und kritisierende Wissenschaft zur systematischen Demontage nationaler Mythen ist. Das mag sie für sich sein, aber es fehlt zu oft an Mut und Willen, die Erkenntnisse auch außerhalb der eigenen Blase zu vertreten. Eben ein anderes „Wie“ im Umgang mit Geschichte.

Das hat Folgen. Die Arbeit zur extremen Rechten wird kuriöserweise kaum mit der Geschichtswissenschaft in Verbindung gebracht – auch von dieser selbst nicht – obgleich die Strömung historisch geradezu überdeterminiert ist.

Dabei ist das Feld lohnend, wer sich mit den Verästelungen befasst, stößt auf Mythen, die bis heute fortwirken (etwa die „linken Nazis“).

Für Mythen und Nostalgie – den Triebkräften der Autoritären – sollte Geschichtswissenschaft tödlich sein. Um wieder zu Schiller zurückzukehren, das Studium der Geschichte heilt „von der übertriebenen Bewunderung des Alterthums und von der kindischen Sehnsucht nach vergangenen Zeiten; und indem sie uns auf unsre eigenen Besitzungen aufmerksam macht, lässt sie uns die gepriesenen goldenen Zeiten Alexanders und Augsts nicht zurückwünschen.“

Übrigens ist im Sinne Schillers der Kampf für die Vernunft und gegen die Mythen tatsächlich eine globale Aufgabe. Staatlicher Autoritarismus, religiöser Fundamentalismus, nationalistischer Chauvinismus sind kulturübergreifend zum globalen Phänomen geworden. Möglicherweise stehen wir am Rande einer globalen Epoche der Reaktion.

Doch, das sollten sich die Gegenkräfte – also wir – mitunter mehr vor Augen führen, Geschichte lehrt auch darüber, was aufhörte, was erreicht werden konnte. Denn, so Schiller: „Aus der Geschichte erst werden Sie lernen, einen Werth auf die Güter zu legen, denen Gewohnheit und unangefochtener Besitz so gern unsre Dankbarkeit rauben: kostbare theure Güter, an denen das Blut der Besten und Edelsten klebt, die durch die schwere Arbeit so vieler Generationen haben errungen werden müssen!“

Um zu wissen, welcher Verlust droht, sollte man die Geschichte kennen. Zumindest ich vermisste manchmal auch in den eigenen Reihen ein Bewusstsein für den Fortschritt, für das Erreichte. (Natürlich bleiben wir auch darin Dialektiker).

Abschließend, für Dich lieber Fabian, zum letzten Male Schiller mit dem Auftrag, den Du wie wenig andere mit Deiner Arbeit erfüllst, nämlich „Licht im Verstande“ und „Begeisterung im Herzen“ zu entzünden. Wenn wir uns daran halten und die notwendigen Synergien zwischen den Fächern schaffen, dann möge der Auftrag gelingen, der uns hier zusammenführt.

Lieber Fabian, vergib nun mir das folkloristische Pathos, und ich schließe mit:

NO PASERAN!



# Wozu und warum soll wer eigentlich ‚kriegstüchtig‘ werden und was genau meint das?

## ZU WENIGER VORDERGRÜNDIGEN FUNKTIONEN VERSCHÄRFTER BELLIZISTISCHER DISKURSE

Von Tino Heim

„Wir sind zwar nicht im Krieg, wir sind aber auch schon lange nicht mehr im Frieden.“ André Bodemann, Befehlsgeber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr am 27.10.2023.<sup>1</sup>

„Wir müssen kriegstüchtig werden [...] und die Gesellschaft dafür aufstellen.“ Boris Pistorius in der TV-Sendung ‚Berlin Direkt‘ am 29.10.2023.

„Alle Strukturen und Prozesse müssen dem übergeordneten Ziel [...] der Kriegstüchtigkeit dienen.“ Carsten Breuer, Generalinspekteur der Bundeswehr, zur „Zeitenwende on tour“ am 13.7.2023 (zit. in: BMVg 2023:7).

„Die Angriffsphase des Gegners läuft schon. [...] ,Otto Normalverbraucher‘ [...] kann spüren, [...] wenn bei der Deutschen Bahn Anlagen [...] durch Sabotage-Akte kaputtgemacht werden. [...] Dann sagt man zwar nicht, dass das Russland war, sondern man sagt, [...] technische Störung [...], um die Gesellschaft nicht zu verunsichern. [...] Man muss ein bestimmtes Gespür entwickeln und Augen öffnen, dann sieht man sehr viel. [...] Wir müssen am Mindset der Bevölkerung arbeiten.“ Michael Giss (2025), Kommandeur des Landeskommmandos Baden-Württemberg in der Schwäbischen Zeitung v. 2.1.2025.

„Das könnte unser letzter Sommer im Frieden sein.“ Sönke Neitzel, Militärhistoriker, in BILD v. 22.3.2025.<sup>2</sup>

Seit über zwei Jahren rechtfertigen unzählige Aussagen wie die oben zitierten eine über explodierende Militärausgaben weit hinausgehende Militarisierung, die auch vormals zivile Strukturen der Wirtschafts-, Gesundheits- und Bildungssysteme ‚kriegstüchtig‘ machen soll. Gegenüber weniger kriegsfreudigen Bevölkerungsmehrheiten wird dies bevorzugt als

Reaktion auf akut drohende oder schon laufende Angriffe Russlands dargestellt. Auffallend sind dabei rhetorische Auflösungen jeder Differenz von Krieg und Frieden: Der ‚Nichtmehr-Frieden‘ gilt zunehmend als ‚De-facto-Krieg‘, etwa wenn F. Merz die Kehrtwende beim Aussetzen der Schubdenbremse damit begründete, dass wir „längst im Krieg mit Putin“ (zit. in: Joeres/Kireev 2025) seien.

Laut einem Bundeswehr-Symposium, das Vertreter\*innen aus Wirtschaft, Politik, Sicherheitsbehörden und Zivilschutz anhielt, „als Multiplikatoren“ militärischer „Bedrohungsanalysen“ zu wirken, soll dieser Diskurs „das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein“ für die „sicherheitspolitische Realität“ erhöhen (Gersemann 2024). Der Analyse- und Realitätsgehalt der operativ genutzten Bedrohungsszenarien bleibt jedoch zweifelhaft. Fraglos führt Russland einen völkerrechtswidrigen imperialen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der (anders als z.B. die Tschetschenienkriege) mit geopolitischen Interessen der NATO und der EU kollidiert, die daher als Finanziers, Waffenlieferanten und Berater der Ukraine *indirekt* in einem Stellvertreterkrieg engagiert sind. Drohszenarien russischer Angriffe auf NATO-Staaten basieren hingegen auf ungesicherten und unwahrscheinlichen Prämissen: Alle Statistiken zeigen eine auch ohne forcierte Aufrüstung bestehende konventionelle Übermacht der NATO gegenüber Russland,<sup>3</sup> das in drei Jahren Zermürbungskrieg die Ukraine militärisch nicht besiegen konnte. Angriffe auf NATO-Staaten wären hier strategisch irrational und aussichtslos.<sup>4</sup> Gegenwärtige *Suggestionen* ‚objektiver Bedrohungslagen‘ basieren auf unüberprüfbaren und selbstwidersprüchlichen *Behauptungen* aus Militär und Politik. Pistorius‘ Konkretisierung der Kriegstüchtigkeitsziele für 2029 und weitere Aussagen, die russische Angriffe ab 2029 für möglich erklären, beziehen sich etwa auf ein geheimes NATO-Szenario. Auf dieses verweist auch Carlo Masala, Professor der Universität der Bundeswehr, der auf Nachfrage einräumt, das Papier nicht

1 Nachgefragt: Das Kommando zum Schutz Deutschlands: <https://www.youtube.com/watch?v=NeUm0SMfDcM>

2 Neitzel (2025) bekräftigte im Bild-Interview frühere Talkshow-Äußerungen. Vgl. u.a.: Hinzmann 2025.

3 2025 stehen 3.439.197 aktiven Nato-Soldat\*innen 1.320.000 aktive russische Soldat\*innen gegenüber. Mit Reserve- und paramilitärischen Einheiten beträgt das Verhältnis des militärischen Gesamtpersonals 8,7 Millionen zu 3,57 Millionen. (Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/379080/>). Angesichts hoher Verluste und vieler Desertionen hält Russland seine Soll-Personalstärke nur durch Abstriiche bei Mindeststandards an Ausbildung und Qualifikation (vgl. Lutz et al. 2025: 27ff.). Auf materiellen Ebenen besteht bei Kapazitäten zur atomaren Vernichtung Parität (vgl. ebd.: 45-50). In allen konventionellen Bereichen gibt es „keinen Zweifel an der allgemeinen militärischen Überlegenheit der Nato“ (ebd.: 57), deren summierte Militärausgaben die russischen um das Zehnfache übertreffen (vgl. ebd.: 9-14) und die auch bei allen Großwaffensystemen eine mindestens dreifache Übermacht hat (vgl. ebd.: 15-25). Die den globalen Rüstungsmarkt dominierenden Nato-Staaten sind auch bei Rüstungsbeschaffung und -produktion im Vorteil (vgl. ebd.: 38ff.). Russland konnte nur mit massiven kriegswirtschaftlichen Eingriffen seine Rüstungsproduktion um ca. 60 % erhöhen, was aber nicht einmal die Kriegsverluste ausgleicht. Weitere Forcierungen der Rüstungsproduktion drohen, durch Inflation und Einbrüche ziviler Produktion in ein „Kanonen-statt-Butter“-Dilemma zu führen (ebd.: 44, vgl. 40ff.). Vgl. auch Trojanow 2025a.

4 Das gestehen auch Panikszenarien schürende Militärs meist zu. Vgl. u.a. Rathje 2025; Joeres/Kireev 2025.



zu kennen: „niemand hat es lesen können“. Aber „die Zahl 2029“ sei wichtig, um „strategisch genutzt“ zu werden: „Sie müssen sagen, dass Russland 2029 einen Krieg führen könnte, um die Menschen auf höhere Verteidigungsmaßnahmen einzustimmen“. Zugegeben: „Ein Angriff auf europäisches Gebiet“ sei „zu riskant“, aber „Nadelstiche“ seien möglich. „Russland könnte versuchen, einen kleinen Ort im Baltikum“ einzunehmen. Zur Frage, warum, orakelt Masala: „Das steht nirgendwo geschrieben, aber es scheint mir wahrscheinlich, weil Putin gerne provoziert“ (in: Joeres/Kireev 2025).

Wo ‚objektive Bedrohungen‘ durch mehr belegt sind als durch die Autoritäten zugeschriebene Expertise,<sup>5</sup> ist der Referenzpunkt oft der ‚Charakter‘ Putins – der medial seit 2022 als ‚größenwahnsinniger‘ und ‚irrationaler‘ Hitlerwidergänger figuriert.<sup>6</sup> Jenseits entsprechender *Projektionen* unterbieten konkrete ‚Beweise‘ für Angriffe Russlands auf die BRD selbst die niedrigen Qualitätsstandards russischer ‚Fake News‘. Generalleutnant Bodemann stützte 2023 die Behauptung täglicher Angriffe im „hybridem Krieg“<sup>7</sup> mit zwei Beispielen: 1.) angebliche ‚Sabotagen‘ an DB-Infrastrukturen – die juristisch bereits klar als Werk von Kupferdieben aufgeklärt waren; 2.) die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines – bei der Bundesanwaltschaft und Medien längst von der Tat eines ukrainischen Kommandos ausgingen.<sup>8</sup> Zwei Jahre später erzählt Bodemann (2025) unter dem Suggestivtitel „Auch die Bahn wird attackiert“ weiter von defekten Kabeln und Weichen (die es dank maroder Infrastruktur zuhauf gibt), nennt aber keine nachprüfbaren Ereignisse und räumt ein, alle mutmaßlichen „Anschläge“ seien Russland „nicht oder nur schwer zuzuordnen“. Das gilt auch für die Drohnen, bei deren Bekämpfung er jedoch stolze Erfolge meldet: Jüngst habe die Truppe in der Nähe eines Flugzeugträgers Drohnen „zu Boden gebracht und die Piloten gestellt“ – leider „Mitarbeiter von Vermessungsfirmen, keine Spione“, aber die „Abwehr hat funktioniert“ (ebd.). Um gesicherte Fakten zu weiteren Dronensichtungen, steht es nicht besser. Russland bestreitet solche Aktivitäten und auch Presseberichte, deren

Überschriften anderes suggerieren, erwähnen im Text, dass unabhängige Beweise fehlen.<sup>9</sup>

Dass erhöhte Bedrohungsgefühle keine Feindaktivität brauchen, demonstriert vollendet der ZEIT-Artikel „Bereit für einen Krieg?“: Der Untertitel behauptet: „Die russische Bedrohung ist in Hamburg so spürbar wie nie“ (Friederichs/Heinemann 2025a). Das liegt dem Text zufolge aber nur am Manöver „Red Storm Bravo“, mit dem die Bundeswehr „mitte in Hamburg“ den „Aufmarsch und die Verschiebung der Truppen“, das „Absangen von Drohnen“, den „Massenanfall von Verwundeten“ etc. „so nah an der Realität wie möglich“ trainiert. Der Senat setzte so ein „Zeichen an die Bevölkerung“, dass „wir uns an Militärpräsenz gewöhnen müssen“, während die Bundeswehr „glaubwürdige Abschreckung“ anstrebe (ebd.) – das war wohl auch an ‚innere Feinde‘ gerichtet, etwa an „Linksextremisten“ (ebd.), die gegen das Manöver protestierten: Obwohl das immer repressivere Vorgehen gegen antimilitaristische Proteste (noch) in das Re却ort der Polizei fällt, übte die Bundeswehr auch den Einsatz gegen „Demonstranten, aufgepeitscht durch [...] Fake News aus Russland“, die „die Verlegung der Truppen“ behindern (ebd.).<sup>10</sup>

Zuletzt mündete diese D.I.Y.-Arbeit an ‚objektiven Bedrohungslagen‘ in Schlagzeilen u.a. des Tagesspiegels vom 10.10.2025: „Militärexpererten sehen ‚Phase 0‘ erreicht: Können Vorbereitungen für einen Krieg zwischen Russland und Nato sein“. Ebenso vertrauten wie belegfreien Spekulationen folgte der Disclaimer: „Militärexpererten [...] betonen allerdings, dass man keine akuten Anzeichen dafür beobachtet habe, dass Russland sich derzeit aktiv auf einen Konflikt mit der Nato vorbereitet“ (Rathje/Semeniuk 2025).<sup>11</sup> Insofern bleibt der Kriegserüchtigungsdiskurs Belege für die akute ‚russische Bedrohung‘ schuldig, die selbstreferentielle ‚Analysen‘ aus Militär und Politik zu seinen Anlässen erklären. Dies wird hier zum Anlass genommen, in einem Lektüreexperiment zu sondieren, auf welche anderen Bezugsprobleme, Ziele und Funktionen Diskurse und Dispositive der ‚Kriegs-

5 Höchste Militärs können ‚objektive Bedrohungen‘ direkt aus eigenen Denkwängen ableiten: Im „Worst-Case-Szenario, in dem ich als Soldat denken muss, könnte 2029 ein kritisches Jahr sein“, erklärt der Generalinspekteur der Bundeswehr, C. Breuer (in: Joeres/Kireev 2025). Bei zu penetranter Hinterfragung von Autorität wird offenbar die ‚russische Bedrohung‘ rasch akuter: „Russland könnte auch morgen angreifen – wer weiß das schon“, würgt der französische Sicherheitsexperte Élie Tenenbaum weitere journalistische Nachfragen ab (in: ebd.).

6 Exemplarisch schließt etwa der „Analyst“ A. Umland russische Angriffe unter „rationalen Gesichtspunkten“ aus, da die Kräfte zu ungleich sind“, jedoch „können irrationale Impulse“ zur weiteren Escalation treiben (zit. in Rathje 2025). Seit 2022 ist ‚Irrationalität‘ in den Medien ein verbreitetes Attribut Putins, der zuvor – als BRD-Rohstoffdealer und Großabnehmer der deutschen Rüstungsindustrie – noch als ‚lupenreiner Demokrat‘ für Frieden und Völkerverständigung stand. Für Umcodierungen einstiger geostrategischer ‚Partner‘ in dämonische ‚Feinde‘ sind Analogien zur als Signifikant des „absolut Bösen“ etablierten „Ikone Hitler“ ein „leicht abrufbares symbolisches Kapital“ (Schulte-Sasse 1991: 10), das schon öfter (Hussein, Gaddafi etc.) weitreichende ‚Präventivmaßnahmen‘ legitimierte. Vgl. zur Analyse von Putin=Hitler-Analogien: Heim 2023.

7 Vgl. die Quelle in Fn. 1. Im Fall Russlands stuft Bodemann auch Desinformation und Spionage bereits als ‚Krieg‘ ein. Sonst gehört dies eher zur Normalität zwischenstaatlicher Beziehungen. Selbst das nachweisliche Ausspähen höchster BRD-Regierungsvertreter durch die US-amerikanische NSA galt allenfalls als ‚Taktlosigkeit‘.

8 Ausführliche Dossiers dazu hatten u.a. SPIEGEL und ZEIT publiziert (vgl. u.a. Hommerich et al. 2023). Inzwischen steht außer Frage, dass ukrainische Militärs und Geheimdienste involviert waren. (Vgl. u.a. Diehl et al. 2024)

9 „Die Drohnen fliegen schon im Hafen“ titelt z.B. plakativ ein Artikel zu Sichtungen in Hamburg, dem dann zu entnehmen ist, dass zwar keine Belege russischer Aktivitäten vorliege und derzeit v.a. „Drogenbanden Drohnen einsetzen“. Der Ausbau der Rüstungsindustrie könnte Hamburg aber ins „Visier“ Russlands rücken, weshalb es „völlig naiv“ sei, „Gefahren durch fremde Mächte nicht zu sehen“ (Friederichs/Heinemann 2025b).

10 Auch die Armee wird so „dort erlebbar“, „wo die Menschen sind.“ (BMVG 2023: 27) Vermehrte Polizeigewalt war etwa beim Protestmarsch des Bündnisses „Rheinmetall entwaffnen“ im August 2025 in Köln ‚erlebbar‘.

11 Der Focus titelte als Tatsachenaussage: „Russland startet ‚Phase 0‘ für einen Krieg mit der Nato“. Im Text ist „unklar“, ob Russland dazu Entscheidungen getroffen habe oder wann „das geschehen könnte“ (Hinz 2025).



tüchtigkeit‘ verweisen, wenn von vordergründigen Feindsetzungsstrategien und Feinbildkonstruktionen abgesehen wird. Was bedeutet ‚Kriegstüchtig werden‘ (jenseits der Bezüge auf ‚äußere Feinde‘) für die innere Neuformierung von Staat und Gesellschaft und welche Strategien und Funktionen sind damit verbunden? Diese Fragen werden zunächst hinsichtlich einer Militarisierung der Gesamtgesellschaft diskutiert, um im Anschluss weitere politisch-ökonomische und soziokulturelle Aspekte zu sondieren.

## „OPERATIONSPLAN DEUTSCHLAND“ – MOBILMACHUNG FÜR UNERKLÄRTE NOTSTÄNDE

Bereits die „Verteidigungspolitischen Richtlinien 2023“ wiesen „Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime“ (BMVg 2023: 27) aus, die nicht nur den Auftrag einer „einsatz- und kampfbereiten Bundeswehr“ (ebd.: 13), sondern eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ (ebd.: 27) definiert. Jenseits von Symbolpolitik – etwa die *alle* deutschen Soldaten ehrende „Veteranen- und Gefallenenkultur“ als „stete Verpflichtung“ (ebd.) der Gesamtgesellschaft<sup>12</sup> – meint dies v.a., dass im Kriegsfall und in der Vorbereitung „wesentliche Unterstützungsleistungen“ durch „zivil-militärische Zusammenarbeit“ zu erbringen sind – besonders bei „Infrastruktur, Logistik, Gesundheitsversorgung sowie Schutz und Sicherung“ (ebd.: 24). Noch deutlicher als in der neuen „Nationalen Sicherheitsstrategie“ von 2023 sollen daher alle gesellschaftlichen Bereiche an Erfordernissen der Kriegsführung ausgerichtet werden. Welche konkreten Forderungen das Militär im „Rahmen des zivil-militärischen Gesamtengagements“ (BMVg 2023: 27) an zivile Instanzen richten kann, legt der seit 2023 unter Federführung der Bundeswehr erarbeitete „Operationsplan Deutschland“ (kurz OPLAN DEU) fest, der am 1.1.2025 in Kraft trat.

Über den OPLAN DEU ist nur bekannt, dass er ca. 1.000 ständig überarbeitete Seiten umfasst, deren Inhalte (also militärische Strategien und Ausführungsabläufe) so geheim sind, dass selbst Bundeswehrzulieferer die ihnen zugewiesenen Aufgaben nicht kennen, erst recht nicht die Millionen Zivilisten in Gesundheits- und Verkehrswesen, Pharmazie und Nahrungsmittelindustrie, die das „Rückgrat“ der „Truppe“ bilden sollen.<sup>13</sup> Obwohl Analysen eines derart geheimen Dokuments unmöglich sind, verdeutlichen offizielle Verlautbarungen zentrale Eingriffspunkte und Ziele des OPLAN

DEUs sowie Implikationen der Umstellung von Wirtschaft, Infrastruktur und Gesundheitssektor auf das Primärziel ‚Kriegstüchtigkeit‘. Wie das Operative Führungskommando der Bundeswehr (OFB 2025) informiert, müssen entsprechende „Herausforderungen nicht rein militärisch“, sondern „gesamtstaatlich und gesamtgesellschaftlich gemeistert“ werden (ebd.: 2), womit „maximale zivile Unterstützung“ ein „entscheidender Faktor ist“ (ebd.: 6). „Der OPLAN DEU bündelt“ daher Militäraktivitäten mit allen „erforderlichen zivilen Unterstützungsleistungen“ (ebd.). Über die massive materielle und personelle Aufrüstung hinaus soll die Bundeswehr im Stande sein, auf zivile Ressourcen und Personalleistungen rasch, effizient und koordiniert zuzugreifen. Das dient v.a. auch dem ‚Host Nation Support‘ für weitere NATO-Streitkräfte.<sup>14</sup> Mit dem Ausbau der BRD zur militärischen „Drehscheibe“ für Aufmarsch und Nachschubsicke rung an der „NATO-Ostflanke“ müssten bis zu 800.000 Soldat\*innen und schweres Gerät „durchgängig logistisch und medizinisch versorgt werden“ (ebd.: 5).

An der durch das Bundesinnenministerium koordinierten Ausarbeitung und Aktualisierung des Plans unter Federführung der Bundeswehr sind auch Polizeibehörden, Feuerwehren und das THW beteiligt. Seine Dispositionsmasse bilden aber nahezu alle Infrastrukturen und Ressourcen des zivilen Lebens. Was dies bedeutet, ist am Gesundheitssektor illustrierbar, den alle offiziellen Dokumente als besonders ‚kriegswichtig‘ einstufen, um Einbindungen ziviler Strukturen und Personalbestände unter Führung der Bundeswehr vorzusehen.<sup>15</sup> Diverse Tagungen und Rundschreiben bereiten medizinisches Personal auf die „zivil-militärische Zusammenarbeit“ vor.<sup>16</sup> Fachverbände und -zeitschriften geben der Kriegsmedizin immer mehr Raum, deren neue Rolle das Hessische Ärzteblatt (10/2024) mit dem Covermotiv eines Bundeswehr-Bergepanzer auch visuell hervorhob. Eingestimmt wird auf akute Versorgungsnotstände: Im Bündnisfall sind für die kriegsmedizinische Drehscheibe BRD bei nur 1.850 Betten in Bundeswehrkrankenhäusern täglich bis zu 1.000 schwerverletzte Soldat\*innen und massive Flüchtlingswellen verletzter Zivilist\*innen erwartbar, weshalb räumliche und personelle Ressourcen ziviler Gesundheitssysteme vorrangig dem Militär zur Verfügung stehen müssen (vgl. Friemert 2024). Im Verteidigungsfall ist mit mehr Verletzten bei zerstörter Infrastruktur und Personalausfall zu rechnen. Trotz anderslautender medizinethischer Deklarationen<sup>17</sup> müsste das durch Notstandsregelungen und Sicherstellungsgeset-

12 Tatsächlich führte die BRD, erstmals nach Abschaffung des nationalsozialistischen „Heldengedenktags“, wieder einen Ehrentag für alle aktiven und ehemaligen deutschen Soldaten ein, der als „Veterantag“ fortan an jedem 15. Juni begangen werden soll. Vgl. zur Problematik und Debatte u.a.: Imhof/Stoop 2025.

13 Erfahrene Katastrophenschützer wie Albrecht Broemme (langjähriger Chef der Berliner Feuerwehr und Präsident des THW) kritisieren die (Des-)Informationspolitik des Operativen Führungskommandos: „Der Russe weiß ohnehin, was da drinsteht“, aber nicht die im Katastrophenfall relevanten Akteure in der BRD (zit. in: Friedrichs/Hägeler 2025). Ausführliche Recherchen zeigen, dass der ‚Plan‘ offenbar „zu geheim für den Ernstfall“ ist (ebd.).

14 Konkret umfasst das die Sicherung von Verlegungs- und Nachschubrouten; Versorgung und Unterbringung verbündeter Streitkräfte, Wartung und Betankung von Kriegsgerät und medizinische Versorgung im ‚Hinterland‘.

15 Vgl. BMVg 2023 oder die am 5.6.2024 vom Bundeskabinett beschlossene Rahmenrichtlinie Gesamtverteidigung.

16 Z.B. organisierte die Bundesärztekammer im Herbst 2024 die Tagung „Bedingt abwehrbereit? Die Patientenversorgung auf den Ernstfall vorbereiten.“ In Hessen fragte im September 2024 ein Symposium mehrerer Ärzte\*innenkammern und der Bundeswehr: „Im Ernstfall: Was bedeutet Kriegsmedizin?“ Der Direktor des Bundeswehrkrankenhauses Ulm, B. Friemert (2024) verschickte bundesweit einen Artikel an alle klinischen Chirurg\*innen, um sie auf Herausforderungen der Versorgung von Kriegsverwundungen und Kriegsszenarien einzustimmen.

17 Theoretisch gelten laut Havanna Declaration der World Medical Association auch in bewaffneten Konflikten die Regeln der ärztlichen Ethik. Die Genfer Konvention von 1949 fordert Gleichbehandlung auch gegnerischer Zivilist\*innen und Kombattant\*innen, nur wird all



## Ordnen und Regieren

Das Konzept ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik.  
Eine postkoloniale Diskursanalyse



Sara Madjlessi-Roudi



Sara Madjlessi-Roudi

Ordnen und Regieren  
Eine postkoloniale Diskursanalyse des Konzepts ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik

ISBN 978-3-89771-777-0

Seiten: 476

Reihe: Edition DISS Band: 48

Sara Madjlessi-Roudi wirft einen kritischen Blick auf das Konzept der ›zivilgesellschaftlichen Beteiligung‹, das seit den 1990er Jahren den entwicklungs politischen Diskurs im Globalen Norden bestimmt.

Unter spezifischer Bezugnahme auf Afrika und unter Rückgriff auf die Kritische Diskursanalyse (KDA) und auf postkoloniale Theorie arbeitet sie anhand von Strategiepapieren zur Entwicklungspolitik des BMZ sowie der Bundesregierung heraus, wie sich die Idee der ›Einbindung von Zivilgesellschaft‹ innerhalb von fünfzehn Jahren zu einer Regierungstechnologie entwickelt hat. Darin wird Afrika als tendenziell defizitäres Umfeld für zivilgesellschaftliche Teilhabe konstruiert und werden Differenzlinien insbesondere zu sogenannten ›Gewaltakteuren‹ und zur Bevölkerung hervorgehoben.

Sara Madjlessi-Roudi zeichnet nach, wie die deutsche Entwicklungspolitik über Jahre hinweg am Konzept ›Zivilgesellschaft‹ festhält, das auf eigenverantwortliche Subjekte verweist, von denen bestimmte Handlungen erfordert werden können. Im Ergebnis werden so nicht nur politische und ökonomische Machtverhältnisse ausgeblendet, sondern auch koloniale Differenzsetzungen reproduziert, in denen sich das BMZ als handelnder Akteur begreift. Die diskursiven Effekte, die die Autorin ausmacht, zeigen sich entweder in Bezug auf die Legitimation des deutschen entwicklungs politischen Handelns in Afrika oder in der Zurückweisung von Kritik an entwicklungs politischem Paternalismus.

ze für militärische Zwecke zwangsverpflichtete zivilmedizinische Personal den Regeln der Kriegsmedizin folgen, was zu gravierenden Rollenkonflikten führt. Statt einer Grundsatzverpflichtung auf das individuelle Patientenwohl in der zivilen Gesundheitsversorgung hat im Konfliktfall die militärische Logik und damit die Wiederherstellung einsatzfähiger Soldat\*innen Vorrang. Das gilt v.a. auch bei Priorisierung knapper medizinischer Hilfeleistungen in Triage-Verfahren: Priorisiert die zivile Katastrophenmedizin die Erstversorgung überlebensfähiger Schwerverletzter, hat militärmedizinisch die rasche Wiederherstellung wieder verwertbaren Menschenmaterials Vorrang (*Reversed Triage*).<sup>18</sup> Auffallend ist das auch in Szenarien für Nuklearkriege, die die „Wehrmedizinische Monatsschrift“ seit 2023 verstärkt diskutiert. Während offizielle „Schutzstrategien bei Nuklearwaffeneinsatz“ (SSK 2024) für die Zivilbevölkerung bestenfalls lachhaft sind,<sup>19</sup> wird für Soldat\*innen an neuen IT-basierten Triage-Lösungen gearbeitet: Biodosimetrie und andere innovative Methoden sollen militärmedizinische Entscheidungen über die (Nicht-)Behandlung enorm beschleunigen, indem (vor allen Symptomen) die bei der erhaltenen Strahlendosis statistisch noch erwartbaren Einsatzfähigkeit und -zeit via App kalkuliert werden. (Vgl. u.a. Hermann et al. 2023: v.a. 67ff.)

1982 zog die Bundesregierung Vorstöße zum Gesundheitssicherstellungsgesetz für den Kriegsfall nach massivem Protest aus der Ärzt\*innenschaft zurück. Heute bleiben Proteste marginal,<sup>20</sup> während das neue Gesundheitssicherstellungsgesetz *weit im Vorfeld eines ‚Verteidigungsfalls‘* besondere staatliche und militärische Eingriffsrechte in medizinischen Bereichen anstrebt.<sup>21</sup>

Auch in anderen Sektoren bleibt intransparent und offen, ab wann der OPLAN DEU bzw. einzelne Elemente bereits im nichterklärten, Vor-‘oder, De-facto-Kriegszustand‘ aktiviert werden. Was dies für die Wirtschaft heißt, veranschaulicht eine Sonderbroschüre, mit der das [SICHER:]-MAGAZIN des ASW-Bundesverbands eine neue Rolle der „Sicherheitsverbände [...] als Scharnier zwischen Wirtschaft, Behörden und Bundeswehr“ verkündet. So geheim der OPLAN DEU bleibe, „betrifft er alle: Unternehmen, Hilfskräfte und die Bevölkerung“. Ein „Mindestmaß an Öffentlichkeit“ sei also nötig, „um Millionen Menschen und zehntausenden Organisationen [...] Orientierung zu geben.“ (ASW 2025: 19) „Sicher“ ist in den diffusen Einstimmungen auf den „Ernstfall“, dass dieser nicht erst den „Verteidigungsfall“ oder den in Artikel 80a GG nicht näher definierten (also dehnbaren) „Spannungsfall“ meint und auch nicht erst den „Zustimmungsfall“<sup>22</sup>. In all diesen Fällen würden Teile des „Personalbestands“ durch „gesetzliche Verpflichtungen

dies unter Kriegsbedingungen nahezu nie eingehalten.

18 Es müsse klar sein, dass der „Soldat zuerst behandelt wird, der Blinddarm-Patient später“, formuliert flapsig M. Giss (2025). Intensiv diskutiert die Wehrmedizinische Monatsschrift Triagen. Kritische Ärzt\*innen fürchten eine „Umkehr der ethischen Prinzipien der Medizin“ (IPPNW 2025, vgl. Rippel-Lau 2025).

19 Laut Strahlenschutzkommission des Bundes besteht beim Zivilschutz im Atomkrieg „deutlicher Optimierungsbedarf“ (SSK 2025: 8). Es gibt aber Tipps „zum Schutz der Bevölkerung bei Nuklearexplosion“: „Direkt nach der Explosion“ sei „vor dem Verzehr von selbst angebautem Gemüse“ zu warnen.“ (Ebd.: 10) Auch sollten Bürger\*innen „FFP2-Masken“ vorhalten, was aber „nicht zu einem falschen Sicherheitsgefühl führen“ dürfe (ebd.: 101).

20 „Wir werden euch nicht helfen können“ war 1982 der klare Titel der „Frankfurter Erklärung“ der IPPNW (vgl. Rippel-Lau 2025). Die daran angelehnte „Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen“ vom 11.9.2025 haben bisher (8.11.2025) nur 751 Personen unterzeichnet. Zu Informationen siehe: <https://www.ippnw.de>.

21 Die im Kalten Krieg ausgearbeiteten Generalklauseln sehen derzeit weitgehende Durchgriffsrechte bei Feststellung eines dem Verteidigungsfall vorgelagerten „Spannungsfalls“ (qua 2/3-Mehrheit im Bundestag) vor. Damit würden Sicherstellungsgesetze „entsperrt“, die u.a. die Berufsfreiheit außer Kraft setzen, um Dienstverpflichtungen zu ermöglichen. Der Expertenrat „Gesundheit und Resilienz“ (2024) fordert Rechtsgrundlagen „für eine effiziente zivil-militärische Zusammenarbeit [...] vor Eintritt eines Spannungs- und Verteidigungsfall“ (ebd.: 5). Auch der Koalitionsvertrag erklärt eine solche „Änderung der Rechtslage“ zum Regierungsziel, um „Handlungsfähigkeit bereits vor dem Spannungs- und Verteidigungsfall“ zu erreichen (CDU/CSU/SPD 2025: 84).

22 Gemeint ist die Zustimmung einer 2/3-Mehrheit des Bundestags zu Notstandsmaßnahmen.



aus ihrem regulären Arbeitsverhältnis abgezogen“ – ob zum Wehrdienst oder zum Einsatz in kritischen Infrastrukturen „in Krankenhäusern, der Energieversorgung, in Verkehrsunternehmen oder der Lebensmittelindustrie“ (ASW 2025: 4). Aber auch unabhängig von und lange vor erklärten Notständen sei mit stark erweiterten „Eingriffsrechten“ in „alle Wirtschaftssektoren“ im Rahmen der Novellierung der „Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze“ zu rechnen, die es Staat und Heer ermöglichen, „gezielte Verteidigungsvorbereitungen zu treffen“ oder sich auf andere, unbestimmte „Gefährdungslagen“ vorzubereiten (ebd.: 5).

Da der Staat „im Krisen- oder Verteidigungsfall, aber auch bereits im Vorfeld“, also (je nach Ausgang der Novellierung von Gesetzen) potenziell jederzeit, „breit und tiefgreifend [...] auf privatwirtschaftliche Ressourcen zugreifen kann“, sei „Vorsorge [...] keine freiwillige Option“. Aktive Vorbereitung auf den (unbestimmten) „Ernstfall“ wird notwendiger Teil „betrieblicher Resilienz“. Kenntnisse der sich schnell ändernden Rechtslage genügen nicht. Geraten sind proaktive Bemühungen „um guten Kontakt zu den [...] Anforderungsbehörden“, für deren „Informationsabfragen“, die „recht kurzfristig eintreffen“ können, alle Daten zu Personal und Ressourcen „vorbereitet und stets aktuell“ zu halten sind (ebd.: 6).<sup>23</sup> Für den angemahnten „Paradigmenwechsel“, der alle Unternehmen zu „aktiven Partnern staatlicher Sicherheitsvorsorge“ macht, sollen diese u.a. eine neue „Schlüsselfunktion“ einrichten: Den „Koordinator Wirtschaftsschutz und Gesamtverteidigung“, der „Monitoring und Analyse geopolitischer Entwicklungen“ in „Handlungsempfehlungen für das Management“ zusammenfasst, v.a. aber „sicherheitsrelevante Netzwerke“ pflegt, damit der „schnelle, direkte Draht zu Behörden, Bundeswehr, Krisenstäben“ steht (vgl. ebd. 9f.). Das Stellenprofil umfasst etwa „Erfahrung in sicherheitsbezogenen Behörden“ und die parallele „Tätigkeit als aktiver Reserveoffizier der Bundeswehr“ sowie die „Bereitschaft“, in „Worst-Case-Szenarien“ zu denken (ebd.: 11). Damit soll eine militärische Handlungsorientierung in Unternehmen fest verankert werden.

Jenseits begründeter Zweifel, ob ein Plan, den nicht einmal Katastrophenschutzverantwortliche kennen, *irgendeine* Funktion im ‚Kriegsfall‘ erfüllen kann (vgl. Friedrichs/Hägeler 2025), sind seine Funktion im Kriegstüchtigungsdiskurs offenkundig: Das Geraune um einen OPLAN DEU, von dem nur bekannt ist, dass Staat und Heer in ihm von allen Zivilist\*innen ‚maximalen Einsatz‘ fordern, wozu ebenso unbestimmte wie allumfassende Anrufungen jederzeit an jede\*n ergehen könnten, zielt auf eine Art präventiver psychosozialer Generalmobilmachung. Dabei wird das Wort „Mobilmachung“ aus militärischen Anwendungskontexten auf diverse ‚zivil‘ konnotierte Bereiche übertragen. So erklärt der Präsident des ASW-Bundesverbands, J. Strümpfel, den OPLAN DEU zum „Meilenstein“ einer die gesamte „Wirtschaft“ erfassenden „Mobilmachung kritischer Infrastrukturen“ oder der „Mobilmachung“ in „der Cyberabwehr“ (ASW

2025: 2). Generell begrüßte die FAZ die neue „Nationale Sicherheitsstrategie“ als „gesamtgesellschaftliche Mobilmachung“, monierte jedoch deren „noch unscharfe Konturen“ (Geyer 2023).<sup>24</sup>

Das fügt sich in längerfristige Trends der Ausbildung neuer Dispositive in „Erwartung eines Notstandsregimes“ (Link 2023: 7–15) mit unbestimmten Ausformungen und Anwendungsfeldern. Die Konzentration von Entscheidungsgewalt bei der Exekutive, die Einschränkung oder „Suspendierung wesentlicher demokratischer Rechte“ und „notständische Maßnahmen“, die auch die Privatwirtschaft sowie soziale und kulturelle Institutionen treffen, sollen dabei auf „Anerkennung“ oder zumindest Duldung „der Zivilgesellschaft“ rechnen (ebd.: 8). Um Protest und Legitimitätskrisen einzudämmen, geht es (wie schon bei den Maßnahmen und Ausnahmegesetzen in der ‚Corona-Krise‘) gerade *nicht* um Notstandserklärungen (i.S. von Art. 80 GG), sondern eher um eine „Schaukeltechnik“ zwischen Aufrechterhaltung juridischer Normalitätsfassaden und „oft nicht erklärte[n] Notstandsverfassungen“ (Seibert 2024: 36). An normalen juristischen Formen wird nominell festgehalten, um sie für eine „radikale Vereinnahmung des Rechts für politische Zwecke“ (ebd.: 40) zu nutzen. Die durch erwünschte wissenschaftliche Expertise bemängelte Ad-Hoc-Feststellung einer Notlage „von nationaler Tragweite“ sowie konkreter ‚Tatbestände‘ durch Parlamente oder „extraparlamentarische Legitimationsgremien“ (ebd.) – z.B. die situativ eingesetzte Bund-Länder-Konferenz in der Coronakrise – erlauben erweiterte Interpretationen bestehenden Rechts oder befristete Ausnahmeregelungen (vgl. ebd. 37ff.). Der Präsident des BVerfG erklärte dazu bezüglich der Coronamaßnahmen beiläufig: „Die Grundrechte gelten, aber sie gelten anders als vor der Krise“ (zit. in ebd.).

Diskurse um die „Kriegstüchtigkeit“ kalkulieren, wie oben illustriert, mit ähnlichen Grauzonen weitreichender ‚Vorfeldprävention‘ für unerklärte Notstände. Dazu passen wiederholte Forderungen, die „zerfaserten Zuständigkeiten“ des Föderalismus, die „es Angreifern leicht“ machen (Gersemann 2024) und sich „nicht als besonders schnell und handlungsfähig erwiesen“ haben, „auf den Prüfstand zu stellen“ (C. Massala zit. in mrc/dpa 2024). Föderale Bundesstrukturen, die nach den NS-Erfahrungen die zentralistische Konzentration militärisch und autoritär nutzbarer staatlicher Machtstrukturen verhindern sollten, gelten nurmehr als zu überwindende oder zu umgehende Hemmnisse für effektives, effizientes und schnelles militärisches und polizeiliches Vorgehen. Der stellvertretende Befehlshaber des Operativen Führungskommandos fordert ergänzend „erweiterte Befugnisse für die Bundeswehr im Inland“, um „schon in Phasen wie diesen“ militärische Kontrolle über kritische Infrastrukturen, Möglichkeiten zur Verpflichtung privater Firmen, Übertragung von Polizeibefugnissen auf Feldjäger usw. zu ermöglichen. Dass „spezielle Befugnisse für die Bundeswehr“ erst im „Zustimmungs-“ und „Spannungsfall“, also den *erklärten* „Vorstufen des [...] Krieges“, gelten, sei „zu spät“ (Bodemann

23 An anderer Stelle wird empfohlen, für Datenerfassungen, für die (noch) „keine Rechtsgrundlage vorliegt“, die (selbstverständlich „freiwillige“) „Einwilligung der Mitarbeiter“ einzuholen (ASW 2025: 17).

24 Kritische Stimmen warnen ebenso oft vor einem „gefährlichen Kurs der geistigen Mobilmachung“ (Bröckling 2025) oder den Implikationen einer „Mobilmachung bis ins Krankenhaus“ (Vogler 2024).



2025). Neue Rechtsgrundlagen für permanente, unerklärte Quasi-Notstände könne freilich „allein der Bundestag, nicht die Bundeswehr“ schaffen. „Wir können nur Ideen und Bedarfe [...] einbringen.“ (Ebd.) Diese korrelieren allerdings mit politischen ‚Bedarfen‘, das Erreichen der Kriegstüchtigkeit mit quasi-notständischen Maßnahmen zu koppeln, die auch Möglichkeiten zur Bearbeitung ganz anderer unlösbarer Krisen- und Konfliktkonstellationen erweitern.

## GUT, WENN BALD KRIEG IST, DAS MACHT ALLES BESSER! WIRTSCHAFTS-, SOZIAL-, INNEN- UND KLIMAPOLITISCHE ERWARTUNGEN AN DIE ‚KRIEGSTÜCHTIGKEIT‘.

Kriegstüchtigungs- und Mobilmachungsdiskurse sind eng mit Bestrebungen zum Abbau und zur Zersetzung des Rechtsstaats verbunden, die als ‚Bürokratieabbau‘ und ‚efizientes Regieren‘ anschlussfähig gemacht werden. Die offensive Zerschlagung des Rechts- und Verwaltungsstaats in den Trump2.0-USA (vgl. Heim 2025b) ist in der BRD – trotz Aufrufen zu ‚mehr Musk wagen‘ – ein vorerst unerreichbares Vorbild. Jedoch folgt die operative Praxis der Bundesregierung mit affinen Dispositiven internationalen Trends. Im Koalitionsvertrag meint „Bürokratieabbau“ (vgl. CDU/CSU/SPD 2025: 59–66) v.a. Abbau von Umwelt-, Sozial-, Beteiligungs-, Einspruchs- und Klagerechten. Konkret soll die Abschaffung des Lieferkettengesetzes deutschen Konzernen freiere Hand für globale Menschenrechtsverletzungen geben. Zwecks „Beschleunigung mit überragendem öffentlichem Interesse“ (ebd.: 60) ausgestattete inländische Großvorhaben im Rahmen der „Sonervermögen“ werden durch weiteren Rechtsabbau flankiert. Ziel ist u.a. die Beschränkung des Verbandsklagerechts auf „tatsächliche Betroffenheit“ und seine Absenkung auf das EU-rechtliche „Mindestmaß“, dessen „internationale Reduzierung“ parallel voranzutreiben ist (ebd.: 66). Klagemöglichkeiten für Umweltverbände würden so de facto eliminiert. Diversen Großprojekten verleiht Kriegswichtigkeit zusätzliche Dringlichkeit.<sup>25</sup> Nötig ist das, da (abgesehen von desaströsen Emissionsbilanzen der Ausrüstung) lokale Naturzerstörungen die Umgehung normaler Umweltrechte und -standards erfordern.<sup>26</sup>

Eine ‚Mobilmachung‘ der Infrastruktur und der ([Vor-]Kriegs-)Wirtschaft, die Differenzen von zivil und militärisch zunehmend verwischt, ist dabei mit weitreichenden wirtschafts- und innenpolitischen Interessen verkoppelt, die politisch und gewerkschaftlich breit anschlussfähig sind: Die

Aufrüstung ist ein gigantisches Wachstums- und Konjunkturpaket für die stagnierende Wirtschaft und kompensiert den Niedergang anderer Schlüsselindustrien. Bauoffensiven im Rahmen des „Bundeswehrinfrastrukturbeschleunigungsgesetzes“ (CDU/CSU/SPD 2025: 132) und der Sonervermögen versprechen Kommunen und Ländern Impulse zur Überwindung langfristiger Infrastrukturkrisen und Sanierungsrückstaus. Da überwindet selbst die sächsische Landesregierung ihre Skepsis gegen Russlandsanktionen und Aufrüstung.<sup>27</sup> Angesichts des Endes des Waggonbaus in Görlitz und des Niedergangs der Autoindustrie ist der Wirtschaftsminister „froh“, viele „Industriearbeitsplätze erhalten“ zu können, „indem wir Geld in die Verteidigungsindustrie stecken“. Wenn der Bund in „wirtschaftlich schwieriger Zeit [...] viele Milliarden für die Rüstung“ locker mache, wäre es „schön blöd“, nicht zuzugreifen (Panter 2025). Dass jede Kriegstechnik Halbleiter braucht, ist zugleich ein Glücksfall für das „Erfolgsmodell Silicon Saxony“ und Infrastruktursondervermögen erlauben, „Milliarden vom Bund“ in „Mobilität, Brücken, Krankenhäuser“ zu stecken, was „auch in anderen Branchen positive Effekte“ habe (ebd.). Identisch argumentieren andere Länder und Kommunen.<sup>28</sup>

Das erinnert an den ‚militaristischen Keynesianismus‘ der Reagan-USA, in dem das Wettrüsten eine sonst undenkbare Expansion der Staatsverschuldung erlaubte, um fortgesetzte Wachstums- und Profitklemmen auszugleichen. Die neu erliche enge Kopplung staatsschuldbasierter militärischer und infrastruktureller Aufrüstung mit ökonomischen Basiszyklen, verweist auf zentrale Funktionen der Kriegsvorbereitungen im „Polykrisenstrudel“ der Gegenwart. Wie J. Link (2024) betont, ist das Grundmodell des „militärischen Prozesses als Eskalationsprozess“ letztlich der „Prozess eines (makabren) Wachstums“ (ebd.: 11). Realhistorisch ebneten staatsschuldbasierte Aufrüstung und Infrastrukturausbau zur Kriegsvorbereitung Deutschland schon nach der Weltwirtschaftskrise 1929ff. den Weg zu neuem Wachstum. Niemand anders als J.M. Keynes (1936) lobte „Hitlers New Deal“ als erfolgreicher als den Roosevelts und hoffte im Vorwort zur deutschen Ausgabe seines Hauptwerks auf ein besonderes Verständnis für seine wirtschaftspolitischen Ideen im NS (vgl. ebd.: VIIIf.) – selbstverständlich ohne den Weltkrieg oder andere Idiosynkrasien des NS-Keynesianismus zu empfehlen.<sup>29</sup>

Dennoch lag die Basis des von Aufbau und Modernisierung getragenen Nachkriegswachstums auch in den enormen globalen Zerstörungsleistungen des Weltkriegs, der die ‚golde-

<sup>25</sup> Selbst Söders Vision deutscher Mondmissionen (inklusive „Startplattform in der Nordsee“ und „ESA-Mondkontrollzentrum“) gilt (wie einst die V2) als kriegswichtig: „Raumfahrt“ sei als „Schlüsseltechnologie“ für „unsere militärischen Fähigkeiten zentral“ (CDU/CSU/SPD 2025: 8)

<sup>26</sup> So erfordert der OPLAN DEU enorme Flächenversiegelungen, um Autobahnen als „Behelfslandebahn“ zu „ertüchtigen“ und Rastplätze mit „genügend Verkehrsfläche“ für große Militärverbände zu erweitern (Breuer 2025: 7).

<sup>27</sup> Dies hing mit engen Wirtschaftsverflechtungen und besonderen Beziehungen zu Putin (als KGB-Agent langjähriger Einwohner Dresden, Träger des sächsischen St.-Georg-Ordens usw.) zusammen.

<sup>28</sup> Auch in Hamburg, wo bereits „100 Unternehmen [...] Rüstungstechnik herstellen“, sieht Bürgermeister P. Tschentscher (SPD) „Aufrüstung“ als „Chance“, ein „starker Industriestandort“ zu bleiben (Fischer/Heinemann 2025b). Und auch hier verspricht die Kriegsvorbereitung, die „Sanierung von Infrastruktur“ voranzubringen – „darunter Brücken und Straßen, aber auch genug Schwerlastflächen für Panzer und verstärkte Kaimauern“. Auch dass „der Bund bislang kaum Geld für den Hafen übrig hatte“, ändere sich nun (Friedrichs/Heinemann 2025a).

<sup>29</sup> Das gilt etwa für den fiskalpolitischen Ausgleich des Deficit-Spending durch Raubmord an den Juden und die Ausplündерung besetzter Gebiete durch „Hitlers Volksstaat“ (Vgl. Aly 2005).



nen Jahre‘ des keynesianischen Kapitalismus mit ermöglichte. Diese fanden ihr Ende bekanntlich in der Weltwirtschaftskrise ab 1972. Seitdem sind Entwicklungen des kapitalistischen Weltsystems von einer strukturellen Überakkumulationskrise geprägt. Partiell und temporär kompensiert und vertagt wurde diese Krise durch immer höherstufige staatliche und privatwirtschaftliche Über- und Umschuldungsexzesse zur Wachstumsanreizung. Deren weitgehender Kollaps ließ sich in der Weltwirtschaftskrise ab 2007 durch die größte Staatsverschuldung aller Zeiten abfangen – jedoch nur um den Preis der Verschärfung multipler Sekundär- und Tertiärrisiken: Die Bearbeitung der Staatsschuldenkrise durch Einschnitte in Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssysteme und den Ausverkauf öffentlichen Eigentums (exemplarisch in Griechenland) verschärfte soziale Spaltungen, begünstigte den Aufstieg reaktionärer Parteien und beschleunigte die Desintegration der EU. Alle Wachstumsanreize verschärften globale ökologische Katastrophendynamiken. Kapitalistische Wettbewerbsstaaten und Bevölkerungsgruppen konkurrieren in diesen Konstellationen nicht mehr um eine bessere Zukunft, sondern um die Abwälzung akuter Krisenlasten aufeinander, was die Abkehr von internationalen Regeln und Abkommen in einer Renationalisierung der Interessenpolitiken nebst Verschärfung geopolitischer Konflikte begünstigt.<sup>30</sup>

In diesem lange vor 2022 eskalierenden und absehbar irreversiblen Polykrisenstrudel erfüllen mit der ‚russischen Bedrohung‘ legitimierte Aufrüstungs- und Mobilmachungsprojekte sowie die offenere imperiale Aufstellung der EU- und BRD-Geostrategien<sup>31</sup> wichtige Funktionen. Sie verheißen zwar keine Krisenüberwindung, aber ein ‚Polykrisenmanagement aus einem Guss‘: Prinzipiell ist ‚Kriegstüchtigkeit‘ ein Universalgrund, nicht nur die Schuldenbremse, sondern alle normalen Regeln der Fiskalpolitik außer Kraft zu setzen. Dass dafür tatsächlich die 2/3-Mehrheit der „heimlichen Allparteienkoalition einer Super-Mitte“ (Link 2024: 13) mobilisierbar ist, zeigte 2025 das Abstimmungsverhalten der Linkspartei bei der Ermöglichung weiterer Staatsverschuldung für die Aufrüstung und Mobilmachung. Die entgrenzte Fiskalbasis für ‚kriegswichtige‘ Megaprojekte wirkt zugleich der Schrumpfung der Wirtschaft und steigenden Arbeitslosenzahlen entgegen. Die Kehrseite sind Einschnitte bei Sozialausgaben. Merz‘ Aussage, der „Sozialstaat“ sei „nicht mehr finanzierbar“,<sup>32</sup> steht in direkter Verbindung zur Priorität der ‚Kriegstüchtigkeit‘, die zugleich der Legitimitätsbeschaffung für den Sozialabbau dient. Seit 2024 mündet das auch in offene ‚Kanonen statt Butter‘-Rhetoriken, wenn etwa der Leiter des ifo-Instituts, C. Fuest, in einer Talkshow polemisierte: „Kanonen und Butter sind Schlaraffenland“, um Erwerbslose und Bürgergeldbeziehende aufzufordern vom Sozialstaat endlich Abschied zu nehmen.<sup>33</sup> Neben Aufrufen zum Verzicht bereiten Vorstöße, Sozialleistungen stärker an die Disziplinierung der Empfänger\*innen und die Einforderung von Gegenleistungen zu koppeln, auch auf Zwangsverpflichtungen zum Einsatz an der ‚Heimatfront‘ vor.

Hinsichtlich der Klima- und Ökologiekrisen verunmöglichen geopolitische Krisenescalationen die notwendige Aushandlung einer internationalen Klimapolitik. Das gibt Argumenten, dass nationale Klimaanstrengungen nur die eigene Wirtschaft schwächen und den ‚Feinden‘ nützen, eine neue Faktenbasis. Nachdem Bearbeitungsnotwendigkeiten anderer Krisen über 30 Jahre dazu dienten, die Umsetzung klimapolitischer Vorstöße auf eine Zukunft

30 Vgl. zur Analyse der Krisenserien ab 1972 und ihrer Zuspitzungen ab 2007 sowie zur Auseinandersetzung mit entsprechender sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Literatur Heim 2017.

31 Vgl. zu letzterem am Beispiel einer Analyse und Einordnung von L. Klingbeils Tiergartenrede: Heim 2022b.

32 Vgl. u.a. <https://www.deutschlandfunk.de/merz-sozialstaat-von-heute-nicht-mehr-finanzierbar-100.html>.

33 So in der ZDF-Talkshow von Maybrit Illner am 22.2.2024. <https://www.zdf.de/politik/maybrit-illner/clemensfuest-kanonen-und-butter-sind-schlaraffenland-maybrit-illner-22-februar-2024-100.html>

## Der Krieg in der Ukraine

Weltordnungskrieg und „Zeitenwende“



Wolfgang Kastrup & Helmut Kellersohn (Hg.)



## Der Krieg in der Ukraine

Weltordnungskrieg und »Zeitenwende«

ISBN: 978-3-89771-780-0

Edition DISS 52

Helmut Kellersohn, Wolfgang Kastrup (Hg.)

Erscheinungsdatum November 2023

196 Seiten | 19,80 €

Der Krieg in der Ukraine evoziert binäre Deutungsstrategien, die in Schwarz/Weiß- bzw. Gut/Schlecht-Zuweisungen münden. Vor allem die ›westlich‹ orientierten Länder betrachten ihr Wertesystem als angegriffen. Auch wenn sie offiziell nicht Kriegspartei sein wollen, de facto sind sie es: Sie haben den Krieg zu ihrer Sache gemacht. Die Ziele der ehemals betriebenen Entspannungs- und Friedenspolitik lösen sich in einer weitreichenden ›Zeitenwende‹ auf. Doch kritische Analysen zu diesem Krieg und dem diesbezüglich herrschenden Diskurs sind bisher wenig präsent und vielfach unerwünscht.

Mit dieser Problematik setzt sich der jüngste Band des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) kritisch auseinander: Die Beiträge unterschiedlicher Provenienz analysieren den Einmarsch Russlands in die Ukraine vor dem Hintergrund hegemonialer Weltordnungspositionen und untersuchen, inwieweit er tatsächlich als weltpolitische Zäsur gesehen werden muss. Neben der Rolle und Verantwortlichkeit der drei Kriegsparteien wird nicht zuletzt vor dem Hintergrund des eskalierenden Konkurrenzkampfes zwischen den USA und China darüber hinaus untersucht, welche Rolle China im Ukraine-Krieg einnimmt und wie sie von westlicher Politik und westlichen Medien gedeutet wird.



## Autoritäre Zuspitzung

Rechtsruck in Europa



Isolde Aigner | Jobst Paul | Regina Wamper (Hg.)



Isolde Aigner, Jobst Paul, Regina Wamper  
Autoritäre Zuspitzung  
Rechtsruck in Europa

ISBN 978-3-89771-769-5

Unrast-Verlag, 2019

Seiten: 220

Reihe: Edition DISS Band: 40

Ausstattung: Softcover

Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas haben extrem rechte Parteien und Bewegungen in den letzten Jahren massiv an Zuspruch gewonnen – nicht nur ›auf der Straße‹, sondern auch bei Wahlen. Hintergrund dieses Rechtsrucks sind vor allem die verstärkten Fluchtbewegungen nach Europa, die damit zusammenhängende administrative Krise und die islamistischen Anschläge in mehreren europäischen Städten. Doch kennnis- und aufschlussreich wie gewohnt zeigt das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) in dieser Publikation, dass es ist nicht zuletzt die global durchgesetzte Liberalisierung des Marktes ist, auf die der Rechtsruck aufsetzt und die ihn letztlich weitertreibt.

nach der je aktuellen Krise zu vertagen (vgl. Heim 2022a), erklären nun verteidigungspolitische Kabinettsstücke die Zurückstellung ökologischer Ambitionen im Namen der ‚Kriegstüchtigkeit‘ zur ‚wahren Nachhaltigkeit‘: Eine „leistungsfähige Verteidigung“ sei die „notwendige Grundlage“, um „gesamtgesellschaftliche Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Indem die Bundeswehr ihren Kernauftrag [...] verfolgt, leistet sie hierzu einen wesentlichen Beitrag.“ Der „Klimaschutz“ im Hier und Heute „durf deshalb nicht im Widerspruch [...] zur Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte stehen.“ (BMVg 2023: 31) Verheerende Ökobilanzen des Militärs können so kein Argument gegen Aufrüstung sein. Europäische Geostategien für die Zeit nach dem ‚Endsieg‘ erklären zudem Kriegszerstörungen zur „Chance“ des nachhaltigen Neuaufbaus ‚grüner‘ Infrastrukturen und Lieferketten.<sup>34</sup> Der Krieg selbst wird zum neuen ‚Ökoprojekt‘, nachdem sich grüner Friedenskapitalismus im Scheitern des *Green Deals* als performativer Selbstwiderspruch erwiesen hat (vgl. Heim 2025a). Der Logik, dass erst militärische Sicherheit ‚nachhaltiges‘ Wirtschaften ermöglicht, hat die EU auch ihre Nachhaltigkeitskriterien angepasst: Rüstungsfonds und -anleihen sind seit Dezember 2024 als ‚nachhaltige‘ Investments zertifizierbar.<sup>35</sup>

Die interdiskursive und mediopolitische Entsprechung solcher strukturellen Funktionen der Kriegsvorbereitungen ist auch hier die „nun uneingeschränkt positiv konnotierte“ Proliferation „des Konzepts Krieg“. Der „Positivierung von Krieg“ entspricht „logisch“ die Negativierung von Frieden“ (Link 2024: 11) in neuen Diffamierungs- und Kontaminationsbegriffen wie „Kapitulationspazifismus“, „Lumpenpazifisten“ oder „Friedensmeute“ (vgl. u.a. Knobloch 2023).<sup>36</sup> In dieser Logik wird ‚Mehr-Krieg-Wagen‘ auch zur letzten Hoffnung, Krieg zu verhindern. Kriegsbereitschaft soll in ein (dem ‚kalten Krieg‘ analogen) neues ‚Gleichgewicht des Schreckens‘ führen. Massivere ökonomische und sozialökologische Krisen, fragilere multipolare Konflikt- und Spaltungslinien und neue Imperialstrategien auf allen Seiten, machen die derzeitige Weltlage jedoch weit instabiler, als es die ‚Blockspaltung‘ des 20. Jh. war. Risiken der Eskalation zu ‚heißen Kriegen‘<sup>37</sup> sind damit höher und unkalkulierbarer.

Allseitige Aufrüstung – inklusive EU-Ambitionen, eigene Kapazitäten zur nuklearen Weltvernichtung auszubauen – wird Spannungen sicher nicht reduzieren und den bellizistischen ‚Willen‘, militärische Potentiale für ‚präventive Erstschläge‘ zu nutzen, bei ‚Falken‘ und Militärs aller Seiten eher erhöhen. Im Fall eines Nuklearkriegs wird die Apokalypse keine Sieger kennen. Aber auch bei konventionellen Zermürbungskriegen (nach dem Modell des Ukrainekriegs) wären die Gewinner aller Seiten nur diverse Kapitalelite und autoritäre Kräfte, die äußere Konflikte zur Machtkonzentration und -sicherung im Inneren nutzen. Bevölkerungsmehrheiten zählen in Fragen von Lebensstandards und -sicherheit hingegen stets zu den Verlierern von Kriegen, aber auch schon der vorbereitenden ‚Mobilmachungen‘. Aus linken, emanzipatorischen und gegenhegemonialen Perspektiven gibt es hier kaum Gründe, sich auf die Seite irgendeines Staats zu stellen und dessen Kriegstüchtigung zu unterstützen.

34 So erklärte das *Center for Economic Policy Research* seinen „Plan zum Wiederaufbau der Ukraine“ als „Chance für die Welt“: Der Krieg radiere das „umweltschädliche Erbe der Ukraine als Produktionsstandort der UdSSR“ aus. Das erlaube einen Reboot, der „den Green Deal der EU vorantreibt“: Weitgehende Zerstörungen erlauben es, „bei null“ anzufangen, um die Ukraine „zum Motor“ der EU-Ökowende zu machen. Der Wiederaufbau sei die „Gelegenheit zum technologischen Sprung“, von dem „nicht nur die Ukraine profitieren“ wird. Das „Fachwissen“ könne „in die EU transportiert werden“. Als Rohstoffquelle und günstiger Produktionsstandort bediene das Land „unsere wachsende Nachfrage nach Teilen für Elektroautos, Wärmepumpen oder eine umweltfreundlichere Landwirtschaft“ und der Wiederaufbau mit „energieeffizientesten Materialien und Technologien“ schaffe enorme Nachfrage für EU-Waren und Dienstleistungen. (Klaucke 2022; vgl. zur realen Ökobilanz von Kriegen: Heim 2022a).

35 Selbst Finanzexperten halten dies zumindest für „bedenklich“ (vgl. Kölsch 2025).

36 Ein poetischer Höhepunkt der Neusprechpolitik war 2023 O. Scholz‘ Gleichsetzung von Kriegsgegnern mit Satan: „Wer als Friedenstaube umherläuft, ist ein gefallener Engel, der aus der Hölle kommt“ (zit. in: Link 2024: 11).

37 Semantisch gäbe es jedoch wohl auf allen Seiten nur ‚Präventivschläge‘ und ‚Sonderoperationen‘ zur Friedenssicherung.



Allerdings scheint die Notwendigkeit, die ‚liberale Demokratie‘ der EU gegen ihre Bedrohungen in neuen geopolitischen Konstellationen zu verteidigen, auch ‚linken‘ Strömungen und Akteuren oft überzeugend oder bedenkenswert. (Rest-) Standards von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, bürgerlichen Freiheits-, Gleichheits- und Minderheitenrechten etc. sind zwar nach Dekaden ihrer Krise und Aushöhlung auch in EU-Staaten von einem emanzipatorischen Utopia entfernt denn je, bilden aber im Vergleich mit offen autoritären Regimen zumindest das ‚kleinere Übel‘. Nach der autoritären Wende in den Trump2.0-USA präsentiert sich die EU zudem als ‚letzte Bastion‘ des ‚Wertewestens‘. Medio-politisch führt das zu vermehrten Forderungen nach klaren Entscheidungen in Binäropposition: ‚Liberale Demokratie‘ oder ‚russische Knechtschaft‘? Den diesbezüglichen Druck unterstrich jüngst die FAZ (26.10.2025) mit dem Drohsszenario einer quasi orwellschen Weltaufteilung in die getrennten Einflusszonen dreier totalitärer atomarer Supermächte: Ein Panamerika (nebst Grönland) unter US-Hegemonie; ein von China dominierter asiatischer Block und „Eurasien“ als die heutige EU einschließendes „russisches Satellitensystem“ (Schuller 2025). Plausibel ist daran allenfalls, dass Teile der Trump2.0-Administration und der sie stützenden MAGA-Bewegung den Ausbau panamerikanischer Wirtschafts- und Einflusssphären priorisieren und mit Rückzügen vom europäischen Engagement (im Einvernehmen mit Russland) liebäugeln. Ohne US-Deckung sei die EU verstärkt Russlands Ambitionen ausgesetzt, seine Einflusssphäre auszuweiten (durch imperiale Angriffe und/oder Förderung autoritärer Wenden in EU-Staaten). Ein Alarmismus der nahen Realisierung des Fatums „2028“ drängt zur forcierten „Strategie des demokratischen Überlebens“ als letzter Alternative – d.h. EU-Kriegstüchtigkeit (inklusive höherer Nuklearschlagkraft) und „rüstungspolitische Zusammenarbeit mit anderen offenen Gesellschaften“ (ebd.).

Die Prämisse, die USA würden Europa bis 2028 ‚Putin zum Fraß vorwerfen‘, ist ebenso fragwürdig,<sup>38</sup> wie die, dass Russland die (auch ohne USA in konventionellen Bereichen militärisch überlegene) EU dann rasch okkupieren könnte. Jenseits militärischer Kräfteverhältnisse (vgl. Lurz et al. 2025) bleibt die entscheidende Frage aber, ob der derzeit avisierte Pfad der ‚Kriegstüchtigkeit‘ – Aufrüstung, Sozialabbau und konsequente Durchmilitarisierung der Gesellschaft – tatsächlich ein Weg ist, Demokratie und Rechtsstaat oder konkrete Grund- und Freiheitsrechte zu verteidigen. Bei Schuller und in ähnlichen Szenarien gilt ‚liberale Demokratie‘ essentialistisch als unverrückbarer Wesenskern der EU.<sup>39</sup> Realhistorisch erzwingen Kriegszustände oder bereits Phasen massiver Kriegsvorbereitungen und Mobilmachung stets Einschränkungen oder Suspendierungen demokratischer Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte oder der Berufs-, Presse-, Wissenschafts- und Demonstrationsfreiheit. Vorstöße in diese Richtungen sind bereits mehr als deutlich und bilden keine Kollateralschäden, sondern die Conditio sine qua non der ‚Kriegstüchtigkeit‘. Die „Strategie des demo-

kratischen Überlebens“ läuft hier auf die paradoxe Formel hinaus, möglichst rasch ein autoritäres Regime zu errichten, um die Gefahren autoritärer Regime zu bekämpfen – ‚Wir müssen wie Putin werden, um uns vor ihm zu schützen‘.

Auch vor diesem Hintergrund wären emanzipatorische und gegenhegemoniale Kräfte also besser beraten, für Demokratie und Rechte in der eigenen Gesellschaft zu kämpfen, als sich für eine Kriegsbereitschaft gegen ‚äußere Feinde‘ zu engagieren, die entsprechende (Rest-)Standards über Bord zu werfen zwingt. Da vielschichtige Widersprüche und politisch-ökonomische Konsequenzen der diskutierten Strategien, Ziele und Funktionen der ‚Kriegstüchtigkeit‘ immer offenkundiger werden, formieren sich in unterschiedlichen Feldern antimilitaristische und pazifistische Gegenstimmen und -bewegungen mit überaus heterogenen Positionen. Abgesehen von ihrer Marginalisierung in hegemonialen Diskursen konfrontieren deren Anlässe, Gegenstände, Ziele und Formen aber mit Unklarheiten, Widersprüchen und Konflikten ganz eigener Art. Ein Artikel in der folgenden Ausgabe des DISS-Journals soll solche Gegenbewegungen sondieren und ihre Perspektiven und Chancen abschätzen.

## LITERATUR:

- ASW 2025: Sonderheft – Operationsplan Deutschland. News für Unternehmen – Handlungsempfehlungen und Praxiswissen. [SICHER:] DAS MAGAZIN. Nr. 1/2025.
- Baureithel, Ulrike 2025: Triage an der Front: Deutschlands Gesundheitssystem wird auf den Kriegsfall eingestimmt. In: Der Freitag v. 11.7.2025.
- Bodemann, André [im Interview der ZEIT] 2025: „Auch die Bahn wird attackiert“. In: ZEIT 8/2025.
- Bröckling, Ulrich 2025. Der gefährliche Kurs der geistigen Mobilmachung. In: Spiegel 18/2025.
- Bundesministerium der Verteidigung [BMVg] 2025: Verteidigungspolitische Richtlinien 2023. Berlin.
- CDU/CSU/SPD 2025: „Verantwortung für Deutschland“. Koalitionsvertrag.
- Diehl, Jörg et al. 2024: Wie ein ukrainisches Geheimkommando Nord Stream sprengte. In: SPIEGEL 48/2024.
- ExpertInnenrat „Gesundheit und Resilienz“ 2025: Resilienz und Gesundheitssicherheit im Krisen- und Bündnisfall. 7. Stellungnahme 10.12.2024.
- Friederichs, Hauke/Max Hägler 2025: Zu geheim für den Ernstfall. In: ZEIT Nr. 26/2025.
- Friederichs, Hauke/Christoph Heinemann 2025a: Bereit für einen Krieg? In: ZEIT Nr. 41/2025.
- Friederichs, Hauke/Christoph Heinemann 2025b: Die Drohnen fliegen schon im Hafen. In: ZEIT-Online 13.9.2025.

38 Den von Schuller diskutierten ‚panamerikanischen‘ Strömungen stehen etwa transatlantische Wirtschaftsinteressen der in der Trump2.0-Administration einflussreichen Techoligarchen entgegen. Vgl. Heim 2025b.

39 Daher erscheint es hier auch nicht als Widerspruch, notständische Einschränkungen von Demokratie, Rechten und Freiheit als Strategien ihrer Verteidigung zu fordern und zu begrüßen.



- Friemert, Benedikt 2024: Chirurgische Herausforderungen bei der Landes- und Bündnisverteidigung. In: *Passion Chirurgie* 14(09/III).
- Gersemann, Katja 2024: Bundeswehr stellt Grundzüge des Operationsplans Deutschland vor. Deutscher Bundeswehrverband, 30.1.2024
- Geyer, Christian 2023: Baerbocks Sicherheitsdenken geht unter die Haut. In: FAZ v. 14.6.2023.
- Giss, Michael [im Interview mit Ludger Möllers] 2025: Der Feind heißt Russland: "Die Angriffsphase des Gegners läuft schon". In: Schwäbische Zeitung v. 2.1.2025.
- Heim, Tino 2017: Der politische Rechts(d)ruck, die prozessierten Widersprüche des Neoliberalismus und die Strukturkrise kapitalistischer Vergesellschaftung, in: Aigner, Isolde / Paul, Jobst / Wamper, Regina (Hg.): *Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa*, Münster, S. 17–72.
- Heim, Tino 2022a: Der Krieg – „Vater“ der Klimawende oder Brandbeschleuniger der Klimakatastrophe? In: für eine andere Zeitenwende! Sonderheft der kultuRRevolution und des DISS-Journals, Juli 2022, S. 38–45.
- Heim, Tino 2023: Hitin ist wie Putler! Diese Information ist (nicht) unabhängig überprüfbar. Über historische Analogieschlüsse im Diskurs zum Ukraine-Krieg und ihre Funktionen. In: kultuRRevolution Nr. 85, 35–44.
- Heim, Tino 2025a: Gescheiterte Illusionen des ‚grünen‘ Kapitalismus und Realpolitiken der ‚Klimawende‘. Ein Nekrolog auf den European Green Deal. In: Kastrup, Wolfgang/Helmut Kellershohn (Hg.): *Blockierte Transformation. Sozial-ökologische Transformationskonflikte und Widerstände – national wie international*. Münster 2025, 10–72.
- Heim, Tino 2025b: Die fragile (B)Romanze zwischen transnationalistisch-transhumanistischen Tech-Oligarchen und protektionistischen Nationalchauvinisten. Trump2.0 und die widersprüchlichen Allianzen gegenläufiger Spielweisen des Neofaschismus. In: kultuRRevolution Nr. 89, 7–18.
- Hermann, Cornelius et al. 2023: In welchem Umfang können wir uns medizinisch auf den militärischen oder terroristischen Einsatz von Nuklearwaffen vorbereiten? In: *Wehrmedizinische Monatszeitschrift* 67(3), 65–71.
- Hinz, Paul Nikolas 2025: Russland startet „Phase 0“ für einen Krieg mit der Nato. In: Focus v. 8.10.2025.
- Hinzmann, Karsten-Dirk 2025: Experte warnt: „Könnte unser letzter Sommer im Frieden sein“. In: Merkur, 27.3.2025.
- Hommerich, Luisa /Holger Stark/Fritz Zimmermann 2023: Wer hat Nord Stream gesprengt? In: ZEIT Nr. 41/2023.
- Imhof, Sina/David Stoop 2025: Würdigung oder Militarisierung? In: taz v. 13.6.2025.
- IPPNW 2025: IPPNW startet Kampagne gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens. Presseerklärung vom 11.9.2025.
- Joeres, Annika/Maxim Kireev 2025: Der Russe kommt. Vielleicht. In: ZEIT Nr. 21/2025.
- Keynes, John Maynard 1936: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes*. Berlin.
- Klaucke, Christian: Der Plan zum Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg: »Das ist eine Chance für die Welt«. In: Frankfurter Rundschau, 21.04.2022
- Knobloch, Clemens 2023: Über einige Neuzugänge im (täglich wachsenden) Repertoire bellizistischer Kampf- und Kontaminationsbegriffe. In: kultuRRevolution Nr. 84, 62f.
- Kölsch, Roland 2025: Ein ESG-Stempel für Rüstungsaktien ist bedenklich. In: Fonds Professionell v. 25.04.2025.
- Link, Jürgen 2023: In Erwartung eines Notstandsregimes. Heuristische Fragen. In: kultuRRevolution Nr. 85, 7–15.
- Link, Jürgen 2024: Was, wenn der ‚Polykrisen-Strudel‘ den flexiblen Normalismus überfordert? In: kultuRRevolution Nr. 85, 6–14.
- Lurz, Alexander/Christopher Steinmetz/Herbert Wulf: Wann ist genug genug? Ein Vergleich der militärischen Potenziale der Nato und Russlands. Hamburg 2025.
- mrc/dpa 2024: Vernetzung mit Sicherheitsbehörden. Bundeswehr stellt „Operationsplan Deutschland“ vor. In: Spiegel-Online v. 25.1.2024.
- Neitzel, Sönke 2025: Das könnte unser letzter Sommer im Frieden sein. In: Bild v. 22.3.2025.
- Operatives Führungskommando der Bundeswehr: *OPERATIONSPLAN DEUTSCHLAND*. Eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Berlin 2025.
- Panter, Dirk [im Interview mit der ZEIT] 2025: „Ich bin für das V-Wort“. In: ZEIT Nr. 32/2025.
- Rathje, Miriam 2024: Kriegsvorbereitung gegen Nato – oder Ablenkung? In: Tagesspiegel v. 10.10.2025.
- Rathje, Miriam /Valeria Semeniuk 2025: Militärexerten sehen „Phase 0“ erreicht: „Könnten Vorbereitungen für einen Krieg zwischen Russland und Nato sein“. In: Tagesspiegel v. 10.10.2025.
- Rippel-Lau, Ute 2025: Die schlechende Militarisierung der Medizin. In: IPPNW-Forum 181/2025.
- Seibert, Thomas-Michael 2024: Notstand im Normalismus des Gesetzes. In: kultuRRevolution Nr. 86, 36-43.
- Schuller, Konrad 2025: 2028. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 26.10.2025.
- Schulte-Sasse, Jochen 1991: Saddam Hussein als Hitler. In: kultuRRevolution Nr. 24.
- Strahlenschutzkommission des Bundes (SSK) 2024: Schutzstrategien bei Nuklearwaffeneinsatz. Bonn.
- Trojanow, Ilija 2025: Hurra, wir rüsten wieder! In: taz v. 12.3.2025.
- Vogler, Kathrin 2024: „Mobilmachung bis ins Krankenhaus“ In: Neues Deutschland v. 18.12.2024.



# Von Babyboomern und Betrogenen

## IN DEN DEBATTEN ZUM SOZIALSTAAT GERATEN NUN AUCH GRUPPEN AUS DER „MITTE DER GESELLSCHAFT“ UNTER VERDACHT

Von Ursula Kreft & Hans Uske

### FRÜHSTÜCK MIT ALARMSTUFE ROT

Die Aufbackbrötchen sind aufgebacken, die Eier geköpft. Man könnte in Ruhe frühstücken. Aber dann: Alarm! Missbrauch! Jörg Quoos, Chef der Zentralredaktion der WAZ, ruft auf zu allerhöchster Alarmbereitschaft: „Jetzt Missbrauch bekämpfen – Bandenbetrug beim Bürgergeld muss gestoppt werden“. Und er macht Druck: „Hier muss der Staat schnell handeln“ (WAZ, 26.09.2025)

Der Auslöser des Alarms: „Kriminelle Clans versorgen Ausländer mit Minijobs, schanzen deren Großfamilien Bürgergeld zum Aufstocken zu und kassieren auch noch mit Wuchermieten in Schrottimmobilien ab.“ Der Alarm ist überflüssig, denn dies wurde schon häufig verbreitet, aktuell wieder von der Bundesagentur für Arbeit und von diversen Politikern, darunter der Duisburger Oberbürgermeister. (Der SPIEGEL, 41/2025, S. 32f) Außerdem hat der Staat, versichert Jörg Quoos, „alle Instrumente auf dem Tisch, um Betrügerbanden zu zerschlagen.“

Warum löst Jörg Quoos mit dieser bekannten Narration im September 2025 neuen Alarm aus? Warum drängt er so zur Eile? Die Sache eilt tatsächlich, weil es hier nicht um Polizei-Ermittlungen geht, sondern um eine Positionierung im Vorfeld der „Reform des Bürgergelds“, dem ersten Schritt zu einer großen Reform des Sozialstaats.

Die Reform des Bürgergelds sei „bitter nötig“, betont Jörg Quoos: „Denn die Ausgaben sind dramatisch angestiegen und werden die 50-Milliarden-Grenze pro Jahr überschreiten.“ Dieses dramatische Wachstum korrespondiert im Kommentar mit dem ebenfalls dramatisch wachsenden „organisierten Sozialbetrug“. Der Schaden mache zwar „nur einen kleinen Teil“ der Gesamtkosten des Bürgergelds aus, stellt Quoos fest, „aber das Wachstum bei dieser Form der Kriminalität ist erschreckend.“

Der Kommentar reproduziert ein Argumentationsmuster, das wir in einem früheren Beitrag (siehe Kasten) als „unkontrolliertes Wachstum und Kontrollverlust“ bezeichnet haben. Das Argumentationsmuster dominierte 2024 zeitweise die Narrationen der Medien zum Bürgergeld und produzierte Bilder eines extremen, nicht mehr kontrollierbaren Wachstums in den Bereichen „Sozialausgaben“, „Migration“ und „Kriminalität“. In einigen Darstellungen wurde implizit oder explizit ein Kontrollverlust bis zum völligen Zusammenbruch des deutschen Sozialstaats vorausgesagt. In einer Narration von BILD war der Zusammenbruch sogar schon damals eingetreten: „Das System ist kollabiert!“ (BILD 29.07.2024)

Mit dem Argumentationsmuster befürwortet Jörg Quoos zukünftige Kürzungen, wobei er nicht verschweigt, dass auch Schuldlose leiden werden. Die Reform des Bürgergelds werde absehbar „bei Betroffenen zu empfindlichen Einschnitten führen“, auch bei jenen Menschen, „die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihren Job verloren haben.“ Aber auch die Koalition wird leiden: Die Reform wird ihr „viel abverlangen“, wird sie „an ihre Grenze bringen“.

Jörg Quoos unterstützt die Reformen, allerdings fordert er: „Bevor es aber ans Kürzen geht, muss der Missbrauch gestoppt werden.“ Der Alarmruf von Jörg Quoos erweist sich als Appell an die Regierung: Bevor wir alle Opfer bringen, um den Sozialstaat zu sanieren, sollen bitte zuerst jene Gruppen bluten, die ihn missbrauchen.

Die Vorstellung, dass Schwarzarbeiter, Faulenzer, verdächtige Minijobber, Ukrainer/innen, Totalverweigerer und andere Gruppen am Rand des WIR den Sozialstaat gefährden, scheint inzwischen eine breite gesellschaftliche Akzeptanz erreicht zu haben. Trotzdem wird der Alarmismus über „Kontrollverlust durch Sozialmissbrauch“, ausgeformt in der Kampagne gegen das Bürgergeld, in den Medien weiterhin reproduziert. Unermüdlich werden Konsequenzen gefordert bis hin zur dauerhaften Total-Streichung von Leistungen und Wohngeld.

Der finanzielle Ertrag für den Bundeshaushalt scheint bei solchen Maßnahmen allerdings eher gering zu sein. Mehr als 10 Milliarden Euro sollten durch die Verschärfungen bei der neuen Grundsicherung (vormals Bürgergeld) gespart werden. Das Ziel wurde bisher nicht erreicht; das Versprechen hat sich vielmehr „als Geschwätz“ erwiesen. (Kommentar Roland Preuß, SZ, 18./19.10.2025) Auch andere spektakuläre Einspar-Vorschläge wie das Asyl-BAföG von 2 Thüringer Landräten, die alle Asyl-Leistungen nur noch als zinsloses Darlehen auszahlen wollten, (Spiegel.de, 14.08.2025) sind wohl nicht umsetzbar. Bei den Bedürftigen am Rande des WIR und bei den Zugewanderten aus dem gefährlichen Bereich des SIE kann man anscheinend kaum noch Geld sparen.

### DAS ÄCHZEN IM SYSTEM DES DEUTSCHEN SOZIALSTAATS

Andererseits sind Narrationen über das unkontrollierbare Wuchern der Sozialausgaben inzwischen im Diskurs dominant. Tiefgreifende Änderungen scheinen daher unvermeidbar. Sie bedeuten, wie Bundeskanzler Merz sagte, „schmerzhafte Entscheidungen“ und „harte Einschnitte“: „Wir können



uns dieses System, das wir heute so haben, einfach nicht mehr leisten.“ (Bundeskanzler Merz, tagesschau.de, 30.08.2025)

Bundespräsident Steinmeier beschreibt die aktuelle Situation in einem Vortrag zur Eröffnung des 83. Deutschen Fürsorgetages am 16.09.2025 folgendermaßen: „Denn – Sie spüren das alle – es ächzt im System. Wir sind – wieder einmal – gefragt, den Sozialstaat neu zukunftsfähig zu machen.“ (FN Steinmeier Vortrag 16.09.2025, S.2) März und Steinmeier präsentieren unser Verhältnis zum deutschen Sozialstaat hier als eine primär emotionale Beziehung. Die Probleme werden weniger analysiert, sondern eher gefühlt: Wir alle spüren, wie das System ächzt. Die Reform verlangt weniger Rechenkünste, als vielmehr die Fähigkeit, Schmerzen zuzufügen und zu akzeptieren.

Es komme darauf an, erklärt Steinmeier im Vortrag, das System „zeitgemäß zu justieren“, das Verhältnis „von Einnahmen und Ausgaben, von Solidarität und Eigenleistung“ wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Dabei müsse es „gerecht“ zugehen. Man brauche, sagt Steinmeier, „Ausgewogenheit, eine faire Debatte und eine faire Verteilung der Lasten“. (Ebd.)

Der Sozialstaat funktioniert bei Steinmeier als kollektivsymbolische „Waage“. Das Ächzen im System offenbart eine Schieflage – eine Waagschale ist vermutlich zu leicht, die andere zu schwer, wohl infolge des Wachstums der Ausgaben. Man muss die Waage „justieren“, was Lasten und Schmerzen verursacht. Der Vorgang ist aber „gerecht“ und am Ende positiv, da verlorenes „Gleichgewicht“ wiederhergestellt, also ausgewogene Normalität erreicht wird.

„Gerechtigkeit“ und „Gleichgewicht“ sind neben „Arbeit“ die zentralen Kategorien und zugleich die wichtigsten Werte im Narrativ vom „deutschen Sozialstaat“. Diese 3 Kategorien strukturieren Darstellungen zum Zustand des Systems, das im medialen Diskurs ständig überwacht und evaluiert wird. 2025 strukturieren diese Kategorien auch die Suche nach einer Normalisierung des Sozialstaats, der nun in Politik und Medien immer häufiger mit eindringlichen Alarmrufen als konfliktär, unausgewogen, ungerecht und „in Schieflage“ beschrieben wird.

Der Alarmismus in Medien und Politik richtet nun den Blick nach innen, auf den Sozialstaat selbst, der als im Inneren gestört und als notleidend beschrieben wird. „Reformchen reichen nicht aus – Sozialkassen in Not – es braucht einen großen Wurf“, schrieb die WAZ. (Dominik Bath, 25.08.2025) BILD inszenierte Äußerungen von Kanzler Merz als Existenzkampf: „Kanzler schlägt Alarm – Sozialstaat so nicht mehr bezahlbar!“ (BILD, 25.08.2025) Unter dem Titel „Showdown um den Sozialstaat – Hilfe! Wie kriegen wir den Sozialstaat wieder flott, Herr Merz?“ kamen diverse Experten zu Wort, die „schon lange alarmiert“ sind. Die Sozialausgaben seien „hochgeschnellt“, zugleich schrumpfe

die Wirtschaft, Deutschland sei wie „der durch viele Schnüre gefesselte Gulliver“.

Neben dem Thema Bürgergeld („Keine Stütze für Arbeitsverweigerer!“) geht es in BILD nun um „unpopuläre Maßnahmen“ in den Bereichen Rente („Rente mit 68? Wahrscheinlich.“), Pflege und Gesundheit. Jan W. Schäfer kommentiert: „Entscheidend bei den Reformen ist nicht, dass sie allen gefallen. Sondern, dass sie Deutschland fit machen.“

Die Bedrohung wird nun nicht nur, wie vor der Bundestagswahl, beim „Sozialmissbrauch“ und außerhalb des Systems, beim feindlichen SIE, aufgespürt – obwohl Putin, Trump, Migranten und andere gefährliche narrative Figuren weiterhin als mitschuldig gelten. Das Ächzen im System, eine gestörte „Einnahme-Ausgabe-Balance“ (Steinmeier), scheint nun vor allem von innen verursacht zu sein. Die Bedrohung wird im Kern des WIR verortet, in jenem Bereich, in dem sich im Narrativ vom „deutschen Sozialstaat“ die hart arbeitenden Leistungsträger, ehrlichen Beitragss Zahler, normalen Familien, also „die Mitte der Gesellschaft“ versammelt.

Diese Gleichgewichtsstörung im Inneren des WIR erinnert an die Debatten der späten 1990er und der Nuller-Jahre. Charakteristisch für den medialen Diskurs dieser Zeit waren Narrationen vom Sozialstaat als „Schlaraffenland“, bevölkert von – immer lethargischen, manchmal auch fetten – Figuren, die sich „zu satt“ und „überversorgt“ einem „süßen Leben“ in Faulheit oder „spätromischer Dekadenz“ hingegeben hatten. Bundespräsident Roman Herzog kritisierte 1997 den angeblich übermäßigen Gebrauch von Steuererleichterungen und Sozialleistungen als Missbrauch: „Vorteilssuche des einzelnen zu Lasten der Gemeinschaft ist geradezu ein Volkssport geworden.“<sup>1</sup>

Roman Herzog und mit ihm Medien und Politik forderten damals zum einen mehr Fleiß und Arbeitseinsatz: Durch Deutschland müsse „ein Ruck“ (Herzog) gehen. Zum anderen wurde eine „Verschlankung“ des Sozialstaats als quasi medizinische Maßnahme verordnet, um der „im Korsett des Sozialstaates sich dem Kreislaufkollaps nähern“ Gesellschaft Luft zu verschaffen.“ (FAZ, 29.6.1996)

Trotz einiger Ähnlichkeiten mit den Szenarien der 90er und Nuller-Jahre zeigt die aktuelle Debatte deutliche Unterschiede hinsichtlich der Prioritäten, der narrativen Figuren und der Kommunikationsstrategien zur Durchsetzung. Aktuell fordert Bundespräsident Steinmeier zum Beispiel keinen kräftigen „Ruck“, sondern vielmehr gemeinsames philosophisches Nachdenken und freiwilligen Verzicht. Die Reform könnte gelingen, sagte Steinmeier, wenn wir bereit seien, „Liebgewonnenes auf Notwendigkeit und Sinn zu hinterfragen.“ (Ebd.)

Steinmeier appelliert an unser Gefühl und unser Gewissen und fragt: „Sind wir bereit, Gutverdienern auch aus der Mit-

<sup>1</sup> Siehe dazu: Kreft, Ursula / Uske, Hans (2023): Mit dem Bürgergeld in die Hängematte – Kontinuität und Wandel beim „Sozialmissbrauch“, in DISS-Journal 46, S. 5-16. Ausführlich zu den 90er Jahren: Kreft, Ursula / Uske, Hans (1998): Skandal und Normalität. Massenarbeitslosigkeit in den 90er Jahren, in: Hans Uske / Hermann Völlings / Jochen Zimmer / Christof Stracke (Hrsg.): „Soziologie als Krisenwissenschaft“. Festschrift zum 65. Geburtstag von Dankwart Danckwerts, Münster, S.96-126.



## Die symbolische Landschaft der Bürgergelddebatte

Das sinnstiftende, Orientierung gebende Narrativ „deutscher Sozialstaat“ beruht auf einer grundlegenden Dichotomie zwischen „WIR“ und „SIE“. Unsere Darstellung zeigt das WIR im Innern – hier als grauer Kreis hervorgehoben – auf allen Seiten umgeben von Gruppen des SIE.

Der Rand des WIR – hier als heller Ring um die Mitte – wird von Gruppen bevölkert, deren Positionierung im Narrativ nicht gesichert oder problematisch ist. In Medien und Politik ist häufig zweifelhaft oder umstritten, ob Angehörige des Randes noch zum WIR gehören oder eher am äußersten Rand oder sogar im SIE einzuordnen sind.

Den Bereich des SIE bevölkern potenziell gefährliche, auf jeden Fall hoch verdächtige Gruppen, die sich deutlich außerhalb des WIR befinden. SIE bedrohen regelmäßig die exklusiven Zone des WIR, seine Besitzstände und seine Werte.

Die zentralen Kategorien stehen oben in den Wölkchen: „Gerechtigkeit“, „Gleichgewicht“ und „Arbeit“. Sie sind elementare Bausteine, die das Narrativ in sich stabil und überzeugend machen. „Gerechtigkeit“ und „Gleichgewicht“ dienen dazu, das von „Arbeit“ bestimmte System auszutarieren und wenn nötig „gegenzusteuern“, falls „etwas ins Rutschen“ kommt oder „ungerechte“ Privilegien aufgespürt werden.

Einige Gruppen aus der unteren Rand-Zone des WIR sollten

durch das Konzept „Bürgergeld“ kollektivsymbolisch in den Bereich des WIR inkludiert werden. Sie sollten dazugehören, sollten als „Bürger“ symbolisch in das WIR aufgenommen sein. Dies wurde jedoch als Entgrenzung und als Bedrohung einer natürlichen Ordnung interpretiert.

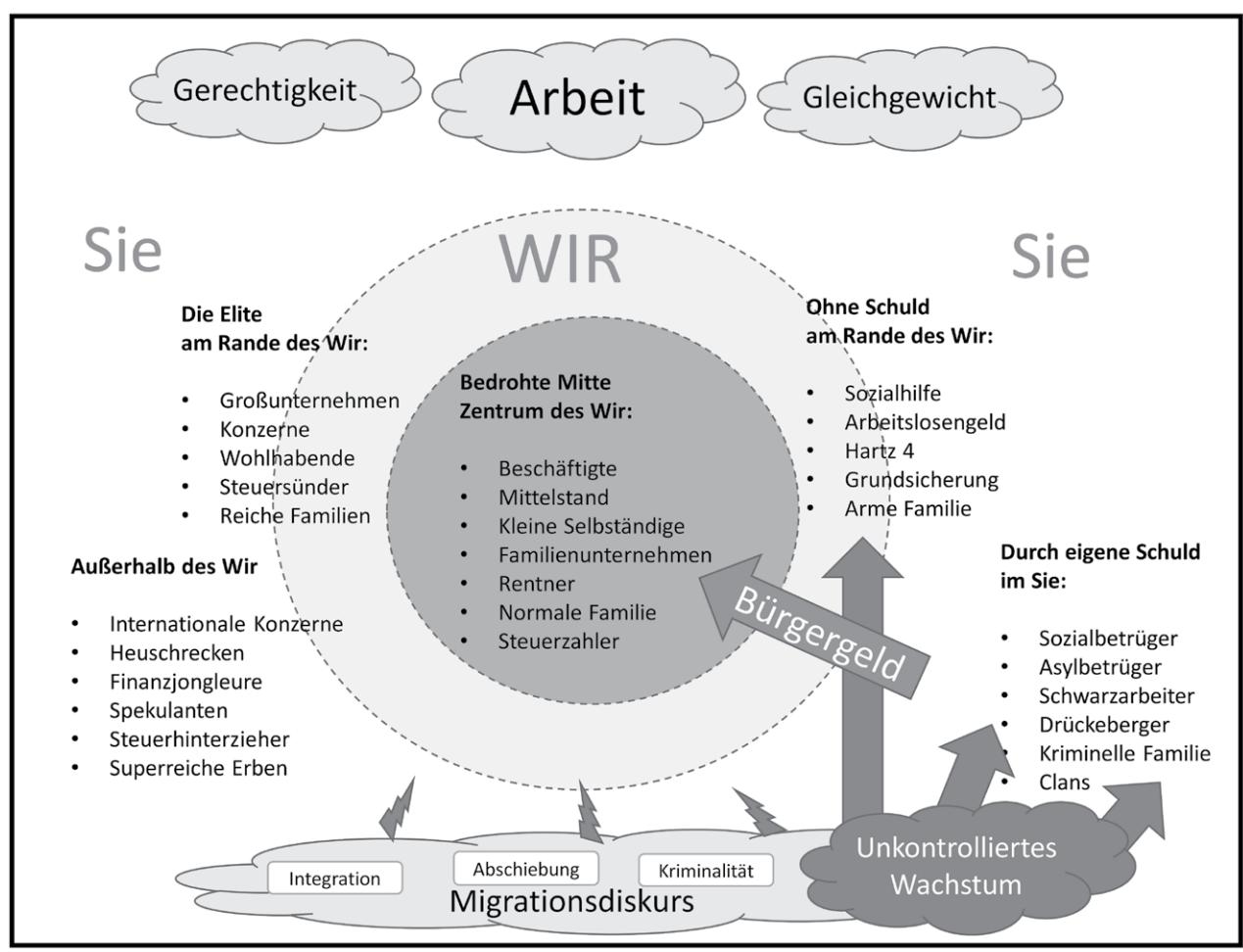
Hinzu kam beim Bürgergeld, dass ein unkontrolliertes Wachstum der Kosten und der Anzahl von Empfängern suggeriert wurde. Und nicht zufällig wurden dann „Ausländer“ und hinter deutschen Pässen verborgene „Nicht-richtig-Deutsche“, häufig kombiniert mit Kriminalität, in hoher Zahl im Bürgergeld entdeckt.

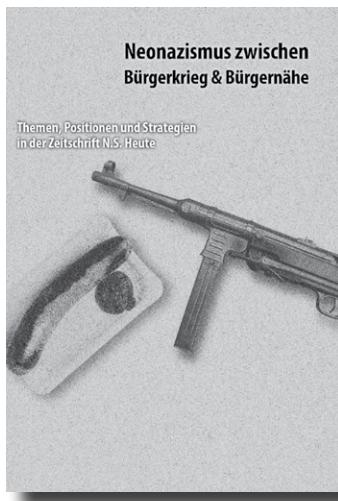
Die Entgrenzung des WIR schien schließlich derart „unkontrollierbar“ zu sein, dass ein „Kontrollverlust“ unmittelbar bevorstand. Im Narrativ „deutscher Sozialstaat“ ist dies tatsächlich eine Art GAU: Das System kollabiert. Die Reaktion heißt in der Regel „strenge Begrenzung“.

*Eine ausführliche Analyse der beiden Autor/innen findet sich im neuen Sammelband der Edition DISS im Unrast-Verlag Wolfgang Kastrup / Helmut Kellershohn (HG.):*

### **Blockierte Transformation**

*Sozial-ökologische Transformationskonflikte und Widerstände – national wie international*





DISS-Journal-Sonderausgabe 7 (2023)

### **Neonazismus zwischen Bürgerkrieg & Bürgernähe – Themen, Positionen und Strategien in der Zeitschrift N.S. Heute**

Seit 2017 erscheint im Dortmunder Sturmzeichen Verlag das neonazistische Magazin N.S. Heute (NSH). Herausgegeben wird die NSH vom Inhaber des Verlages, Sascha Krolzig, der zeitweise einer der beiden Bundesvorsitzenden der Partei Die Rechte war. Die Autor:innenschaft liest sich wie ein who is who der Neonaziszene. Sowohl Mitglieder der Parteien Die Rechte, NPD (jetzt Die Heimat) und Der III. Weg sind vertreten, als auch ehemalige Mitglieder zahlreicher inzwischen verbotener Parteien und Organisationen.

Das Magazin richtet sich „nach innen“ – an eine aktivistische Leser:innenschaft. Die NSH erschien bisher i.d.R zweimonatlich, laut Eigenangabe mit einer Auflage von 1000 bis 1500 Exemplaren.

Dieses Heft kann auf [www.diss-duisburg.de](http://www.diss-duisburg.de) heruntergeladen oder im DISS bestellt werden.

telschicht mehr Eigenverantwortung zuzumuten?“ Der Sozialstaat sei nicht dazu da, „die Lebenslagen von normal- und erst recht nicht von gutverdienenden Haushalten mit steuerfinanzierten Leistungen leichter zu machen. Das muss ihn früher oder später überlasten.“ (ebd.)

Steinmeier ruft die Mitte der Gesellschaft, die Normalverdiener und Gutverdiener, dazu auf, Einsicht zu zeigen und freiwillig auf „Liebgewonnenes“ zu verzichten. Die Kommunikationsstrategie des Bundespräsidenten setzt auf gegenseitiges Verständnis. Er signalisiert Verständnis für das Leiden der Mitte und erwartet im Gegenzug Verständnis für jene Maßnahmen, die Bundeskanzler Merz als „gewaltige Kraftanstrengung“ (Rede im Bundestag, 14.05.2025) bereits angekündigt hat.

Im medio-politischen Diskurs wurde Steinmeiers Verständnis-Strategie jedoch keineswegs einhellig unterstützt. Hier hatte vielmehr die Suche nach Verursachern der Überlastung – nach Schuldigen im Kern des WIR – schon vor Steinmeiers Appell begonnen und einprägsame Narrationen produziert. Einige Gruppen, die im Narrativ zweifelsfrei zum Kern des WIR gehören, wurden beschuldigt, durch Fehlverhalten, Ignoranz, Faulheit oder Vergnügungssucht „das Gleichgewicht“ zerstört zu haben. Vor dem Opfergang zur Rettung des Sozialstaats wird im eigenen Haus mit eisernem Besen durchgefegt.

### **ALT UND JUNG: DIE ALTEN REISEN, DIE JUNGEN LEIDEN**

„Rentner ins Pflichtjahr: ‘Wer Kreuzfahren macht, kann auch der Gesellschaft helfen’“. Diese Narration über reiselustige Rentner auf hoher See stammt vom Redakteur des digitalen Nachrichtenportals ruhr24, Dennis Friedrich-Liedschulte (21.09.2025).

Die narrative Figur der rücksichtslosen, hedonistischen Alten, meist „Boomer“ genannt, die ein „Pflichtjahr“ leisten sollen, stand im Zentrum einer kontroversen Debatte, die im Spätsommer 2025 online wie offline viral ging und auch innerhalb der Regierungsparteien erhebliche Unruhe auslöste. Das Portal ruhr24 urteilte: „Die Debatte spitzt sich zu zur Grundsatzfrage: Leben die Alten auf Kosten der Jungen?“

Die heftige Debatte sei kein klassischer Generationenkonflikt, meinte eine Kommentatorin der SZ unter dem Titel „Dienst und Pflicht“. Wegen des demografischen Wandels sei Deutschland so von Alten beherrscht, „dass ‘Verteilungskampf’ wohl das einzige passende Wort ist für das, was sich politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich abspielt.“ (Henrike Roßbach, Süddeutsche Zeitung, 18./19.10.2025) Bei der Rente wie beim Wehrdienst gehe es nicht gerecht zu: „Die Alten entscheiden, die Jungen leiden.“ Der Kommentar fordert „Generationengerechtigkeit“ bei den kommenden Reformen und schlägt Alarm: „Was aber passiert, wenn daraus ein tiefer Riss zwischen den Generationen wird?“

Ausgangspunkt der Debatte zum „Pflichtjahr für Babyboomer“ waren vermutlich Äußerungen von Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Im SPIEGEL hatte Fratzscher der Boomer-Generation „zu viel Ignoranz, Selbstbezogenheit und Naivität“ in wichtigen Bereichen wie Klimapolitik, sozialen Konflikten und Verteidigung vorgeworfen. Durch verantwortungslose „Umverteilungspolitik von Jung zu Alt“ habe man den Jungen „Lebenschancen geraubt“, die Jungen sogar „ihrer Rechte beraubt“, da es künftigen Generationen immer schlechter gehen werde. Statt die Wehrpflicht oder ein soziales Pflichtjahr für Junge zu fordern, müsse man vielmehr „ein verpflichtendes soziales Jahr für alle Rentnerinnen und Rentner“ einführen. (SPIEGEL, 22.08.2025)

Die Forderung löste heftige Reaktionen in Medien und Politik und eine Fülle von Kommentaren aus. Sogar in der Abteilung „Leserbriefe“ bei WAZ und ZEIT, ansonsten eher sittsame bis spannungslose Seiten, packten „Junge“ und „Alte“ die verbalen Knüppel aus. Im Folgenden versuchen wir, die Struktur der Debatte darzustellen: Welche narrativen Figuren werden reproduziert? Welche Argumentationsmuster sind dominant?



## NARRATIVE FIGUREN: „DIE BOOMER“ VERSUS „DIE JUNGEN“

Als „Boomer“ gelten in der Debatte die geburtenstarken Jahrgänge 1946 bis 1964. Statistisch ist der Boomer daher mit dem „Rentner“ identisch, aber im medialen Diskurs kann es zwischen diesen narrativen Figuren durchaus Unterschiede geben.

Die narrative Figur des Boomers ist hedonistisch; er genießt ein sorgenfreies Leben (Kreuzfahrten, Hobbies), kümmert sich um nichts und findet es „unzumutbar, noch einmal etwas zu geben“ (ruhr24 21.09.2025). Die Gruppe der Boomer hat sich regelwidrig verhalten und ist daher verantwortlich für die Notlage des Sozialstaats: „Die Boomer haben den Generationenvertrag gebrochen“, berichtet der SPIEGEL. (22.08.2025)

Der hohe Lebensstandard, „den die Boomer erbten“ (Leserbrief, Spiegel 05.09.2025), wird zum Reichtum durch „die durchaus üppigen Renten der Boomer“ (Leserbrief ZEIT 02.10.25). Charakteristisch für „Spitzenverdiener und Vermögende – oft Babyboomer“ (Fratzscher, Zeit online, 29.08.25) sind „Ignoranz und Besitzstandswahrung“ sowie eine „Das steht mir alles zu“-Einstellung und die Angst, Verzicht üben zu müssen.“ (Fratzscher, Spiegel 22.08.2025).

Auch Beamte, vor allem Lehrkräfte und Pensionäre, standen wegen unkontrollierten Wachstums unter Boomer-Verdacht. Ihnen wurden „Überversorgung“, extrem gestiegene Pensionen, übertriebene „Privilegien“ und jahrelange Krankschreibung bei vollen Bezügen zugeschrieben. (WAZ, 18.09.2025) CDU-Generalsekretär Linnemann schlug vor, das Beamtenamt in Zukunft auf wenige Berufsgruppen zu beschränken. Ein weiterer Vorschlag zum Lasten-Ausgleich war der „Boomer-Soli“. (Pressemitteilung DIW online, 16.07.2025) Bei den reichen Boomern (ab 1000 Euro Einkommen) sollten zusätzliche Steuern abgeschöpft und direkt an arme Rentner (z. B. „Flaschensammler“) ausgezahlt werden. Als dritter Vorschlag folgte dann das umstrittene „Pflichtjahr für Babyboomer“.

In den Narrationen geht es trotz „Boomer-Soli“ nicht um finanzielle Engpässe, sondern vielmehr um die Skandalisierung eines Fehlverhaltens hinsichtlich der zentralen Kategorie „Arbeit“. Durch hedonistisches Verhalten verstößt „der Boomer“ gegen Tugenden, die von Gruppen im Kern des WIR erwartet werden: Fleiß, Pflichterfüllung, Opferbereitschaft. In manchen Beiträgen wird den Boomern Hedonismus ex post vorgeworfen: Sie haben „viel zu wenige Kinder bekommen“ und damit Arbeit und Dienst an der Gesellschaft verweigert. (Fratzscher, Spiegel. 22.08.2025)

Dass angebliches Fehlverhalten skandalisiert werden soll, zeigen zum Beispiel jene narrativen Figuren, die als Gegenbild zum Boomer reproduziert wurden. Sie werden häufig „Ältere“, manchmal auch „Rentner“ genannt. Sie betreuen Kinder und Enkel, pflegen Angehörige, zeigen „ehrenamtliches Engagement“ oder haben durch „jahrelanges Arbeiten“ bewiesen, dass sie „Anerkennung und Respekt“ verdienen. (Fratzscher, Zeit online 20.08.25) Sie müssen kein Pflichtjahr

machen, da sie bereits „einen großen Dienst für unsere Gesellschaft“ geleistet haben.

Dass kollektivsymbolische Elemente zur Stigmatisierung einer Kerngruppe des WIR und nicht Problemlösungen gesucht werden, zeigen auch die wenig konkreten und oft fragwürdigen Einsatzbereiche für Boomer im Pflichtjahr. Neben vagen Angaben wie „im Sozialbereich“ und „bei der Verteidigung“ (Fratzscher, Spiegel 22.08.25) werden Einsätze für „Kitas, Schulen, Sportvereine, Jugendclubs“ vorgeschlagen. Die Boomer sollen „in der Kita Bücher vorlesen oder im Fußballverein Bälle aufpumpen“. (ruhr24, 21.09.2025) Solche Vorschläge erinnern doch sehr an Ein-Euro-Jobs zur Prüfung der Arbeitswilligkeit.

In den Narrationen zum gestörten Sozialstaat werden Gruppen aus dem Kern des WIR nach den Kriterien „Arbeit versus Nicht-Arbeit“ und „Dienst versus Kein-Dienst“ differenziert und neu verortet. Es gibt nun neben schuldlosen, Dienst leistenden „Älteren“ auch schuldige, den Dienst verweigernde „Boomer“, die zur Sanierung des Sozialstaats herangezogen werden sollen.

Als narrative Figur sind „die Jungen“ hinsichtlich der Lebenssituation und des Alters weniger klar umrissen als „der Boomer“. Manchmal werden die Jungen in Narrationen sehr breit als „die arbeitende Generation“ gefasst, manchmal sehr eng als „Generation Z“. Verbindende Elemente der Äußerungen über „die Jungen“ sind anstrengende Vollzeit-Arbeit, Angst vor der Zukunft und das Leiden unter vielfältigen Belastungen – eine Kombination von Klagen und Anklagen, die in Debatten-Beiträgen immer wieder auftaucht.

„Betrogene Jugend – Die Koalition verweigert Reformen der Rente, den Preis zahlen schon wieder die Jungen“, urteilt der SPIEGEL (22.08.2025) und befragt unter dem Titel „Die Sorgenkinder“ junge Politiker/innen; sie vertreten „die unglücklichste Altersgruppe“. (08.09.2025) Mitglieder der Jungen Gruppe der Unionsabgeordneten lehnen das neue Rentenpaket ab, weil es „eine dauerhafte Milliardenlast auf den Schultern der jungen Generation“ noch verschlimmere. (WDR online, 23.10.2025).

„Die Jungen“ tragen in der Debatte zum Sozialstaat alle Lasten. Sie schlagen sich herum mit „hohen Immobilienpreisen“, „einem ständigen Krisenmodus“, „unsicherer Rente“ und fehlenden Kita-Plätzen. (ruhr24 21.09.2025) Sie leiden unter „den Folgen des Klimawandels“ und „horrenden Sozialversicherungsbeiträgen“. (Leserbriefe Zeit, 02.10.25) Sie fühlen sich ausgebeutet durch widersprüchliche, nicht gleichzeitig erfüllbare Erwartungen der Gesellschaft: Sie sollen „möglichst viele Kinder bekommen“, um das System zu stabilisieren, aber „trotzdem Vollzeit arbeiten (...), um möglichst viele Steuern zu zahlen und als Fachkräfte zur Verfügung zu stehen.“ (Leserbrief, DIE ZEIT, 02.10.2025)

In der WAZ berichtet ein 18-Jähriger, er habe „den Glauben an das Rentensystem verloren“ und lege Geld in Aktien an: „Uns alle treibt schließlich die Sorge um, wovon wir im Alter leben sollen.“ (WAZ, 15.08.2025) Szenarien der Zukunftsangst bestimmen viele Beiträge: Die Jungen haben trotz



## Von Babyboomern und Betrogenen

hoher Abgaben nur Klimawandel, Zusammenbruch des Sozialsystems und bittere Armut im Alter zu erwarten. Sie erscheinen als Heer der Sklaven des Sozialstaats, die man zum „Aufstand der Jugend“ aufrufen muss, wie in einem Leserbrief an die WAZ. (02.10.25)

Der Märtyrer-Gestus in manchen Narrationen über „die Jungen“ reizte viele Ältere zum Widerspruch, darunter NRW-Minister Karl-Josef Laumann, CDU, der im Interview erklärte: „Es regt mich schon auf, wenn ich Leute aus den politischen Jugendverbänden erlebe, die sagen, wir bräuchten die Rente mit 70, die aber selbst noch mit 35 studieren.“ (WAZ, 25.08.2025)

Vor allem in Leserbriefen kam die Empörung Älterer zum Ausdruck, die Beweise für Arbeit und Pflichtbewusstsein lieferten, weil sie „mit spätestens 16 Jahren für die Rente gearbeitet“, „Leistung erbracht“, „den Wohlstand“ für die Jungen erst geschaffen und dabei nie „die Frage nach der besten Work-Life-Balance“ gestellt haben. Fehlverhalten wurde auch bei den Jungen aufgespürt: Sie seien „gewöhnt, alles zu nehmen, aber nichts dafür zu geben.“ Ein Duisburger rief den Jungen zu: „Also anpacken, arbeiten und nicht ständig rumheulen und demonstrieren.“ (Leserbriefe, WAZ, 31.10.2025) Ehrenwort: Die Leserbriefe der Älteren sind nicht von 1968.

### **FAUL UND FLEISIG: BETE KURZ! DENN ZEIT IST GELD!**

„Mit Vier-Tage-Woche und Work-Life-Balance werden wir den Wohlstand dieses Landes nicht erhalten können.“ Dies sagte kein wütender Rentner, sondern Bundeskanzler Merz. (Rede beim CDU-Wirtschaftstag, tagesschau.de, 25.05.2025) Generalsekretär Linnemann kräftigte die Kritik an den Erwerbstätigen: „Man hat manchmal den Eindruck, dass es nicht mehr um Work-Life-Balance geht, sondern um Life-Life-Balance.“ Alle Bürger/innen müssten mehr Einsatz zum Erhalt des Wohlstands zeigen. (tagesschau.de, 25.05.2025) Die Chef von Michelin-Nordeuropa mahnte: „Der Arbeitseifer in Deutschland ist zu gering“. Arbeit dürfe nicht nur als Mittel zur Deckung der Lebenshaltungskosten gesehen werden. „Leistungsgesellschaft“ bedeute vielmehr, dass „wir uns auch aktiv für den Arbeitgeber einsetzen. Da müssen wir wieder hinkommen.“ (Maria Röttger, Interview WAZ, 29.08.2025)

Parallel zur Boomer-Debatte entfaltete sich 2025 eine Debatte über den Arbeitseinsatz der Erwerbstätigen, ausgelöst durch Forderungen wie die von Merz: „Wir müssen in diesem Land wieder mehr und vor allem effizienter arbeiten.“ (tagesschau.de, 25.05.2025) Später wollte Merz nicht mehr „so ganz pauschal“ sagen, die Deutschen arbeiteten zu wenig. Es gebe „Gruppen, vor allen Dingen unter den Jüngeren, die sehr, sehr viel arbeiten“. Arbeitsbereitschaft und Arbeitszeit gingen jedoch mit zunehmendem Lebensalter zurück. (Merz ebd.)

Bemerkenswert ist, dass im Zuge der beiden Debatten nicht nur „die Alten“, sondern auch „die Jungen“ nach dem Kriterium „Arbeit / Dienst“ in Gruppen aufgeteilt, geprüft und neu sortiert werden konnten. Der Kern des WIR war in früheren

Darstellungen zwar nicht konfliktfrei, wurde jedoch meist als recht einheitliche, einvernehmlich im Konsens handelnde Formation geschildert. In den neuen Debatten zum Sozialstaat wurde der Kern nun in narrative Figuren und Gruppen aufgespalten, deren Arbeits- und Dienstbereitschaft bezweifelt werden konnte. In der Arbeitseinsatz-Debatte häuften sich diverse Vorschläge zur Wiederherstellung des inneren Gleichgewichts, also zur Rettung des Sozialstaats.

Diese Vorschläge verfolgten zwei Richtungen. Zum einen wurde – in Richtung „der Alten“ – vorgeschlagen, die Bestandsrenten in Zukunft an die Inflation und die sinkende Zahl der Beitragss Zahler zu koppeln, um Rentenerhöhungen zu vermeiden. Außerdem sollten Frühverrentung durch hohe Abschläge unattraktiv gemacht und die geplante Ausweitung der „Mütterrente“ gestoppt werden.

Zum anderen wurde – jetzt in Richtung „der Jungen“ – über die von der Koalition geplante „Flexibilisierung der Wochenarbeitszeit“ diskutiert, die Generalsekretär Linnemann als Vorteil für Familien mit Kindern anpries. Der Acht-Stunden-Tag, eine Maßnahme zum Arbeitsschutz, soll mit einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit abgeschafft werden, was der Ärzteverband Marburger Bund sofort kritisierte, da Beschäftigte schon jetzt stark belastet seien. (tagesschau.de, 25.05.2025).

Außerdem wurde häufig eine sukzessive, aber deutliche Erhöhung der Lebensarbeitszeit auf mindestens 68 Jahre, wenn nötig auf 70 Jahre vorgeschlagen. Solche Vorschläge wurden in den Medien meist dem Bereich „Renten-Debatte“ zugeordnet, sie betreffen aber vor allem die jüngeren Generationen. Gleicher gilt für Vorschläge zur Abschaffung der Witwenrente, die zwar die ikonische Narration „arme weißhaarige Oma“ aufrufen (z. B. in FR, 09.08.2025), aber ausschließlich „die Jungen“ betreffen.

Der „Wirtschaftsweise“ Martin Werding warnte vor einem dramatischen Anstieg der Sozialabgaben und erklärte: „Unter Anreizaspekten wäre es gut, wenn die Witwenrente wegfällt. Frauen können heute für sich selbst sorgen.“ (fr.de, 09.08.2025). Zu den „Fehlanreizen“ für die Gruppe „Frauen“ im Kern des WIR gehörten in der Debatte auch das Ehegatten-Splitting, die kostenlose Kranken-Mitversicherung für nicht erwerbstätige Ehepartner und die hohe Akzeptanz gegenüber der Teilzeit-Arbeit von Frauen.

Man könnte gegen solche Spar-Vorschläge einwenden, dass heute zwar Frauen durch Erwerbsarbeit für sich selbst sorgen dürfen, aber die rücksichtslosen Kinder eine völlige Selbstversorgung nach der Geburt immer noch verweigern. Aber eine solche Ironie ist verfehlt. In der Debatte geht es nicht um Problemlösungen, sondern um die Suche nach narrativen Figuren, die durch Nicht-Arbeit das kollektiv-symbolische „Gleichgewicht“ gestört haben könnten. Dazu gehören seit langem auch „die Nur-Hausfrau“ und „die Glucken-Mutter“.

Als Fehlentwicklungen im Kern des WIR gelten in der Debatte auch die leeren Kirchen: „Wegen Mitgliederschwund bei Kirchen – Verbände fordern Abschaffung von christli-



chem Feiertag“. (welt.de, 30.05.2025) Nach Auskunft der WELT wurden Ostermontag, Pfingstmontag, der zweite Weihnachtsfeiertag und Christi Himmelfahrt als Kandidaten vorgeschlagen, weil von christlichen Feiertagen auch Menschen profitierten, die keine Kirchenmitglieder seien.

Die Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung Gitta Connemann, CDU, will dagegen den Reformationstag streichen, um „angesichts der Wirtschaftskrise das Arbeitsvolumen zu erhöhen“ (welt.de, 08.10.2025), aber anscheinend auch, um den Evangelischen eine Lektion zu erteilen. Beschäftigte nutzten die Feiertage nicht, um „christliche Traditionen zu pflegen“, sondern „um sich einen freien Tag zu machen“. (fr.de, 08.10.2025) Connemann fragt: „Können wir uns bestimmte Dinge noch erlauben, die Leistungsfähigkeit kosten?“ (welt.de, 08.10.2025)

Gitta Connemann will übrigens auch die telefonische Krankschreibung abschaffen, aus einem ähnlichen Grund: Dies erleichtere die „Bettkantenentscheidung nicht in Richtung des Arbeitsplatzes, sondern in Richtung des Kissens“. (ebd.) Bundeskanzler Merz bevorzugt den Pfingstmontag als Arbeitstag, sieht aber zurzeit „keinen Konsens“ zum Thema. (fr.de, 08.10.1025)

## BRÜCHE IM KERN DES WIR

Zu diesen Forderungen nach einer Erhöhung des Arbeitseinsatzes bei gleichzeitigen Kürzungen im Sozialstaat gab es selbstverständlich Gegenstimmen, unter anderem aus der SPD. Diese Gegenstimmen folgten jedoch ebenfalls der narrativen Struktur der Debatte.

So erklärte zum Beispiel SPD-Fraktionsvize Dagmar Schmidt: Statt Menschen Faulheit zu unterstellen und Sozialkürzungen zu diskutieren, brauche man „endlich mehr Beteiligung hoher Einkommen am Gemeinwohl“ bei Steuern und Sozialversicherungen. (tagesschau.de, 25.05.2025) Bundesfinanzminister Klingbeil forderte, „die hart arbeitenden Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen“ zu entlasten und plädierte „gegen Vorteile für Top-Verdiener“. „Leute wie ich“, sagte Klingbeil, dürften nicht stärker entlastet werden „als die Kassiererin im Supermarkt“. Klingbeil versprach außerdem „Strukturreformen“ der Sozialversicherungen, „um die Beiträge dauerhaft stabil zu halten“. (ebd.)

Schmidt und Klingbeil reproduzieren beide die bekannten Vorstellungen von „Ungleichgewicht“ und „Ungerechtigkeit“ im Inneren des Sozialstaats. Sie haben lediglich andere Gruppen aus dem Kern des WIR – „Top-Verdiener“ und Bezieher hoher Einkommen – im Visier, die ihren Dienst am „Gemeinwohl“ nicht geleistet haben. Die pflichtwidrige Privilegierung der narrativen Figur „Top-Verdiener“ verursacht nun das bereits bekannte Ächzen im System, während „die Kassiererin im Supermarkt“ die überlasteten Jungen vertritt.

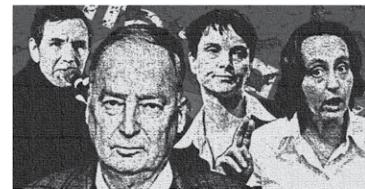
Auffallend ist, dass die Struktur der Debatten von einer statistischen Dichotomie bestimmt wird. Gefährlich wachsende Zahlen bzw. Kurven einerseits stehen gefährlich sinkenden Zahlen / Kurven andererseits gegenüber. Ein unkontrolliertes Wachstum trifft zusammen mit einem unkontrollierten Fallen.

Beispiele aus der Zitatensammlung: Wir haben eine zu große Gruppe, die in Rente geht. Die Rentner sind zu viele. Die Rente steigt immer mehr. Immer weniger Junge zahlen für immer mehr Ältere. Wir haben immer weniger Kinder. Die Alten bestimmen, weil sie eine größere Wählergruppe sind. Die Jungen sind zahlenmäßig hoffnungslos unterlegen und können nichts dagegen tun. Die Politik tut nichts, um dieses Ungleichgewicht aufzulösen.

Das Argumentationsmuster vom unkontrollierten Wachstum, das zur Schieflage und dann zum völligen Kontrollverlust führt, bildet die Basis der Debatte.

## Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹

Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten



Andrea Becker  
Simon Eberhardt  
Helmut Kellershohn (Hg.)



Andrea Becker,  
Simon Eberhardt,  
Helmut Kellershohn (Hg.)

Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹ – Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD

ISBN 978-3-89771-772-5 , Unrast-Verlag, 2019, Seiten: 272, Reihe: Edition DISS Band: 43, Ausstattung: Softcover

Das Buch ist eine Bestandsaufnahme der sozial- und wirtschaftspolitischen Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten und unterzieht diese einer kritischen Analyse. Die Beiträge berücksichtigen dabei drei Dimensionen: erstens die Ebene der Akteure, also der Kräfte, die die Debatte bestimmen; zweitens geht es um konkrete Themenfelder, in die mit Konzepten, - Thesenpapieren etc. interveniert wird; und drittens geht es um die jeweiligen ideologopolitischen Perspektiven und deren Verortung im Spannungsfeld zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹, sowohl unter dem Blickwinkel der innerparteilichen Auseinandersetzungen als auch unter dem der Relevanz für die von der AfD angesprochene Wählerkoalition. Darüber hinaus spannt das Buch einen ideengeschichtlichen Bogen zurück zur sogenannten ›Konservativen Revolution‹, die der Neuen Rechten als eine Art Steinbruch von Ideen und Argumenten dient, die je nach Lage und Intention aktualisiert und angepasst werden.



In den Bereichen „Migration“ und „Sozialmissbrauch“ schien das „unkontrollierte Wachstum“ noch beherrschbar durch harte Abgrenzung, Abschottung, Abschiebung. Aber nun scheint durch das dichotome Wachsen und Fallen der Zahlen im Bereich „Demografie“ ein Bruch im Innern entstanden zu sein. Die Dichotomie der Zahlen wird als Bruch oder Spaltung interpretiert. Ein gefühlter Kohärenzverlust ist die Folge: Der Sozialstaat wirkt handlungsunfähig, undurchschaubar, sinnentleert.

Auffallend ist außerdem die hohe strukturelle Bedeutung des Argumentationsmusters „Überall Pflichtverletzung und Fehlverhalten“. Bei Gruppen im Kern des WIR werden unermüdlich Verfehlungen gesucht und gefunden. Diverse Phänomene, die als krisenhaft empfunden werden, können ausgewählten Gruppen des WIR als schuldhaftes Versagen oder bewusste Rücksichtslosigkeit zugeschrieben werden.

Eine Auswahl der Phänomene, die insbesondere von „Boomer“ ausgelöst wurden: immense Schuldenaufnahme, maroder Bildungssektor, keine intakte Infrastruktur, Krieg in Europa, Stärkung autokratischer Systeme, zerstörte Umwelt, verfehlte Klimapolitik, fehlende Aufstiegschancen, Veränderungen im Job, nicht mehr bezahlbare Mieten.

Alle diese Phänomene sind durch Pflichtverletzung und Fehlverhalten bestimmter WIR-Gruppen verursacht oder gefördert worden. In den Narrationen entstehen schon durch die Anhäufung problematischer Situationen Szenarien des Untergangs und des Zusammenbruchs von Sicherheit. Dies erklärt die Fülle skurriler und in der Regel nicht umsetzbarer Ideen zur Rettung, darunter das „Pflichtjahr für Boomer“ oder die Forderung, Pflegebedürftige sollten die Pflegekosten und Patienten die Arztkosten zu großen Teilen selbst zahlen. Die meisten Ideen helfen zwar nicht, Kosten zu sparen, haben aber eine Funktion. Sie legen die Messlatte bei der Prüfung zur Pflichterfüllung gegenüber dem Gemeinwohl sehr hoch. Gemessen an diesen Forderungen werden die tatsächlichen Kürzungen – z. B. Deckelung der Rentenerhöhung, Abschaffung der Pflegestufe 1, etwas längere Ar-



Fit für die Zukunft?

KÄRIKATUR: MICHAEL MINHOLZ

Zeitungsausschnitt aus WAZ, 2.9.25

beitszeit, Verzicht auf 1 Feiertag – eher moderat erscheinen, nach dem Motto: Noch mal Glück gehabt!

Die in Medien und Politik häufig gepflegte Vorstellung von einer Egalität im Kern des WIR (Wir alle sind die Mitte der Gesellschaft) war immer eine narrative Konstruktion. Die Vorstellung von einer grundsätzlichen Gleichheit der WIR-Gruppen im Sozialstaat war stets fragil. In den aktuellen Debatten werden nun die Unterschiede, eine Ungleichheit im „Gleichgewicht“, sichtbar gemacht. Schon lange bestehende Privilegien im Kern des WIR stören jetzt. Der Kern hatte jedoch schon immer interne Brüche, die jetzt lediglich sichtbar und dadurch benutzbar sind, um spezifische Interessen im Verteilungskampf öffentlich zur Geltung zu bringen.

Das „Pflichtjahr für Babyboomer“ sollte „den Generationenvertrag neu austarieren, die Jungen entlasten und Fachkräfte mangel abfedern.“ (ruhr24, 21.09.2025) Das Pflichtjahr wird nicht kommen. Und wäre es gekommen, hätte es diese Ziele garantiert nicht erreicht. Was tatsächlich kommen wird, hat ausgerechnet BILD realistisch vorausgesagt: eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters und Einsparungen in den Bereichen Pflege und Gesundheit. Am besten leiden immer die, die sich am wenigsten wehren können.



# Umkämpfte Gerechtigkeit

## Emanzipatorische Aufbrüche

### Linke Utopien in der Krise

Vom Vorbereitungskreis des DISS-Kolloquiums 2025

Wir konstatieren eine Dominanz neu-rechter, autoritärer, rechtsextremer bis offen faschistoider Gesellschaftsentwürfe, die eine Demokratie zersetzende Energie entfesseln. In den USA können wir beobachten, wie christlich-fundamentalistische Weltbilder trotz offensichtlicher Widersprüche zusammenlaufen mit einem mittlerweile rechts verankerten technokratischen ‚Solutionismus‘, der eine rein technologische Lösung ökologisch-sozialer Probleme durch eine über jede gesellschaftliche Kontrolle und Regulation erhabene Innovationselite propagiert und ‚rücksichtslos-kreativ‘ gesellschaftliche Zerstörung praktiziert.

Das Zusammenspiel von rechtsextremen Autokratieanhängern und Faschisten mit Tech-Feudalisten, die entweder selbst offen reaktionären und rechtslibertären Gesellschaftskonzepten anhängen oder die Zerstörung von Demokratie und Rechtsstaat zumindest billigend in Kauf nehmen, erreicht mit der Trump-II-Administration ein neues Bewegungsniveau. Die sogenannte Tech-Oligarchie stellt dabei nicht nur Kommunikations- und Desinformations-Technologien zur Verfügung, die insbesondere rechten Bestrebungen nützlich sind, sondern befeuert aktiv einen breit angelegten rechten Kulturmampf. Die Synthese radikaler Technologieversprechen mit radikalem Individualismus und dem Glauben, eine neue Elite innovativer ‚Übermenschen‘ könne die Welt nur retten, wenn sie sich allen gesellschaftlichen Regeln entzieht, dient dabei als visionäre Fortschrittszählung, die angesichts einer allgemeinen Utopiearmut in der Mehrfachkrise auch in traditionell eher linksliberalen progressiven Milieus mehr und mehr verfängt.

Je mehr eine Gesellschaft derartige Zukunftsvisionen verinnerlicht, desto eher betrachtet sie andere Menschen als Problem und die Technologie als Lösung, um diese anderen zu kontrollieren. Eine Sichtweise, die uns tiefer in Rückzug und Isolationismus führt.

Mit unserer Konferenz wollten wir Selbstbewusstsein und widerständige Zuversicht tanken – für das Einfordern von und das Einstehen für Gerechtigkeit: Der Gegner solidarischer Utopien ist weniger die rechte Dystopie, sondern vielmehr die Apathie einer vermeintlichen Alternativlosigkeit gegenüber dem ‚Zeitgeist‘, die wir gesellschaftlich breit eingeübt haben.

Die Tagung am 22. + 23. November 2025 verband theoretische Analysen, gesellschaftliche Diagnosen und praxisorientierte Ansätze zu einem Panorama, das die Krise der Gerechtigkeit aus verschiedenen Perspektiven beleuchtete und Wege zu emanzipatorischen Aufbrüchen eröffnete.

Unser Beitrag zum Welttag der Gerechtigkeit (20. Februar 2026) wird eine frei verfügbare, digitale Broschüre aller Tagungsbeiträge sein. Der Tagungsband in gedruckter Form wird bei Unrast in der *Edition DISS* im Mai 2026 erscheinen.

**Umkämpfte Gerechtigkeit**  
Emanzipatorische Aufbrüche und  
linke Utopien in der Krise



Guido Arnold, Jobst Paul & Christian Sydow (Hg.)



## Eine kleine Geschichte der Utopie

Von Marvin Chlada

### I. EINLEITUNG

Utopie ist eine Wortschöpfung aus dem Griechischen und geht zurück auf den Roman *Utopia* (1516) von Thomas Morus. Das Wort setzt sich zusammen aus „ou“ (nicht) und „topos“ (Ort). Es handelt sich somit der Bedeutung nach um einen Nicht-Ort, um ein Nirgendwo. Utopia ist der Name der Insel, auf der Morus in seinem gleichnamigen Roman ein ideales Gemeinwesen angesiedelt hat. Obwohl der Name der

Insel bereits früh als Synonym für Schlaraffenland fungierte, wird der Begriff der Utopie als Bezeichnung eines Genres erst ab Mitte der des 19. Jahrhunderts gebräuchlich. So sprach man in den Zeiten der Aufklärung mit Blick auf die in der Tradition von Morus stehenden Beschreibungen idealer Staaten mitunter von Staatsmärchen oder platonischen Republiken. Als Mitte des 19. Jahrhunderts eine systematische Beschäftigung mit den Utopien ihren Anfang nahm, prägte der Staatswissenschaftler Robert von Mohl (1855)



hierfür den Begriff des „Staatsromans“. Mit den Vorlesungen des Soziologen Andreas Voigt (1906) zur Geschichte der „sozialen Utopien“ etablierte sich gleichsam der Begriff der Sozialutopie. Die Utopie hat immer zwei Seiten, „ein Noch nicht und ein Nicht so“ (Ziegler 1891, 32), es handelt sich bei einer Utopie demnach um „die Kritik dessen, was ist und die Darstellung dessen, was sein soll.“ (Horkheimer 1930, 186) Treffender wäre gar zu sagen: „was sein könnte“, da mitunter Prognostik und Antizipation einen nicht unwesentlichen Teil des utopischen Denkens ausmachen.

## II. DIE PLATONISCHE REPUBLIK

Folgen wir Gramsci (1991, 248), dann handelt es sich bei den Verfassern von Utopien um einzelne Intellektuelle, die sich formal wieder dem Rationalismus von Platons *Staat* ange schlossen haben. Gleichsam erblickt Karl Mannheim (1968, 113) in Platons *Staat* das allgemeine Modell, „von dem alle späteren Utopien nachhaltig beeinflusst wurden.“ Mit seinem Dialog über den Staat liefert Platon den ersten bedeutenden Entwurf einer rational durchdachten Polis. Dieser Staat ist der Idee der Gerechtigkeit gewidmet und gliedert sich in drei Stände, die der menschlichen Seele entsprechen: die Bauern und Handwerker (Begierde), die Wächter und Krieger (Mut) und die Philosophenkönige (Vernunft). Wie Ludwig Marcuse treffen anmerkt, widerspricht dieser Staat durch seine Verknüpfung von Macht und Verzicht allem, was Psychologie bisher gelehrt hat, denn in Platons Staat haben die, „welche die Macht in Händen halten, keinen Privatbesitz und keine Freiheit – im Gegensatz zu den Untertanen: so ein Staat hat noch nie existiert.“ (Marcuse 1979, 300) In Platons Staat spielen Erziehung und Bildung eine zentrale Rolle, die Kinder werden gemeinschaftlich erzogen. Gerechtigkeit ist das leistende und oberste Prinzip. Was Platon in seinem Staat hauptsächlich bekämpft, ist die alte These, dass „Macht Recht sei“. Folgen wir Ernst Cassirer, der in Platon sowohl den Begründer als auch den ersten Verteidiger des Rechtsstaats erblickt, dann ging es Platon in seiner politischen Philosophie vor allem darum, die „Macht des Ewig gestrigen“ (Cassirer 2002, 97) zu brechen. Platons Staat ist allein im Ideenhimmel angesiedelt und fungiert als Paradigma. Er will eine Norm und ein Vorbild sein für das menschliche Handeln.

## III.UTOPIEN DER NEUZEIT

Die Utopisten der frühen Neuzeit und der Renaissance nehmen ausdrücklich Bezug auf Platon. So etwa Morus mit seiner *Utopia* (1516), Tommaso Campanella mit seinem *Sonnenstaat* (1623) oder Francis Bacon mit seiner *Neu-Atlantis* (1627). Der Staat ist nun nicht mehr im Ideenhimmel verortet, sondern befindet sich auf einer fernen Insel. Meist ist es ein Seefahrer oder Reisender, der von der neu entdeckten Insel, ihren Bewohnern und deren Sitten und Einrichtungen Kunde gibt. Während Francis Bacon in seiner Fragment gebliebenen *Neu-Atlantis* den Schwerpunkt auf Wissenschaft und Technik legt, was ihn mitunter zu einem frühen Vorfächer der Science Fiction macht, werden in der *Utopia* und im *Sonnenstaat* die auf den Inseln vorgefundenen politi-

schen und sozialen Verhältnisse ausführlich beschrieben und beispielhaft geschildert. Obwohl die Insel Utopia als auch der Sonnenstaat auf Gemeineigentum gründen, gibt es zahlreiche Unterschiede in Alltag, Sitten und Kultur. So wird auf Utopia maximal sechs Stunden am Tag gearbeitet, im Sonnenstaat hingegen lediglich vier. In Utopia basiert das System auf dem Zusammenschluss von jeweils 30 Haushalten zu einer Großfamilie. Diese wählen einen Vorsteher und zehn dieser Vorsteher wählen einen Beamten, dessen Amtszeit auf ein Jahr begrenzt ist. Darüber hinaus herrscht Religionsfreiheit. Grundlage bildet die monogame Ehe und patriarchale Familie, wobei Scheidung sehr wohl erlaubt ist. Anders hingegen im Sonnenstaat, wo neben der Gütergemeinschaft auch die Frauen gemein sind und die Kinder gemeinsam erzogen werden. Zudem ist im Sonnenstaat der Geschlechtsverkehr streng geregelt um einen gesunden und vorbildlichen Nachwuchs zu zeugen. Ernst Bloch (1969, 65) bezeichnet Campanellas *Sonnenstaat* als „Gegenstück“ zu Morus' *Utopia*. Bloch zufolge liefert Morus ein Beispiel für eine Utopie der sozialen Freiheit, Campanella hingegen gilt ihm als Beispiel für eine Utopie der sozialen Ordnung.

## IV. RAUM- UND ZEITUTOPIEN

Spätestens Mitte des 17. Jahrhundert wurden die idealen Staaten nicht mehr nur auf Inseln, sondern auch auf den Mond oder auf ferne Planeten verlegt. So lässt etwa Cyrano de Bergerac seinen Protagonisten die Staaten des Mondes und die Reiche der Sonne erkunden, wobei dieser mitunter ein Reich betritt, in dem Menschen mit ausgeprägten Nasen in hohem Ansehen stehen und besondere Anerkennung genießen. (vgl. Bergerac 1986, 113ff.) Während die Reisen zu fernen Planeten noch Erstaunen hervorzurufen vermochte, vollzieht sich ab Mitte des 18. Jahrhunderts die „Verzeitlichung der Utopie“ (vgl. Koselleck 1985) ohne dass dies von den Zeitgenossen als bedeutende Neuerung wahrgenommen wurde. 1771 verlegt Lois-Sebastien Mercier seine Utopie in eine ferne Zukunft, in das Jahr 2440, wo sich die Ideale der Aufklärung inzwischen verwirklicht haben. So ist im Neu-Paris des 3. Jahrtausends der Verkehr streng und vernünftig geregelt, der Staat ist eine Mischung aus Monarchie und Demokratie, die christliche Religion wurde durch einen Wissenschaftskult ersetzt (vgl. Mercier 1982, 54f.) Mit dem Wechsel von der Raum- zur Zeitutopie vollzieht sich gleichsam ein Perspektivwechsel: ein (zukünftiger) Erwartungs horizont wird gesetzt. Die Utopie ist nicht mehr nur ein Wunschbild auf einer Insel oder einem fernen Planeten, sondern ein Stück möglicher Zukunft, das erreichbar scheint.

## V. DYSTOPIEN UND POSTMATERIELLE UTOPIEN

Dass der Fortschritt auch negative Entwicklungen mit sich bringen kann, findet seinen Ausdruck in den sogenannten Dystopien, Warnutopien, schwarzen oder negativen Utopien. Zu den bekanntesten Werken dieser Art zählen mitunter *Die Zeitmaschine* (1895) von H. G. Wells, *Schöne neue Welt* (1932) von Aldous Huxley und *1984* (1949) von George Orwell. Geschildert wird eine nicht wünschenswerte Zukunft, beschrieben werden Überwachungsstaaten und Tech-



niken, mit denen Menschen manipuliert oder diszipliniert werden. In den neueren, sogenannten postmateriellen Utopien, die neben Dystopien auch Utopien entwerfen, ist die Utopie bereits verwirklicht. Auf dem Boden dieser Utopie können sich dann Problemen der Religion, der Ethik oder Lebensweisen gewidmet werden. Ein Beispiel für eine postmaterielle Utopie liefert die Fernsehserie *Star Trek* und deren Nachfolger. Es gibt kein Geldsystem mehr, Handel wird nur auf den Außenstationen mit anderen Völkern betreiben. Das Raumschiff Enterprise startet von Utopia Planitia, einer Werft auf dem Mars, in die unendlichen Weiten. Dort begießt die Crew im Verlauf ihrer Reise einer Reihe weiterer Spezies und Gesellschaften, an deren Beispiel dann Probleme wie Umweltzerstörung, Geschlechterverhältnisse, Macht, Kapitalismus, Pädagogik etc. diskutiert werden.

## VI. DIE AUFHEBUNG DER UTOPIE

1935 bereits konstatierte Karl Mannheim, dass die politische Bedeutung von Utopien seit Mitte des 19. Jahrhunderts geringer geworden sei (vgl. Mannheim 1968, 115). 1967 spricht Herbert Marcuse gar von einem Ende der Utopie. Jedoch meint Marcuse nicht das Ende der Utopie schlechthin. Vielmehr sei ein Zustand erreicht, in dem die Utopie einer freien Gesellschaft jederzeit verwirklicht werden könne. Die materiellen und intellektuellen Voraussetzungen und Kräfte zur Verwirklichung der Utopien seien gegeben, ihre tatsächliche Verwirklichung nur mehr eine Machtfrage (vgl. Marcuse 1980, 12). In diesem Sinne spricht auch Leo Kofler (1981) von einer Aufhebung der Utopie in der Utopie. Und tatsächlich, die Wege zur Utopie haben sich verkürzt: Reiste Mercier vom Jahre 1771 noch ins Jahr 2440, so liefert Edward Bellamy bereits einen *Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887*. Die Reportagen von William Weston in Ernest Callenbachs *Ökotopia* aus dem Jahre 1975 stammen aus dem Jahr 1999. Und in den neueren Sachbüchern zum Thema ist zu lesen: „Morgen Mittag beginnt das Neue“ (Welzer 2019, 295) und „Nachhaltiger Sozialismus jetzt!“ (Dörre 2021, 223)

**Marvin Chlada, Studium der Sozialwissenschaften in Duisburg, Mitarbeiter im Arbeitskreis Gesellschaftstheorie am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Publikationen u.a. zur Geschichte und Theorie der Popkultur und zum Utopiediskurs der (Post-)Moderne.**

## LITERATUR

- Bergerac, Cyrano de 1986: Die Reise zu den Mondstaaten und Sonnenreichen [zuerst 1657/1662]. Völlige überarbeitete und mit Anmerkung versehene Ausgabe, herausgegeben von Winfried Petri, München
- Bloch, Ernst: Freiheit und Ordnung. Abriss der Sozialutopien [zuerst 1946]. Mit Quellentexten, Reinbek bei Hamburg
- Dörre, Klaus 2021: Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin
- Gramsci, Antonio 1991: Die Utopien und die sogenannten „philosophischen Romane“ [zuerst 1934], in: ders.: Marxismus und Kultur. Ideologie, Alltag, Literatur. Hrsg. von Sabine Kebir. Mit einem Nachwort von Giuliano Manacorda, Hamburg
- Horkheimer, Max: Utopie [zuerst 1930], in: Neusüss (Hg.) 1968, 178-192
- Kofler, Leo 1981: Das Appolinische und das Dionysische in der utopischen und antagonistischen Gesellschaft, in: ders.: Geistiger Verfall und progressive Elite. Sozialphilosophische Untersuchungen, Bochum
- Koselleck, Reinhart 1985: Die Verzeitlichung der Utopie, in: Voßkamp, Wilhelm: Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie, Bd. 3, Frankfurt a. M., 1-14
- Mannheim, Karl 1968: Utopie [zuerst 1935], in: Neusüss (Hg.) 1968, 115-119
- Marcuse, Hebert 1980: Das Ende der Utopie. Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967, Frankfurt a. M.
- Marcuse, Ludwig 1988: Vom Wesen der Utopie. Die Sehnsucht nach einer besseren Welt, in: ders.: Essays, Portraits, Polemiken. Hrsg. und eingeleitet von Harold von Hofe, Zürich
- Mohl, Robert von 1855: Die Staatsromane, in: ders.: Die Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften. In Monographien dargestellt, Bd. 1, Erlangen, 165-214
- Neusüss, Arnhelm (Hg.) 1968: Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen (= Soziologische Texte, Bd. 44), Neuwied/Berlin
- Voigt, Andreas 1906: Die sozialen Utopien. Fünf Vorträge, Leipzig
- Welzer, Harald 2019: Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen, Frankfurt a. M.
- Ziegler, Theobald 1891: Die soziale Frage eine sittliche Frage, 4. Auflage, Stuttgart



# Binnen-Ethnopluralismus, organischer Staat und Edgar Julius Jung

## ZUM STREIT ÜBER REMIGRATION IN DER NEUEN RECHTEN

Von Martin Hauff

Seit Juni dieses Jahres ist die rechte Szene in Deutschland durch eine Debatte tief gespalten. Maximilian Krah, der bis vor Kurzem noch für seine Erfolge im Wahlkampf und in den sozialen Medien von seinen rechten Sympathisanten gefeiert worden ist, ist nun in seinem Ansehen tief gefallen. Hauptaufreger ist, dass sich Krah vom Begriff der Remigration distanziert, welcher gerade durch den Skandal um das Treffen mit Martin Sellner in Potsdam berühmt und berücktigt geworden ist und sogar von Alice Weidel auf dem AfD-Parteitag im Januar 2025 verwendet wurde.

Krah, der seinen politischen Ansatz selbst ausdrücklich als „rechts“ deklariert, ist mit der Herausforderung konfrontiert, sich vom Begriff der Remigration abzugrenzen und trotzdem zugleich eine politisch rechte Position beizubehalten. Von Martin Sellner wird Krahs neue Position als „Binnen-Ethnopluralismus“ kritisiert. In einem Interview, in dem Krah seine Gedanken vor Götz Kubitschek, seinem mittlerweile ehemaligen Verleger, zu rechtfertigen versuchte, bezog er sich dabei mehrmals auf Edgar Julius Jung und dessen Idee eines organischen Staates. Da E. J. Jung wenig bekannt ist, aber Ende der Weimarer Republik in rechts-konservativen Kreisen sehr einflussreich war, soll in diesem Artikel dessen Konzept eines organischen Staates erläutert werden. Dadurch lässt sich Krahs Position eines multi-ethnischen Staates besser verstehen. Und schließlich lassen sich durch so eine ideengeschichtliche Kontextualisierung rechte Diskursentwicklungen präziser rekonstruieren.

### 1. DER STREIT ZWISCHEN KRAH UND SELLNER

Der Streit, der zwischen Krah und Sellner geführt wird, ist aufgrund von persönlichen Angriffen eskaliert und die Fronten sind verhärtet. Eine schriftliche Auseinandersetzung hat in der zweiten Junihälfte auf „Sezession im Netz“ stattgefunden. Eine öffentliche Diskussion zwischen den beiden Kontrahenten beim Sommerfest des Verlag Antaios in Schnellroda wurde abgesagt.

Anfangs hatten Krah und Sellner noch eine ähnliche Vorstellung von Remigration. In seinem Buch „Politik von rechts“ von 2023 verwendet Krah explizit den Begriff der Remigration: „Die Remigration der nicht Integrationswilligen und -fähigen kann nur in großer Zahl gelingen, wenn sie kooperieren. Hierzu müssen die richtigen Anreize gesetzt werden.“ (Krah 2023, S. 60). Unter diesen Anreizen versteht Krah vor allem den Umbau des Sozialstaats. Ziel ist es dabei, Menschen mit Migrationshintergrund das Leben in Deutschland

so schwer zu machen, dass sie freiwillig auswandern, d.h. remigrieren. Krah beteuert, dass diese Politik im Rahmen des Rechtsstaats bleibe und Staatsbürger davon nicht betroffen werden würden.

Martin Sellner hat in seinem Buch „Remigration. Ein Vorschlag“ seine Position umfangreich dargestellt und betont ebenfalls, dass deutsche Staatsbürger nicht von einer Remigrationspolitik betroffen werden sollten. Sellner unterscheidet drei Gruppen, die für eine von ihm vorgeschlagene Remigrationspolitik relevant sind (Sellner 2024, S. 57ff.) Zum einen Asylanten, die durch eine Verschärfung des Asylrechts abgeschoben werden sollen (ebd., S. 90ff.). Zum zweiten Ausländer bzw. nicht-deutsche Staatsbürger und drittens „nichtassimilierte Staatsbürger“. Die dritte Kategorie ist sehr unpräzise, da Sellner keine Kriterien dafür entwickelt. Er spricht von Loyalität zum Land, wo man lebt (ebd., S. 34) und von Identifikation mit der deutschen Leitkultur. Bei Bedarf sollten fünfjährige Assimulationskurse angeboten werden (ebd., S. 42). Auch wer über diese Kriterien bestimmt und wie sie legitimiert werden, darüber schweigt Sellner.

Sellner betont, dass vor allem durch positive Anreize diese Gruppen zur Remigration in ihr ehemaliges Heimatland angeregt werden sollen. Dies beschreibt Sellner in rosigen Farben: Remigrationshelfer unterstützen die Ausreisewilligen, im neuen Land Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Auch sollen diese durch eine Ausreiseprämie von 50.000 Euro belohnt werden (ebd., S. 70f.). Ob das alles wirklich so unkompliziert stattfinden kann, wie Sellner es sich ausdenkt, ist sehr fraglich.

Sellner ist um die Darstellung bemüht, dass sich sein Vorschlag für eine Remigrationspolitik in den Grenzen des Rechtsstaates bewege. Deutsche Staatsbürger, mit oder ohne Migrationshintergrund, sollen nicht juristisch diskriminiert werden. „Es darf und wird auch keine Staatsbürger zweiter Klasse geben. Solche Maßnahmen sind nicht nur juristisch untragbar, da sie mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sind. Sie würden die Rechtstreue und das Vertrauen in die Isonomie, die Gleichheit vor dem Gesetz, unheilbar zerrüttten.“ (Ebd., S. 67).

Trotz dieser Beteuerung, dass deutsche Staatsbürger nicht negativ betroffen werden würden, soll auf alle Gruppen, auch auf „nichtassimilierte Staatsbürger“, ein sogenannter Assimulationsdruck und ein Remigrationsdruck ausgeübt werden. Neben den Assimulationskursen und der stärkeren Betonung der Leitkultur im Alltag, sollen durch eine sogenannte



„strukturelle Sozialpolitik“ sozialstaatliche Leistungen für Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund eingeschränkt werden (ebd., S. 75).

Seit dem Frühjahr 2025 begann Krah sich von Sellner zu distanzieren und ihn dafür zu kritisieren, dass sein Vorschlag zur Remigration doch nicht so verfassungskonform sei, wie dieser es darstellt. Krah warf Sellner ausdrücklich vor, ein staatsfeindliches Remigrationskonzept zu vertreten, während Sellner darauf beharrt, dass seine Position verfassungskonform sei (Sellner 2025). Doch der Jurist Krah scheint in der Tat verfassungsrechtliche Schwachpunkte bei Sellner im Blick zu haben. Hinzukommt, dass das strategische Kalkül bei Krah wohl darin besteht, durch eine Abgrenzung zu Martin Sellner seine Position und damit auch die AfD von einem drohenden Parteiverbotsverfahren und den Vorwürfen des Verfassungsschutzes zu entlasten.

Krah verfolgt also das Ziel, seine Konzeption von rechter Politik verfassungsrechtlich abzusichern. Ausgangspunkt seiner Argumentation sind Gerichtsurteile, z.B. der Beschluss von Bundesverwaltungsgericht zum *Compact*-Magazin, der eine Ungleichbehandlung deutscher Staatsbürger im Rahmen des Remigrationskonzept als nicht vereinbar mit der Menschenwürde bemängeln.

Krah wirft Sellner, Kubitschek und anderen vor, die Grundprinzipien des Rechtsstaates nicht zu verstehen. Im Rechtsstaat sind alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich. Oder wie Krah es formuliert, das Recht ist ethnisch blind (Krah 2025). Sellner und Kubitschek laden den Rechtsstaat aber ethnisch auf und differenzieren nicht hinreichend präzise zwischen ethnischen Volk und Staatsvolk, so Krah. Zugehörige zum Staatsvolk, also Staatsbürger, können nicht abgeschoben, auch wenn sie aufgrund von Migrationsgeschichte nicht zum ethnischen Volk gehören. Hinzukommt, dass Krah Zweifel gegenüber der Möglichkeit der Assimilation äußert. Durch den Prozess der Assimilation von Menschen mit Migrationshintergrund würde sich auch der deutsche Ethnos wandeln, was Krah ablehnt (ebd.). Wenn sich die beiden Optionen der Remigration und der Assimilation deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund ausschließen, bleibt für Krah nur eine dritte Option übrig: Ethnische Gruppen leben weiterhin als Minderheiten in bestimmten Stadtteilen und Regionen in Deutschland, während die ethnisch Deutschen die Mehrheit darstellen. Diese Gruppen sind ethnisch ungleich, aber ihre rechtliche Gleichheit als Staatsbürger bleibt gewahrt. So versucht Krah seine rechte Position mit dem Grundgesetz vereinbar zu machen.

Rechts bleibt seine Position, weil – was er immer betont – seine Vorschläge zur Begrenzung der Migration über die Beschlusslage der AfD hinausgehen. Dabei geht auch Sellner mit. Aber Sellner kontert nun Krah inhaltlich, dass ein Abschied vom Anspruch der Assimilation auf einen - wie er es nennt - „Binnen-Ethnopluralismus“ hinauslaufen würde (Sellner 2025). Einen solchen multi-ethnischen Staat lehnt Sellner ab. Hier liegt der Kern des Streits. Sowohl Krah als auch Sellner bemühen sich, dass ihre Positionen nicht den Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit widersprechen. Die Differenz besteht darin, dass Krah dafür die Idee der ethni-

schen Homogenität aufgibt. Diesen Ansatz begründet Krah mit Bezug auf die Ideen von Edgar Julius Jung.

## 2. KRAHS BEZUG AUF EDGAR JULIUS JUNG

Im Interview, das Götz Kubitschek und Ellen Kositza mit Maximilian Krah führten, entwickelte Krah das Argument, dass das ethnische Volk und Staatsvolk nicht identisch sein müssen (Krah / Kubitschek 2025). Nach Krahs Auffassung sollen den ethnischen Gruppen, die weder remigriert noch assimiliert werden, eine gewisse Autonomie gewährt werden. Krah sagt bei Minute 27:30: „Sie sind da. Neue kommen nicht rein. Und die, die da sind, bekommen durchaus, wenn Sie so wollen, in ihren eigenen Communities eine gewisse Selbstorganisation und Selbstverwaltung. Und, bitte, das ist kein linkes Konzept, das ist Edgar Julius Jung, das ist der organische Staat. Ihre ganze Bibliothek, die Sie hier da haben von der Konservativen Revolution, kritisiert den Nationalstaat, weil er eben eine Rechtsunmittelbarkeit des Staatsbürgers zur Nation hat, ist gegen eine, äh, ist dafür, dass man zwischen Staat und dem Einzelnen wieder Identitätsebenen nimmt, die organisch sind – organischer Staat heißt das Buch – und selbst bei Carl Schmitt haben Sie das schöne Kapitel ‚Vom Volk neben der Verfassung‘. Und da kommen wir hin. Weil sie ja da sind, müssen wir was mit ihnen machen.“

Und bei Minute 43:33 führt Krah weiter aus: „Ich möchte, dass wir die Grenzen komplett zukriegen. Ich will, dass wir die Ausländer, also die nicht-deutschen Staatsbürger, die hier dauerhaft und zwar in Millionenzahl nur vom Hartz leben und straffällig sind außer Landes schaffen. All das ist auch ohne Probleme möglich. Ich warne nur davor, dass unsere Gegner wie folgt framen: Euch geht es nicht um ausländische, also nicht-deutsche Staatsbürger, euch geht es nicht um Kriminelle, in Wahrheit wollt ihr eine ethnische Scheidung. Das ist ja der Vorwurf, ob berechtigt oder unberechtigt. Das ist der Vorwurf. Und wir sind gezwungen, diesen Vorwurf glaubwürdig zurückzuweisen. Das ist, das, was wir tun müssen. Und da können Sie sagen: Den will ich nicht zurückweisen, weil ich diese ethnische Scheidung möchte, aber dann greifen Sie den Staat in der Grundlage an, es ist leider so. Oder Sie sagen: Okay, ich bin bereit, genau das zu sagen, ich bedauere zwar, dass diese Leute eingebürgert wurden, aber es ist so, ich weiß, dass jeder moderne Nationalstaat auf der Gleichheit der Staatsbürger besteht – Zähnekirschen –, aber damit lebe ich und überlege jetzt – und da käme dann eben Jung mit seinem organischen Staat als Konzept in Betracht –, wie ich damit so umgehe, dass ich für mich, meine Familie und mein ethnisches Volk, meine Identität bewahren kann.“

In beiden Zitaten erläutert Krah seine Position. Er beteuert vor Kubitschek, dass er immer noch eine rechte Position vertreibt. Beim Thema Abschiebung





dernen Staates, der Gleichheit vor dem Recht, verweist. Weil dies Kubitschek nicht zu überzeugen scheint, kommt Krah ihm entgegen, indem er darüber hinaus seine Ideen in Bezug auf einen Autor der Konservativen Revolution begründet. Aber es handelt sich dabei nicht nur um einen rhetorischen Trick, sondern Krah liegt wirklich etwas an E. J. Jung.

Krah bezieht sich auf Jung, weil dieser auch die Unterscheidung zwischen der Gesellschaft bzw. gesellschaftlichen Gruppen und dem Staat macht. Organischer Staat heißt bei Jung, dass der Staat ähnlich wie ein biologischer Organismus in Organe gegliedert ist, die eine relative Autonomie besitzen. So ist ein organisch aufgebauter Staat auch in selbstständige Bereiche gegliedert; Jung sagt dazu Berufsstände, Krah ethnische Communities.

### 3. EDGAR JULIUS JUNG ALS VERTRETER DER KONSERVATIVEN REVOLUTION

Eine einschlägige Biografie zu Edgar Julius Jung wurde 2015 von Karlheinz Weißmann beim Eigenverlag der Bibliothek des Konservatismus veröffentlicht. Edgar Julius Jung hat von 1894-1934 gelebt, war Jurist und hat als rechter Publizist gewirkt. Jung war stark durch Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck und Othmar Spann beeinflusst und versuchte, ihre Ansätze einer Staatstheorie weiterzuentwickeln (Weißmann 2015, S. 20 ff.). Ab 1932 wurde Jung zum Berater und Redenschreiber von Reichskanzler Franz von Papen (ebd.; S. 43). So ist Jung der Verfasser der Marburger Rede, die Papen am 17. Juni 1934 gehalten hat und die als die letzte öffentliche Rede gilt, in der eine Kritik am NS-Regime von konservativer Seite geäußert worden ist (ebd., S. 55). Als bekannt wurde, dass Jung der Autor dieser Rede war, wurde er verhaftet und am 1. Juli von SS-Wachen erschossen (ebd., S. 57).

Jung ist stark beeinflusst vom sogenannten berufsständigen Denken. Dieser Ansatz war in politischen Diskursen in der Zwischenkriegszeit einflussreich (Nolte 2003). Prägende Vertreter sind vor allem Othmar Spann und seine Schüler,

vertritt Krah immer noch einen radikalen Kurs. Dass auch diese Position als politisch und moralisch problematisch kritisiert wird, ignoriert Krah. Den einzigen Vorwurf, den er ernst nimmt, ist der nach der Ungleichbehandlung deutsche Staatsbürger (ethnische Scheidung). Krah argumentiert als Jurist, indem er auf den Gründungsmythos des mo-

wie Walter Heinrich und Wilhelm Andreea, aber auch weitere Publizisten, wie Heinz Brauweiler und Heinrich Herrfahrdt (Elfert 2018). Diese Autoren vereint die These, dass die liberale und kapitalistische Gesellschaft die alte Ständesellschaft nicht restlos vernichtet habe, sondern dass Ansätze in der Organisation der Handwerkskammern oder der Genossenschaftsbewegung noch vorhanden sind. Diese Berufsstände müssten wieder für eine sittliche Einhegung der Wirtschaft und einer Gesundung der Gesellschaft gestärkt werden. Das berufsständische Denken hatte anfangs auch großen Einfluss auf die Ideologie des Nationalsozialismus. Nach 1936 wurden diese Ideen jedoch als unvereinbar mit dem Projekt der Gleichschaltung empfunden, schließlich verboten und Anhänger von Spann wurden verfolgt (Nolte 2003, S. 252f.).

### 3.1 DER ORGANISCHE STAAT

Das Hauptwerk von Edgar Julius Jung trägt den Titel „Die Herrschaft der Minderwertigen“, erstmals 1927 und in einer erweiterten Auflage 1930 erschienen. Der Titel kommt daher, dass er mit Minderwertigen parlamentarische Berufspolitiker meint, die nur an ihre eigene Karriere oder bloß ans Interesse der eigenen Partei denken und nicht darüber hinaus ans Gemeinwohl. Parlamentarische Demokratie heißt bei Jung nicht Auswahl der Besten, sondern Hervorbringung einer Elite, die sich durch List, Betrug und Berechnung an der Macht hält (Jung 1991, S. 279). Jung lehnt, in häufigen Bezug auf die Schriften von Carl Schmitt (332ff.), den Parlamentarismus ab, da dieser – auch wegen dem bloß quantitativen Mehrheitsprinzip – eine mechanische Form der Politik darstelle und darüber hinaus – durch das Parteiengenzäck – die Spaltung und Zersetzung der gesellschaftlichen Ordnung vorantreibe.

Dem hält Jung die Idee des organischen Staates entgegen. Er richtet sich aber nicht nur gegen ein von ihm verachteten politischen System, sondern gegen die Weltanschauung des Liberalismus, Individualismus, Materialismus und Rationalismus, die es zu überwinden gilt. Er fordert eine geistige Umkehr und die Wiedergeburt der deutschen Seele. Mit seinem Buch will er den Weg weisen von der zerfallenen Gesellschaft zur lebendigen Gemeinschaft, wie eine Kapitelüberschrift lautet. Das organische Weltbild erläutert er so: „Lebenswirksam ist das beseelte Gefühl und nicht der verstanderrechnete Nutzen. Nicht der Interessenverband, sondern die seelenhaft gebundene Gemeinschaft steht im Mittelpunkt des organischen Weltbildes. Die Gesellschaft ist nicht eine beliebige Summe von Einzelwesen, sondern die gegliederte Mannigfaltigkeit natürlicher Verbände, denen das Gesellschaftsleben ihre Aufgaben und Zwecke zuweist.“ (138)

Zwischen einzelnen Bürgern und Staat steht eine Zwischenebene, die der Verbände und Vereine, Kammern, Innungen, kirchlichen Organisation, die den Einzelnen binden. Maximilian Krah fordert im Interview mit Kubitschek, „zwischen Staat und dem Einzelnen wieder Identitätsebenen“ stärker zu betonen. Die Gesellschaft ist nach Jung organisch in, nach Beruf und Funktion differenzierte, Stände gegliedert und der Staat stellt darin den Höchststand dar. Mit Bezug auf Walter Heinrich, einem Schüler von Othmar Spann, schreibt



Jung: „Es gäbe daher im organischen Staate eine Unzahl von Teil-,Staaten‘. Der Staat baue sich aus lauter autonomen, d.h. in sich selbst geschlossenen mit eigenem Leben und gewissen Hoheitsrechten ausgerüsteten Lebensbereichen auf.“ (292). Nach Jung besitzen die gesellschaftlichen Stände eine gewisse Autonomie, in die der Staat nicht intervenieren sollte. Ohne diese ständisch-gesellschaftliche Basis ist der Staat ein toter Mechanismus. Der Staat erwuchs organisch aus der ständisch gegliederten Gesellschaft und folgt als Höchststand der Aufgabe, die Ordnung und Einheit des organischen Aufbaus der Gesellschaft zu gewähren. Der Staat ist dementsprechend neutral. „Denn der Staat ist höchste Gesamtordnung, selber ohne Inhalt, über den inhalterfüllten gesellschaftlichen Gruppen thronend. Er gewährleistet die Rechte aller Gruppen und Verbände, so als oberster Richter die Gesellschaft befriedend.“ (138)

Der Staat soll sich auf seine eigenen Aufgaben beschränken, diese aber mit Autorität, ohne parlamentarische Wahlen und öffentlicher Diskussion, ausführen. Hauptaufgabe des Staates ist die Außenpolitik, in der er seinen Lebensraum erkämpfen und bewahren muss. Innenpolitisch soll er sämtliche Lebenskräfte entwickeln und für ihren Ausgleich Sorge tragen, kein Teil darf einen anderen überwuchern oder gefährden. „Alles übrige ist Aufgabe der sich selbst verwaltenden Gesellschaft.“ (294).

### 3.2 DAS VOLK ALS ORGANISMUS

Die Gesellschaft, die organisch gegliedert ist, soll sich also selbstverwalten. Der Staat garantiert die sittliche Ordnung des Ganzen. Zu den sich selbst verwaltenden Körperschaften rechnet Jung auch ethnische Gruppen. Eine ethnische Gruppe bzw. ein Volk stellt für Jung kein Konstrukt dar, sondern eine reale Einheit. „Nach unserer Auffassung ist Volk eine eigene Individuation, ein selbstständiges, geisterfülltes Wesen, das sich im Einzelmenschen immer nur teilhaft widerspiegelt. Volk ist ein Organismus, dessen Ganzheit der Einzelne nur erfahren, niemals aber erkennen kann, weil es selbst nur Teil davon ist.“ (132). Für Jung ist aber kein Volk besser oder schlechter als ein anderes. Jung vertritt eine Position, die in heutigen rechten Diskursen als Ethnopluralismus bezeichnet wird (Lichtmesz 2020). „Wer sich frei und freudig zu dem Volke bekennt, dem er entsprossen ist, der wird es natürlich finden, daß auch der andere sich seines Volkstums freut. – Also wird aus Achtung und Pflege des Volkstums niemals Völkerhaß geboren, sondern ein freies, offenes Nebeneinander, auch wohl Herüber- und Hinüberleben der Völker.“ (Jung, S. 118). Auch Maximilian Krah vertritt eine ethno-pluralistische Position (Krah 2023, S. 53f.). Einem biologischen Rassismus steht Jung kritisch gegenüber. „Der Mensch ist kein Haustier, das gezüchtet werden kann, am wenigsten der seelenhafte Mensch“. (Jung, S. 121) Auch betont Jung die Gleichheit aller Staatsbürger: „[D]ie Rechte der einzelnen Staatsbürger lassen sich nicht abstufen nach rassemäßigen Gesichtspunkten.“ (121) Dies hält Jung jedoch nicht davon ab, sich gelegentlich antisemitisch zu äußern, z.B. wenn er schreibt: „Die Juden sind individualistisch und damit das geborene Volk des Kollektivismus.“ (122)

Aufgrund dieses Verständnisses des Volkes neben dem Staat [ein Kapitel lautet „organische Gesellschaft (Gemeinschaft) und Staat“] plädiert er für einen Föderalismus, der die Vielfalt regionaler Kulturen in Deutschland, die er deutsche Stämme nennt (356), respektiert und einem nationalen Zentralismus Grenzen setzt. Auch erörtert Jung die Rolle nicht-deutscher ethnischer Gruppen (552). Die Frage nach der Integration ausländischer Saisonarbeiter oder die Ruhrpolen behandelt er nur auf wenigen Seiten. Viel zentraler ist bei Jung das Problem des Schrumpfens der deutschen Bevölkerung (532ff.), das auch für Krah ein wichtiges Thema ist (Krah 2023, S. 172ff.). Jung geht von der These aus, dass ein Staat, dessen Bevölkerung schrumpft, einem Druck einem anderen Land gegenüber ausgeliefert ist, das ein Bevölkerungswachstum ausweist. So erginge es Frankreich, in dem viele Italiener hin einwanderten. Frankreich würde vor einem Dilemma stehen, das auch Deutschland drohen könnte: „Verzichtet das französische Volk auf Einschmelzung, so wird sich die Zahl der Fremdvölkischen unheimlich vermehren, verzichtet es jedoch auf Einwanderung, so werden seine Felder brach liegen.“ (Jung, S. 563) Einschmelzung meint hier die Einbürgerung der Italiener zu Vollfranzosen. Jung verwendet interessanterweise an gleicher Stelle auch die Wörter „Masseneinwanderung“ und „Umwölkung“ (ebd.).

Alles im allem betont er die Möglichkeit der Selbstverwaltung dieser gesellschaftlichen Gruppen. Jung hätte es lieber, wenn der Geburtenrückgang des deutschen Volkes aufgehalten werden würde. Auch wäre eine Verschmelzung von Einwanderern mit der einheimischen Bevölkerung keine Option, da dies die völkische Zusammensetzung von Grund aus ändern würde (ebd.). Nicht-deutsche ethnische Gruppen, die sich in bestimmten Stadtvierteln selbstverwalten, wäre auch für Jung eine tragbare Option.

### 3.3 JUNG UND DER FASCHISMUS

Edgar Julius Jung lehnt die parlamentarische Demokratie ab, da er befürchtet, dass die staatliche Ordnung durch den Konflikt zwischen Parteien, die nur ihr eigenes Interesse verfolgen, aufgelöst wird. In einer organischen Gesellschaft ist der Einzelne in Stände und Verbände integriert und eingebunden in eine ganzheitliche Ordnung. In einer individualisierten Gesellschaft bilden die Vereinzelten bloß eine homogene Masse. Daher schlägt der Individualismus in den Kollektivismus um. Nach Jung herrsche in der Demokratie die quantitative Mehrheit und würde somit eine Gewaltherrschaft über die Minderheiten darstellen. Dass die Mehrheit das Ergebnis von deliberativen Meinungs- und Willensbildungsprozesse ist, sieht Jung nicht.

Daher fühlt er sich genötigt, zwischen zwei Option wählen zu müssen. „Die Gewaltherrschaft eines Einzelnen ist, wenn eine geniale Persönlichkeit sie ausübt, der Gewaltherrschaft der Mehrheit vorzuziehen [...].“ (277). Die Gewaltherrschaft kann transformiert werden, wenn sie ein organisches, also legitimatorisches, Fundament erhält. „Denn beide leben so lange von der reinen Gewalt, als es ihnen nicht gelingt, entweder die Mehrheitsherrschaft als Ausfluss einer organischen Ganzheit zu rechtfertigen, oder den diktatorischen Staatswillen organisch zu unterbauen. Versuche in letzterer



**PROKLA**

**ZEITSCHRIFT  
FÜR KRITISCHE  
SOZIALWISSENSCHAFT**

BERTZ + FISCHER

**Schwerpunktthemen**

- Nr. 215: Demokratische Planwirtschaft in Zeiten von Digitalisierung und Klimakrise (2/2024)
- Nr. 216: Widersprüche »grüner« industrieller Transformation (3/2024)
- Nr. 217: Mythos der Maschine? Künstliche Intelligenz und Gesellschaftskritik (4/2024)
- Nr. 218: Surplus Societies – Überflüssige im Gegenwarts-kapitalismus? (1/2025)
- Nr. 219: Sozial-ökologische Bewe-gungen im Spannungsfeld von Staat und Demokratie (2/2025)
- Nr. 220: Arbeit. Raum. Kämpfe. (3/2025)
- Nr. 221: Politische Ökonomie des Fußballs (4/2025)

Jetzt auch im  
**Digital- und  
Sozial-Abo\***  
ab 29,- Euro im Jahr  
\* und im Förder-Abo!

Einzelheft: € 15,-

**Probeheft anfordern!**  
Bertz + Fischer Verlag  
prokla@bertz-fischer.de  
www.bertz-fischer.de/prokla

Richtung macht der italienische Faschismus, weshalb ein abschließendes Urteil über ihn noch nicht möglich ist.“ (273) In der Zeit, als Jungs Buch veröffentlicht wurde, wurde in Italien durch Mussolini versucht, dem faschistischen Staat eine korporative Verfassung zu geben. Diesen Weg begrüßt Jung. Doch dieser ist noch nicht abgeschlossen. Daher hält Jung zugleich eine kritische Distanz zum Faschismus. „In Italien können die Versuche beruflicher Zusammenfassung noch nicht als abgeschlossen gelten. [...] Nur so viel sei bemerkt, daß dort die Selbstverwaltung äußerst schwach entwickelt ist. Es herrscht ein vollkommener Staatszentralismus.“ (296)

Man könnte es vielleicht so zusammenfassen, dass Jung die parlamentarische Demokratie verabscheut und eine Diktatur für weniger schlecht hält. Jedoch hält er einen zentralistischen Machtstaat auch für problematisch, weshalb dieser durch dessen Fundierung in einer organisch gegliederten, sich selbst verwaltenden Gesellschaft, eingehetzt werden muss.

#### 4. JUNG UND DER BINNEN-ETHNOPLURALISMUS BEI KRAH

Wir haben gesehen, wogegen sich Jung in seiner politischen Anschauung richtet und wie er sich einen organischen Staat vorstellt. Auch wurde gezeigt, dass Jung die organisch gegliederte Gesellschaft nicht nur nach Berufsständen unterteilt, sondern auch nach ethnischen Gruppen, wie den deutschen Stämmen, aber auch Eingewanderte. Diese gesellschaftlichen Gliederungen sollen nach Jung das Recht auf Autonomie und Selbstverwaltung erhalten.

Maximilian Krah bezieht sich im Interview mit Götz Kubitschek zweimal explizit auf Jung, um seine Position gegenüber Kubitschek zu plausibilisieren und zu rechtfertigen. Krah hat sich nicht nur beiläufig auf Jung bezogen, sondern wollte Kubitschek aufzeigen, dass seine Position nicht abwegig ist, sondern sich in die Tradition der Konservativen Revolution einfügen kann. Krahs Bezug auf Jung geht über eine bloß rhetorische Strategie hinaus, da – wie durch die Rekonstruktion von Jungs Idee des organischen Staates gezeigt werden konnte – Krahs Idee eines multi-ethnischen Staates bzw. Binnenethnopluralismus mit dem Bezug auf Jung begründet werden konnte.

Jungs Idee eines organischen Staates ist deshalb organisch, weil er in bestimmte Bereiche und gesellschaftliche Gruppen gegliedert ist, die auch unterschiedliche Aufgaben für das Ganze übernehmen können. Jung und auch Krah kritisieren den modernen, liberalen Staat, da hier nur das einzelne Individuum relevant ist und – wie Krah es formuliert – die Rechtsunmittelbarkeit des Staatsbürgers zur Nation als Prinzip gilt. Die Gesellschaft ist hier atomisiert und die vereinzelten Individuen fügen sich bloß zu einer Masse zusammen, ähnlich wie Moleküle in der statistischen Mechanik.

Dem halten konservative und rechte Denker seit jeher entgegen, dass der isoliert einzelne Handelnde eine Fiktion des Liberalismus ist und stattdessen der Mensch stets in höhere Zusammenhänge eingebunden ist, in Familie, Vereinen, Kirche, Verbände und Berufsorganisationen. Das heißt schon organischer Staat bei Jung und den anderen berufsständischen Denker.

Neu bei Krah ist tatsächlich, dass er diese Idee des organischen Staates auf ethnische Gruppen ausweitet. Wie wir gesehen haben, ist das bereits bei Jung angelegt, spielt aber in seiner Gesamtkonzeption nicht so eine zentrale Rolle. Diesen Kerngedanken bei Jung weitet nun Krah aus und entwickelt die Idee eines multi-ethnischen Staates, in welchem die Einzelnen in ihre ethnischen Communities eingebunden sind. Der Rechtsstaat verhält sich neutral diesen Communities gegenüber, er ist somit ethnisch blind. Somit könne es nach Krah unterhalb der Staatsbürgerschaft verschiedene ethnische Gruppen geben, die sich nicht vermischen (sollten). Das ethnische Volk ist demnach gegliedert bzw. divers. Doch



alle gehören zum Staatsvolk, zu einer Rechtsgemeinschaft und sind hier rechtlich gleich.

Mit dieser Unterscheidung zwischen Staatsvolk und ethnischen Volk, das Krah in Bezug auf die Idee des organischen Staates von Jung begründet, versucht Krah seine Position mit den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit in Einklang zu bringen. Doch ob das wirklich gelingen kann, ist fraglich. Denn Jung war zwar ein konservativer Kritiker des NS-Regimes und musste dafür mit seinem Leben bezahlen, doch zugleich war er ein scharfer Kritiker der parlamentarischen Demokratie und konnte dem italienischen Faschismus gewisse Vorzüge abgewinnen. Mit seiner Referenz auf Jung kauft sich Krah auch diese Ambivalenz mit ein.

## 5. FAZIT

Die Debatte, die aktuell in der Neuen Rechten zwischen Krah und Sellner ausgetragen wird, berührt Grundsätzliches. Es geht nicht nur darum, wie das Programm der Remigration politisch und rechtlich verstanden wird, sondern es geht auch darum, was unter Volk, Staat und der Beziehung zwischen beiden zu verstehen ist. Es geht um die Frage nach der kulturellen Homogenität des Staatsvolkes, in der sich die Rechte uneinig ist. Diese grundsätzlichen Fragen können nicht aus politisch-strategischen Überlegungen heraus beantwortet werden, sondern es bedarf den Bezug auf rechte Theorettraditionen. Durch die Rekonstruktion des Bezugs von Maximilian Krah auf Edgar Julius Jung konnten Krahs grundsätzliche Überlegungen in dieser Debatte klarer herausgearbeitet werden.

Dadurch konnte aber auch gezeigt werden, dass Krah in seiner Abgrenzung von Sellner nun keine gemäßigtere Position vertritt. Krah sagt ja selbst, dass er härtere Forderungen beim Thema Migration vertritt als die Beschlusslage der AfD. Es konnte gezeigt werden, dass zwar E.J. Jung ein Kritiker des Nationalsozialismus und dadurch auch ein Opfer des NS-Regimes ist. Es gehört zur Ambivalenz seiner Person aber auch dazu, dass er der parlamentarischen Demokratie ablehnend gegenüberstand und gewisse Sympathien Musso-

lini und dem Faschismus gegenüber hegte. Krahs Position ist daher genauso ambivalent wie die von Jung.

**Martin Hauff** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Im Campus-Verlag erschien von ihm in diesem Jahr „Komplexität und Steuerung. Eine Ideengeschichte über den Wandel von Gesellschaftsbegriffen“.

## LITERATUR

- Elfert, Jan Christoph 2018: Konzeptionen eines „dritten Reiches“. Staat und Wirtschaft im jungkonservativen Denken 1918-1933, Berlin.
- Jung, Edgar J. 1991: Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich, 3. Aufl., Struckum.
- Krah, Maximilian 2023: Politik von rechts. Ein Manifest, Schnellroda.
- Krah, Maximilian 2025: Das Volk im multi-ethnischen Staat, in: Sezession im Netz, 18.06.2025. <https://sezession.de/70274/das-volk-im-multi-ethnischen-staat?hilite=krah> (Abruf: 18.08.2025).
- Krah, Maximilian / Kubitschek, Götz 2025: Interview vom 09.06.2025. <https://www.youtube.com/watch?v=ITDonVUKlsQ&t=1703s> (Abruf: 24.08.2025).
- Lichtmesz, Martin 2020: Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung, Schnellroda.
- Nolte, Paul 2003: Ständische Ordnung im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit. Zur Ideengeschichte einer sozialen Utopie, in: Hardtwig, Wolfgang (Hg.): Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München, S. 233-255.
- Sellner, Martin 2024: Remigration. Ein Versuch, Schnellroda.
- Sellner, Martin 2025: Debatte mit Krah (2): dreifacher Konsensbruch, in: Sezession im Netz, 27.06.2025. <https://sezession.de/70285/debatte-mit-krah-2-dreifacher-konsensbruch?hilite=krah> (Abruf: 18.08.25).
- Weißmann, Karlheinz 2015: Edgar J. Jung. Zur politischen Biographie eines konservativen Revolutionärs, Berlin.

# Das „Merz’sche Stadtbild“ – wer darf dazugehören?

Von Memo Şahin (22.10.2025)

Als Bundeskanzler Friedrich Merz am 14. Oktober 2025 in Brandenburg auftrat, wollte er eigentlich über Erfolge sprechen. Die Zahl der Asylanträge sei um 60 Prozent gesunken, sagte er stolz. Doch dann folgte ein Satz, der mehr über ihn verriet als jede Statistik:

„Aber wir haben natürlich im Stadtbild immer noch dieses Problem.“

Ein Satz, zehn Wörter – und eine ganze Welt dahinter. Denn was meint Merz, wenn er von einem „Problem im Stadtbild“ spricht? Wer ist dieses Problem? Menschen, die anders aus-



sehen? Die anders heißen, anders sprechen, andere Wurzeln haben?

Ein Satz, der nach mehr klingt als nach Statistik. Er verrät ein Denken, in dem Migration nicht als soziale Realität verstanden wird, sondern als optische Störung – ein „Problem“, das man offenbar sehen kann – und also auch beseitigen.

## WENN SICHTBARKEIT ZUM STÖRFAKTOR WIRD

Nicolas Richter kommentierte am 17. Oktober in der *Süddeutschen Zeitung*: „Selbst bei gutem Willen lässt sich seine Aussage nicht anders verstehen, als dass Menschen, die anders aussehen, ein Problem darstellen. Rassistisch klingt das zweifellos, auch wenn Merz diesen Vorwurf zurückweisen ließ.“

Die Logik hinter seiner Aussage ist altbekannt: Migration darf stattfinden, solange sie unsichtbar bleibt. Der „Ausländer“, die „Zugewanderte“ soll arbeiten, Steuern zahlen, funktionieren – aber nicht sichtbar Teil des öffentlichen Lebens werden. Nicht das Stadtbild prägen, nicht im Park sitzen, nicht in Gruppen an der Bushaltestelle stehen, nicht *da sein*.

Das „Problem im Stadtbild“ ist also kein sicherheitspolitisches, sondern ein ästhetisches: Manche finden die Realität einer vielfältigen Gesellschaft einfach zu bunt, zu laut, zu anders.

## WER IST DAS STADTBILD?

Deutschland hat rund 83 Millionen Einwohner:innen. Etwa 25 Millionen davon haben eine Migrationsgeschichte – rund 30 Prozent der Bevölkerung. Fast jede dritte Person im Land ist ein sogenannter *Neudeutscher*, ein Zugewanderter, ein Kind oder Enkel von Einwander:innen.

In Köln – einer Stadt mit 1,1 Millionen Menschen – haben etwa 500 000 einen Migrationshintergrund. Sie arbeiten in Krankenhäusern, fahren Straßenbahnen, betreuen Kinder, pflegen Alte, betreiben Cafés, lehren an Schulen, putzen Klos. **Sie sind das Stadtbild.**

Wenn Merz also davon spricht, dass man das „Problem“ im Stadtbild angehen müsse, dann spricht er – ob bewusst oder nicht – von einer Säuberung des Sichtbaren. Von der symbolischen Verdrängung derer, die das heutige Deutschland längst mitgestalten.

## MERZ’SCHE ENTGLEISUNGEN

Merz’ Formulierung ist kein Ausrutscher. Sie reiht sich ein in eine Serie ähnlicher Entgleisungen: die „kleinen Paschas“, der „Sozialtourismus“ aus der Ukraine, der Vorwurf, Geflüchtete nähmen Deutschen die Arztermine weg.

Was all diese Aussagen verbindet, ist eine Rhetorik, die Migration nicht als menschliche, sondern als ästhetische Frage behandelt: Wie „deutsch“ sieht eine Stadt noch aus, wenn Vielfalt sichtbar wird?

Das „Stadtbild“ wird so zur Projektionsfläche. Es geht nicht um Integration oder soziale Teilhabe, sondern um Sichtbarkeit – um Hautfarbe, Kleidung, Sprache, Akzent.

Der Begriff „Stadtbild“ ist kein Zufall. Er stammt aus der Sprache von Architektur, Ordnung und Kontrolle. Er suggeriert: Das Sichtbare sei gestaltbar, korrigierbar, reparabel. Doch eine Stadt ist kein Schaufenster. Sie ist ein Raum der Widersprüche, der Vielfalt, der unübersichtlichen Gegenwart.

Wer das Stadtbild „bereinigen“ will, will in Wahrheit nicht Städte verändern, sondern Wahrnehmung. Er will ein anderes Bild vom Land erzeugen: ein „deutsches“. Doch dieses Bild existiert längst nur noch in der politischen Imagination. Auf den Straßen von Köln, Frankfurt, Berlin oder Hamburg sieht Deutschland heute anders aus – lebendiger, bunter und vielstimmiger. Genau das ist seine Realität.

Wer über das „Stadtbild“ spricht, spricht auch über Macht. Über die Deutungshoheit, darüber, wessen Präsenz legitim ist – und wessen nicht. Der Satz vom „Problem im Stadtbild“ erinnert an eine Politik, die glaubt, Gesellschaft ließe sich nach optischen Kriterien ordnen: sauber, ruhig, deutsch.

Doch eine Stadt ist kein Museum. Sie lebt von Bewegung, Lautstärke, Widersprüchen – von all jenen, die kommen, bleiben, sich verändern. Wer das Stadtbild „bereinigen“ will, will in Wahrheit die Gegenwart zurückdrehen.

## EIN PERSÖNLICHES NACHDENKEN

Ich bin 66 Jahre alt und lebe seit 50 Jahren in Deutschland. Seit mehr als drei Jahrzehnten habe ich nur den deutschen Pass. Und doch weiß ich, dass ich mit meinem Namen, meinem Gesicht, meiner Herkunft und Geschichte Teil jenes „Stadtbildes“ bin, das Merz problematisch findet.

Was geschieht mit uns, den „anderen Menschen“, wenn das Stadtbild bereinigt wird? Wer sortiert uns aus – und nach welchen Maßstäben?

Und was sagt es über dieses Land, wenn Zugehörigkeit nicht durch das, was man tut, sondern durch das, wie man aussieht, bestimmt wird?

## DAS LAND, DAS WIR SIND

Das „Merz’sche Stadtbild“ ist kein Versprecher. Es ist ein Symptom – für ein Denken, das Zugehörigkeit nach Äußerlichkeiten sortiert. Doch die Realität der Städte spricht eine andere Sprache: Sie sind längst vielfältig, hybrid, widersprüchlich – und genau darin liegt ihre Stärke.

Deutschland wird nicht durch „Bereinigung“ klarer. Es wird nur ärmer. Und was Merz nicht versteht: Wer die Rhetorik der AfD übernimmt, bekämpft sie nicht – er bestätigt sie.

**Memo Şahin, Menschenrechtler und Friedensaktivist**



# „Jung, männlich, migrantisch“ – ein sicherheitspolitisches Feindbild

ZUM MEDIOPOLITISCHEN DISKURS ÜBER JUGENDGEWALT IN BERLINER FREIBÄDERN IM SOMMER 2023

Von Jonas Splanemann

Debatten um Delinquenz sind immer auch Ausprägungen gesellschaftspolitischer – hier konkret sicherheits- und ordnungspolitischer, aber auch migrationspolitischer – Debatten. Insbesondere politische und mediale Beiträge fokussieren dabei auf die (sozial-)räumliche Dimension, etwa auf den öffentlichen Raum bzw. (halb-)öffentliche Orte wie Freibäder.

Nach den „Silvester-Krawallen“ 2022/23 berief die damalige Regierende Bürgermeisterin Berlins, Franziska Giffey (SPD), einen Gipfel zu Jugendgewalt ein (vgl. Presse- und Informationsamt des Landes Berlin 2023). Als Mitte Juni 2023 ein Brandbrief des Personals des Sommerbads Neukölln (umgangssprachlich: Columbiabad) über „untragbare Zustände“ veröffentlicht wurde und das Bad kurze Zeit später nach (erneuten) Gewaltvorfällen geschlossen wird, weitet sich die Debatte über die „ausufernde Gewalt“ – insbesondere in Berliner Freibädern – bundesweit aus.

Vor diesen Hintergründen fasst der vorliegende Artikel die Ergebnisse einer Kritischen Diskursanalyse des mediopolitischen Diskurses über Jugendgewalt in Berliner Freibädern im Sommer 2023 zusammen. Gegenstand der Untersuchung waren 19 Zeitungsartikel aus den Tageszeitungen *taz* und die *Welt*, deren Aussagen erschlossen wurden, um das Sagbarkeitsfeld zu rekonstruieren. Die Untersuchung rückt die Ethnisierung von Gewalt und die Konstruktion „jung, männlich, migrantisch“ als zentrales Täterprofil – und damit als Feindbild – in den Mittelpunkt.

## SAGBARKEITSFELD

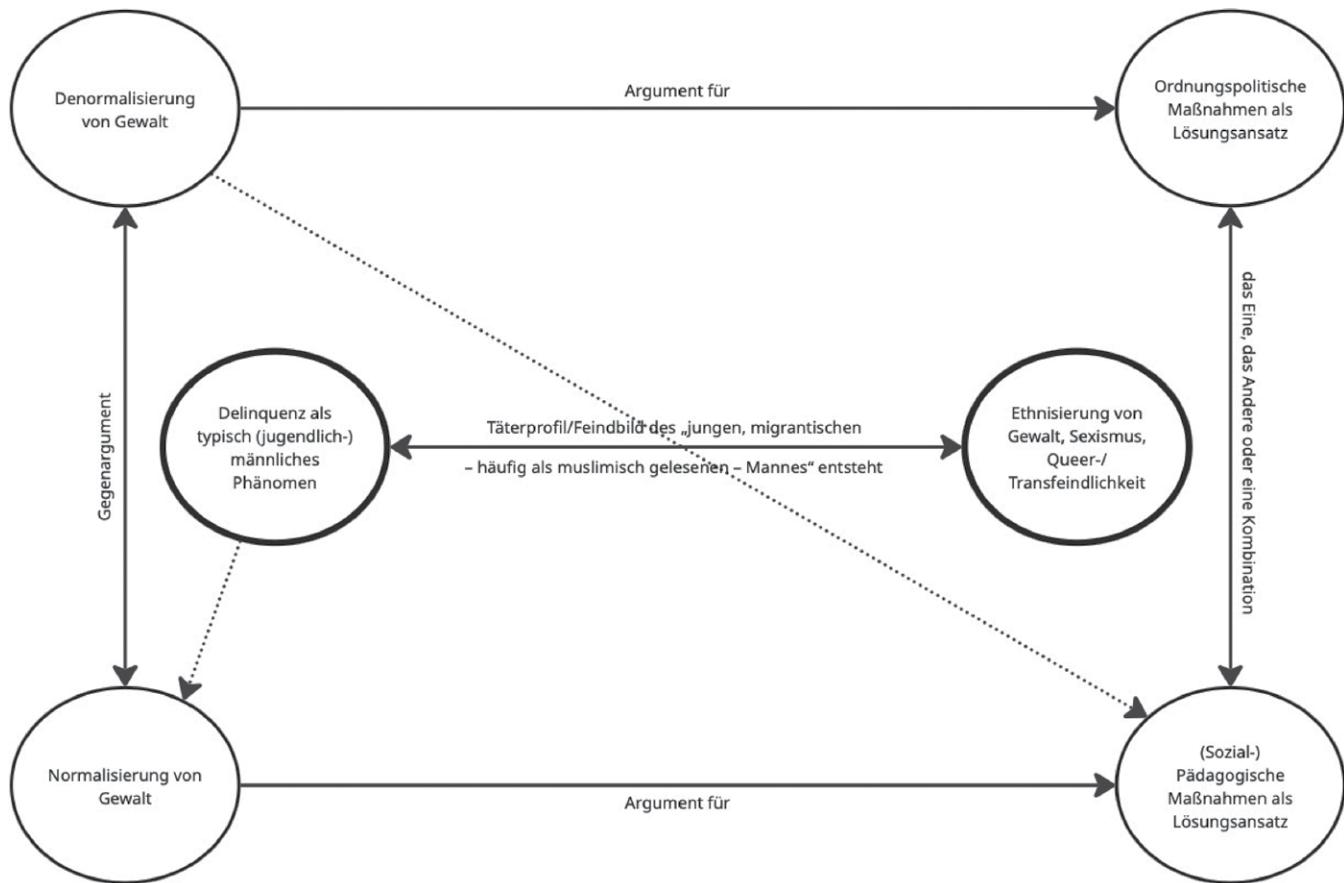
Die Strukturanalyse ergab insgesamt 16 Aussagen, die jeweils anhand von Äußerungen aus den untersuchten Zeitungsartikeln erschlossen wurden. Im Folgenden werden sechs zentrale Aussagen sowie wichtige Verkettungen dargestellt, die das Sagbarkeitsfeld wesentlich strukturieren und zur Konstruktion des Täterprofils bzw. Feindbildes „jung, männlich, migrantisch“ beitragen.

Sowohl die *Welt* als auch die *taz* verhandeln Delinquenz durchgehend als typisch männliches und häufig auch als typisch jugendliches Phänomen. Die Gewaltbereitschaft unter jungen Männern sei besonders hoch. Mit Verweis auf Studien und kriminologische Expertisen wird die Aussage *Delinquenz als typisch (jugendlich-)männliches Phänomen* unterstrichen – beispielsweise äußert der Kriminologe Dirk Baier, es seien „vor allem junge Männer, die über die Stränge schlagen und gewalttätig werden“ (Pieper und Culina 2023).

Die Gewalt, die von männlichen Jugendlichen und jungen Männern ausgehe, sei nicht nur auf das Alter oder das Geschlecht zurückzuführen. Zentrale Faktoren seien auch die Herkunft sowie Religion oder Kultur der jungen Männer. Diese Deutung führt zur *Ethnisierung von Gewalt, Sexismus, Queer- und Transfeindlichkeit*. So stammten die gewaltausübenden Jugendlichen meist „aus arabischen Familien“ (Plarre und Roscher 2023) und besonders „türkische, arabische und nordafrikanische Jugendliche“ (Schröder 2023) würden häufig durch Gewalttaten auffallen. Gewalt, Sexismus sowie Queer- und Transfeindlichkeit werden auf diese Weise externalisiert und ins symbolische „migrantische Außen“ (Jäger et al. 2019: 1) verlagert, wobei „migrantisch“ häufig implizit mit „muslimisch“ gleichgesetzt bzw. durch die religiöse Attribuierung ergänzt wird. Wie etabliert diese In-eins-Setzung ist, vermitteln die aktuellen „Stadtbild“-Aussagen des Bundeskanzlers: Wenn er am 20.10.2025 einen Journalisten dazu auffordert, er solle seine Töchter fragen, muss er nicht mehr sagen, welche Frage ihnen gestellt werden soll. Er kann voraussetzen, dass er ohne Nennung verstanden wird.

Durch die Verbindung der Aussagen *Delinquenz als typisch (jugendlich-)männliches Phänomen* und *Ethnisierung von Gewalt, Sexismus, Queer- und Transfeindlichkeit* wird so das seit Jahrzehnten existierende Feindbild des „jungen, migrantischen Mannes“ reproduziert. Besonders Autor\*innen der *Welt*, aber auch der *taz* tragen mit Formulierungen wie „vorwiegend männlicher Jugendlicher mit Migrationshintergrund“ (Dribbusch 2023) und „überwiegend männliche Jugendliche und junge Männer mit muslimischem Hintergrund“ (Schröder 2023) dazu bei, diese Zuschreibung aufrechtzuerhalten. Auch wenn die *taz* immer wieder – zum Teil vergeblich – versucht, die Ethnisierung infrage zu stellen, reproduziert sie sie doch stets, wie auch das diskursive Wissen über einen behaupteten strukturellen und kausalen Zusammenhang zwischen Ausmaßen von Gewalt und Herkunft, Religion oder Kultur.

Weg von der Ursachensuche geht es schnell um zwei Lösungsansätze: Entweder (sozial-)pädagogische oder ordnungspolitische Maßnahmen – teils auch eine Kombination – sollen die als hoch bewertete Zahl von Gewalttaten in Freibädern reduzieren. Besonders die *Welt* stellt *ordnungspolitische Maßnahmen als Lösungsansatz* in den Mittelpunkt, wobei die *taz* diesen Maßnahmen selten klar ablehnend gegenübersteht. Kontrolle, autoritäre, repressive und kriminalisierende Maßnahmen werden als zentral für eine Lösung angesehen. Neben ständiger Polizeipräsenz, Online-Tickets und dem namentlichen Einlass (vgl. Plarre und Roscher 2023) wird dann auch über schnelle Verfahren gegen Ran-



dalierer, mehr Security-Personal, Hausverbote (vgl. Kröning und Haubrich 2023) oder über Videoüberwachung und die Nachbesserung von Zäunen (vgl. Plarre 2023; Pieper und Culina 2023) debattiert.

Besonders die *taz* fokussiert auf Lösungsansätze durch (sozial-)pädagogische Maßnahmen – *die Welt* spricht von weichen Ansätzen nur in Kombination mit ordnungspolitischen Maßnahmen – oder um ihre mangelnde Eignung zu kritisieren. Wenn von *(Sozial-)pädagogischen Maßnahmen als Lösungsansatz* die Rede ist, gehe es neben Maßnahmen wie Workshops zur Krisenintervention, psychosozialer Betreuung für Mitarbeitende, der Überprüfung bisheriger Maßnahmen zur Gewaltprävention sowie einer Aufstockung von krisenbefriedenden Projekten (vgl. Plarre und Roscher 2023) auch um Forderungen nach mehr Personal, mehr Sozialarbeit und mehr kostenlosen Freizeitangeboten für Jugendliche (vgl. Frigelj 2023).

Mit Forderungen nach (sozial-)pädagogischen und besonders nach ordnungspolitischen Maßnahmen geht häufig eine Art Skandalisierung und *Denormalisierung von Gewalt* einher: Die Gesellschaft sei mit einem neuen und unerträglichen Ausmaß an Gewalt konfrontiert, sei es in Freibädern, an Silvester oder sonst wo (vgl. Zollner und Plarre 2023; Plarre und Roscher 2023). Besonders in Freibädern würde immer häufiger von Gewaltausbrüchen berichtet (vgl. Pieper und Culina 2023; Roscher 2023) – Gewalt, die auf Badegäste und das Personal abgeladen würde.

Gleichzeitig sei „der permanente alarmistische Reflex [zu beobachten], jeden Vorfall als ‚neue Eskalationsstufe‘ einzzu-

ordnen, der nur durch neue repressive Maßnahmen zu lösen sei“ (Peter 2023). In Reaktion auf die Denormalisierung von Gewalt wird vor allem in der *taz*, aber vereinzelt auch in der *Welt*, Gewalt normalisiert. Ein Blick auf die Zahlen in Berlin zeige, dass die Gewalt in Freibädern sogar abnehme und die meisten Straftaten in Freibädern mit körperlicher Gewalt nichts zu tun hätten – zum Großteil handele es sich um Diebstähle und Hausfriedensbruch (vgl. Joswig 2023) und dies rechtfertige die *Normalisierung von Gewalt*. Auch würden, so der Soziologe Albert Scherr, Diskussionen über Schlägereien bundesweit die Atmosphäre in Freibädern in ein falsches Licht rücken, denn diese sei grundsätzlich „friedlich und familiär“ (vgl. Joswig 2023; Zollner und Plarre 2023; Pieper und Culina 2023).

## KONTEXTUALISIERTE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Analyse des Freibad-Diskurses verweist auf ein gesellschaftliches Bedürfnis nach eindeutiger Schuldzuweisung für komplexe, strukturell verankerte Problemlagen, das sich in Form repressiver ordnungspolitischer Symbolik Ausdruck verschafft. Es fällt auf, dass sowohl *die Welt* als auch die *taz* – trotz unterschiedlicher politischer Positionierungen – das dominierende Feindbild (re-)produzieren, wenn auch mit vereinzelt kritischem Reflexionsanspruch. Die Bedingungen, unter denen Jugenddelinquenz entsteht – u.a. Armut, patriarchale Sozialisation und fehlende Teilhabe – werden häufig unzureichend beleuchtet oder diskursiv individualisiert.

Gewalt wird in der untersuchten medialen Berichterstattung nur unzureichend als komplexes soziales Phänomen verhandelt und zunehmend entlang verkürzter Ursache-Wir-



kungs-Erklärungen ethnisiert und externalisiert. Der Diskurs über Jugendgewalt in Freibädern steht in einer langen Reihe kriminalisierender und stigmatisierender Diskurse – von den „Silvesterkrawallen“ bis zu „Messer-“ und „Clankriminalität“. Die Konstruktion des Feindbilds „junger, migrantischer Mann“ bildet dabei das Zentrum diskursiv verhandelter, hegemonialer Ordnungsvorstellungen, in denen Migration, Männlichkeit und Delinquenz zu einem vermeintlich kohärenten Erklärungsmuster verknüpft werden.

Margarete Jäger konstatierte sowohl im Jahr 1996 als auch 2017 – hier in Zusammenarbeit mit Regina Wamper – als Ergebnis zweier umfangreicher Diskursanalysen, dass medial sehr häufig Diskriminierungs- und Gewaltformen wie Sexismus ethnisiert werden (vgl. M. Jäger 1996; M. Jäger und Wamper 2017; M. Jäger et al. 2019). Dies führt dazu, dass stereotype Täterprofile bestehen blieben. Ähnlich wie im Diskurs über Jugendgewalt in Freibädern würde beispielsweise die Analyse des Fluchtdiskurses in den deutschen Medien 2015 und 2016 und insbesondere die Analyse der Berichterstattung über sexualisierte Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 im Umfeld des Kölner Hauptbahnhofes zeigen, dass vermeintliche oder tatsächliche Täter\*innen zunächst „anhand ihres Aussehens als nordafrikanisch oder arabisch eingordnet werden“ (M. Jäger und Wamper 2017: 150), im Anschluss „auf eine Religionszugehörigkeit zum Islam geschlossen“ (ebd.: 151) – und darauf aufbauend dann Sexismus ethnisiert wird, wenn beispielsweise gefordert werde, man müsse sich „mit gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen in muslimischer Kultur auseinandersetzen“ (ebd.).

Parallelen können hier ebenfalls zu den Untersuchungen von Isolde Aigner gezogen werden. In ihrem Beitrag „Jung, männlich, migrantisch – Explosiv!“ beleuchtet sie u.a. die mediale Auseinandersetzung um Räumungen im Rheinbad in Düsseldorf. Aus diesen Debatten im Jahr 2019 schlussfolgert sie, dass „Personen, die als junge, zumeist männliche Menschen mit Migrationsgeschichte markiert werden, pauschal als (potentielle) und andersartige Gefährder wahrgenommen“ (Aigner 2023: 44) wurden.

## HANDLUNGSIMPLIKATIONEN

Ein herrschaftskritischer Umgang mit delinquentem Verhalten unter Jugendlichen muss die sozialen, ökonomischen und institutionellen Bedingungen berücksichtigen und sich entschieden von ethnisierten Erklärungsmustern distanzieren, die Gewalt primär in „Anderen“ verorten. Die Ergebnisse der Freibad-Diskursanalyse machen deutlich, dass eine rein sicherheits- und ordnungspolitisch motivierte Reaktion auf Jugendgewalt in (halb-)öffentlichen Räumen weder ursachengerecht noch hilfreich ist: Wenn gesellschaftliche Problemlagen diskursiv primär über die Zuschreibung ethnisierter Gefährdungslagen bearbeitet werden, reproduzieren sich bestehende Macht- und Ausgrenzungsverhältnisse. Statt stereotype Täterprofile aufrechtzuerhalten, sollte der Fokus darauf liegen, strukturelle Gewalt und institutionalisierte Ausschlüsse als Teil des Problems – und nicht der Lösung – zu begreifen. Zeitungen wie die *taz* oder *die Welt*, aber auch politische Akteure tragen eine nicht unerhebliche Verantwortung: Die Komplexität der Sachverhalte muss anerkannt und benannt, unterkomplexe populistische Reduktionen müssen vermieden werden. Verantwortungsvolle Berichterstattung muss sich ihrer diskursiven Wirkkraft bewusst sein, politische Maßnahmen dürfen sich nicht auf Symbolik beschränken, sie müssen darauf zielen, strukturelle Verbesserungen zu fördern – dazu gehören beispielsweise die Stärkung diskriminierungskritischer Bildungsarbeit, aber auch die Sichtbarmachung marginalisierter Perspektiven, ob im öffentlichen Diskurs oder in der Forschung.

**Jonas Splanemann hat den B.A. Soziale Arbeit im Mai 2025 erworben. Seine Bachelorarbeit mit dem Titel „Jugendgewalt in Berliner Freibädern: Ausmaß und Debatten. Eine Diskursanalyse“ liegt diesem Artikel zugrunde. Die vollständige Diskursanalyse sowie die zugehörigen Dossiers sind auf Anfrage beim Autor oder beim DISS erhältlich.**

**Deutsche Rettung?**  
Eine Kritische Diskursanalyse des Fluchtdiskurses um Carola Rackete und Moria



Judith Friede | Louis Kalchschmidt | Fabian Marx | Anna-Maria Mayer | Benno Nothardt | Milan Slat | Christian Sydow

EDITION DISS

Unrast-Verlag, 2022  
Edition DISS Band 47  
310 Seiten, 24 €

Als im Juni 2019 Carola Rackete dem Verbot trotzte, mit dem Seenotrettungsboot »Sea-Watch 3« im Hafen von Lampedusa anzulegen, jubelten die Medien und sprachen das vorher verdrängte Leid von Geflüchteten wieder an. Im September 2020 brannte dann das Geflüchtetenlager Moria und die Abschottungspolitik der EU geriet ins mediale Scheinwerferlicht: Die katastrophalen Zustände seien von Griechenland gewollt, dienten zur Abschreckung und würden von den anderen EU-Staaten insgeheim gebilligt.

Wo bieten diese Debatten Anschlussstellen für humane Positionen? Wo lauern Gefahren? Werden Seenotretter\*innen als deutsche Held\*innen konstruiert und so die deutsche Mitschuld am Sterben im Mittelmeer verdeckt?

Die Kritische Diskursanalyse untersucht Gesagtes und Nicht-Sagbares, diskursive Strategien und Kollektivsymbolik sowie die Konstruktion ungeschminkter Held\*innen. Dabei sind die Analysen verschiedener Zeitungen auch einzeln gut lesbar.



## LITERATUR UND QUELLEN

- Aigner, Isolde (2023): Jung, männlich, migrantisch – Explosiv! Zur diskursiven Vorgesichte der Silvester-debatte 2022/23, DISS-Journal, Nr. 45, Duisburg: DISS, S. 42–46.
- Dribbusch, Barbara (2023): Landnahme bei 30 Grad, taz, 14.07.2023, S. 12.
- Frigelj, Kristian (2023): Freibäder-Gewalt entfacht Debatte über rasche Strafen, Die Welt, 17.07.2023, S. 1.
- Jäger, Margarete (1996): Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs, Duisburg: DISS.
- Jäger, Margarete/Wamper, Regina (2017): Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016, Duisburg: DISS.
- Jäger, Margarete/Kroppenberg, Max/Nothardt, Benno/Wamper, Regina (2019): #120Dezibel: Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream, Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V.
- Joswig, Gareth (2023): Freie Bäder für freie Bürger\*innen, taz, 24.07.2023, S. 22.
- Kröning, Anna/Haubrich, Rainer (2023): Pro und Contra. Sollten Besuche im Freibad mehr reglementiert werden?, Die Welt, 27.07.2023.
- Peter, Erik (2023): „Berliner Gewaltdebatten. Hauptsache, es knallt!“, taz, 07.08.2023, S. 22.
- Pieper, Diana/Culina, Kevin (2023): „Ausdruck dessen, dass sich da etwas verschiebt“, Die Welt, 14.07.2023, S. 2.
- Plarre, Plutonia (2023): Dicke Hose im Prinzenbad, taz, 14.07.2023, S. 21.
- Plarre, Plutonia/Roscher, Kajo (2023): Das Columbiabad erhitzt die Gemüter, taz, 13.07.2023, S. 21.
- Presse- und Informationsamt des Landes Berlin (2023): Franziska Giffey lädt zum Gipfel gegen Jugendgewalt ins Rote Rathaus. Pressemitteilung vom 10.01.2023. Online: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung.1282576.php> [letzter Zugriff: 03.11.2025].
- Roscher, Kajo (2023): Taucherbrille auf dem Trockenen, taz, 12.07.2023, S. 21.
- Schröder, Kristina (2023): Die Machokultur junger Muslime, Die Welt, 18.07.2023, S. 7.
- Zollner, Sabina/Plarre, Plutonia (2023): Krasse Welle, taz, 19.07.2023, S. 4–5.

# Struktur statt Einzelfall

## WIE DIE TAZ ÜBER POLIZEIGEWALT SPRICHT

Von Luisa Störy

### DER MEDIALE DISKURS UM DEN FALL LORENZ A.

Im April 2025 kam es in Oldenburg zu einem Polizeieinsatz, bei dem der 21-jährige Schwarze Lorenz A. durch mehrere Schüsse in den Rücken tödlich verletzt wurde. In der Tageszeitung *taz* entwickelte sich dazu ein deutlich kritischer Diskurs, der den Vorfall weniger als individuelles Versagen denn als Ausdruck struktureller Probleme deutete. Die Wahl der *taz* als Untersuchungsmedium ist bewusst getroffen: Sie positioniert sich regelmäßig kritisch gegenüber staatlichen Institutionen, insbesondere Polizei und Sicherheitsapparat, und gilt damit als ein Medium, das strukturelle Perspektiven in den Vordergrund rückt. Diese Haltung ermöglicht einerseits eine differenzierte, aufklärerische Analyse von Macht und Gewalt – andererseits birgt sie die Gefahr, individuelle Verantwortlichkeit aus dem Blick zu verlieren.

Die folgende Analyse untersucht, wie die *taz* den Fall sprachlich rahmt, welche Deutungsmuster sie etabliert und wie dadurch Machtverhältnisse und Verantwortungszuschreibungen sichtbar werden. Sie basiert auf Artikeln zwischen dem

25. April und dem 30. Mai 2025, die mithilfe der Kritischen Diskursanalyse nach Jäger & Jäger ausgewertet wurden.

### VOM EINZELFALL ZUR STRUKTUR: RASSISMUS ALS GRUNDLAGE POLIZEILICHER DEUTUNGSMUSTER

Im Diskurs der *taz* wird der Zusammenhang zwischen Rassismus und Polizeihandeln zentral gesetzt. Wiederholt wird betont, dass People of Color überdurchschnittlich häufig Opfer polizeilicher Gewalt werden. In einem Interview heißt es: „People of Colour sind besonders betroffen – das ist kein Zufall, sondern Struktur“ (*taz*, 25.04.2025, Kalarickal). Durch solche Formulierungen hebt die Zeitung die Systematik rassistischer Diskriminierung hervor und verweist auf institutionelle Muster von Gewalt.

Zugleich kritisierte sie die öffentliche Konstruktion von „Gefahr“. In mehreren Berichten heißt es, dass Lorenz A. „ein Messer mitgeführt haben soll“ oder „bedrohlich gewirkt habe“. Diese sprachliche Vorsicht, die durch Wörter wie „soll“, „angeblich“ oder „wirkt“ deutlich wird, signalisiert Distanz zu polizeilichen Deutungen und verweist auf deren Unsicherheitscharakter. Die *taz* dekonstruiert so die gängi-



gen Narrative, in denen Opfer polizeilicher Gewalt zunächst als Täter markiert werden. Gewalt erscheint in dieser Logik als legitimierte Reaktion, nicht als strukturelle Konsequenz – ein Deutungsmuster, das die Zeitung ausdrücklich zurückweist.

Ein weiteres wiederkehrendes Motiv ist die Kritik an mangelnder Transparenz. Die *taz* spricht von einer „Mauer des Schweigens“, hinter der sich Polizeibeamt\*innen gegenseitig schützen. Besonders die deaktivierten Bodycams im Fall Lorenz A. werden als Symbol dieser Intransparenz beschrieben: „Die Kameras waren aus – angeblich defekt – Symbolischer kann man Misstrauen nicht bebildern“ (*taz*, 30.04.2025, Hoepfner). Mit solchen Formulierungen macht die *taz* strukturelle Probleme greifbar, ohne dabei ins Überzogene abzurutschen. Zugleich betont sie, dass Verantwortung über individuelles Handeln hinausweist. Durch diese Rahmung wird der Diskurs politisiert – Polizeigewalt erscheint als Ausdruck staatlicher Machtmechanismen, nicht bloß persönlicher Verfehlung.

## FAZIT: ZWISCHEN KRITIK UND BEGRENZUNG DES DISKURSES

Der Diskurs in der *taz* zeichnet sich durch eine konsequent strukturelle Perspektive aus. Er benennt institutionelle Gewalt, Rassismus und Transparenzdefizite klar und kritisch und übernimmt damit eine aufklärerische Funktion. Durch diese Haltung bricht die Zeitung mit der Tradition, Polizeigewalt als Ausnahme oder individuelles Fehlverhalten darzustellen, und macht stattdessen die Mechanismen sichtbar, durch die Macht und Ungleichheit gesellschaftlich reproduziert werden.

Allerdings geraten durch diese Fokussierung individuelle Handlungsspielräume und situative Entscheidungen aus dem Blick. Die *taz* verzichtet weitgehend auf eine Auseinandersetzung mit den Entscheidungen der beteiligten Polizist\*innen. Weder die Perspektive des Schützen noch Reaktionen seiner Kolleg\*innen oder institutionelle Stellungnahmen werden berücksichtigt. Dadurch bleibt unbeantwortet, welche situativen, psychologischen oder strukturellen Faktoren das Handeln des Einzelnen beeinflussten. Diese Leerstelle verschiebt den Fokus auf institutionelle Mechanismen und schärft Systemkritik, reduziert jedoch die Komplexität von Gewalt und Verantwortung.

Auch die Darstellung von Lorenz A. folgt dieser strukturellen Rahmung: Er erscheint primär als Symbolfigur für rassistische Polizeigewalt, weniger als individuelle Person mit biografischer Tiefe. Damit reproduziert die *taz* implizit jene Entpersonalisierung, die sie in der polizeilichen Darstellung kritisiert – das Opfer wird zum Träger einer gesellschaftlichen Debatte, nicht zum Subjekt eigener Geschichte.

Gerade diese Spannung macht den *taz*-Diskurs analytisch interessant und zugleich problematisch. Indem er Gewalt primär als Produkt von Machtverhältnissen deutet, stabilisiert er paradoxe Weise jenes Verhältnis von Struktur und Handlung, das er aufbrechen möchte. Die *taz* kritisiert mit Nachdruck die Polizei als Institution, reproduziert dabei je-



Demonstration in Oldenburg nach dem Tod von Lorenz A.

doch eine Entlastung der Subjekte: Diejenigen, die Gewalt ausüben, erscheinen weniger als Handelnde, sondern als Getriebene ihrer Strukturen.

Damit bleibt der *taz*-Diskurs ambivalent – kritisch, notwendig und aufklärerisch, aber in seiner Radikalität begrenzt. Der Fall Lorenz A. steht damit nicht nur für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit staatlicher Gewalt, sondern auch für die Grenzen kritischer Öffentlichkeit: Die *taz* legt die Strukturen offen, in denen Macht, Rassismus und Gewalt verankert sind, und zeigt zugleich, wie schwer es bleibt, Handlungsoptionen, Verantwortlichkeit und Struktur gemeinsam zu denken.

Luisa Störy hat die diesem Artikel zugrunde liegende KDA im Rahmen eines Praktikums am DISS erarbeitet. Sie studiert Soziologie an der Universität Duisburg-Essen mit den Schwerpunkten Soziale Ungleichheit sowie Arbeit, Beruf und Organisation und interessiert sich für gesellschaftliche Machtverhältnisse und ihre diskursive Aushandlung.

## ZITIERTE QUELLEN

- Hoepfner, Lukas (2025): Die Kameras waren aus – angeblich defekt – Symbolischer kann man Misstrauen nicht bebildern, *taz*, 30.04.2025.
- Kalarickal, Meera (2025): People of Colour sind besonders betroffen – das ist kein Zufall, sondern Struktur, *taz*, 25.04.2025.



# Blog zum Migrationsdiskurs der Diskurswerkstatt im DISS

Von der Diskurswerkstatt & Benno Nothardt

Die Diskurswerkstatt beobachtet seit langem kontinuierlich den deutschen Migrationsdiskurs. Dazu stellen Praktikant\*innen jeweils alle aktuellen Kommentare aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), der Süddeutschen Zeitung (SZ) und der Tageszeitung (taz) zusammen. Isolde Aigner wählt daraus drei bis fünf diskursanalytisch repräsentative und relevante Texte aus, die wir diskursanalytisch besprechen. Dabei achten wir besonders auf wichtige Aussagen (im Folgenden durch Kursivierung kenntlich gemacht), Verschiebungen im Sagbarkeitsfeld, ausgrenzende Effekte und Diskursstrategien, die diesen entgegenwirken.

Die Ergebnisse sind in etliche Studien des DISS eingeflossen. Seit August 2025 verschriftlichen wir zu jeder Sitzung ein bis zwei wichtige Beobachtungen in Form des folgenden Blogs. Meist handelt es sich dabei um Beobachtungen, die wir schon länger machen und die sich in den Texten des Monats gut festmachen lassen. Diese werden aktuell nach den Sitzungen auf unserer Homepage veröffentlicht. Im Folgenden finden sich die ersten Blogeinträge abgedruckt. Wer noch mehr an unserer Arbeit teilhaben will, ist herzlich zur Diskurswerkstatt eingeladen. Auch ein Blick auf weitere Texte des AK Migration auf unserer Homepage lohnt.

## BLOGEINTRAG #1

(30.7.2025)

### MIGRATIONSDISKURS ANFANG JUNI BIS MITTE JULI 2025

#### BINÄRE REDUKTION: MIGRATION ALS ÖKONOMISCHER NUTZEN VS. REPRESSIVE FLUCHTABWEHR OHNE EINSCHRÄNKUNGEN

Diskursgeschichte: Die Studie „Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung“ (Jäger/Wamper 2017) beschreibt das Kippen von der Willkommenskultur im Sommer der Flucht 2015 zu einer Notstandsstimmung. Mit der Notstandsstimmung wurde eine repressive Fluchtabwehr durchgesetzt, in Form der Asylpakete I und II sowie des Türkeideals und Libyendeals im Herbst 2015 und 2016 (vgl. ebd., S. 96 & 156 sowie Friede u. a. 2022, S. 6 & 17). Dabei verengte sich das differenzierte Sagbarkeitsfeld des Sommers 2015 (vgl. Jäger/Wamper 2017, S. 106) hin zur „binären Frage nach Obergrenzen oder Kontingenzen“ (ebd., S. 106 sowie Jäger/Wamper 2017b, S. 76 f.) und ließ nur noch die Wahl „zwischen einer neoliberalen, auf Verwertbarkeit setzenden Position mit flexibler Migrationsabwehr“, für die Angela Merkel stand, und „einer kulturalistischen Denkart mit starren Grenz-

ziehungen“ ihres Gegenspielers Horst Seehofer (CSU). Eine ähnliche, aber weiterreichende binäre Reduktion beschreibt Nancy Fraser in Bezug auf den Präsidentschaftswahlkampf in den USA 2016 zwischen Hillary Clinton und Donald Trump als für die Linke „unmögliche Wahl zwischen progressivem Neoliberalismus und reaktionärem Populismus“ (Fraser 2017, S. 75).

Solche binären Reduktionen sind verbreitete Diskursstrategien, die das Sagbarkeitsfeld einschränken. Im aktuellen Fluchtdiskurs deutet sich wieder eine ähnliche binäre Reduktion wie 2016 an. Das ergibt sich zumindest aus der Lektüre von FAZ und SZ.

Im Leitartikel<sup>1</sup> der SZ von Kathrin Werner vom 11.6.2025 wird Einwanderung nach Deutschland als „etwas Gutes“ gelobt, ohne welches „die ökonomische Stabilität dieses Landes“ gefährdet werde. Migrant\*innen werden als jung, dynamisch und besonders innovative Gründer\*innen sowie als Rettung vor dem Kollaps des Rentensystems gelobt. Menschen mit Migrationsgeschichte belegt sie mit dem Kollektivsymbol „Wachstumsmotor“ und rückt sie damit mitten ins ‚Innen‘ und ‚Wir‘ des synchronen Systems kollektiver Symbole (Sysykoll).<sup>2</sup>

Dem entgegen steht die Position der FAZ, die Nikolas Busse (verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik) am 11.6.2025 formuliert: Dieser lobt die Migrationspolitik Donald Trumps und hält dessen restriktives Vorgehen und Ausweisungen für notwendig. Ökonomische Gegenargumente weist er zurück: „Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass diese Leute ein Rückgrat der amerikanischen Volkswirtschaft sind.“ Die Notwendigkeit einer vergleichbar repressiven Migrationspolitik in Deutschland begründet er mit der in der FAZ schon lange wichtigen Aussage, *eine liberale Migrationspolitik sei eine Ursache für das Erstarken der extremen Rechten*, also für den Zuspruch für „Trump oder die AfD“. Friedrich Merz lobt er ausdrücklich dafür, eine entsprechende „Wende in der Asylpolitik“ vollziehen zu wollen.

Ob sich diese binäre Reduktion des Diskurses auf *Migration nach ökonomischem Nutzen vs. radikale Migrationsabwehr ohne Einschränkungen* in Teilen des mediopolitischen Diskurses verfestigt, muss sich noch zeigen, allzumal die taz derzeit auch deutlich kritischere Stimmen zu Wort kommen lässt als SZ und FAZ.

<sup>1</sup> Leitartikel sind Kommentare, die die politische Ausrichtung der Redaktion reflektieren und damit deren aktuelle Linie festlegen. Nicht zu verwechseln sind Leitartikel mit dem Hauptartikel auf der Titelseite, den man Aufmacher nennt.

<sup>2</sup> Unter Kollektivsymbolik versteht Jürgen Link die Gesamtheit der Bildlichkeit einer Kultur, die im kollektiven Bewusstsein verankert ist. Sie bildet ein synchrones System kollektiver Symbole (Sysykoll). Dieses wird durch eine grundlegende Topik strukturiert, die die Kollektivsymbole in ein meist bedrohliches ‚Außen‘, eine ‚Grenze‘ und ein meist positiv bewertetes ‚Innen‘ unterteilt. Die Füllungen dieser Topik sind diskursiv umkämpft. Wenn Werner Migrant\*innen mit dem Kollektivsymbol „Wachstumsmotor“ belegt, schließt sie sie damit in das ‚Innen‘ bzw. ‚Wir‘ ein. In ausgrenzenden Texten hingegen wird Migration beispielsweise als ‚Flüchtlingsflut‘ (Außen) verbildlicht, gegen die ‚wir‘ (Innen) uns ‚abschotten‘ müssen (Grenze). (Zum Weiterlesen: Jäger u.a. 2024.)



Deutlich zeigt sich schon jetzt eine Rechtsverschiebung der Positionen der rechtskonservativen FAZ und der linksliberalen SZ. Während die SZ bis 2024 für eine tendenziell migrationsfreundliche Politik aus moralischen Motiven stand und die FAZ für eine am ökonomischen Nutzen orientierte (vgl. z. B. Kalchschmidt u. a. 2022), setzt die FAZ jetzt „die Grenzen gesellschaftlicher Akzeptanz“ über den ökonomischen Nutzen und die SZ übernimmt die Orientierung am ökonomischen Nutzen. Allerdings erwähnt auch die FAZ weiterhin die „materielle“ Situation und die SZ moralische Gründe, zumindest am Rande.

### TOP-DOWN: MEDIEN ALS POLITIKBERATUNG, POLITIK ALS ERZIEHERIN DER BEVÖLKERUNG

Auffällig ist auch, dass die Kommentare beider Zeitungen stark top-down argumentieren, was insgesamt typisch für den mediopolitischen Diskurs ist. Beide Kommentare richten ihre Appelle nicht etwa an die Leser\*innen oder die Bevölkerung als mögliche Akteur\*innen für Veränderung, sondern an die institutionalisierte Politik und insbesondere die Regierung. Diese soll dann wiederum top-down die geforderte Politik gegenüber der Bevölkerung umsetzen. In der SZ schreibt Kathrin Werner dies explizit in Bezug auf die ökonomische Notwendigkeit von Migration: „Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen das zu erklären“ (SZ, 11.6.2025). In der FAZ spricht Busse ausschließlich Regierungschef\*innen und Parteien als Akteur\*innen an, insbesondere Friedrich Merz (vgl. FAZ, 11.6.2025). Diese werden aufgefordert, die „mentale [Überforderung] vieler Bürger“ durch eine liberale Migrationspolitik zu respektieren. In anderen Worten: Die Politik soll stark werden und die schwache und schutzbedürftige deutsche Bevölkerung (wie eine Erzieherin) beschützen.

### BLOGEINTRAG #2

(9.9.2025)

### MIGRATIONSDISKURS MITTE JULI BIS ENDE AUGUST 2025

#### „WIR SCHAFFEN DAS“ ▷ MERKEL VS. MERZ

Am 31. August 2025 jährte sich Merkels berühmter Ausspruch „Wir schaffen das“ zum zehnten Mal. Das nahmen taz, SZ und FAZ zum Anlass für Kommentare. Sie interessieren sich dabei weniger für den Satz selbst oder einen Rückblick auf den Sommer der Flucht 2015, sondern nehmen das Jubiläum als Anlass, um ihre jeweiligen Positionen zum Migrationsdiskurs pointiert darzustellen. Gemeinsam ist allen drei, dass sie Merz und Merkel als Gegenspieler\*innen kontrastieren. Außerdem zeichnen alle drei Zeitungen ein sehr düsteres Bild der aktuellen Situation, aber auf jeweils ganz unterschiedliche Art.

#### FAZ: LIBERALE MIGRATIONSPOLITIK ALS URSCHE FÜR DAS ERSTARKEN DER EXTREMEN RECHTEN

Berthold Kohler interpretiert in seinem Leitartikel in der FAZ vom 26.8.2025 Merkels Ausspruch so, als habe sie gefordert, „jene, die mit Recht bei uns um Asyl baten“, gut zu integrieren und die anderen wieder abzuschieben. Von

Letzterem war damals gar nicht die Rede. So wird Merkels Position der der FAZ angenähert. Kohler nähert sich wiederum ihr an, indem er *Migration als ökonomischen Nutzen* als richtiges Ziel von Merkels Politik bewertet. Das ist eine Annäherung, da in der FAZ teils auch eine konsequent *repressive Fluchtabwehr* unabhängig von ökonomischen Interessen gefordert wird (siehe Blog #1 vom 30.7.2025).

Trotzdem konstatiert der Leitartikel Merkel ein völliges Scheitern und benennt Migration als Ursache von Kriminalität, Sozialleistungsmisbrauch und Problemen in Schulen, was eine Ethnisierung dieser drei Bereiche reproduziert. Dieses Scheitern wird als Ursache für das Erstarken der AfD benannt und Merkel persönlich dafür verantwortlich gemacht.

Damit rekurriert der Text auf die Aussage, dass *liberale Migrationspolitik als Ursache für das Erstarken der extremen Rechten* wirke. Diese Aussage beobachtet das DISS schon seit dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Damals interpretierten Teile der Politik die Gewalt als eine Folge einer zu liberalen Asylpolitik und begründeten damit eine Einschränkung des Grundrechts auf Asyl. Die Folge war auch damals eine Stärkung der extremen Rechten: Drei Tage nach der Änderung von § 16 im Grundgesetz legten Rechtsextreme am 29. Mai 1993 einen Brand im Haus der Familie Genç in Solingen und ermordeten so Gürsün İnce, Hatice Genç, Gülistan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç.

Durch die Erklärung, *liberale Migrationspolitik sei die Ursache für das Erstarken der extremen Rechten*, wird die Aussage, dass der *Rassismus der Mitte als Ursache für das Erstarken der extremen Rechten* wirkt, tendenziell unsagbar gemacht. Ebenso wird ausgeblendet, dass rassistische Diskurse fest in der Mitte der Gesellschaft verankert sind. (Siehe dazu ausführlicher Nothardt 2024.)

#### TAZ UND SZ: ABLEHNUNG EINER WEITER VERSCHÄRFTE RESTRIKTIVEN MIGRATIONSPOLITIK

Taz und SZ drucken Kommentare, die das *Leid der Geflüchteten* zum Ausgangspunkt ihrer Argumentation nehmen und sich positiv auf Merkels Ausspruch beziehen, während sie die verschärfte repressive Migrationspolitik unter Friedrich Merz ablehnen.

Judith Winter lehnt es in der SZ vom 23.8.2025 ab, „wenn die Mitte radikal nach rechts schwenkt“. Sie stellt sich damit ausdrücklich gegen die Aussage, dass *liberale Migrationspolitik Ursache für das Erstarken der extremen Rechten* sei, und fragt rhetorisch, ob nicht das Gegenteil wahr sei. Merz' restriktiver Migrationspolitik stellt sie Merkel als moralische Instanz entgegen, lobt diese aber gleichzeitig für den Türkeideal von 2016. Diesen sieht sie offensichtlich als Vorbild für eine Migrationspolitik, die moralische Integrität mit Kontrolle verbindet. Von Merkels „grenzenloser Humanität und Hilfsbereitschaft“, die sie vorher lobt, bleibt am Ende des Kommentars aber nur noch die Feststellung übrig, dass solche Abkommen „rechtsstaatlich in Ordnung“ seien. Damit passt der Artikel in einen Trend, den wir seit einiger



Zeit in der SZ beobachten: Argumentierte diese vorher stark ethisch-moralisch, beschränkte sie sich in den letzten Jahren zunehmend auf die Forderung, rechtliche Normen zu erfüllen. Und damit werden eigentlich unmoralische Deals vertretbar, wenn sie legal sind.

Auch Christian Jakob thematisiert am 16.8.2025 den „EU-Türkei-Deal von 2016“. Diesen bewertet er aber nicht als gute Lösung, sondern kritisiert ihn als Blaupause weiterer Deals, die Staaten erpressbar machen würden. Außerdem seien die eigentlichen Opfer der Deals die Migrant\*innen. Zusätzlich verweist er darauf, dass Migration „elastisch und kaum zu kontrollieren“ sei und Repression vor allem der Rüstungsindustrie und dem „grenzschutz-industriellen Komplex“ nutze. Eine so klare Kritik an schmutzigen Deals und kapitalistischem Gewinnstreben als Ursache für restriktive Migrationspolitik ist im hegemonialen Migrationsdiskurs selten.

## BLOGEINTRAG #3

(1.10.2025)

### MIGRATIONSDISKURS SEPTEMBER 2025

#### FORMALE ABGRENZUNG VON DER EXTREMEN RECHTEN BEI GLEICHZEITIGER ANNÄHERUNG AN DEREN POSITIONEN

Im September zeigte sich sehr deutlich ein Trend, den wir vor allem in der FAZ schon länger beobachten: Man grenzt sich von extrem rechten Parteien eindeutig ab, insbesondere von der AfD, nähert sich aber zugleich deren Positionen an.

#### FAZ: ETABLIERUNG DER EXTREMEN RECHTEN ALS NOTWENDIGES KORREKTIV SOWIE DES WORTES „REMIGRATION“

In dem Leitartikel „Die Einwanderungslast bleibt“ von Jasper von Altenbockum in der FAZ vom 9.9.2025 wird Menschen durch das Kollektivsymbol ‚Last‘ schon im Titel der Subjektstatus entzogen und Migration als Problem dargestellt, das es ‚einzudämmen‘ gelte. Entsprechend lobt die FAZ die EU-Politik für ihre erfolgreiche Repression und macht für diesen „politischen Bewusstseinswandel“ den „Druck der Rechtspopulisten“ verantwortlich. Durch die Bezeichnung als „Rechtspopulisten“ grenzt sie sich formal von diesen ab, gesteht ihnen aber gleichzeitig eine positive Wirkung zu. Damit rekurriert sie auf die Aussage, dass die *extreme Rechte als notwendiges Korrektiv der Politik* wirke.

Altenbockum geht aber noch einen Schritt weiter und fragt, warum in Bezug auf Syrien nicht möglich sei, „was im Falle Bosnien-Herzegowinas vor Jahren möglich war“.<sup>3</sup> Die als rhetorische Frage verpackte Antwort lautet: „Weil sich die Politik das Wort ‚Remigration‘ hat rauben lassen?“ Damit reiht er sich ein in die Versuche der FAZ, das von der extremen Rechten als Kampfbegriff verwendete Wort im hegemonialen Diskurs zu etablieren. Dabei beklagt er den Raub von etwas, das die FAZ früher gar nicht besessen hat. Im Zehnjahreszeitraum vom 1.1.1992 bis zum 31.12.2001

werden das Wort „Remigration“ und seine Ableitungen „Remigrant“ und „remigrieren“ in der FAZ (Print, einschließlich FAS) 50-mal verwendet, allerdings meist in Bezug auf die freiwillige Rückkehr von Exilant\*innen nach Deutschland nach dem Sieg über den Nationalsozialismus sowie auf die freiwillige Rückkehr von Pol\*innen nach der Befreiung Polens vom Stalinismus durch den Widerstand der Gewerkschaft Solidarność. Lediglich 3-mal in diesen zehn Jahren wurde das Wort „Remigration“ in Bezug auf Versuche der deutschen Politik verwendet, Menschen zur Rückkehr in ihre ehemalige Heimat zu bewegen, und zwar ausschließlich durch „Anreize“ (FAZ 17.6.1995, S. 13), Hilfe für Rückkehrer\*innen in Griechenland (FAZ 21.4.1994, S. 14) und „Rückkehrprämien“ (FAZ 10.5.2001, S. 4).

In Teilen der extremen Rechten wird unter „Remigration“ die Deportation von deutschen Staatsbürger\*innen verstanden, die nicht in ein völkisches Konzept von Deutschland oder Europa passen. So weit geht die FAZ nicht. Sie verwendet den Begriff aber auch nicht in der ursprünglichen wissenschaftlichen Bedeutung einer meist freiwilligen Rückkehr wie Ende des letzten Jahrtausends, sondern koppelt ihn mit dem Wunsch nach einer noch restriktiveren Abschottungspolitik. Damit macht sie den Begriff hoffähig, mit dem die AfD versucht, den Schritt zu machen, weg von dem Rassismus der Mitte und einer restriktiven Abschottungspolitik hin zu extrem rechten völkischen Konzepten und Deportationen von allen, die nicht in diese passen.

#### SÜDDEUTSCHE ZEITUNG: VERSTÄNDNIS FÜR RASSISTISCHE GEFÜHLE DER MITTE UND AUFGABE VON MORALISCHEN ANSPRÜCHEN

Während die FAZ sich der extremen Rechten einen Schritt annähert, übernimmt die SZ rassistische Positionen der Mitte.

In dem Leitartikel „Kontrollverlust“ von Josef Kelnberger vom 4.9.2025 beschreibt die SZ eine Position, die sich von „Rechtspopulisten in Europa“ abgrenzt und Sympathie für die „Flüchtlinge“ zeigt, die 2015 „nach Europa kamen und von denen viele Europa heute bereichern“. Gleichzeitig beschreibt die SZ aber „bei vielen Menschen in Europa ein Gefühl der Überforderung, des Kontrollverlustes, ja des Identitätsverlustes.“

Die SZ kritisiert aber leider nicht, dass hier ausschließlich die Gefühle einer sich als alteingesessenen empfindenden Gruppe gemeint sind, die ihre Wir-Identität aus einer Abgrenzung gegen alle anderen Menschen ableitet und diese kontrollieren will. Im Gegenteil, die SZ eignet sich diese auf Abschottung ziellende Identität an und lobt, dass die „deutsche Regierung unter Friedrich Merz“ gerade dabei sei, die „spärlichen Reste von Angela Merkels Mentalität des ‚Wir schaffen das‘ zu tilgen“. Merkel hingegen kritisiert die SZ dafür, dass sie 2015

<sup>3</sup> Nach Ende des Bosnienkrieges wurde Druck auf Kriegsflüchtlinge ausgeübt. „Ein kleinerer Teil der Schutzsuchenden wurde abgeschoben. Ein größerer Teil sah sich aufgrund des fehlenden Aufenthaltsstatus und der unmittelbaren Bedrohung durch eine Abschiebung genötigt, ‚freiwillig‘ auszureisen.“ (Oltmer 20.1.2023).



versucht habe, „dem Rest Europas seine Flüchtlingspolitik der offenen Grenzen und der offenen Herzen aufzuzwingen“.

Kollektivsymbolisch stellt sich die SZ auf die Seite eines ‚Wir‘, das sich durch identitäre Abgrenzung gegen andere bestimmt und sich durch Abschottung statt Offenheit auszeichnet. In der Praxis fordert sie eine neue Asylpolitik, die sich nicht an hohen moralischen Ansprüchen orientieren solle, sondern an *ökonomischem Nutzen* von Zuwanderung sowie der „Pflicht, geflüchteten Menschen in der Not zu helfen“, also einer verbleibenden Minimalmoral.

Auffällig finden wir in der Diskurswerkstatt auch, dass in der SZ im Rückblick Merkels Politik zu einer vorbildlichen Moralität verklärt wird und ihr flexibel-normalistisches<sup>4</sup> Fluchtmanagement einschließlich Deals mit Transitländern unsichtbar wird. (Vgl. Blog #2 vom 9.9.2025, Kapitel zur Kritik an Merkel in der taz.)

#### TAZ: VERKLÄRTER RÜCKBLICK UND HOFFNUNG AUF MULTIKULTUR

Ähnlich verklärt wie der Rückblick der SZ auf Merkels vermeintlich uneingeschränkte Moralität erinnert sich Wolfgang Sachsenröder in der taz vom 27.9.2025 an eine nicht näher datierte „historisch fast homogene[]“ Gesellschaft. Allerdings macht er schon im Titel deutlich, dass er ein Zurück für unmöglich hält: „Multikulti wird zur Norm werden“. Stattdessen skizziert er, ausgehend von Beispielen anderer Länder wie Singapur, einen Weg zu einer funktionierenden multikulturellen Gesellschaft. Diese Position ist eine angenehme Alternative zu den Restriktionswünschen von SZ und FAZ.

Allerdings bleiben zwei Wermutstropfen: Ausgangspunkt von Sachsenröders Argumentation ist wie in der SZ der *ökonomische Nutzen* von Migration. Die *Utopie einer freien Welt ohne Grenzen* für eine freie Menschheit ist auch hier unsagbar. Außerdem spricht der Kommentar ausschließlich die Diskursposition weißer Europäer\*innen an, die „Angst vor Überfremdung und Kriminalität“ hätten, und nicht Diskurspositionen von Menschen, die unter der repressiven Migrationspolitik leiden oder Angst vor Angriffen durch extrem Rechte haben. In anderen Artikeln lässt die taz aber durchaus auch solche Diskurspositionen zu Wort kommen.

#### BLOGEINTRAG #4

(12.11.2025)

#### MIGRATIONSDISKURS OKTOBER 2025

#### FRIEDRICH MERZ' STADTBILD-ÄUßERUNG PROVOZIERT LINKE ANTWORTEN

Während wir im letzten Monat eine voranschreitende Rechtsverschiebung im Migrationsdiskurs skizzierten, dürfen wir uns diesen Monat freuen, dass Linke und Mitte im hegemonialen Diskurs Friedrich Merz hetzerische Stadtbildaussage als Provokation wahrnahmen und mit deutlich linken Positionen reagierten.



#### TAZ: MIGRATION NACH ÖKONOMISCHEM NUTZEN IST RASSISTISCH

In der taz kommentiert Pauline Jäckels am 24.10.2025 unter der Überschrift „Nicht minder rassistisch“ Merz. Am 14.10.2025 sagte dieser, „wir haben natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem“. Jäckels bezeichnet das als „Dog Whistle“, die an „rechte Wähler\*innen“ gerichtet sei, was auf die Aussage verweist, dass der *Rassismus der Mitte als Ursache für das Erstarken der extremen Rechten* wirke.

Am 22.10. erklärte Merz dann, dass Migration unverzichtbar für die Wirtschaft sei und er Probleme mit denjenigen habe, die keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus hätten, nicht arbeiteten und sich „auch nicht an unsere Regeln“ hielten. Jäckel erklärt, dass die Unterscheidung in gute und schlechte Ausländer\*innen „nicht minder rassistisch“ sei, und spricht so den *Rassismus der Mitte* an. Damit problematisiert sie eine drohende binäre Reduktion auf *repressive Fluchtabwehr ohne Einschränkungen* vs. *Migration als ökonomischer Nutzen*, indem sie beide Aussagen als rassistisch bewertet.

#### SZ: MIGRANTISCHE DISKURSPosition UND KÖRPERLICHE AUSWIRKUNGEN VON RASSISMUS

Die SZ lässt am 25.10.2025 die iranisch-deutsche Schriftstellerin Nava Ebrahimi in einem Gastkommentar mit dem Titel „Kanzlerworte“ zu Wort kommen. Hier wird deutlich, welchen Unterschied es macht, ob Zeitungen für Migrant\*innen sprechen oder diese selbst zu Wort kommen lassen.

Ähnlich wie Jäckels betrachtet Ebrahimi die von Merz unpräzise benannten „Probleme im Stadtbild“ als Angebot an den „antidemokratischen und autoritär, völkisch denkenden Teil der Bevölkerung“ und kritisiert, dass durch seine spätere

<sup>4</sup> Jürgen Link unterscheidet zwischen flexibel-normalistischen und protonormalistischen Diskursstrategien. Hier ist mit flexibel-normalistisch eine Migrationspolitik gemeint, die auf Toleranzspielräume und eine flexible Migrationskontrolle setzt sowie darauf, dass Migrant\*innen durch Anreize dazu angeregt werden sollen, nicht zu migrieren. So setzte Merkel darauf, in einer Notsituation viele Migrant\*innen willkommen zu heißen, versuchte aber später, durch eine Reihe von Gesetzen und einen Deal mit der Türkei Migrant\*innen aufzuhalten. Eine protonormalistische Diskursstrategie hingegen setzt beispielsweise auf harte, nicht verhandelbare Obergrenzen oder andere Maßnahmen konsequenter Abschottung. Beiden Diskursstrategien ist gemeinsam, dass die Politik der Aufnahmeländer die Spielregeln macht und Migration regeln will, anstatt mit Migrant\*innen gemeinsam Probleme zu lösen.



## BREXITANNIA

Großbritanniens Weg aus der EU  
Great Britain's Exit from the EU



Robert Tonks | Zakaria Rahmani



## BREXITANNIA

Robert Tonks, Zakaria Rahmani  
Unrast-Verlag, Edition DISS Band 49  
ISBN: 978-3-89771-778-7  
Preis 19,80

1973 trat Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei. In einem Referendum zwei Jahre später stimmten 68% der Brit\*innen für den Verbleib in der EWG. Am 31. Januar 2020 trat Großbritannien schließlich aus der Europäischen Union (EU) aus. Was war in der Zwischenzeit passiert?

Um die britische Sicht der Dinge zu verstehen, reisten die Autoren – der deutsch-britische Politikwissenschaftler Robert Tonks und der Medienproduzent Zakaria Rahmani – im Sommer 2020 quer über die Insel. Aus ihren Recherchen entstand der WDR-Podcast Brexitannia, der inzwischen sogar im Schulunterricht verwendet wird. Tonks und Rahmani sprachen mit zahlreichen Menschen aus unterschiedlichsten Lebensbereichen, Schichten und Berufen und mit dem Professor, der als ›Erfinder des Brexit‹ gilt.

Warum traf der rote Bus der Brexit-Kampagne mit dem Versprechen, die EU-Millionen direkt in den nationalen Gesundheitsdienst NHS zu investieren, den Nerv so vieler Brit\*innen? Warum hatten so viele ehemalige Bergarbeiter für den Brexit gestimmt? Der Brexit habe sich in den abgehangten und armen Gebieten des Landes entschieden, hieß es 2016. Doch stellte sich heraus, dass die Befürwortenden auch woanders saßen: in Middle England. Das Problem nur: Dieser Ort ist auf keiner Karte zu finden. »Die Briten wollten eigentlich nie wirklich Mitglied der EU sein!«, hört man oft. Was ist dran, an dieser Aussage? Was bedeutet der Brexit für die Zukunft der Insel?

Erklärung „Migrantinnen und Migranten von ‚erwünscht‘ bis ‚unerwünscht‘ bzw. „nützlich bis nutzlos“ hierarchisiert würden.“

Während Jäckel das aber nur analytisch erklärt, beschreibt Ebrahimi die kollektivsymbolisch und körperlich spürbaren Effekte von Worten: Sie „sind mächtig, sie bleiben im Raum, verändern ihn, vermögen sogar, aus Brandmauern leicht entflammbare Papptrennwände zu machen“. Die kollektivsymbolische ‚Brandmauer‘ als Grenze des ‚Wir‘ gegen das bedrohliche ‚Außen‘ der ‚extremen Rechten‘ droht also, beschädigt zu werden. Ebrahimi spürt analog: „Da bröckelt etwas in mir weg“. Ihr ‚Wir‘ ist dabei eines, das Migrant\*innen einbezieht, während es Antidemokrat\*innen ausschließt.

Interessant ist, dass Ebrahimi ausdrücklich betont, diese symbolische Bedrohung auch ganz unmetaphorisch körperlich zu spüren: Sie spüre „das Hier-nicht-gewollt-Sein“, ihr Puls steige und Unruhe steige in ihr auf. Andere würden durch den erzeugten Stress sogar krank, wie die Studie „Du lachst ja gar nicht mehr“ der Gesundheitswissenschaftlerin Mahssa Behdjatpour zeige.

Ebrahimi zeigt hier, wie Kollektivsymbolik funktioniert: Körper und politisches System fallen in der Innen-Grenze-Außen-Topik der Kollektivsymbolik zusammen. Und das kann körperliche Effekte haben. Ebrahimi erklärt damit, wie rassistische Aussagen auf ihre Opfer wirken können.

SZ und taz zeigen, dass eine grundlegende Kritik am Rassismus der Mitte im hegemonialen Diskurs sagbar ist. Ein blinder Fleck bleibt aber: Das Verhältnis der Mitte zur extremen Rechten wird immer so interpretiert, dass die extreme Rechte die Mitte vor sich hertriebe oder die Mitte durch ihr Verhalten die extreme Rechte stärke. Die Diskursstrategie, dass der *Rassismus der Mitte die extreme Rechte nutzt*, um repressive Migrationspolitik durchzusetzen, bleibt aber auch hier unsagbar. Und das, obwohl die CDU/CSU bereits am 29.1.2025 die AfD nutzte, um ihren Entschließungsantrag für eine schärfere Migrationspolitik gegen eine Mehrheit der anderen Parteien durch den Bundestag zu bringen.

## LITERATUR:

- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2017, [www.blaetter.de/download/pdf/27653](http://www.blaetter.de/download/pdf/27653)
- Friede, Judith u.a. (2022): *Deutsche Rettung?* Unrast
- Jäger, Margarete / Wamper, Regina (Hg.) (2017): *Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016.* [www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DIIS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf](http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DIIS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf)
- ebd. (2017b): Der Rechtsruck der Mitte im Fluchtdiskurs 2015, in: Isolde Aigner u.a.: Autoritäre Zuspitzungen, Unrast, S. 73–80
- Jäger, Siegfried (†) / Jäger, Margarete u.a. (2024): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 8. Aufl., Unrast.
- Kalchschmidt, Louis u.a. (2022): *Offenkundig hilft es sich leichter, wenn es um Nachbarn geht.* In: DISS-Journal und kRR, Juli 2022: Sonderheft für eine andere Zeitenwende, S. 30-33
- Nothardt, Benno (20.12.2024): Strafen und Abschieben, Rosa-Luxemburg-Stiftung, [www.rosalux.de/news/id/52902](http://www.rosalux.de/news/id/52902)
- Oltmer, Jochen (20.1.2023): „Geduldet“ und „rückgeführt“, Bundeszentrale für politische Bildung, [www.bpb.de/themen/migration-integration/regionalprofile/517151/geduldet-und-rueckgefuehrt](http://www.bpb.de/themen/migration-integration/regionalprofile/517151/geduldet-und-rueckgefuehrt)



# Akteur:innen der türkisch-islamischen Ideologie in Deutschland

## UND IHRE ROLLE FÜR DEN ANTIARMENISCHEN RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS

Von Ismail Küpeli

Die türkisch-islamische Ideologie, die eine spezifische Kombination aus nationalistischen und religiösen Elementen darstellt, ist eine von zahlreichen nationalistischen Ideologien der vielfältigen Migrationsgesellschaft in Deutschland. Dabei sind aus der türkisch-islamischen Ideologie verschiedene Narrative, die in der Türkei entstanden sind, in die Diskursräume in Deutschland übertragen und angepasst worden, die im Kontext des antiarmenischen Rassismus und des Antisemitismus relevant sind. Bei dieser Übertragung kommt es auch zu Veränderungen in Ausformulierung und Funktion der einzelnen Narrative und zu Verschiebungen im Verhältnis des antiarmenischen Rassismus zum Antisemitismus. Um diese Veränderungen und Verschiebungen zu verstehen, müssen wir die historischen Ursprünge des türkischen Nationalismus und die Verknüpfung des Nationalismus mit religiösen Elementen betrachten.

### URSPRUNGE DER VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN IM TÜRKISCHEN NATIONALISMUS

Der türkische Nationalismus entstand als eine politische Bewegung, die das multiethnische und multireligiöse Osmanische Reich in einen türkischen Nationalstaat transformieren wollte und dabei die vielfältige Bevölkerung des Reichs in verschiedene Kategorien aufteilte. Neben den muslimischen Türken, welche die Herrschnation bilden sollten, wurde zwischen nicht-türkischen Muslim:innen, die es zu türkisierten galt, und den Nicht-Muslimen, die a priori als nicht assimilierbar definiert wurden, unterschieden (vgl. Akçam 2004, S. 130-134). Insbesondere gegen die Nicht-Muslime, die damit Ziel von Vertreibung und Vernichtung wurden, griff der türkische Nationalismus bereits in seiner Gründungsphase auf Verschwörungsnarrative zurück. So beschuldigte im Ersten Weltkrieg die türkisch-nationalistische Staatsführung wahrheitswidrig die nicht-muslimischen Bevölkerungsgruppen, darunter insbesondere die Armenier:innen, dass sie das Osmanische Reich verraten hätten und mit den Kriegsgegnern des Reichs zusammenarbeiten würden. Mit dieser „Dolchstoß“-Erzählung wurde der Genozid von 1915 legitimiert, bei dem über eine Million Armenier:innen im Osmanischen Reich ermordet wurden (vgl. Dabag / Platt 2015, S. 272-306). Der Genozid selbst wird von türkischen Nationalist:innen geleugnet und die Bestrebungen von Armenier:innen für die Anerkennung als Genozid werden von den Nationalist:innen als Bestätigung der fortwährenden Illoyalität der Armenier:innen gesehen. Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs und der Gründung der Republik Türkei wurde das verschwörungsideologische Narrativ gegen die nicht-muslimischen Minderheiten eingesetzt, wie etwa bei der Vertreibung von über 1,2 Millionen Christ:innen aus dem Gebiet der heutigen Türkei 1923. Auch ihnen

wurde aufgrund ihrer religiösen Identität unterstellt, keine loyalen Staatsbürger:innen sein zu können. Und so bleibt die türkische „Dolchstoß“-Legende bis heute wirkmächtig und hat sich zu einer gängigen Methode entwickelt, bei der für real existierende oder vorgestellte Probleme die Verschwörungen der äußeren und inneren Feinde gegen die türkische Nation verantwortlich gemacht werden.

Zusammenfassend lässt sich folgende Verschwörungserzählung als eine zentrale Säule des türkischen Nationalismus ausmachen: (a) Ausgehend von einer vermeintlich welthistorischen Bedeutung des Türkentums wird die reale Situation der Türkei und der türkischen Nation stets als mangelhaft und defizitär definiert. (b) Die Ursachen für diese Mängel und Defizite können a priori nicht in der türkischen Nation selbst liegen, sondern müssen die Schuld von „inneren“ und „äußeren“ Feinden sein. (c) So müssen stets diese Feinde und ihre Verschwörungen gegen die türkische Nation entdeckt, entlarvt und bekämpft werden. Dabei tauchen im Kontext des türkischen Nationalismus in der Türkei selbst antiarmenische und antisemitische Narrative häufig gleichzeitig auf, und diese Erzählungen erfüllen für die Mobilisierung innerhalb der Bewegung und für die Anschlussfähigkeit an andere politische Kräfte und für die breite Bevölkerung ähnliche Funktionen. So lässt sich eine Gleichzeitigkeit von antiarmenischem Rassismus und Antisemitismus im türkischen Nationalismus feststellen.

### TÜRKISCH-ISLAMISCHE SYNTHESE

Die ideologische Verzahnung zwischen dem Türkischen und dem Islamischen gelang spätestens in den 1970er-Jahren mit der „Türkisch-Islamischen Synthese“, die von rechtkservativen und nationalistischen Intellektuellen formuliert wurde (vgl. Bilir 2004, S. 41-71). Die „Türkisch-Islamische Synthese“ ist keineswegs als Bruch oder Paradigmenwechsel zu verstehen, sondern bedient sich gängigen und staatlich geförderten Narrativen seit der Zeit der Jungtürken, die von einer türkisch-islamischen Identität ausgehen. So wurde etwa der „Türkische[n] Geschichtsthese“, in der von vor-islamischen türkischen Zivilisationen die Rede ist, nicht widersprochen. Stattdessen übernahmen die Vertreter der „Türkisch-Islamischen Synthese“ diese Behauptung und ergänzten, dass der Islam die passende Religion zum türkischen Nationalcharakter wäre.

Die türkisch-islamische Ideologie war und ist stark geprägt von antisemitischen Elementen. Beispielhaft hierfür kann das Theaterstück Mas-Kom-Yah, dessen Titel sich aus den ersten Silben der Begriffe »Mason« (»Freimaurer«), »Kommunist« (»Kommunist«) und »Yahudi« (»Jude«) zusam-



mensetzt, dienen, das 1975 von Recep Tayyip Erdoğan, dem heutigen Staatspräsidenten der Türkei, verfasst wurde (vgl. Küpeli 2021a, S. 234-239). Das Stück zeigt in seiner eher schlichten und expliziten Sprache ideologische Elemente des islamischen Konservatismus und des Islamismus in der Türkei; beides Kräfte der türkischen Rechten. Auch offenbart es Verbindungen und Übergänge zwischen diesen beiden Strömungen. Besonders auffällig ist die Inszenierung des Islamismus als tatkräftiger Vertreter der islamischen Werte und Traditionen. Diese Rolle wird in mehreren zentralen Szenen thematisiert. Ebenso klar erkennbar und redundant ist die Verknüpfung zwischen Verwestlichung und sozialen Konflikten, die in dieser Erzählung zwangsläufig in eine jüdisch-kommunistische Diktatur münden. Die vermeintlich einzige Rettung für Islam und Türkentum bietet ein militanter Islamismus, der gegen die »Freimaurer« (Verwestlichung), den Kommunismus sowie gegen Juden kämpft.

Die islamistische Ideologie wird von einem türkischen Nationalismus begleitet, der ebenfalls kämpferisch auftritt. So wird in Mas-Kom-Yah immer wieder explizit auf das „Blut“ der nationalistischen Märtyrer Bezug genommen, die die Türkei vor einer nicht-muslimischen Fremdbesatzung bewahrt hätten. Dieses türkische Blut, das die türkische Erde flächendeckend durchtränkt, würde die Türkei wertvoller machen als jedes andere Land der Erde. Gleichzeitig ist dieser Bezug auf die nationalistischen Märtyrer, die ihr Leben für Nation und Glauben geopfert haben, eine Aufforderung an die heutigen Generationen, sich ähnlich und damit ebenfalls militant und aufopferungsvoll zu verhalten. Auch hier dient die Vergangenheit als Vorbild und Vorlage für die Zukunft, wodurch die Zukunftsvorstellungen des Islamismus und des türkischen Nationalismus zusammengeführt werden.

Die „Türkisch-Islamische Synthese“ wurde spätestens mit dem Militärputsch 1980 und den darauffolgenden konservativ-nationalistischen Regierungen in die Staatsideologie integriert und führte damit zu der staatlich induzierten Re-Islamisierung der Gesellschaft. So wurde etwa mit der Verfassung von 1982, die von den Putschisten durchgesetzt wurde, der islamische Religionsunterricht zu einem Pflichtfach an den staatlichen Schulen. Neben der Schaffung und dem Ausbau von zusätzlichen religiösen Schulen wurden auch die Lehrbücher an den regulären staatlichen Schulen entsprechend der „Türkisch-Islamische Synthese“ angepasst.

## GRAUE WÖLFE

Während also staatliche und quasi-staatliche Akteur:innen für die Verbreitung des türkischen Nationalismus in Deutschland eine relevante Rolle spielen, ist in deutschen Debatten um den türkischen Nationalismus eine andere politische Kraft deutlich prominenter, nämlich die sogenannten Grauen Wölfe.

Die Ursprünge der Grauen Wölfe gehen auf die 1940er-Jahre zurück. 1945 wurden zehn türkische Nationalisten, darunter der spätere Vorsitzende der türkisch-nationalistischen Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung, MHP) und de facto Gründer der Grauen Wölfe-Bewegung Alparslan Türkeş, in der Türkei wegen Rassismus

und als Anhänger der Ideologie des Turanismus (d.h. die Utopie eines großtürkischen Reiches) verurteilt. Durchaus nachvollziehbar argumentierten während der Gerichtsverhandlung die Angeklagten, ihre Ideologie weiche von dem offiziellen Staatsnationalismus kaum ab. Sie beriefen sich dabei auf Äußerungen führender Politiker der Türkei. Im Falle einer Verurteilung müsste die Staatsspitze ebenfalls vor Gericht – so lautete die Verteidigungsstrategie der Angeklagten (vgl. Guttstadt 2008, S. 181-182). Es ist tatsächlich so, dass rassistische und turanistische Elemente auch im Staatsnationalismus zu finden sind und die Unterschiede zwischen den Äußerungen der Angeklagten und der Staatsführung eher marginal waren. Der Prozess endete mit milden Haftstrafen für die Angeklagten, die man nach kurzer Zeit wieder aufhob. Der Staat sah in den türkischen Nationalisten keinen politischen Gegner, sondern wollte vielmehr den extremen Nationalisten die Grenzen des Sagbaren deutlich machen. In den Folgejahren spielte dieser Konflikt zwischen den extremen Nationalisten und der Staatsführung in der türkischen Politik keine große Rolle mehr und wurde von anderen Konfliktlinien wie etwa der kemalistischen Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei, CHP) und den neu entstandenen religiös-konservativen Parteien überlagert (vgl. Aslan / Bozay 2012, S. 55-56).

Erst als das faktische Zweiparteiensystem der Nachkriegszeit von einem breiteren Parteispektrum abgelöst wurde, kam es zu einer eigenständigen politischen Partei der extremeren Nationalisten. 1969 gründete Alparslan Türkeş die MHP. Aber die Beziehung zwischen dem türkischen Nationalstaat, dem dazugehörigen Staatsnationalismus und den extremeren nationalistischen Kräften, die sich selbst als eine notwendige Ergänzung der staatlichen Gewalt gegen die Feinde der Nation sahen, blieb im Grundsatz bis heute bestehen. In den 1970er-Jahren waren die extremeren Nationalisten mit ihrer Partei MHP Teil von Regierungskoalitionen. Gleichzeitig organisierten sie über die paramilitärischen Grauen Wölfe den Straßenterror gegen Linke und waren verantwortlich für hunderte politische Morde (vgl. Aslan / Bozay 2012, S. 65). Dieser Doppelcharakter der extremeren Nationalisten als Regierungspartei und paramilitärischer Gewaltakteur führte dazu, dass die politischen Morde der Grauen Wölfe weitgehend ungestraft blieben.

Auch nach dem Militärputsch 1980, als die MHP wie alle anderen Parteien verboten wurde und einige Graue Wölfe inhaftiert wurden, änderte sich die Beziehung zwischen Staat und den radikalen Nationalisten nicht wirklich. Die Äußerungen von Alparslan Türkeş und anderen MHP-Politikern kurz nach dem Militärputsch, dass sie (d.h. MHP-Mitglieder) zwar im Gefängnis sitzen, aber ihre Ideologie die Regierungspolitik bestimmen würde (vgl. Aslan / Bozay 2012, S. 71-72), traf durchaus einen richtigen Punkt: Die „Türkisch-Islamische Synthese“, die in den siebziger Jahren in rechten Intellektuellenkreisen entstand, war ab 1980 de facto die Staatsdoktrin der Türkei. Die Islamisierung der Gesellschaft und die Stärkung des Staatsnationalismus über die Religion ist sichtbar an der massiven Ausweitung der religiösen Imam-Hatip-Schulen und in den Lehrplänen an den übrigen staatlichen Schulen, die diese türkisch-islamische Ideologie weiterverbreitet haben. Insbesondere im blutigen Krieg im Osten und Südosten der Türkei gegen die PKK spielten die



Grauen Wölfe eine wichtige Rolle. Sowohl als Angehörige der Armee, Polizei und Gendarmerie als auch mit eigenen Todesschwadronen und anderen paramilitärischen Gruppen terrorisierten sie die kurdische Zivilbevölkerung und ermordeten politisch aktive Kurdinnen und Kurden. Während diesbezüglich kaum Kritik in der türkischen Öffentlichkeit wahrzunehmen war, führten die kriminellen Aktivitäten der Grauen Wölfe in den westlichen Provinzen der Türkei – etwa im Drogenhandel – zu einiger Aufregung. So führte etwa 1996 der Susurluk-Skandal, der die Verwicklungen zwischen kriminellen Grauen Wölfen und der türkischen Regierung offenlegte, zum Rücktritt des damaligen Innenministers Mehmet Ağar (vgl. Aslan / Bozay 2012, S. 169-171).

Der Einsatz der Grauen Wölfe als Terrorinstrument verlor lediglich etwas an Relevanz, als der offene Konflikt in der Türkei nachließ. Aber spätestens ab 2015 mit der Rückkehr zum offenen Krieg kamen die Grauen Wölfe wieder verstärkt zum Einsatz, und die Symbole der Grauen Wölfe sind an den Häuserwänden in den zerstörten kurdischen Städten wie etwa Cizre sichtbar (vgl. Küpeli 2020c).

## EIN INSTRUMENT GEGEN DIE LINKE OPPOSITION

Diese Rolle als Handlanger und Hilfstruppe des türkischen Staates erfüllen die Grauen Wölfe auch in Deutschland, wenngleich in einer anderen Weise. Wegen des Militärputschs 1980 und der darauf einsetzenden Repression flohen viele aus der Türkei nach Europa, insbesondere nach Deutschland. Der türkische Staat befürchtete wiederum, geflüchtete türkische und kurdische Linke könnten unter den als unpolitisch angesehenen „Gastarbeitern“ an Einfluss gewinnen. Um dies zu unterbinden, intervenierte die Türkei mit enormen finanziellen und organisatorischen Ressourcen. Der Aufbau des Moscheeverbands DITIB, die Gründung zahlreicher Moscheen in vielen deutschen Städten, der Ausbau der Strukturen der türkischen Botschaften und Konsulate erfolgte in jener Zeit ebenso wie die Stärkung der Grauen Wölfe, ihrer Moscheevereine und des Moscheeverbands Türk Federasyon. Sowohl die DITIB-Moscheen als auch die Moscheen der Türk Federasyon sorgten dafür, dass die konservativ und religiös geprägte Mehrheit der türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland im Zugriffsbereich des türkischen Staates und des türkischen Nationalismus blieb.

Der größte türkisch-nationalistische Akteur ist die MHP, die in der Türkei die Regierungspartei AKP unterstützt. Die Anhänger:innen der MHP bezeichnen sich als „Ülkücü“ („Idealist“), etwas seltener wird die Bezeichnung Grauer Wolf verwendet. Nach dem Tod des langjährigen Parteiführers Alparslan Türkeş 1997 gab sich die MHP unter Devlet Bahçeli ein moderateres Auftreten und erreichte so auch eine größere Anhängerschaft in der Türkei (vgl. Aslan / Bozay 2012; S. 101-105). Die Wahlergebnisse liegen derzeit bei 16% der Stimmen. In ihrem ideologischen Selbstverständnis ist die MHP eine konsequent nationalistische Partei, die auf die Stärke der türkischen Nation setzt und mit Staatsfeinden lieber offen kämpft als zu verhandeln. Dies zeigt sich beispielsweise in antikurdischen und antiarmenischen, aber auch antisemitischen Positionen, die von Anhängern der Grauen Wölfe vertreten werden. In Deutschland organisieren sich die MHP-Anhänger:innen hauptsächlich im Dachverband Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu (Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland, ADÜTDF), auch bekannt unter der Kurzbezeichnung Türk Federasyon, in dem neben Moscheevereinen auch die „Ülkü Ocaklı“ („Idealistenclubs“) organisiert sind. Die „Ülkü Ocaklı“ sind sozio-politische Zentren der MHP-Anhänger, insbesondere für die Jugend. Hier werden junge Graue Wölfe noch intensiver als in den Moscheevereinen ideologisch geschult und in die Partei- und Verbandsstrukturen eingebunden. Bundesweit hat die Türk Federasyon etwa 7000 Mitglieder und ist damit die stärkste rechtsextreme Organisation in Deutschland, wenn man die Alternative für Deutschland (AfD) mit etwa 34.000 Mitgliedern außen vorlässt.

Die türkisch-nationalistische Bewegung reicht allerdings darüber hinaus und umfasst zwei weitere Verbände. Die Avrupa Türk-Islam Birliği (Union der

Ismail Küpeli

# Graue Wölfe

Türkischer Rechtsextremismus  
in Deutschland



Ismail Küpeli

Graue Wölfe – Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland

ISBN: 978-3-89771-635-3

Unrast-Verlag | Mai 2025

136 Seiten | 14,00 €

Der türkische Rechtsextremismus, hierzulande unter dem Namen ›Graue Wölfe‹ oder als Ülkücü-Bewegung bekannt, ist mit etwa 12.000 Anhänger\*innen die zweitgrößte extrem rechte Bewegung in Deutschland. Die Ideologie des türkischen Rechtsextremismus ist zutiefst geprägt von autoritären, nationalistischen, rassistischen, antisemitischen und queerfeindlichen Elementen. Ebenso auffällig ist das Verschwörungsdenkeln im türkischen Rechtsextremismus, das mit zahlreichen Feindbildkonstruktionen unter anderem gegen Armenier, Juden, Kurden und allgemein gegen den Westen einhergeht. In den letzten Jahren hat insbesondere der israelbezogene Antisemitismus innerhalb des türkischen Rechtsextremismus an Relevanz und Intensität zugenommen, wie die antisraelischen Mobilisierungen seit dem 7. Oktober 2023 zeigen.

Küpeli beleuchtet die Geschichte, Ideologie, Akteure und Netzwerke der türkischen extremen Rechten, stellt aber auch antifaschistische Gelegenheitsstrategien vor.



# Hier möglich Literatur Plakate Wissenschaft

Bücher, Musik, Postkarten,  
Filme, Überraschungen.

Greifen Sie hinein!

Wir besorgen jedes lieferbare Buch, wir liefern jedes Buch an jeden Ort.

## Buchhandlung **Weltbühne**, eine gute Angewohnheit

Buchladen,  
Antiquariat,  
Versandbuchhandlung,  
antiquarischer  
Suchdienst.

## Buchhandlung **Weltbühne**

47057 Duisburg  
Gneisenaustraße 226  
Tel. 0203-375121

[bestellungen@  
buchhandlung-  
weltbuehne.de](mailto:bestellungen@buchhandlung-weltbuehne.de)

[www.buchhandlung-weltbuehne.de](http://www.buchhandlung-weltbuehne.de)

geht doch!



**Wer Bücher  
woanders kauft ist  
nicht gescheit.**

Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa, ATIB) ist eine Abspaltung von der ADÜTDF und versammelt etwa 120 Moscheevereine. Die ATIB konzentriert sich auf die Organisation der Gotteshäuser und gibt sich im Auftreten moderat. Sie bietet aber gerade dadurch für türkische Nationalist:innen, für die MHP und die ADÜTDF zu radikal sind, eine Möglichkeit, im größeren Milieu der Grauen Wölfe zu verbleiben. Die ATIB hat bundesweit mindestens 8000 Mitglieder. Deutlich kleiner fällt der Moscheeverband Avrupa Türk Kültür Dernekleri Birliği (Verband der türkischen Kulturvereine in Europa, ATB) aus, der etwa 20 Moscheevereine organisiert und der türkisch-islamistischen Büyük Birlik Partisi (Partei der Großen Einheit, BBP) in der Türkei, die aber dort weitgehend bedeutungslos ist, nahesteht. Insgesamt stehen ATIB und ATB für einen stärker islamisch und islamistisch orientierten Teil im Spektrum der Grauen Wölfe (vgl. Küpeli 2020b).

Dabei sind die Moschee- und Vereinsverbände eine tragende Säule der türkisch-nationalistischen Bewegungen in Deutschland. Seit Jahrzehnten sind türkische Nationalist:innen in Deutschland aktiv und können über ihre lokalen Moscheevereine einen relevanten Teil der türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland erreichen und politisch beeinflussen. In den Einrichtungen, die den Moscheen angeschlossen sind (Seminarräumen, Küchen, sozialen Versammlungsräumen usw.), wird die eigene Klientel politisch geformt und zusammengehalten. Dabei können sie gegenüber der deutschsprachigen Öffentlichkeit bisher erfolgreich den Anschein eines „ganz normalen“ Moscheevereins wahren, dessen vereinsinterne Arbeit und Aktivitäten im Stadtteil keinerlei extremen Ideologien folgen würden. So ist es auch wenig überraschend, dass solche Vereine auch vielfach Teil der kommunalen Integrations- und Stadtpolitik sind.

Insgesamt spricht nichts dafür, dass die Beziehungen zwischen dem türkischen Staat und den Grauen Wölfen sich in der nächsten Zeit auflösen werden. Im Kampf gegen die Grauen Wölfe müsste dies berücksichtigt werden, und so darf das Vorgehen gegen die Grauen Wölfe nicht als eine Bekämpfung einer randständigen und „extremistischen“ Gruppe verstanden werden. Insbesondere in Deutschland bedeutet dies, dass ein Verbot der Grauen Wölfe nur sinnvoll ist, wenn es auch ein Verbot der Moscheeverbände der Grauen Wölfe wie etwa Türk Federasyon beinhaltet und von weiteren Maßnahmen begleitet ist (vgl. Küpeli 2020b). Auch der Umgang mit dem DITIB-Moscheeverband, der unter der Kontrolle der türkischen Religionsbehörde steht und einen weiteren Kanal für die Verbreitung der türkisch-islamischen Ideologie darstellt, müsste sich massiv ändern. Allerdings wird bisher der DITIB-Verband als ein Partner der deutschen Integrations- und Religionspolitik verstanden.

## ANPASSUNG DES TÜRKISCHEN NATIONALISMUS IN DEUTSCHLAND

Während türkische Nationalist:innen in der Türkei in einem gesellschaftlichen Kontext agieren können, in dem wichtige Bausteine ihrer Ideologie mehrheitsfähig und im Einklang mit der türkisch-islamischen Staatsideologie sind, gestaltet sich die Situation für türkische Nationalist:innen in Deutschland deutlich anders. Während türkische Nationalist:innen in der Türkei Mitglieder der Herrschernation sind, türkisch-nationalistische Akteur:innen Teil der politischen, gesellschaftlichen und medialen Eliten sind und große Teile der Gesellschaft in der Türkei sehr empfänglich für die Ideologie der türkischen Nationalist:innen sind, ist die Situation in Deutschland nahezu entgegengesetzt. Türkische Nationalist:innen in Deutschland sind Teil einer de facto Minderheit, die vielfach abgewertet und diskriminiert wird. Türkisch-nationalistische Kräfte müssen sich bedekt halten, wenn sie in politischen, gesellschaftlichen und medialen Räumen agieren wollen, und die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland steht dem türkischen Nationalismus eher feindlich gegenüber – bestenfalls werden türkische Nationalist:innen ignoriert.

Diese grundlegend unterschiedliche Situation hat vielfältige Konsequenzen. So verschiebt sich die Funktion des türkischen Nationalismus für die Anhänger:innen, während die Ideologie in der Türkei zur Legitimation und Sicherung der politischen Macht dient, dient sie in Deutschland primär der Schaffung eines positiven Selbstbildes und einer Gruppenidentität, womit für türkische Nationalist:innen in Deutsch-



land politische Organisierung überhaupt erst möglich wird. Aber auch die Ideologie selbst muss sich den gesellschaftlichen Realitäten in Deutschland anpassen. Dies ist im Bezug auf den antiarmenischen Rassismus und Antisemitismus besonders deutlich. Während der antiarmenische Rassismus für die Mobilisierung nach „innen“ noch eine gewisse Relevanz hat und keineswegs verschwunden ist, besitzen antiarmenische Erzählungen in Bezug auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft keinerlei Anschlussfähigkeit – vielmehr sorgen sie in der Kommunikation bei anderen politischen Akteur:innen für Irritationen und zusätzliche Probleme. Die antiarmenische Mobilisierung in Europa im Zuge des Bergkarabach-Krieges 2020, bei der türkische Nationalist:innen den Konflikt nutzten, um antiarmenische Angriffe etwa in Frankreich durchzuführen, erhielt keinerlei Unterstützung von politischen Kräften außerhalb der türkischen Nationalisten selbst. Vielmehr führten diese Angriffe zu einem stärkeren staatlichen Vorgehen gegen türkische Nationalist:innen in Frankreich und Deutschland.

Gänzlich anders stellt sich die Ausgangslage in Bezug auf den Antisemitismus dar, insbesondere hinsichtlich der Errscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus, der gewissermaßen als eine Brückenideologie quer über gesellschaftliche Gruppen, politische Lager und identitäre Milieus funktioniert (vgl. Salzborn 2018, S. 139-144). Mithilfe antisemitischer Erzählungen können türkische Nationalist:innen in Austausch mit anderen politischen Akteur:innen (sowohl aus der Mehrheitsgesellschaft als auch aus anderen de facto Minderheiten) treten und sich an größeren Mobilisierungen beteiligen. So traten zuletzt bei den antiisraelischen Protesten in Deutschland im Mai 2021 türkische Nationalist:innen sehr öffentlichkeitswirksam auf und waren ganz offensichtlich ein wichtiger Teil der Gesamtversammlung (vgl. Küpeli 2021c). Ihre Beteiligung an den Protesten wurde selbst vom eher linken Flügel der antiisraelischen Bewegung geduldet, und die Auseinandersetzungen und Diskussionen um Auftritte der türkischen Nationalist:innen drehten sich lediglich um Angriffe der türkischen Nationalist:innen auf linke Kurd:innen bei einzelnen Protesten, aber nicht um den Antisemitismus der türkischen Nationalist:innen. In solchen antisemitischen Mobilisierungen sind türkische Nationalist:innen nicht mehr randständig und minoritär, sondern Teil von größeren Allianzen und können sich entsprechend mit anderen Akteur:innen vernetzen.

Seit dem Terrorangriff der islamistischen Hamas am 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden israelischen Militäraktionen hat sich die Situation für die türkischen rechten Akteure weiter verbessert. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan, weitere Politiker:innen der rechten Regierungskoalition in der Türkei und Vertreter der türkischen Religionsbehörde Diyanet, die den Moscheeverband DITIB in Deutschland kontrolliert, solidarisierten sich mit der Hamas, griffen Israel mit einer antisemitischen Rhetorik an und stellten das Existenzrecht Israels in Frage. Die türkische Rechte in Deutschland schloss sich diesen Äußerungen an und verbreitete sie innerhalb der israelfeindlichen Bewegung in Deutschland, die fälschlicherweise als „propalästinensisch“ bezeichnet wird, weiter. Einen wichtigen Beitrag dafür lieferten sowohl staatlich kontrollierte Medien wie etwa TRT Deutsch, der deutsche Ableger des staatlichen

Fernsehsenders TRT, als auch türkische rechte Influencer:innen. Seit dem 7. Oktober 2023 fokussieren sich die medialen Aktivitäten der türkischen Rechten auf den israelbezogenen Antisemitismus, wobei Falschmeldungen und verzerrte Darstellungen über die Situation im Gazastreifen und in Israel gezielt für die antisemitische Propaganda eingesetzt werden. Allerdings führte diese Radikalisierung der Rhetorik der türkischen Rechten nicht, wie man hätte erwarten können, zu einer Distanzierung seitens des vermeintlich linken Flügels der israelfeindlichen Bewegung in Deutschland. Vielmehr werden unter anderem die Social Media-Äußerungen der türkischen Rechten auch von vielen links stehenden Personen geteilt und so den Rechten zu mehr Reichweite verholfen. Ebenso wird die Beteiligung der türkischen Rechten an den Protestaktionen, wie etwa an den Protestcamps an deutschen Hochschulen inzwischen von der übrigen Bewegung gänzlich akzeptiert.

Der stärkere Rückgriff auf antisemitische Erzählungen, während gleichzeitig der antiarmenische Rassismus in der Kommunikation mit der Mehrheitsgesellschaft etwas in den Hintergrund tritt, ist für türkische Nationalist:innen durchaus einfach zu bewerkstelligen. Das verschwörungsideologische Denken und die manichäische Weltanschauung (in der stets zwischen „wir“ und „der Feind“ unterschieden wird) spielen sowohl beim antiarmenischen Rassismus als auch beim Antisemitismus eine zentrale Rolle (vgl. Küpeli 2021b, S. 43-45). Die Erfahrungen, die türkische Nationalist:innen in den letzten Jahren gesammelt haben, dürfen dazu führen, dass auch in Zukunft antisemitische Narrative stärker eingesetzt werden. Aber der antiarmenische Rassismus wird dadurch keineswegs verschwinden, sondern innerhalb der türkisch-nationalistischen Bewegung in Deutschland weiterhin eine gewisse Relevanz behalten.

## FAZIT

Die türkisch-islamische Ideologie wirkt in Deutschland über verschiedene Akteur:innen, sowohl staatliche und quasi-staatliche Institutionen wie etwa den Moscheeverband DITIB als auch über Organisationen aus der Traditionslinie der Grauen Wölfe. Die so wirkmächtige Ideologie basiert auf Verschwörungsideologien und Feindbildkonstruktionen, die sich historisch gegen Armenier:innen und etwas später gegen Jüdinnen und Juden gerichtet haben. Diese Feindbilder dienen auch dazu, eine nationalistisch-religiöse Identität zu schaffen, auf die sich die verschiedenen Kräfte der türkischen Rechten gemeinsam beziehen können. In den letzten 40 Jahren, in der sich die türkeistämmige Community in Deutschland stärker politisiert hat, hat sich die türkisch-islamische Ideologie in Deutschland ebenfalls verändert. Dabei gewinnt der Antisemitismus für Akteur:innen der extremen türkischen Rechten an Bedeutung, weil Judenfeindschaft deutlich anschlussfähiger in der Kommunikation mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft ist und türkische Nationalist:innen ermöglicht, bei politischen Mobilisierungen zu partizipieren und in Diskursräumen Einfluss zu nehmen. Der antiarmenische Rassismus als ein zentrales Element des türkischen Nationalismus gerät dabei etwas in den Hintergrund, ohne jedoch seine Relevanz insbesondere für das „Innenleben“ der Grauen Wölfe zu verlieren. Mit diesen Einsichten ist es



naheliegend, sich beim Thema Antisemitismus und antiarmenischer Rassismus der türkischen Nationalist:innen nicht auf anekdotische Beispiele zu verlassen, sondern die grundätzliche Verzahnung des türkischen Nationalismus mit dem Hass auf Jüdinnen / Juden und Armenier:innen entlang von Verschwörungsdenken und Feindbildkonstruktionen zu analysieren.

## LITERATUR

- Akçam, Taner 2004: From Empire to Republic. Turkish Nationalism and the Armenian Genocide, London.
- Aslan, Fikret / Bozay, Kemal 2012: Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland, Münster.
- Bali, Rifat N. 2010: A Scapegoat for all Seasons. The Dönmes or Crypto-Jews of Turkey, Piscataway.
- Bilir, Ünal 2004: Der Türkische Islam als politisches und religiöses Weltbild in seinem historischen Kontext von der II. Mesrütiiyet-Periode bis zur Gegenwart, Hamburg.
- Dabag, Mihran / Platt, Kristin 2015: Die Armenier im Osmanischen Reich und der Völkermord von 1915/16, in: Mihran Dabag / Kristin Platt (Hg.): Verlust und Vermächtnis. Überlebende des Genozids an den Armeniern erinnern sich, Paderborn, S. 272–306.
- Guttstadt, Corry 2008: Die Türkei, die Juden und der Holocaust, Berlin.
- Küpeli, Ismail 2020a: Der türkische Nationalismus als antipluralistische Ideologie, in: Martin Jander / Anetta Kahane (Hg.): Gesichter der Antimoderne. Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden, S. 305–318.
- Küpeli, Ismail 2020b: Ideologie aus der Moschee. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1144714.graue-woelfe-ideologie-aus-der-moschee.html> [Abruf: 28.04.2023].
- Küpeli, Ismail 2020c: Die Männer fürs Grobe. Das Verhältnis zwischen dem türkischen Staat und den Grauen Wölfen. <https://jungle.world/artikel/2020/50/die-maenner-fuers-grobe> [Abruf: 28.04.2023].
- Küpeli, Ismail 2021a: Für Türkentum und Islam, gegen Freimaurer, Kommunisten und Juden, in: Nicolaus Schafhausen / Mirjam Zadoff (Hg.): Tell me about yesterday tomorrow, München, S. 234–239.
- Küpeli, Ismail 2021b: Verschwörungsideologien, Antisemitismus und türkischer Nationalismus, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Down the rabbit hole. Verschwörungsideologien: Basiswissen und Handlungsstrategien, Berlin, S. 43–45.
- Küpeli, Ismail 2021c: So funktioniert die türkisch-islamische Staatsideologie als Quelle für Antisemitismus. <https://www.belltower.news/argumente-so-funktionierte-tuerkisch-islamische-staatsideologie-als-quelle-fuer-antisemitismus-115881/> [Abruf: 28.04.2023].
- Salzborn, Samuel 2018: Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne, Weinheim.

# Der Koalitionsvertrag 2025

## EIN BEISPIEL FÜR BRÜCHE ZWISCHEN REGIERUNG UND BEVÖLKERUNG

Von Peter Höhmann

### 1. AUSGANGSPUNKT

Der Beitrag skizziert die ambivalenten Beziehungen zwischen staatlichem Handeln und Reaktionen der Bevölkerung. Exemplarische Grundlage der folgenden Ausführungen stellen Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierungsparteien dar. Diese erfüllen unterschiedliche Aufgaben. Einerseits veranschaulichen sie mit ihren jeweiligen Schwerpunkten autonom verabredete Entwicklungslinien staatlicher Politik gegenüber der Bevölkerung. Zugleich verweisen sie auf unterliegende Versprechen einer wohlfahrtsstaatlichen Ordnung. Im Außenverhältnis sollen die Vereinbarungen auf eine präventive Friedenssicherung abzielen. Im Binnenverhältnis setzen sie auf ein Wachstums- und

Sicherheitsversprechen, das einem weitreichenden, aber diffusen Vorsorgeprinzip zum Schutz der alltäglichen Lebenswelt folgt. Auf beiden Ebenen ergeben sich deutliche, jedoch noch uneingelöste Legitimationserfordernisse gegenüber der Bevölkerung.<sup>1</sup> Zu diesem Thema wird in den letzten Jahren regelmäßig von einem erkennbaren Vertrauensverlust in der Bevölkerung berichtet, dem die Politik entgegenwirken soll. Mit Blick auf einschlägige Umfragen ist dieses Urteil jedoch nicht offensichtlich nachzuvollziehen. So ist etwa nach den Erhebungen der allgemeinen Bevölkerungsstudie der Sozialwissenschaften das Vertrauen zur Regierung seit 1994 sogar leicht angestiegen,<sup>2</sup> zugleich wird jedoch ihr politisches Handeln sehr deutlich kritisiert. Der Bedeutung dieser Reaktion in der Bevölkerung gehe ich weiter nach.

1 Vgl. dazu etwa Trotha 2014, S. 340ff., besonders S. 343.

2 Das Vertrauen zur Regierung in der Spanne zwischen sehr gering und sehr hoch wurde über eine Skala mit sieben Ausprägungen gemessen. Hierbei ist der Mittelwert (arithmetisches Mittel) seit 1994 leicht von 3,4, über 3,7 (2008) auf zuletzt 3,8 gestiegen. Der Median, der die Antworten in zwei Hälften trennt, lag unverändert bei 4,0.



## 2. SICHERHEITSFORDERNISSE IM KOALITIONSVERTRAG UND STAATLICHES HANDELN

Ich interpretiere im Folgenden wesentliche Ausschnitte des Koalitionsvertrages im Kontext der staatlich ausgeweiteten präventiven Sicherheitsordnung und beziehe mich besonders auf Trutz von Trotha, der zu diesem Thema auf unterschiedliche Handlungsmuster und Kontrollformen aufmerksam macht. Hierbei verweise ich auf ausgewählte Beispiele für umfassend als unsicher bezeichnete Zustandsbeschreibungen in der Gesellschaft. Sie machen zugleich sichtbar, wie die Koalition ihre krisenhafte Gegenwartsdiagnose glaubt überwinden zu können.

In diesem Stil wird gleich zu Beginn des Vertrages diagnostiziert: „im Äußeren greifen die Gegner einer liberalen Demokratie unsere Freiheit an. Autoritäre Mächte erstarken. Im Inneren ist unsere Wirtschaft in einer anhaltenden Wachstumsschwäche [...]. Zugleich stellt eine protektionistische Handelspolitik die Stabilität und Ordnung der Weltwirtschaft in Frage. Irreguläre Migration polarisiert unsere Gesellschaft.“ (KV3<sup>3</sup>) Unhinterfragt verbunden werden damit drei staatliche Handlungsaufträge: Die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe durch den weitgehend abstrakten Charakter der inneren und äußeren Gefährdung, das Ziel der vorsorgenden Überwindung der beschriebenen unsicheren Lagen und der (Wieder-)Gewinn staatlicher Handlungsspielräume. Die dazu vorgeschlagenen Interventionen sind jedoch nicht, wie zu vermuten wäre, auf die Absicherung konkret benannter Fälle ausgelegt. Sie zielen vielmehr auf die Festigung neuer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen mit besonderem Gewicht auf eine Reorganisation der Verteidigung durch die ausgeweitete Kooperation zwischen dem militärischen Sektor und der Privatwirtschaft.

Solcherart Beispiele im Vertrag veranschaulichen die grundsätzlichen Unsicherheitswahrnehmungen in unterschiedlichen Politikfeldern, die gemäß der Koalitionsvereinbarungen nur mit weitreichenden Veränderungen zu kontrollieren seien. Als Konsequenz vertritt der Vertrag sodann neue staatliche Sicherungsmaßnahmen, die die Koalition genauer positionieren sollen. Diese werden im Folgenden für die Bereiche Wirtschaft, innere und äußere Sicherheit skizziert.

### 2.1 BEISPIEL: WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Ausführungen zur Wirtschaftspolitik verweisen im Grundsatz, wie auch in einzelnen ökonomischen Feldern, auf die Notwendigkeit von Reformen. Sie versprechen auf Basis der bestehenden sozialen Marktwirtschaft, die aktuelle Stagnation zu überwinden und durch strukturelle Reformen Wachstumskräfte freizusetzen (KV 4). Hierbei setzt der Vertrag besonders auf eine verstärkte Kooperation mit der Privatwirtschaft sowie auf Investitionen durch ein 500 Milliarden Euro starkes Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität als Basis für die langfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung (KV 52).

Als Schwerpunkte einer verstärkten privaten und öffentlichen Partnerschaft und Zusammenarbeit werden besonders Investitionen im Rahmen eines Deutschlandfonds genannt (KV 4), ferner eine Zusammenarbeit im Wohnungsbau (KV 23), für die Wärmeversorgung durch den Erhalt von Gasnetzen (KV 35) oder für den internationalen Klimaschutz (KV 134). Die Bedeutung wirtschaftlicher Investitionen wird beinahe lyrisch unterstrichen. So heißt es: „Aktuelle Zahlen zeigen: Investitionen in Infrastruktur können die Wertschöpfung im Verhältnis eins zu drei steigern, das heißt: Jeder investierte Euro in Infrastruktur lässt das Bruttoinlandsprodukt um fast drei Euro steigen. Wachstum ist dabei zwingende Voraussetzung, um Wohlstand in Deutschland zu erhalten und die durch die zusätzlichen Schulden steigenden Zinszahlungen nachhaltig tragen zu können.“ (KV 52)

### Kritische Diskursanalyse

Eine Einführung



Siegfried Jäger | Margarete Jäger  
Regina Wamper | Benno Nothardt



8., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage

Edition DISS 42

erschienen im September 2024

8., vollständig überarbeitete und

aktualisierte Auflage

420 Seiten, 29,80€

ISBN: 978-3-89771-771-8

Die Kritische Diskursanalyse (KDA) versteht sich als ein Analyseverfahren, das sich an der Diskurstheorie von Michel Foucault orientiert. Sie stellt eine Methode qualitativer Sozial- und Kulturforschung dar, die in zahlreichen Disziplinen angewendet wird. Sowohl Sozial-, Sprach- und Literaturwissenschaftler\*innen als auch Medien- und Kommunikationswissenschaftler\*innen, Pädagog\*innen und Psycholog\*innen haben inzwischen mit den Vorschlägen der KDA erfolgreich Diskurse analysiert und interpretiert. Das kritische Potential, das dieses Verfahren enthält, macht es besonders geeignet, gesellschaftlich brisante Themen zu analysieren, ihre Formen und Inhalte zu problematisieren, ungerechtfertigte Wahrheitsansprüche offenzulegen, Widersprüche aufzudecken und die suggestiven Mittel diskursiver Ansprache aufzuzeigen.

Die 8. Auflage ist die erste nach dem Tod ihres Begründers Siegfried Jäger, dessen Work in Progress wir hiermit fortsetzen. Sie fußt weiterhin auf der Normalismustheorie von Jürgen Link sowie auf seinen Ausführungen zur Kollektivsymbolik. Doch wir haben die ›Werkzeugkiste‹ erweitert um neue Kapitel zur Analyse von Bildern, Online-Diskursen, TV, Spezialdiskursen, Literatur und herabsetzender Rede. Weiter verbessert haben wir die praktischen Anleitungen und Beispiele zur Anfertigung eigener Analysen.

<sup>3</sup> Abkürzung der Internetausgabe des Koalitionsvertrags in den Anmerkungen KV plus Seitenzahl der Internetausgabe.



Konkrete inhaltliche Handlungsstrategien, mit denen das geplante Sondervermögen wirksam Abhilfe bei wirtschaftlichen Problemen schaffen soll, bleiben jedoch unbestimmt. Zwar werden Investitionen in das Schienennetz (KV 26) oder für den Klima- und Transformationsfond erwähnt, ohne diese jedoch zu konkretisieren oder erhoffte Wirkungen anzugeben (KV 53). Eine zielgerichtete Verknüpfung mit regulären Ausgaben in den Investitionsfeldern (z. B. Substitution, Ergänzung) liegt nicht im Horizont der Formulierenden (KV 52). Paradoxe Weise gilt zudem: Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt (KV 51). Das Versprechen, mit mehr Geld zur Stärkung der Wirtschaftskraft beizutragen, verbleibt diffus und ist im Übrigen auch in dieser Form kaum ex post im Rahmen repräsentativer Demokratieprinzipien exakt zu evaluieren.

## 2.2 BEISPIEL: INNERE SICHERHEIT

Der Koalitionsvertrag enthält umfassende Aussagen zu inneren wie äußeren Gefährdungslagen im Land. Von außen sei die Sicherheit bedroht, wie zuletzt im Kalten Krieg (KV 125). Als leitende Diagnose zum Thema sicheres Zusammenleben, Migration, innere Sicherheit wird festgehalten: „Wir begegnen den multiplen Bedrohungen von außen und im Innern mit einer Zeitenwende in der

Inneren Sicherheit.“ (KV 82) Diese Feststellung spiegelt die klassische Argumentationsstruktur in dieser „präventiven Sicherheitsordnung“ wider: Die allgemeine Problemlage wird pauschal postuliert, die Kriterien zu deren Diagnose und darauf bezogene konkrete Handlungserfordernisse bleiben offen. So wird am Fall von Zuwanderungen und besonders hervorstechenden Formen kriminellen Handelns die Einschränkung überkommener Sicherheitsrechte angekündigt. Entsprechend wird dafür der Ausschnitt von Gewalt- und Banden-/ Clankriminalität herausgegriffen (KV 91). Auch im Bereich der Zuwanderungen geht es nicht um den realen Anstieg der Flüchtenden aus der Ukraine oder anderen Kriegs- und Hungergebieten, sondern nur noch um die zahlenmäßig wenig ins Gewicht fallende irreguläre Migration (KV 92). Mit solchen „dramatisations of evil“ werden weitere Eingriffe und Beschränkungen als folgerichtig proklamiert. Zur scheinbaren Problemlösung sollen dazu Sicherheit und Datenschutz neu austariert (KV 82), der Rückgriff auf gespeicherte Daten erleichtert (KV 82) oder Videoüberwachungen an Kriminalitätsschwerpunkten eingeführt werden (KV 89). Für die Zuwanderungen wurden im Zusammenhang mit der besonderen Betonung der irregulären Migration Zurückweisungen und Schließungen an den Grenzen verabredet (KV 93), aber auch die Einschränkung von Rechten, wie die Abschaffung des bisher verpflichtend beigestellten Rechtsbeistand vor einer vorgesehenen Abschiebung (KV 94).

Diese angesprochene Blickrichtung mit der Reaktion auf nur vage angedeutete Problemlagen ohne Rekurs auf ursächliche Bedingungen, hat primär die Funktion, die ohnehin in der Gesellschaft bestehenden Stereotype zu verstärken. Darüber hinaus sind solche Perspektiven und Äußerungen jedoch

vor allem dazu geeignet, die vermeintlich selbstverständliche Ausweitung staatlicher Kontrollmaßnahmen zu rechtfertigen.<sup>4</sup>

## 2.3 BEISPIEL: ÄUßERE SICHERHEIT

Der Hinweis auf die unsichere Lage in der Welt dient auch als Folie, um für eine massive Aufrüstung einzutreten. So heißt es zu dieser Notwendigkeit zunächst: „Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges müssen Deutschland und Europa in der Lage sein, ihre Sicherheit deutlich umfassender selbst zu gewährleisten“ (KV 125). Als Folge wird sodann mehrfach in ähnlicher Weise betont: „Die beschriebene Bedrohungslage zwingt uns mit dem Ziel der Abschreckung zur Erhöhung unserer Verteidigungsausgaben“ (KV 125) und erfordert „eine deutliche Steigerung der jährlichen Investitionen in militärische Infrastruktur“ (KV 132).

Die präventiv angelegte Zielsetzung solcher Maßnahmen mit Einbindung in die Bündnispolitik wird mehrfach unterstrichen. Im Inneren wird dazu besonders die Stärkung einer Zusammenarbeit militärischer und ziviler Arbeitsfelder geplant. Entsprechend streben die Koalitionäre an: „Durch eine Änderung der Rechtslage in der Zivilen Verteidigung ermöglichen wir Handlungsfähigkeit bereits vor dem Spannungs- und Verteidigungsfall. Die Gesamtverteidigung und insbesondere die Umsetzung des OPLAN Deutschland wird als militärische und zivile Aufgabe auf Ebene der Bundesregierung gemeinsam gesteuert und koordiniert. Die Zusammenarbeit zwischen Sicherheits-, Zivilschutzbehörden und Bundeswehr bauen wir aus. Wir beschließen zeitnah ein gutes Dachgesetz“ (KV 84).

Weitergehend ist vorgesehen, die bisher schützenden Hemmnisse für eine nun ausgedehnte Kooperation zwischen zivilem und militärischem Sektor abzubauen. Besonders erwähnt werden dabei zivile und militärische Forschungskooperationen (KV 131), eine Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschung mit der Bundeswehr (KV 79), eine abgestimmte Koordinierung und Preparednes für den Gesundheitssektor und den Rettungsdienst (KV 112) sowie für die Luftfahrtindustrie (KV 8).

Für die Absicht, die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft deutlich auszuweiten, sollen ergänzend die Möglichkeiten von strategischen staatlichen Beteiligungen im Rüstungsbereich und im Energiesektor geprüft werden (KV 54). Darüber hinaus werden auch strategische Beteiligungen des Bundes in Betracht gezogen (KV 132).

Zusammenfassend finden sich im Vertrag nur wenige konkrete Festlegungen, aber vorrangig dramatisierende Gefährdungsdiagnosen, Handlungsabsichten und Pläne, zum Teil mit erheblicher Wirkung auf die private Lebenswelt der Bevölkerung. Bezugspunkt bleibt regelmäßig die als evident unsicher postulierte Lage. Kriteriengeleitete Begründungen und Handlungslegitimationen sowie die Angabe problemlösender Ziel-Mittelrelationen und auch der politische Umsetzungsrahmen zur Wiederherstellung von Sicherheit sind

<sup>4</sup> Beide Konsequenzen wurden in der theoretischen wie empirischen Diskussion um den Umgang mit sozialen Problemen in der Gesellschaft ausführlich dokumentiert. Vgl. etwa aus der umfangreichen Literatur zusammenfassend: Groenemeyer und Wieseler (Hg.) 2008.



ausgeklammert. Eben diese Notwendigkeiten gezielt in die strategischen Überlegungen einzuklammern wird von Funk u.a. besonders betont: „Sobald man aber präventive Politik in rechtlichen Formen systematisch fordert, ist ein naives Verharren bei inhaltlichen Postulaten nicht mehr zulässig, ohne den Prozeß und die institutionelle Form, in der sie verwirklicht werden, zu bedenken.“ (Funk u.a. 1984, S. 266). Durch diese Lücken wirft der Vertrag besonders anschließende Fragen zu den Plänen und zur Einlösung des Sicherheitsversprechens in den verschiedenen Politikfeldern auf. Dies gilt ebenso im Hinblick auf die unterliegende Zielsetzung, Vertrauen der Bevölkerung in das demokratische politische System stärken zu wollen.

### 3. FAZIT

Politische Äußerungsformen, wie sie im Koalitionsvertrag sichtbar werden, sind Beispiele für die vielschichtige Beziehung zwischen Staat und Bürgern.

Mit Blick auf das präventive politische Handeln der Koalitionäre in einer als umfassend unsicher wahrgenommenen Welt stellt sich der Vertrag als eine deutende Zusammenstellung politischer Interpretationen, Regeln und emotionaler Muster dar. Diese sind staatlich nur machtförmig umsetzbar. Popitz versteht sie als „Ordnungsformen der Gewalt“ (Popitz). Mit Blick auf die sozialen Beziehungen zu den Bürgern treten systematisch strukturelle Brüche auf, die Popitz grundsätzlich in allen machtförmigen Beziehungen staatlichen Handelns identifiziert. Sie liegen im vom Individuum zu leistenden Spagat zwischen dem Vertrauen auf eine machtförmig institutionalisierte Ordnung und dem personalen Vertrauen in ihre wahrnehmbare Repräsentanz.

Denn es gelingt weder der institutionalisierten Ordnung noch den Programmen ihre eigene Legitimationsgrundlage, nämlich den „Willen der Bevölkerung“, zu reflektieren und abzubilden. Vielmehr verbleibt die Politik verankert in ihrem Selbstbild, nämlich die allgemein bedeutsamen Problemsichten der Bevölkerung in ihrem Handeln zu adressieren. Ohne ihre Bindung an eigene Erfordernisse der Abstimmung, Kompromissfindung, Interessengebundenheiten und systematische Verfahrenszwänge realisieren zu können, wird die politisch institutionelle Sprache diffuser Verallgemeinerungen fast zum Zwang von Parteikoalitionen. Entsprechend beschwört der Text des Koalitionsvertrages dazu typischerweise das Ganze der Gesellschaft immer wieder und dringt iterierend auf die einheitliche Zustimmung zu „unserer Demokratie“<sup>5</sup> (KV 1 bis KV 132).

So stehen die als selbstverständlich vorausgesetzten Muster institutionalisierten Vertrauens in Differenz zum personalisierten Vertrauen mit je eigenen Problemsichten in der Bevölkerung. Die Person ist dabei bemüht, ihre Lebensführung und ihr Handeln nach eigenen Maßstäben zu gestalten mit systematischen Brüchen zu den politisch institutionellen Politikformen. Zwei Besonderheiten gesellschaftlicher Ent-

wicklung befördern Verschärfungen zwischen dem institutionellen Vertrauen und dem personalen, von Giddens als „gesichtsabhängig“ bezeichnetem Muster.<sup>6</sup> Zum einen wirken gesellschaftliche Differenzierungsvorgänge auf die Stärkung eines besonderen Strukturtyps hin, der als funktionaler Individualismus bezeichnet wird. Er besagt, dass die Menschen tendenziell unabhängiger von sozialstrukturellen, institutionellen und organisatorischen Vorgaben werden und dass sie Prinzipien ihrer Lebensführung mit individuellen, Inhalten, Prioritäten und Erfordernissen belegen. Konsequenz dieser Entwicklung ist so zum anderen, dass die in politische Programme gegossenen allgemeinen Regelungen weniger genau und selektiv die individuellen Problemsichten der Bürger treffen können. Diese Differenz zwischen individuellen und politischen Präferenzen löst den aktuellen Vorwurf aus, die jeweils besondere Lage des Einzelnen werde in den prinzipiell pauschalen Aussagen und Zielen schlicht übergegangen.

Darüber wird es politischen Profiteuren erleichtert, auf den Gewinn personalisierten Vertrauens ganz im Sinne einer „sich ausweitenden Rückkopplungsschleife“ (Sack) zu setzen und dieses gegen institutionalisiertes Vertrauen auszu spielen. Dies gelingt vor allem durch ausgeprägte Bezüge auf überkommene Stereotype personaler Autorität. Empirisch ist festzuhalten, dass dieses Muster durchgängig unter gesellschaftlich benachteiligten Verhältnissen auf Resonanz stößt. Die Frage bleibt abzuwarten, ob charismatische Populisten auf Dauer hinreichend Gefolgschaft für die dazu notwendigen Brüche institutioneller Ordnungsformen finden.

Peter Höhmann, promovierter Sozialwissenschaftler und Oberkirchenrat i.R., ist Mitglied im AK Gesellschaftstheorie im DISS

### LITERATUR

- CDU, CSU, SPD 2025: Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, Internet.
- Funk, Albrecht / Haupt, Heinz Gerhard / Narr, Wolf-Dieter / Werkentin, Falco 1984: Verrechtlichung und Verdrängung, Opladen.
- Giddens, Anthony 1996: Konsequenzen der Moderne, Frankfurt am Main.
- Groenemeyer, Axel / Wieseler, Silvia (Hg.) 2008: Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle, Wiesbaden.
- Popitz, Heinrich 1986: Phänomene der Macht, Tübingen.
- v. Trotha, Trutz 2014: Das Problem der Gewalt, der globale Aufstieg der Heterarchie und die präventive Sicherheitsordnung, in: Hans Hoch / Peter Zoche (Hg.): Sicherheiten und Unsicherheiten, Berlin, S. 131-15.

5 In Ergänzung hat Trutz von Trotha (2014) entsprechende Mechanismen und Konsequenzen in der Gesellschaft kritisiert. Er schreibt von der enger werdenden Verflechtung von Staat und Wirtschaft mit der Folge einer zentralistischen Hierarchisierung gegenüber den Bürgern.

6 Dazu ausführlich als Konsequenz der Moderne: Giddens 1996 (Abschnitt III).



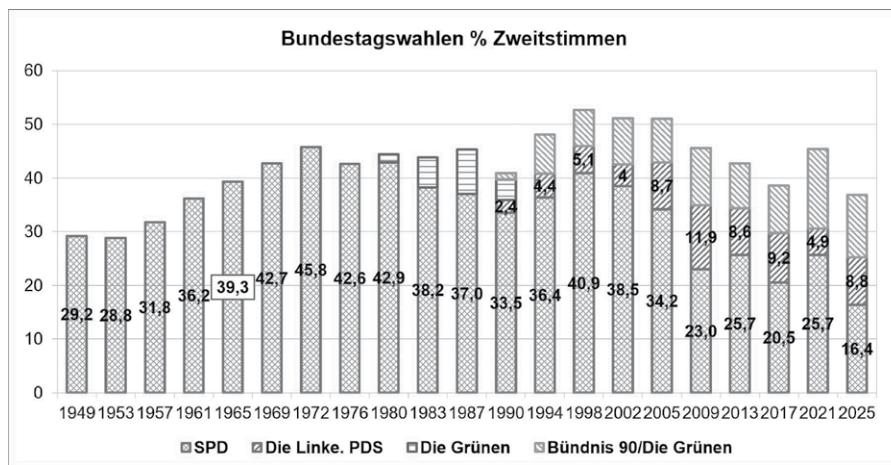
# Zur Krise der Sozialdemokratie

## AKTUELLE PROBLEME EINES SOZIALISTISCHEN REFORMISMUS

Von Wilfried Schollenberger

### ANLASS<sup>1</sup>

Vor 50 Jahren, am 14. November 1975, hat die SPD auf ihrem Mannheimer Parteitag einen „ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 - 1985“ verabschiedet.<sup>2</sup> In der Geschichte der SPD war es der letzte Versuch, ein konkretes mittelfristiges gesellschaftspolitisches Reformprojekt zu formulieren. Und es war die Zeit ihrer besten Wahlergebnisse auf Bundesebene.



Quelle: [\(eigene Aufbereitung\)](https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692)

Spätestens mit dem Ende der Regierung Schmidt im Oktober 1982 und der Wahlniederlage im darauffolgenden Jahr war dieses Projekt gescheitert und wurde so nie wieder aufgegriffen. M.E. ist in der folgenden Entwicklung von Ideologie und Praxis der Partei die wichtigste Ursache für ihren tendenziell unaufhaltsamen Abstieg zu finden und das Zwischenhoch der Ära Schröder weniger einer Leistung der Partei als dem Niedergang der Kohl-Regierung und der Schwäche der CDU danach zu verdanken.

Im Folgenden will ich deshalb den Orientierungsrahmen '85 historisch einordnen und fragen, was wir heute noch daraus lernen können.

### WORUM GEHT'S?

Nach den Erfahrungen mit der russischen Oktober-Revolution und dem „real existierenden Sozialismus“ erschien ein sozialistischer oder sozialdemokratischer Reformismus

Vielen lange Zeit der richtige Weg zur schrittweisen Überwindung kapitalistischer Verhältnisse und kapitalistischer Herrschaft zu sein.<sup>3</sup> Davon ist heute nichts mehr übrig. Selbst dort, wo Sozialdemokraten oder Sozialisten an der Regierung sind, ist von Reformen, die Kapitalmacht in ihrer Substanz einschränken würden, nichts zu finden.

Dieser Niedergang des sozialistischen oder sozialdemokratischen Reformismus lässt sich in allen entwickelten kapitalistischen Ländern beobachten. Daran ändern auch einzelne temporäre Ausreißer nichts. Jedes Land hat unter diesem Aspekt seine eigene Geschichte, was eine Gesamtschau ausgesprochen komplex, unübersichtlich und schwierig macht. Deshalb möchte ich mich hier auf (West-)Deutschland fokussieren und dabei m.E. wichtige Aspekte der jeweils zeitgenössischen Kritik aufgreifen, aber auch auf Aspekte eingehen, deren Bedeutung erst mit größerem Abstand deutlich wird.

### SOZALLIBERALER AUFBRUCH

In der BRD entstand mit den sozialliberalen Koalitionen eine besondere Situation, die zu zahlreichen gesellschaftlichen Reformen führte und gleichzeitig von rechts und links grundsätzlich kritisiert wurde. Bevor ich mich hier auf das Klassenverhältnis konzentriere, möchte ich darauf hinweisen, dass auch bei vielen anderen Themen, u.a. Strafrecht, Familienrecht, Scheidungsrecht, Abtreibung, Bildung und Bildungsförderung, große Fortschritte erreicht wurden.

Die sozialliberale Koalition erforderte von beiden Parteien große programmatische Anstrengungen, um das Regierungshandeln innerparteilich zu legitimieren:

- Die FDP entwickelte mit ihren auf dem Parteitag im Oktober 1971 beschlossenen „Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik“ Grundsätze eines „sozialen Liberalismus“, den sie als neue Phase der Demokratisierung und Liberalisierung „im ursprünglichen und nicht dem heute oft missbrauchten Sinne dieser Worte“ verstand.

1 Der folgende Artikel ist die Kurzfassung eines längeren Aufsatzes. Die Langfassung steht in meiner Cloud: <https://magentacloud.de/s/gtdYQHzTZb39zRc>.

2 Vgl. von Oertzen u.a. 1975; alle Seitenangaben ohne Quelle beziehen sich auf diese Veröffentlichung.

3 Dabei geht es der SPD spätestens seit dem Godesberger Programm 1959 ausdrücklich nicht um eine Abschaffung der Lohnarbeit als gesellschaftliches Verhältnis oder eine prinzipielle Kritik der Kapitalakkumulation in privater Hand. Für mein Verständnis von sozialistischem Reformismus ist das aber noch kein Problem, weil neue Verhältnisse auch neue Perspektiven und Möglichkeiten hervorbringen. Es reicht, wenn die Richtung der nächsten Schritte stimmt.



Themen waren Eigentumsordnung, Vermögensbildung, Mitbestimmung und Umweltpolitik.

- Die SPD tat sich erheblich schwerer: Während die Parteiführung in der Mehrheit, aus der großen Koalition mit der CDU/CSU kommend, eine „pragmatische Regierung“ anstrebte, gab es insbesondere unter den für den Wahlkampf wichtigen Jungsozialisten grundsätzliche Diskussionen und Forderungen. Der These vom „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Stamokap) folgend hielten viele eine Vergesellschaftung der Großbanken und großen Industriekonzerne für notwendig. Mit dem „Orientierungsrahmen“ sollte das Godesberger Programm so konkretisiert werden, dass diese Positionen durch die Festlegung auf einen sehr langfristig angelegten „Reformgradualismus“ ausgeschlossen werden.<sup>4</sup>

Wie umstritten der Orientierungsrahmen war, zeigen u.a. zwei Minderheitsvoten aus der Antragskommission. Eines forderte eine „umfassende wirtschaftliche Rahmenplanung“, deren Zielgrößen zwar „für die einzelnen Unternehmen nicht absolut verbindlich sein“ könnten, deren Einhaltung aber mit „den angegebenen Instrumenten der Investitionslenkung, in besonderen Fällen [...] durch Investitionsverbote zu gewährleisten“ (S. 344)<sup>5</sup> sei. Das zweite forderte die Überführung von Banken, Versicherungskonzernen sowie markt- und wirtschaftsbeherrschender Industriekonzerne „in Formen öffentlichen Eigentums unter demokratischer Kontrolle“. Beide wurden im Plenum abgelehnt.

Von außen und links kritisierend, kommen Siegfried Heimann und Bodo Zeuner zu dem Schluss, dass sich die SPD-Politik von einer „verbal-reformistischen zu einer unverhüllt kapital-integrationistischen“ entwickelt habe.<sup>6</sup> An anderer Stelle meint Zeuner, „dass sich die SPD objektiv und subjektiv von einer reformistischen Partei der Arbeiterklasse zu einer über den Klassen stehenden Partei des sozialen Friedens fortentwickelt“ habe.<sup>7</sup> Beides stimmt! Wobei der Gegensatz „verbal-reformistisch“ vs. „kapital-integrationistisch“ im Orientierungsrahmen dadurch aufgelöst wird, dass die Kapitaleigentümer als mächtige (!) Gegner dieses Projekts ‚wegfabuliert‘ werden.<sup>8</sup>

#### VOM SOZIALISTISCHEN REFORMISMUS ZUR SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT

Damit sind wir beim Kern der zeitgenössischen grundsätzlichen Kritik an diesem Text. Von links: Es fehlt das Bewusstsein, dass reale, artikulierte Klassenmacht notwendig ist, um

diesen Weg der Reformen zu stützen. Es fehlt (nicht ganz, aber) weitgehend eine Vorstellung, wie realer Kapitalmacht durch gesellschaftlich wirksames Handeln zu begegnen wäre. Von rechts: Aus dem Satz, „bei dem hohen Grad der internationalen Wirtschaftsverflechtung lassen sich die Probleme der ökonomischen Entwicklung durch Maßnahmen allein auf nationalstaatlicher Ebene nicht mehr lösen“ (S. 26), werden keine realistischen Konsequenzen für die Möglichkeiten und Grenzen sozialdemokratischer Politik gezogen.<sup>9</sup>

In der SPD-Linken hatte dieses Programm keine kritischen Unterstützer. Die „Stamokap-Linken“ in der SPD stellten in den „Herforder Thesen“ von 1977 fest: „Die mit der Rezession 1966/67 einsetzende krisenhafte Entwicklung in der BRD ist der offenkundige und für die Lohnabhängigen schmerzhafte Beweis dafür, dass stetiges Wachstum bei Preisstabilität und Vollbeschäftigung sowie außenwirtschaftlichem Gleichgewicht in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht als Normalzustand zu erreichen ist“.<sup>10</sup> Ihr Problem: Für die geforderte Vergesellschaftung von Banken und Groß-Unternehmen gab es weder in der Partei noch in der Gesellschaft die Hoffnung auf eine demokratische Mehrheit.

In gewisser Weise trafen sich die Auffassungen der SPD-Linken und der SPD-Führung, als der Kanzlerkandidat von 1990, Oskar Lafontaine, 1988 festzustellen meinte: „Seit längerer Zeit liegt auch den wirtschaftlichen Transaktionen die steigende Tendenz zugrunde, nicht nur die jeweiligen nationalstaatlichen Rahmen zu sprengen, sondern sich der Kontrolle durch die nationale Politik schlechthin zu entziehen und somit die wirtschaftliche Souveränität der Nationalstaaten zu untergraben.“<sup>11</sup> Ohne Aussicht, eine „Vergesellschaftung“ in naher Zukunft durchsetzen zu können, blieb niemand übrig, der die Entwicklung zu einem neuen Leitbild sozialdemokratischer Tagespolitik, „funktionierender Sozialstaat und kluge Lösungen für Sachfragen“, in Frage stellen konnte oder wollte.

In der nächsten Runde formulierten Tony Blair und Gerhard Schröder 1999 ein für die Sozialdemokratie neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“: „In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt“. (Zumindest in der BRD traf diese Behauptung für die SPD zu keiner Zeit zu.) „Sozialdemokraten müssen den wachsenden Anforderungen an die Flexibilität gerecht werden und gleichzeitig soziale Mindestnormen aufrechterhalten, Familien bei der Bewältigung des Wandels helfen und Chancen für die eröffnen, die nicht Schritt halten können.“ Der Text

4 Vgl. Heimann / Zeuner 1974.

5 Vgl. die Debatte ab S. 228.

6 Heimann / Zeuner 1974, S. 129. Sie beziehen sich in ihrem Beitrag auf einen älteren Aufsatz von Peter von Oertzen 1974: Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Inhaltlich passt das aber auch auf den Orientierungsrahmen.

7 Zeuner 1977, S. 9.

8 „Dabei sollte für uns die Einsicht maßgebend sein, dass gegenüber einem Staat, der seine Koordinationsmängel überwindet, der weiß, was er wirtschaftspolitisch will, und der sein Instrumentarium konsequent und wirksam einzusetzen vermag, nur wenige Unternehmen noch geneigt sein werden, Kooperation und Verständigung zu vermeiden.“ (S. 55 – im Schwerpunktbereich: Modernisierung der Wirtschaft)

9 Die finden wir 13 Jahre später bei Lafontaine – siehe unten.

10 Herforder Thesen 1978, S. 54.

11 Lafontaine 1988, S. 162.



selbst wurde zwar offiziell abgelehnt,<sup>12</sup> seine Ausrichtung wurde aber vollständig in der praktischen Politik und im neuen Parteiprogramm 2007 übernommen.

Auch die jüngste ideologische Entwicklung der SPD-„Linke“ stellt nicht den Fokus auf Chancengerechtigkeit in Frage, sondern kritisiert ihre Verletzung durch Vermögensungleichheit und Erben, was als „leistungsloses Einkommen“ besonders leicht angreifbar ist, ohne die Ideologie der „Leistungsgesellschaft“ grundsätzlich in Frage zu stellen.

## ANSÄTZE ZUR REKONSTRUKTION EINES SOZIALENDOKRATISCHEN REFORMISMUS

Vor diesem Hintergrund gibt es keine Blaupause, die man einfach in die politischen Debatten wieder einführen könnte, um eine Strategie zur Überwindung kapitalistischer Herrschaft oder die Grundsätze eines alternativen Wirtschaftssystems zu entwickeln. Aber die Fragestellungen von damals und die Art, wie sie entwickelt wurden, sind m.E. auch heute noch relevant, wenn man sich mit der Überwindung von Zwängen und Grenzen kapitalistischer Gesellschaften auseinander setzen will. Dabei will ich mich hier auf die Aspekte konzentrieren, die m.E. ungerechtfertigterweise in Vergessenheit geraten sind.

Der Orientierungsrahmen beginnt mit einer Konkretisierung der „Ziele des demokratischen Sozialismus“ und kommt dann zur Klärung der Bedingungen und des Bezugsrahmens für sozialdemokratische Politik mit konkreten programmatischen Konsequenzen. Im dritten Teil geht es um die Durchsetzung dieser Politik als Aufgabe der Partei mit Überlegungen zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewusstsein der Bürger und der Rolle der Partei bei der Verankerung einer langfristigen sozialdemokratischen Orientierung in der Bevölkerung. Im vierten Teil werden sechs Schwerpunktbereiche identifiziert und erläutert.

### DIE ZIELE DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS

Im ersten Teil konkretisiert der Beschluss die Ziele unter dem Begriff „demokratischer Sozialismus“. Dabei fallen vor dem Hintergrund aktueller sozialdemokratischer Diskurse vor allem vier Aspekte auf:

1. Der Solidaritätsbegriff: „Solidarität kommt besonders im Zusammenhalt von Gruppen zum Ausdruck, deren Angehörige gemeinsam gegen Abhängigkeiten und Benachteiligungen zu kämpfen haben. Solidarität ist jedoch mehr als die Summe von Einzelinteressen [...] Solidarität drückt die Erfahrung und die Einsicht aus, dass wir als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben können, wenn wir uns füreinander verantwortlich fühlen und einander helfen.“(S. 6)
2. Der Gestaltungsanspruch: „Die gesellschaftliche Ordnung der Gegenwart ist in allen Ländern durch den Widerspruch gekennzeichnet zwischen dem, was den Menschen wirtschaftlich, sozial, politisch und geistig möglich wäre, und dem, was sie aus diesen Möglichkeiten machen.“(S. 7) „Diese Probleme sind nicht naturge-

geben, sondern von Menschen selbst erzeugt und daher auch grundsätzlich lösbar.“(S. 8)

3. Eine Kritik der „Leistungsgesellschaft“: „Der herkömmliche Leistungsbegriff engt die Möglichkeiten menschlicher Selbstverwirklichung und Lebenserfüllung ein. Er berücksichtigt ausschließlich ziel- und zweckgerichtetes Verhalten [...] Ohne Lebensgenuss und Bildung, ohne Freundschaft und Liebe, ohne das Streben nach Wahrheit [...] ist menschliches Leben sinnlos.“ (S. 10)
4. „Gesellschaftliche Selbstbestimmung lässt sich freilich ohne aktive Anteilnahme und Selbstverantwortung der Menschen nicht verwirklichen. Die Politik des demokratischen Sozialismus ist durch staatliche Maßnahmen und durch die Partei allein nicht durchzusetzen.“ (S. 13)

Insgesamt wird sozialdemokratische Politik als gemeinsames gesellschaftlich wirksames Handeln verstanden, das weit über Politik im engeren Sinn hinausreicht. Die im letzten Bundestagswahlkampf plakatierte Serie „Politik für Dich“ transportierte dagegen m.E. ziemlich genau das Gegenteil:



Die Partei übernimmt die Verantwortung für „meine“ Wünsche, und über die Partei sollen diese Ziele erreicht werden

- Mitglied werden.
- Bin ich gemeint, oder werden andere adressiert?
- Wenn ich mich gemeint fühle: Reicht mir, was die Partei als Ziel formuliert?
- Und warum hat die Regierungspartei das nicht schon längst durchgesetzt oder zumindest deutlich sichtbar durchzusetzen versucht?

Im Orientierungsrahmen wird dagegen das Spannungsverhältnis zwischen dem angestrebten guten, „normalen“ (nicht normierten!) Leben und dem dazu notwendigen gesellschaftlichen Engagement schon bei der Beschreibung der Ziele thematisiert.

Der Kompromisscharakter des Parteitagsbeschlusses führt auch zur Betonung seiner größten Schwäche, wenn gleich zu Beginn festgestellt wird: „Die Entscheidung für den Sozialismus kann unterschiedlich begründet werden. Die Übereinstimmung demokratischer Sozialisten wurzelt nicht in einer religiösen, philosophischen oder wissenschaftlichen Anschauung, sondern in gleichen politischen Zielen, die auf gemeinsamen sittlichen Werten beruhen.“(S. 6) Wie Mearsheimer und Rosato so schön formulieren: „Ein Staat ist dann



vernünftig, wenn die Ansichten seiner wichtigsten Entscheidungsträger in einem Beratungsprozess zusammengetragen werden und die endgültige Politik auf einer glaubwürdigen Theorie basiert.“<sup>13</sup> „Vernünftiges“ politisches Handeln ist ohne ein gemeinsames Verständnis der Realität (Theorie) nicht möglich – mal ganz davon abgesehen, dass Wissenschaft und wissenschaftliche Debatten durch so etwas wie „wissenschaftliche Anschauung“ entwertet werden.

### BEDINGUNGEN UND BEZUGSRAHMEN

Im zweiten Teil werden die Ablehnung von umfassender Vergesellschaftung der Produktionsmittel und staatlicher Planwirtschaft begründet. Kurz: In der UdSSR und der DDR läuft es nicht grundsätzlich besser, obwohl keine Kapitalisten Profitinteressen durchsetzen.

Kritisch und differenziert werden die Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Überwindung der Defizite kapitalistischer Marktwirtschaften dargestellt. Dabei wird offen thematisiert, dass die bekannten Instrumente nicht ausreichen um „gesellschaftlich erwünschte Ergebnisse mit vertretbaren gesellschaftlichen Kosten“ zu erreichen (S. 16).

Konkret setzt die SPD auf zwei Prinzipien:

- eine echte paritätische Mitbestimmung in den (größeren) Unternehmen mit Einigungzwang - analog zu den Freiburger Thesen der FDP, aber mit Beteiligung der Gewerkschaften als Vertreter unternehmensexterner Interessen,
- eine entwickelte staatliche Planung und Investitionslenkung für qualitativ wünschenswertes Wachstum und eine aktive regionale Strukturpolitik.

Probleme und Zielkonflikte werden thematisiert, Lösungswege benannt oder als Forschungsaufgabe in Aussicht gestellt.

Als oberste Priorität wird die Sicherung der Vollbeschäftigung genannt. Themen wie „Wettbewerbsfähigkeit“ von Standorten sucht man vergebens. Das war damals keine Kategorie, in der man dachte. Im Fokus standen die Unternehmen und die Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere sektoral und regional.

Auch hier wird betont, dass sich staatliches Handeln und gesellschaftliches Engagement ergänzen müssen. „Ohne gesellschaftliche Strukturreformen, die die Fähigkeiten und Bereitschaft der Gesellschaft zur Selbstregulierung und zur Selbsthilfe nutzen und stärken, droht uns eine Entwicklung, in der wachsende, lähmende soziale Konflikte nur noch durch den Staat reguliert werden können, der zur Durchsetzung seiner Ziele eines wachsenden Apparats bedarf.“ (S. 27)

### DURCHSETZUNG ALS AUFGABE DER PARTEI

Im dritten Teil wird eine innerparteiliche Debatte, die unter dem Titel „Doppelstrategie“ geführt wurde, geklärt. Dabei ging es strategisch um die Frage, ob Gliederungen (Jusos) öffentlich für Inhalte, die von der Partei aktuell nicht verfolgt werden, werben und so Druck für Veränderungen (Vergesellschaftung) ausüben. Dies wurde abgelehnt. Akzeptiert wurde aber, dass die Partei an der Basis wichtige Rollen in der innerparteilichen Willensbildung und im Dialog mit der Gesellschaft ausfüllen muss.

Betont wird die „langfristige politische Orientierung“, die die Partei anbieten und zu der eine politische Strategie als Ergebnis von Vermittlungsprozessen auf allen Ebenen der Parteiorganisation und zur Verarbeitung von „Basisforderungen“ entwickelt werden muss: „Vertrauensarbeit“. Ein imperatives Mandat wird abgelehnt, aber von Amts- und Mandatsträgern wird die Disziplin und Geschlossenheit im Auftreten nach außen erwartet, dass sie ihre Entscheidungen an dieser langfristigen Zielorientierung ausrichten.

### ERFAHRUNGEN

Die SPD verlor 1982 mit ihrem Koalitionspartner für lange Zeit die Beteiligung an einer Bundesregierung. Aber auch ihr Ziel Vollbeschäftigung hat sie krachend verfehlt: Die Zahl der Arbeitslosen von 1,1 Mio. (4,7%) konnte bis 1980 kaum reduziert werden (0,9 Mio.) und stieg dann rasant auf 1,8 Mio. (7,5%) im Jahr 1982.<sup>14</sup>

Für Kritiker von links wie von rechts war damit dieses Reformprojekt krachend gescheitert. Zwar könnte man argumentieren, dass der Koalitionspartner FDP den Orientierungsrahmen von Anfang an kritisiert und abgelehnt hatte. Aber dann hätte eine erfolgreiche Parteiarbeit für mehr Zustimmung in der Bevölkerung sorgen müssen.

Trotzdem lohnt m.E. der Versuch einer „immanenten Kritik“, auch wenn sie das Scheitern nicht vollständig erklären kann.

### KEINE PARITÄTISCHE MITBESTIMMUNG

Zunächst ist festzuhalten, dass die ursprünglich von beiden Parteien geplante paritätische Mitbestimmung im Gesetzgebungsverfahren zugunsten der Aktionäre aufgegeben wurde. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats muss aus den Vertretern der Eigentümer gewählt werden und hat bei Stimmengleichheit eine zweite Stimme. Damit verkommt die „Mitbestimmung“ auf Unternehmensebene zu einem Recht auf Anhörung und Beratung.

Die schon im Orientierungsrahmen problematisierte „Lenkung“ von Wirtschaftsaktivitäten trifft dann nicht mehr auf potentiell kooperative, weil mitbestimmte, Unternehmen,

13 Mearsheimer / Rosato 2023, S. 2. Im Original: „A state is rational if the views of its key decision makers are aggregated through a deliberative process and the final policy is based on a credible theory.“

14 Die Kohl-Regierung lebte dann bis zum Mauerfall mit Arbeitslosenzahlen über 2,2 Mio., konnte das aber ideologisch anders verarbeiten.

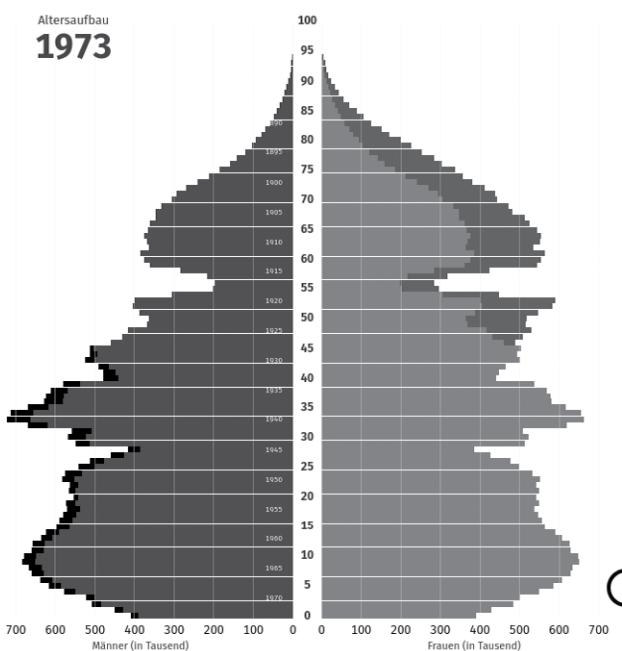


sondern auf Eigentümer, die ihre Interessen autonom verfolgen können.

Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen mit dem VW-Konzern, in dem die Vertreter des Landes Niedersachsen zusammen mit den Beschäftigtenvertretern die Mehrheit im Aufsichtsrat stellen, die praktischen Grenzen dieses Konstrukts. Im deutschen Aktienrecht ist es gerade nicht die Aufgabe des Aufsichtsrats, strategische Grundsatzentscheidungen zu treffen oder gar in das Handeln des Vorstands direkt einzutreten.

## PLANUNGSFEHLER

Möglicherweise gravierender war aber ein Fehler in der Wahrnehmung und den Prognosen. In ihrem Orientierungsrahmen meint die SPD: „Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen wird weiterhin leicht sinken.“ (S. 29) Das hätte man 1975 besser wissen können. Ein Blick auf die Altersverteilung im „Statistischen Jahrbuch“ von 1975 zeigt, dass sich in den folgenden Jahren das Verhältnis von Berufseinstiegern zu Berufsabgängern (Neu-Rentner) dramatisch verändern wird.



Quelle: Statistisches Jahrbuch 1975 ; hier alternativ:  
<https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/index.html#y=1973&v=2>

Während bei einem Renteneintrittsalter von 65 Jahren bei Männern und 60 Jahren bei Frauen bis 1979 noch eine relativ hohe Zahl von Neurentnern zu erwarten war, sind die folgenden Jahrgänge durch den Geburtenausfall im 1. Weltkrieg deutlich unterbesetzt. Gleichzeitig war abzusehen, dass immer größere Jahrgänge neu auf den Arbeitsmarkt kommen würden, woran die verlängerte durchschnittliche Ausbildungszeit durch die verlängerte Schulzeit und den steigenden Akademikeranteil nur wenig ändern würde.

In dieser Situation hätte man eine Diskussion darüber erwarten können, welche (qualitativ) Produktionskapazitäten

auf- und ausgebaut werden können und müssen, um die wachsenden Bedürfnisse der zahlreicher werdenden jungen Erwachsenen zu befriedigen und ihnen gleichzeitig die Beschäftigung zu sichern. Eine vorausschauende Politik hätte dafür sorgen müssen, dass an den richtigen Stellen rechtzeitig investiert wird. Davon war aber nichts zu erkennen.

## NEUE SOZIALE BEWEGUNGEN

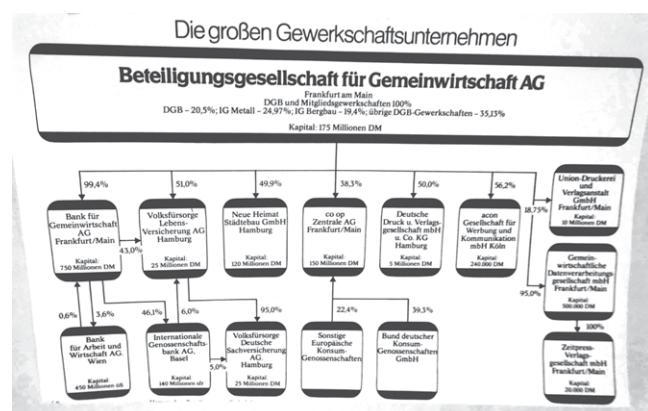
Der sozialistische Reformismus hatte aber auch aus einem anderen Grund einen schweren Stand: Politisch aktive Bürger setzten andere Themen auf die Tagesordnung. Als Großkonflikte bleiben die Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung und die Stationierung atomar bestückter Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper („NATO-Nachrüstung“) in Erinnerung.

Die neuen sozialen Bewegungen der späten siebziger und achtziger Jahre zielten in ihrer Kritik auf Industrialismus und Militarismus, gleich welcher gesellschaftlichen Provenienz. Sie waren technik- und wachstumskritisch und stellten die verberuflichte, arbeitsteilige Industriearbeit ebenso wie die Bindung des Einkommens an Beruf und Lohnarbeit prinzipiell in Frage. Damit gab es aber auch nichts mehr zu reformieren und zu gestalten. Ein Indikator: Von 1979 bis 1982 fiel der Anteil der unter 25-Jährigen an den Gewerkschaftsmitgliedern von 17,5% auf 15,2%.<sup>15</sup>

Damit hatte das als „Vertrauensarbeit“ anzustrebende Verhältnis von Parteimitgliedern an der Basis und interessierter Bevölkerung für die Strategie des demokratischen Sozialismus auf beiden Seiten seine Beteiligten verloren. Es gab schlicht andere Themen.

## BGAG-BETEILIGUNGSGESELLSCHAFT DER GEWERKSCHAFTEN

Zumindest für „geschichtsbewusste“ Teilnehmer wird die Debatte um mitbestimmte und gemeinwirtschaftliche Unternehmen auch durch den Untergang zahlreicher gewerkschaftseigener Unternehmen erschwert.



Die großen Gewerkschaftsunternehmen (Stand 1979); Quelle:  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Beteiligungsgesellschaft\\_der\\_Gewerkschaften](https://de.wikipedia.org/wiki/Beteiligungsgesellschaft_der_Gewerkschaften)

Der über Jahrzehnte erfolgreiche Versuch, gemeinwohlorientierte Unternehmen aufzubauen ist im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts grandios gescheitert. Heute



ist fast nichts mehr davon übrig. Am bekanntesten ist der Untergang des Bau- und Wohnungsunternehmens „Neue Heimat“. Er wurde nie unter dem Gesichtspunkt, was strukturell falsch gelaufen ist und wie diese Entwicklung hätte verhindert werden können, aufgearbeitet.

## LEHREN

Es gibt also gute Gründe, dass sich die SPD entwickelt hat, wie sie sich entwickelt hat, von einer „kapital-integrationistischen“ Ideologie, die strukturell wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen im Interesse der Mehrheit, d.h. der abhängig Beschäftigten, vorantreiben wollte, zu einer Ideologie, die versucht, Armutsbekämpfung (Sozialstaat, Teilhabe), Aufstiegsförderung (Bildung) und allgemein „kluge Politik“ (Umwelt, öffentliche Daseinsvorsorge) zu verbinden. Dabei kann jede Genossin und jeder Genosse sein eigenes Steckenpferd reiten. Im Ergebnis wurde aus einer Partei, die rund eine Million Mitglieder vereinigte und Wahlergebnisse von über 40% erzielte, ein Verein, in dem knapp 400.000 Genossinnen und Genossen, davon die Hälfte über 60 Jahre alt, um Wahlergebnisse von oft weit unter 20% kämpfen.

Vor diesem Hintergrund fällt es zugegebenermaßen schwer, sich eine Entwicklung der SPD zu einer Partei vorzustellen, die Wünsche der Bevölkerung nicht nur abfragt und auf das für „machbar“ gehaltene Maß kanalisiert, sondern selbst eine Orientierung für einen Aufbruch in eine bessere Gesellschaft entwickelt. Aber wenn Wirtschaft und (Sozial-)Staat wieder als in einer existenziellen Krise wahrgenommen werden, lassen sich auch wieder Fragen und Ansprüche formulieren, die bisher als abwegig abgetan wurden.

Und wenn Politikerinnen und Politiker der SPD sich nicht weiter innerparteilich um eine sinkende Anzahl an Mandaten und Jobs streiten wollen, gibt es vielleicht Ansatzpunkte für grundsätzliche Korrekturen in der real existierenden Partei - ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

1. Die Zielgruppen: Der Orientierungsrahmen thematisierte und adressierte nicht die „hart arbeitenden Menschen“, es sind die gut leben Wollenden, die etwas dafür tun müssen, dass sie weiterhin gut leben: zusammenstehen und sich nicht in Interessengruppen auseinanderdividieren lassen.
2. Eine Kritik der „Leistungsgesellschaft“: Individueller Erfolg ist immer das Ergebnis von eigenen Anstrengungen und glücklichen Zufällen. Aber für ein „gutes und erfülltes Leben“ ist die gesellschaftliche und materielle Umwelt viel wichtiger als der individuelle Erfolg. Und dafür kann man auch, wie die SPD in ihrem Wahlprogramm 1972, Steuer- und Abgabenerhöhungen ankündigen und durchsetzen.
3. Auch wenn es nach der Globalisierung mit allen möglichen Regelungen aus der WTO, der EU und den Investitionsschutzabkommen schwieriger wird, sollte eine sozialdemokratische Partei den Anspruch, Kapitalmacht durch Mitbestimmung und Auflagen zu brechen, nicht aufgeben. Der Orientierungsrahmen betont hier die internationale Kooperation der sozialistischen Parteien und das Interesse auch der Multis an stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. China zeigt, das

ausländische Investitionen durchaus mit starken Auflagen verbunden werden können.

4. Die weitere ideologische Entwicklung der SPD war m.E. auch schwer aufzuhalten, weil die verschiedenen Lager nicht bereit waren, über ihre Wahrnehmung von Wirtschaft und Gesellschaft auf einer wissenschaftlichen Ebene, theoretisch und empirisch, zu diskutieren. Auch ohne eine volle Übereinstimmung zu erreichen, hätte eine vertiefte Debatte über eine gesellschaftstheoretische Begründung des Orientierungsrahmens m.E. die schnelle Abkehr von seinen Grundsätzen zumindest erschwert.
5. Verglichen mit 1975 heißt die neue Herausforderung: Transformation zu ökologisch verträglichen Lebens- und Produktionsformen. Diese Debatte muss konstruktiv, konkret und zielorientiert geführt werden. Die Parole „der Wissenschaft folgen“ (Fridays for Future) beantwortet nicht die Frage: „welcher Wissenschaft folgen?“.
6. Grundsätzliche gesellschaftliche und ökologische Probleme können nicht allein durch eine kluge Politik der Partei gelöst werden. Es braucht immer eine gesellschaftlichen Mobilisierung. Dabei muss die Partei mutig genug sein, eine gesellschaftspolitische Orientierung zu entwickeln, zu propagieren und zu leben! Aufgabe der Partei ist es dabei auch, die Ohnmachtsthese zumindest zu hinterfragen und Ressourcen für Gegenmacht aufzuzeigen.
7. M.E. ungelöst ist die Frage, wie staatliche oder demokratische Planung in einem politisch umkämpften Umfeld funktionieren kann. Gerade in den späten 1970er Jahren war die SPD damit nicht besonders erfolgreich. Auch die praktischen Erfahrungen mit der Mitbestimmung und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen (Stichwort: Neue Heimat) bedürfen noch der kritischen Aufarbeitung. Grundsätzlich sollten alle größeren Projekte im Rahmen einer wissenschaftlichen Begleitforschung evaluiert und ggf. korrigiert werden.
8. Die Friedenspolitik und Weltordnung war schon 1975 ein wichtiges Thema, und die Erfahrungen aus den ersten 45 Nachkriegsjahren dürfen nicht in Vergessenheit geraten. (Das ergibt sich nicht aus dem vorliegenden Text, aber aus dem hier nicht referierten Teil des Orientierungsrahmens.)

Man kann aus guten Gründen bezweifeln, dass die Parteien (auch die Partei „Die Linke“) mit ihrer aktuellen Zusammensetzung der jeweiligen Mitgliedschaft zu solchen Korrekturen fähig sind. Aber wenn schon über Grundsatzprogramme diskutiert wird, sollte man zumindest versuchen, diese Aspekte in die Debatte einzubringen, und verlangen, dass über die Grundsätze eines „demokratischen Sozialismus“ ein gemeinsames Verständnis erarbeitet wird.

In seiner Rund-Mail an alle Genossinnen und Genossen zum Auftakt für ein neues Grundsatzprogramm meint der SPD-Generalsekretär Tim Klüssendorf, dass „die Demokratie an Steuerungsfähigkeit verliert, Vertrauen schwindet und der gesellschaftliche Zusammenhalt geschwächt wird. Während das Aufstiegsversprechen bröckelt, erleben wir einen gesamtgesellschaftlichen Umbruch durch den Einfluss von Künstlicher Intelligenz, neuen Technologien und globalen



Krisen.“ Und er fragt dann: „Wie bleibt unsere Gesellschaft demokratisch, solidarisch und zukunftsfähig?“ Damit impliziert er einen zu bewahrenden, mindestens zufriedenstellenden Status quo irgendwann in der jüngsten Vergangenheit. Das sollte nicht unwidersprochen bleiben.

**Wilfried Schollenberger, Diplom-Soziologe, lebt in Heidelberg und ist dort seit 24 Jahren in der SPD aktiv. Von Anfang an ist er Fördermitglied im DISS.**

## QUELLEN UND LITERATUR

- FDP 1971: Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik der Freien Demokratischen Partei (Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Freiburg vom 25./27. Oktober 1971).  
[https://www.freihheit.org/sites/default/files/2019-10/1971freiburgerthesen\\_0.pdf](https://www.freihheit.org/sites/default/files/2019-10/1971freiburgerthesen_0.pdf)
- Friderichs, Hans 1975: Es muss weniger konsumiert und mehr investiert werden! Wirtschaftsdienst, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 55. Jahrgang, Heft 10, S. 460–492.  
<https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/1975/heft/10/beitrag/es-muss-weniger-konsumiert-und-mehr-investiert-werden.html>
- Heimann, Siegfried / Zeuner, Bodo 1974: Eine neue Integrationsideologie. Zu den Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus von Peter von Oertzen, in: Prokla, Heft 14/15. <https://doi.org/10.32387/prokla.v4i14/15.1758>
- Herforder Thesen 1980: Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, hrsg. vom Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe, wesentl. überarb., erw. Ausg., Berlin. <https://www.ralfkraemer.de/wordpress/wp-content/uploads/2024/12/herforderthesen1980.pdf>
- Jungsozialisten Ostwestfalen-Lippe 1978: Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD. <https://www.prager-fruehling-magazin.de/kontext/controllers/document.php/53.d/2/73d984.pdf>
- Klimmt, Reinhard 1999: Innovation und Gerechtigkeit. <https://groups.google.com/g/cl.demokratie.diskussion/c/4VL-31DSyM>
- Lafontaine, Oskar 1988: Die Gesellschaft der Zukunft, Reformpolitik in einer veränderten Welt, Hamburg.
- Mearsheimer John J. / Rosato, Sebastian 2023: How States Think, Yale University Press, New Haven & London.
- Müller-Jentsch, Walter 1984: Klassen-Auseinander-Setzungen. Lesarten über die Arbeitskonflikte der siebziger Jahre und Mutmaßungen über die Zukunft der Gewerkschaften, in: Prokla, Heft 54. <https://doi.org/10.32387/prokla.v14i54.1454>
- Oertzen, Peter von 1974: Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Vorstand d. SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit.  
<https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/HSMZQRXFNNRZ3EKZCPGBTMZQBRYHY3B>
- Oertzen, Peter von / Ehmkе, Horst / Ehrenberg, Herbert (Hg.) 1975: Orientierungsrahmen ,85 Text und Diskussion, Bonn-Bad Godesberg.
- Projekt Moderner Sozialismus 1989: 53 Thesen. <https://spw.de/wp-content/uploads/2022/05/53thesen.pdf>
- Schröder, Gerhard / Blair, Tony 1999: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, London. <http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html>; <https://collections.fes.de/publikationen/content/titleinfo/445159>
- Stöss, Richard 2025: Der Niedergang der SPD. Anmerkungen zur neueren Entwicklung der Partei anlässlich der Bundestagswahl 2025, in: Sozialismus, Supplement zu Heft 9/2025.
- Zeuner, Bodo 1977: „Solidarität“ mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften, in: Prokla, Heft 26. <https://doi.org/10.32387/prokla.v7i26.1702>

unabhängig - widerständig - solidarisch

## Linker Feminismus im Abo



4 Ausgaben  
ab 16 Euro



[@wir-frauen.bsky.social](http://www.wirfrauen.de)  
[WirFrauenfemBlatt](http://WirFrauenfemBlatt)

**WIR FRAUEN**  
DAS FEMINISTISCHE BLATT



# Von Gaza bis zur Ukraine:

## GEDANKEN ZUR PRESSEFREIHEIT

Von Martin Gerner

Gaza, die Ukraine, der Sudan – das Ausmaß an Krieg und Gewalt, das uns täglich umgibt, scheint unbegrenzt. Tiefe Ohnmacht macht sich breit. Wie so häufig gehören die Meinungs- und Pressefreiheit in bewaffneten Konflikten zu den ersten Verlierern.

Angesichts zahlreicher Einschränkungen für Medienschaffende in den oben genannten Kriegen sind die Möglichkeiten und Risiken zur Berichterstattung ungleich verteilt: Während ich unlängst Teil einer Journalistenreise in die Ukraine war und mich in Kyiv, Jahidne, Tschernihiw und dem Umland relativ frei bewegen konnte, blieb dies im Gazastreifen bis in jüngste Zeit eine Utopie. Ausländische Journalisten und Fotoreporter konnten bis zum Waffenstillstand vom 10. Oktober zwei Jahre lang nicht in Gaza arbeiten. Nur in Einzelfällen gelang der Zugang in Form von umstrittenen ‚Embeds‘ (Embedded Journalism), in dem Militärs Journalisten die Bedingungen diktieren. Ein solches ‚Embed‘ ist jedes Mal gleichbedeutend mit der Aufgabe vieler Rechte und Bewegungsfreiheiten aus journalistischer Sicht.

Anders der französische Historiker Jean-Pierre Filiu. Er konnte im Dezember 2024 einen Konvoi von Ärzte ohne Grenzen in den Gazastreifen begleiten und sich für wenige Wochen vor Ort ein Bild verschaffen. Eine andere Form des ‚Embeds‘. Er hat darüber ein Buch geschrieben: „Un historien à Gaza“<sup>1</sup>. Darin fordert er unter anderem Pressefreiheit für Gaza. Das tun auch 130 Medien- und Presse-Organisationen aus aller Welt in ihrem jüngsten Aufruf, darunter Reporter ohne Grenzen und das Committee to protect Journalists.<sup>2</sup>

Seit dem 7. Oktober 2023 sind rund 200 palästinensische Medienschaffende getötet worden, davon rund ein Viertel in Ausübung ihrer Arbeit. Palästinensische Reporter waren bis zuletzt die einzigen Zeitzeugen vor Ort, neben örtlichen Nutzern von Social Media. Viele der Journalisten sind mit ihren Familien ein- oder mehrfach vertrieben worden und arbeiten unter ständiger Lebensgefahr.

Alle tragen wir eine Mitverantwortung dafür, dass das humanitäre Völkerrecht zur Geltung kommt. Es ist das Unterpfand für Pressefreiheit: „Die Tötung eines Journalisten ist ein Kriegsverbrechen“, heißt es in dem o.g. Appell. Pressefreiheit in Gaza sollte auch gegenüber dem Obersten Gericht in Israel eingefordert werden. Wie auch umgekehrt Verstöße beider Seiten in diesem Krieg gegenüber Medienschaffenden vom Internationalen Strafgerichtshof untersucht werden sollten. Da westlichen Journalisten der Zugang nach Gaza bis in jüngste Zeit verwehrt war, berichtete ich von Deutschland aus

zu dem Thema. Ich tue das online und über Kontakte vor Ort. Zuletzt hatte ich so über die Cartoon-Künstlerin Safaa Odah berichtet. Ihr Karikaturen-Buch „Safaa and the tent“<sup>3</sup> vermittelt Einblicke, die uns aufgrund der Nachrichtensperre verwehrt blieben. Etwa ein Selbstporträt der Autorin: Ein Mädchen im Schlaf, den Koffer in der Hand, den Rucksack auf dem Rücken: jederzeit gerüstet für weitere Vertreibung. Oder ein Engel, der heruntergestiegen ist zur Erde und mit Nadel und Faden versucht, den Körper eines Opfers wieder zusammenzuflicken. Utopisch und menschlich. Es gelingt Safaa, die israelische Seite nicht zu hassen, obwohl ihr Leben im Zelt ständig bedroht ist. Sie verzichtet auf Symbole wie Davidsterne oder simple Feindzuschreibungen. Das unterscheidet ihre Cartoons von anderen.

Im April 2025 kam die palästinensische Fotografin Fatima Hassouna ums Leben. Ihre Foto- und journalistische Arbeit ist Teil eines Dokumentarfilms der exiliranischen Regisseurin Sepideh Farsi, der kürzlich fertig wurde. Tage nach ihrem Tod hatte der Film bei den Internationalen Filmfestspielen von Cannes Weltpremiere. Tragischer hätte das Leben dieser jungen Palästinenserin kaum verlaufen können. Gerade deshalb ist das Recht auf Rechte (Hannah Arendt<sup>4</sup>) wichtiger denn je für Journalisten im Konflikt.

Das gilt auch für die Ukraine. Dort ist, anders als in Gaza, nicht das gesamte Territorium besetzt. Und dort verlaufen ‚Embeds‘ mit dem ukrainischen Militär nach geordneten Regeln. Zugleich sind zahlreiche einheimische Fotografen und Fotografinnen online aktiv und vermitteln uns so wichtige Einblicke. Auch über den Kriegsalltag und das Leben hinter der Front. Das Bildaufkommen ist mittlerweile so groß, dass sich die in Berlin lebende ukrainische Autorin und Journalistin Katja Petrowskaja fragt: Wie mit der Bilderflut bzw. der Fülle der emotionsbeladenen Inhalte umgehen, um ihr nicht zu unterliegen?

Petrowskaja hat zum Schreiben über Kriegsfotografie in der FAZ zahlreiche Kolumnen veröffentlicht. Die sind jetzt im

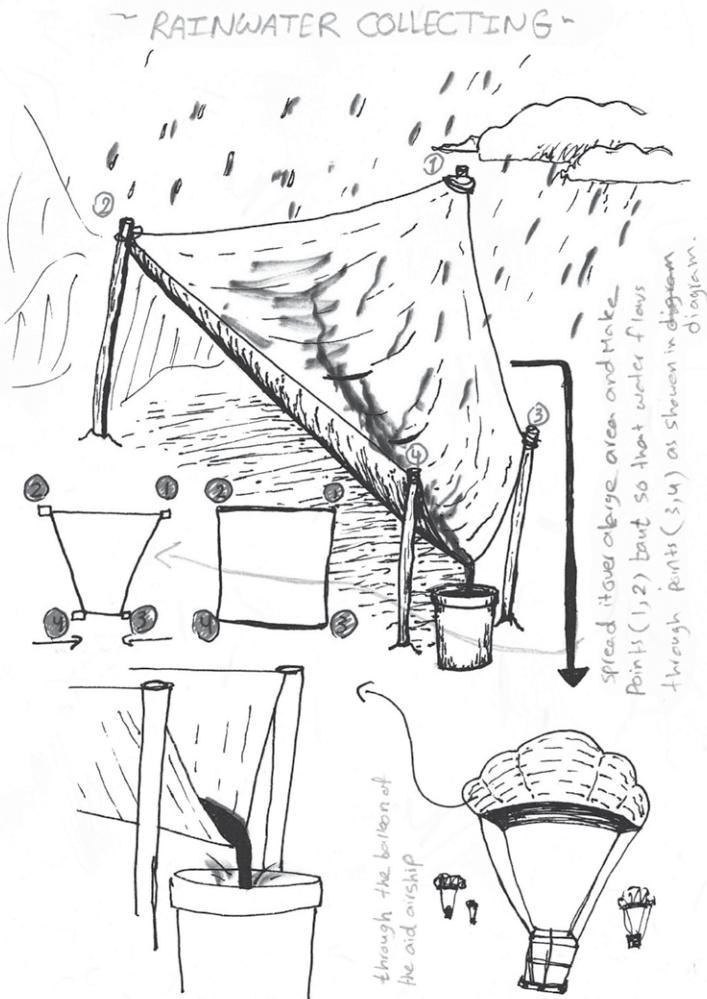


Safaa Odah in ihrem Zelt

1 <https://arenes.fr/livre/un-historien-a-gaza/>  
2 <https://rsf.org/sites/default/files/medias/file/2025/06/Tribune%20Gaza%20Presse%20-%20EN.pdf>  
3 <https://www.etsy.com/de/listing/1873916928/safaa-und-das-zelt-das-tagebuch-der>  
4 <https://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/146/257>



## Von Gaza bis zur Ukraine:



Abod Nasser: „Strategies of Surviving“

Suhrkamp Verlag in Buchform erschienen unter dem Titel: „Als wäre es vorbei“<sup>5</sup>. Sie versucht, sich dabei bewusst dem „Kriegskonsum der Bilderflut“ zu widersetzen. Und zwar durch Betrachtung vergleichsweise undramatischer Fotografien aus dem Kriegsalltag, die deshalb nicht weniger berührend sind. „Einen privaten Blick bewahren“, nennt sie das, „gegen die Fotos der Zerstörung und Vernichtung, die in den Medien kursierten“. So vermag vielleicht jeder für sich eine Strategie des gesunden Aushaltens zu finden und nicht an der Bildfülle zu erkranken.

Aus den Jahren meiner Arbeit in Kriegs- und Konfliktgebieten weiß ich, dass man die Langzeitfolgen eigener Recherchen oft erst Jahre im Nachhinein bemerkte. Die Geschichten, die wir in Text und Bild transportieren, können mitunter noch Jahre später wie schleichendes Gift in Kopf und Psyche wirken. So kümmern sich etwa Organisationen wie das DART-Center for Journalism and Trauma speziell um Medienschaffende.

Vor Tagen schrieb mein Kollege, der ukrainische Fotograf Sasha Kurmaz, er könne nicht mehr. Das war im Frühjahr 2025, als die Einschläge russischer Drohnen auf Kyiv immer heftiger wurden. Sein Zuhause wurde so für ihn zu einer gefühlten Zelle. Zur gemeinsamen Berliner Foto-Ausstellung im März im Atelier für Photographie konnte er nicht kom-

men: Tage zuvor hatte die ukrainische Regierung eine Anordnung erlassen, die seitdem Journalisten und Künstlern die Ausreise versagt.

Zurück nach Gaza: Besonders berührend und zugleich nüchtern wie informativ ist der kürzlich erschienene Cartoon-Band „Strategies of Surviving“. Darin zeichnet der 25-jährige aus Gaza stammende Animationskünstler Abod Nasser in ernsten Karikaturen, wie sich die Menschen in der Not seit Anfang des Krieges behelfen, obwohl sie alles verloren haben.

Die rund 60 Zeichnungen in Nassers Cartoonbuch umfassen Kapitel, die betitelt sind mit: „Wasser – Wohnen – Strom – Kochen – Benzin – Verkehrsmittel – Kleidung – Unterhaltung“. Letztere lebt, kaum vermutet. Der Autor zeichnet darin Pflanzen, vom Strauch gepflückte und getrocknete Molokhiablätter, auf die flüssiges Nikotin getropft wird, bevor mit Papier daraus eine gedrehte Zigarette wird. Eine Schachtel Zigaretten ist auf dem Markt längst unerschwinglich geworden in der Kriegswirtschaft.

„Diese Skizzen sind ein Archiv von Zeichnungen über den Genozid in Gaza“, schreibt Abod Nasser im Vorwort. „Die Zeichnungen sollen kein Mitleid beim Leser erwecken, kein unmittelbares Kriegsgeschehen abbilden und in keiner Weise um Sympathie bitteln. Vielmehr ist es der Versuch, das Leben in Gaza verständlich zu machen. Und das zu einem Zeitpunkt, da wir gezwungen sind, unser Leben von null auf neu zu erfinden, um zu überleben.“

Nicht weniger beeindruckend ist der Sammelband „Voices of Resistance“ (Stimmen des Widerstands), der jüngst im englischen Comma Verlag erschienen ist. Es ist der Versuch, den Kriegsalltag und das Unsagbare zu dokumentieren. Damit am Ende niemand sagt, es habe sie und ihre Familien nicht gegeben. Eine der Autorinnen ist Ala'a Obaid, Mutter von drei Kindern, die jetzt in einem Zeltlager für Vertriebene südlich der Stadt wohnt, weil Al Shuja'iyyah, ihr Wohnviertel in Gaza, von israelischen Bomben dem Erdboden gleichgemacht wurde.

Lange hat Ala'a festgehalten an dem Gedanken, ihr Haus im Stadtteil nicht zu verlassen. Wissend, dass israelische Streitkräfte ihre Bombardierungen in der Stadt, zusammen mit Befehlen zur Evakuierung, Tag für Tag ausweiten würden. Aus dem „Wir bleiben auf jeden Fall in unserem Haus“ wurde binnen weniger Tage ein „Gerade verlassen wir unser Haus und ziehen südwärts. Noch immer sind wir Vertriebene – trotz der Waffenruhe vom 10. Oktober.“

Tauschwirtschaft ist auch nach dem Waffenstillstand ein dumpfer Alltag, wie Ala'a's Eintrag vom 1. Januar 2025 erzählt:

„Heute ist der sechste Geburtstag meiner Tochter Rusal: mein süßes, zartes Kind, das inmitten der Härte des Krieges aufwächst. (...) Nachdem ich eine Freundin besucht habe, um ihr mein Beileid zum Tod ihres Mannes auszusprechen, beeile ich mich, einen Geburtstagskuchen für Ru-



*sal vorzubereiten. Aber als ich die Zutaten zusammensuche, stelle ich fest, dass ich keine Eier habe. Ich zögere nicht lange. Ich gehe hinaus, suche den Markt ab, halte bei jedem Verkäufer an und frage: „Haben Sie ein Ei? Ich brauche nur eins.“ Die Antworten sind immer die gleichen: „Die haben wir nicht mehr auf Lager. Sie sind zu teuer. Wir verkaufen sie nicht mehr.“*

*Ich besuche Dutzende von Verkäufern und weigere mich, aufzugeben. Rusal kann an ihrem Geburtstag nicht enttäuscht werden. Als die Sonne untergeht und die Erschöpfung einsetzt, sieht ein älterer Verkäufer die Müdigkeit auf meinem Gesicht. Er spricht mich an und fragt, warum ich so verzweifelt nach einem Ei suche. „Es ist der Geburtstag meines kleinen Mädchens“, sage ich ihm, „ich möchte ihr einen Kuchen backen.“*

*Er lächelt. „Du bist entschlossen zu feiern, sogar inmitten des Krieges? Das ist schön.“ Er geht in sein kleines Zelt und kommt mit einem einzigen Ei zurück.*

*„Das ist das letzte, das ich habe“, sagt er und reicht es mir. „Alles Gute zum Geburtstag für deine Tochter.“ Tränen steigen mir in die Augen. Ich danke ihm von ganzem Herzen und eile nach Hause, als die Dunkelheit über die Stadt hereinbricht. Meine Mutter hat schon sehnseitig auf meine Rückkehr gewartet. Als sie mich sieht, schimpft sie: „Wo warst du? Du warst so lange weg, und es ist schon dunkel!“*

*Ich halte das Ei hoch und lächle trotzdem, und sie versteht. Wir machen uns an die Arbeit und beeilen uns, den Kuchen vorzubereiten. Wir wissen, dass er ein paar Eier mehr braucht, aber wir haben Essig als Ersatz. Als der Kuchen endlich fertig ist, versammelt sich unsere kleine Familie in unserem winzigen Zimmer mit Asbestwänden. Wir drängen uns umeinander und singen.*

*„Happy Birthday!“ Es gibt keine Kerzen zum Ausblasen, aber Kerzen sind nicht wichtig. Was zählt, ist, dass wir zusammen sind. Ohne zu zögern sagt Rusal: „Ich wünsche mir, dass der Krieg zu Ende ist. Ich wünschte, wir könnten Baba wiedersehen.“ Ihre freudigen Augen lassen meine Erschöpfung, allen Kummer gehen. Sie gibt mir etwas, an dem wir uns festhalten können. So grausam der Krieg.“*

Nicht nur Eier sind rar, auch nach dem Waffenstillstand von Anfang Oktober. Ansonsten bedeutet der Waffenstillstand nicht nur Aufatmen. „Jetzt, wo die Waffen schweigen, empfinden wir erstmals die ganze Last des Verlustes. Die Toten in

meiner Familie und unsere Angehörigen. Bisher war das verdrängt. Weil wir dauernd am Rennen, dauernd auf der Flucht von A nach B waren. Jetzt beginnt die Zeit der Heilung, hoffentlich.“ Und sie wird lange dauern. Wenn der labile Waffenstillstand hält. Noch hat etwa die Hamas nicht alle Waffen abgegeben.

Ala'a ist 32 Jahre alt. In Workshops vermittelt sie in den letzten Jahren Jugendlichen kreatives Schreiben, führt sie in Bibliotheken und bringt sie im Kulturzentrum ihres Viertels mit Medien in Berührung. Ständig, so scheint es, ist sie in Bewegung. Das Foto auf ihrer WhatsApp zeigt sie lächelnd am Steuer eines Autos. Sie arbeitet in Gaza für eine internationale Hilfsorganisation. Das bedeutet ein wenig finanziellen Halt in diesen Tagen. „Wir haben all das nicht verdient“, sagt sie. „Wir möchten in Würde weiterleben.“ Deshalb sucht sie für ihre drei Kinder, wie sie betont, einen Weg heraus aus Gaza.

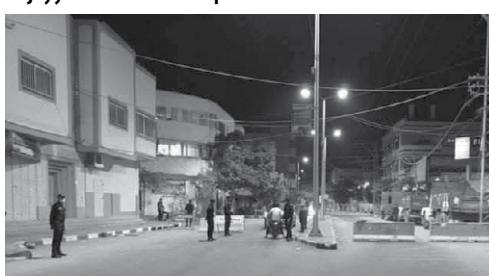
Sondos Sabra, 25-jährige Übersetzerin in Gaza, ist auch eine der vier Autorinnen von „Voices of Resistance“. Ihre Evakuierung aus Gaza durch ein französisches Hilfsprogramm schien sicher. Ihre Sachen waren gepackt. Dann tauchte ein Post in den sozialen Medien auf, offenbar mit israelfeindlichem Bezug. Das französische Hilfsprogramm stoppte daraufhin geplante Evakuierungen bis auf Weiteres für eine ganze Reihe von Kulturschaffenden.

Sondos ist Gründungsmitglied der Shaghaf Jugend Initiative, die Diskussionen um Schreiben und Literatur initiiert. Im Dezember 2023 wurden drei ihrer Nichten und Neffen durch eine Rakete getötet. In „We kill terrorism“ (Wir töten Terrorismus), einem rund 20-seitigen Abschnitt in ihrem Kriegstagebuch, reflektiert sie über Vorfälle kurz darauf:

*„Mein sechsjähriger Neffe Omar wurde von einem Granatsplitter am Kopf getroffen und war auf der Stelle tot. Sein Bruder Ahmad, seine Schwester Aya und die kleine Nichte Sila wurden verwundet und bluteten. Dies war Omars erstes Jahr in der Grundschule. Er hatte nie die Gelegenheit, den morgendlichen Schulweg auswendig zu lernen. (...) Aya war in der Seite verwundet, Ahmad in der Brust und den Beinen. Samir rannte zurück auf die Straße und versuchte, einen Krankenwagen zu finden, obwohl er selbst eine Schrapnellverletzung am Hals erlitten und einen Zahn im Unterkiefer verloren hatte. Seine Bemühungen erwiesen sich als vergeblich. Tausende von Verwundeten sterben auf den Gehwegen oder in ihren Häusern, weil es einfach nicht genug Krankenwagen gibt.“*

Nach der Waffenruhe vom 10.10.2025 findet Ala'a nur noch eine Ruine am gleichen Ort vor, als sie an der gleichen Kreuzung steht. Ihre Sorge ist, dass kriminelle Beutesucher in Kürze auch die restlichen Möbel und Einrichtung aus ihrer Wohnung entwendet haben werden.

Da Ala'as Wohnung nicht mehr bewohnbar ist, zog sie in den letzten Kriegsmonaten in eine Zeltunterkunft, die teuer ist, weil die meisten Palästinenser sie in der Regel selbst anschaffen müssen, mangels fehlender internationaler Hilfe und Einfuhrmöglichkeiten.



Vor der Haustür von Ala'a Obaids Haus in Shujayyi'a vor der Feuerpause November 2023.





## Von Gaza bis zur Ukraine:

*Als ich die Nachricht erhielt, versuchte ich, das Rote Kreuz zu kontaktieren, und kämpfte mit dem Signal, bevor ich endlich durchkam.*

*,Hallo habibti, hier ist das Rote Kreuz, wie können wir Ihnen helfen?‘*

*,Hier ist Sondos, ich brauche einen Krankenwagen, um die Kinder meiner Schwester ins Krankenhaus zu bringen. Sie sind in Shuja‘iyya gefangen in einem Haus, das einem ...‘*

*,Es tut uns leid, habibti, wir können nicht helfen. Die israelische Armee hindert unser Personal daran, Shuja‘iyya zu betreten.‘*

*Wie kalt die Antwort.*

*Wie warm das Blut. (...)*

*Als er das obere Stockwerk erreichte, taumelte Saeed, als hätte er den Verstand verloren. Er kniete nieder und hob die Decken von den Gesichtern seiner Kinder, eines nach dem anderen, und zog jedes Kind an seine Brust. Er ließ einen unterdrückten Schrei los, schmerhaft und tief, als ob sein Herz lautlos explodiert wäre – ein gedämpftes Stöhnen, das aus einer Wunde tief innen kam, die die ganze Welt nicht heilen konnte. Randa stand neben Omar, ihrem geliebten Jungen, und wischte ihm das kleine, kalte Gesicht ab. Doch sie weinte oder schrie nicht. Sie flüsterte nur, mit gebrochener Stimme: „Mein Liebling ... Warum haben sie dir das angetan?“*

*Neben Omar lag Ahmed, ein stilles und schüchternes Kind, das im Alter von fünf Jahren sein Gehör auf dem linken Ohr verloren hatte. Er mochte es nicht, zu rennen und zu spielen wie andere Kinder in seinem Alter. Randa küsste seine kleinen Hände und legte sie auf ihr Gesicht. Oh, meine Seele, mein Kind, auch du verlässt mich. Verzeih mir, mein Schatz, ich konnte dich nicht beschützen! (...)*

*Heute Morgen kam die Nachricht, dass sich die Fahrzeuge der Besatzung etwas zurückgezogen haben. Die Nachbarn nutzten diese Gelegenheit, um die Verletzten zu transportieren und die Leichen der Gefallenen zu bergen. Keine medizinische Hilfe war verfügbar. In einem verzweifelten Versuch versuchten die Einheimischen, die Verletzten in Pferdewagen zu transportieren, in der Hoffnung, das al-Ahli-Baptistenkrankenhaus zu erreichen: eine vorübergehende Zuflucht für die Verwundeten, seit Al-Shifa angegriffen wurde.*

*Die Kinder meiner Schwester wurden in aller Eile begraben, ohne die Möglichkeit, sich zu verabschieden. Kein Begegnis ehrte ihre Würde; keine Leinentücher bewahrten ihre Körper. Sie wurden begraben in den Decken, in denen sie gelegen hatten, um in der Ruhe zu schlafen, die ihnen in der Wirklichkeit verwehrt war. Unser Trost ist, dass sie jetzt in den Gärten des Paradieses ruhen.*

*Wer weiß, vielleicht versteckt sich der Terrorismus in der Wärme eines Hauses, in den Glocken der Kirchen oder den Minaretten der Moscheen, zwischen den Seiten von Büchern, in den Straßen und Gassen des Flüchtlingslagers*

*oder sogar inmitten der Zelte der Vertriebenen. Die israelische Besetzung, so scheint es, hat jedes Recht, alles vom Antlitz der Erde auszulöschen, wenn sie dies wünscht. Und niemand, so scheint es, hat das Recht, Israel zu kritisieren. Schließlich retten sie die Menschheit vor den Übeltätern.“*

Der britische Comma Verlag hat die Rechte für „Voices of Resistance“ mittlerweile in über ein Dutzend Länder und in über ein Dutzend Sprachen verkauft. „Nur einen deutschen Verlag haben wir nicht gefunden“, so Verleger Ra Page. Er weiß von früheren Veröffentlichungen, dass dies Zeit braucht. Gerade in der Bundesrepublik sind Übersetzungen über den Gaza-Krieg ein Bohren dicker Bretter.

Übersetzung der Passagen aus Voices of Resistance: Martin Gerner, mit freundlicher Autorisierung des Verlags.  
<https://commabpress.co.uk/books/voices-of-resistance>

Martin Gerner ist Journalist, Konfliktforscher und Teil von Journalists. Network, Deutschlandfunk- und ARD-Hörfunkautor aus Kriegs- und Konfliktgebieten. Sein Dokumentarfilm Generation Kunduz wurde weltweit ausgezeichnet. Im DISS-Journal #47 berichtete er vom Fachtag zum pädagogischen Umgang mit Reaktionen auf den Nahost-Krieg im Rahmen des „Kompetenznetzwerks Antisemitismus“ der Bildungsstätte Anne Frank 2023. Für einen Dokumentarfilm über die Not junger Frauen unter den Taliban benötigt er dringend Spenden (siehe unten).

## FOTOBÜCHER:

- Finding Afghanistan <https://www.3sat.de/kultur/kulturzeit/buch-tipp-finding-afghanistan-100.html> erhältlich nur über den Autor: mar.gerner@gmail.com
- Moria.System.Zeugen  
<https://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com/moria>



## SPENDEN HILFT:

Martin Gerner hat alles Material, um einen Film zu drehen, der mutigen afghanischen Frauen eine Plattform bietet – gegen die Gender-Apartheid der Taliban. Es fehlt nur noch Geld für den Schnitt und institutionelle Sponsoren sind leider trotz vieler Anfragen bisher nicht in Sicht.

[www.goodcrowd.org/film-gegen-gender-apartheid](https://www.goodcrowd.org/film-gegen-gender-apartheid)



# China im weltweiten Krisenkapitalismus

Von Wolfgang Kastrup

## EINLEITUNG<sup>1</sup>

Mit der Modernisierungspolitik von Präsident Deng Xiaoping 1978 sind in China nicht nur marktwirtschaftliche Reformen in Kraft getreten, sondern es ist ein neues kapitalistisches System entstanden, um dem Ziel näherzukommen, wieder Großmacht, wenn nicht gar Weltmacht zu werden. Die bisherige sozialistische Planwirtschaft sollte mit kapitalistischen Methoden transformiert werden, um so eine effizientere wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu erreichen. Durch den Beschluss der Kommunistischen Partei erhoffte man sich auch politisch einen Aufstieg zu neuer nationaler Größe. Der 1978 eingeleitete Reform- bzw. Systemwechsel entwickelte ein rasantes Tempo und war notwendigerweise mit einer Öffnungspolitik verbunden, denn China wollte auch international Geld verdienen, d.h., es musste auch weltweit seine Interessen in zunehmender Weise durchsetzen. Ein gigantischer, stetig wachsender Markt zeichnete sich ab, sodass von einem Turbokapitalismus gesprochen werden konnte. Hauptkonkurrent – politisch, ökonomisch und militärstrategisch – war und ist im Wesentlichen die USA, die seit dem Ende des *Kalten Kriegs* bisher mit ihrer gewaltigen Interessensabsicherung alleinige Welt- und Hegemonialmacht war.

In den frühen 2000er Jahren schien die Integration der Volksrepublik China in den globalen Kapitalismus nahezu reibungslos zu erfolgen. Das war auch dem Beitritt des Landes 2001 zur WTO geschuldet. In den USA wurde von „Chinamerica“ gesprochen und beide Seiten würden von dieser internationalen Arbeitsteilung profitieren. Heute sind die chinesisch-amerikanischen Beziehungen alles andere als positiv, sie sind auf einem Tiefpunkt angelangt. Seit etlichen Jahren forciert die USA den Handelskrieg gegen China, der unter dem aktuellen Präsidenten Trump mit dem Zollkrieg einen Höhepunkt erreicht. Auch europäische Länder versuchen durch Zollmaßnahmen die einheimische Industrie vor preiswerteren Importen aus China zu schützen. Der Vorwurf gegen China lautet auf unzulässige Subventionen, die die Produkte billiger gegenüber der westlichen Konkurrenz machen würden, sodass chinesische Waren europäische Märkte überschwemmen und zu einer Deindustrialisierung beitragen würden. Der Zoll- und Handelskrieg, ausgelöst von den USA, soll die Machtverhältnisse im globalen Kapitalismus neu gestalten. Betroffen sind hier vor allem die USA, China und die EU.

## CHINA ZWISCHEN BOOM UND KRISE

China war über mehrere Jahrzehnte für internationale Unternehmen, vor allem für deutsche, ein lohnendes Objekt.

Billige Arbeitskräfte und ein riesiger Binnenmarkt waren ein zentrales Investitionsziel mit der Aussicht auf große Profite. Der deutsche Anlagen- und Maschinenbau und vor allem die deutsche Automobilindustrie profitierten von hohen Wachstumszahlen. Der immense Investitionsboom früherer Zeiten stößt allerdings seit einiger Zeit an Grenzen. Überkapazitäten, z.B. bei Elektroautos, Solarpaneelen und Windrädern, sind entstanden, mit denen die internationalen Märkte bedient werden sollen, die sich jedoch mit Zöllen und ihrerseits Subventionen wehren. „Das Akkumulationsregime in China dürfte sich [...] von einer eher extensiven Akkumulation [hiermit sind Erweiterungsinvestitionen gemeint, W.K.] hin zu einer eher intensiven Akkumulation [hiermit sind Rationalisierungsinvestitionen gemeint, W.K.] verschoben. Dieser Übergang erweist sich jedoch als krisenhaft. Die schleichende Immobilienkrise und die hohe Verschuldung vieler Akteure weisen auf die Überakkumulation von Kapital hin. Aktuell befindet sich China in einer Situation der Deflation.“ (Sablowski 2023, S. 16) Und dies ist auch aktuell noch der Fall. Der Rückgang der Wachstumszahlen und die starke chinesische Konkurrenz auf dem dortigen Automobilmarkt erweisen sich im Besonderen für die deutschen Hersteller von VW (vormals fast 40 Prozent des Umsatzes in China), BMW und Mercedes (vormals jeweils ca. 30 Prozent) zum gravierenden Problem.

Dass China seine Industrie subventioniert, ist allgemein bekannt, und für den chinesischen Staatskapitalismus charakteristisch. Es wird allerdings gerne übersehen, dass auch die USA und die EU ihre Subventionen seit Jahren stark ausgeweitet haben. Von den immensen Subventionen für den europäischen Agrarmarkt ganz zu schweigen. Neuansiedelungen von großen Unternehmen in Deutschland, der EU oder in den USA, speziell im Technologiebereich, erfolgen fast immer mit Hilfe staatlicher Subventionen, oftmals auch mit sehr hohen Beträgen. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass Deutschland, dessen Anklage unlauterer Subventionspolitik gegenüber China lautstark verkündet wird, einen immensen Anstieg von Subventionen an Unternehmen zu verzeichnen hat, von 45 Milliarden Euro im Jahr 2023 auf abschbar 77,8 Milliarden Euro im kommenden Jahr. Dies geht aus dem neuesten Subventionsbericht hervor, den das Bundeskabinett beschlossen hat. Ein Zuwachs in drei Jahren um fast 33 Milliarden Euro. (Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 11.09.2025)

Die technologischen Erfolge in boomenden Branchen wie Maschinenbau, Produktion von Elektromobilität (von der Batteriefertigung über Autos, den Nahverkehr bis zum Schienenverkehr) als auch bei der Produktion regenerativer Energien und der entsprechenden Anlagen zeigen, dass China in diesen Bereichen auf dem Weltmarkt nicht nur quanti-

1 Siehe hierzu auch ausführlich meinen Artikel: „China – Transformationsprozesse zu einer Weltmacht“, in: Wolfgang Kastrup / Helmut Kellershohn 2025: Blockierte Transformation. Sozialökologische Transformationskonflikte und Widerstände – national wie international, Münster, S. 134-180.



tativ die Spitzenposition hält, sondern auch die Technologieführerschaft. Derzeit schickt sich die Volksrepublik an, auch in den Bereichen Digitalisierung und Künstliche Intelligenz die weltweite Führung zu übernehmen.

Auch Chinas Autoindustrie boomt und die Gefahr besteht, dass ausländischen Marken, hier auch den deutschen, der Rang abgelaufen wird. Die chinesischen Elektroautos bieten technologische Innovationen und sind vor allem oftmals günstiger. Allerdings herrscht eine sehr starke Konkurrenz auf dem chinesischen Markt, da zu viele chinesische Autohersteller mit zu vielen Fabriken existieren. Eine Preisrunde jagt die nächste und die Marke BYD ("Build Your Dreams") hat ihre Preise um ein Drittel gesenkt. Bereinigungen mit Insolvenzen und Fusionen sind nicht auszuschließen. (Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 11.06.2025) BYD drängt mit anderen chinesischen Automarken auf den europäischen Markt. Ende des Jahres wird BYD den Produktionsstandort in Ungarn eröffnen. Schwachstelle der chinesischen Expansionspläne in Europa ist bisher noch das Vertriebsnetz. In Deutschland gibt es derzeit ungefähr 50 Standorte, bis 2026 will die Automarke 300 erreichen. Laut BYD gebe es unter deutschen Autohändlern großes Interesse. (Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 12.09.2025)

Die von dem nationalen Statistikamt in Beijing genannten internen Schwierigkeiten liegen dagegen in der weiterhin vorhandenen Immobilienkrise, der Deflation, der hohen Verschuldung von Unternehmen, die das Bankensystem schwächt, dem zurückhaltenden Konsum der Bevölkerung mit einer hohen Sparquote und der Jugendarbeitslosigkeit, die bei ca. 15 Prozent liegt. „Weil die soziale Sicherung zu schwach ausgebaut ist, müssen die Menschen zu viel sparen, um sich abzusichern. Wegen der Kapitalkontrollen können sie ihr Geld allerdings kaum im Ausland zu höheren Zinsen anlegen.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 07.03.2025) Der Rückgang des Binnenkonsums hat seinen Grund vor allem auch in dem Kollaps des Immobilienmarktes seit 2021, als viele Chinesen\*innen einen Teil ihrer Ersparnisse verloren haben, was zu wütenden Protesten führte. Ein weiterer Grund für den Rückgang des Binnenkonsums und die Erhöhung der Sparquote ist, dass viele Menschen für den Krankheitsfall vorsorgen, denn Krankenhausbehandlungen und Pflege erfordern enorme private Kosten, die von den staatlichen Krankenversicherungen nicht übernommen werden. Zwar sind heute mehr als 95 Prozent der Bevölkerung krankenversichert, was eine beachtliche Leistung darstellt, doch variieren Beiträge und Leistungen je nach Region und hängen davon ab, wie viel die jeweilige Lokalregierung beisteuert. Diese stehen wegen ihrer hohen Verschuldung, einer Konsequenz der enormen Kosten während der Pandemie, jedoch unter Druck. Sie haben Gesundheitsleistungen gestrichen, sodass der Unmut in der Bevölkerung gewachsen ist. (Vgl. *Süddeutsche Zeitung* v. 09.07.2025)

Nach kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten müssten die unprofitablen Unternehmen, gerade auch im Automobilsektor, vom Markt verschwinden. Das wiederum hätte allerdings eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit zur Konsequenz. Die gesellschaftliche Stabilität, ein zentrales Ziel der KPCh, die historisch wie politisch als Partei die absolut dominante Planung und Steuerung in den Händen hält, könnte dadurch

in Gefahr geraten. Bisher schreckt die Parteführung davor zurück. Hieran zeigt sich wiederum die zentrale Rolle der Partei auch in der ökonomischen Gestaltung.

Ministerpräsident Li Qiang hat als Leitlinien für dieses Jahr höhere Schulden, mehr Konsum und auch enorme Unterstützung der Hightechbranche angekündigt. So erhöht China die Neuverschuldung um 170 Milliarden Euro, um das soziale Sicherheitsnetz auszubauen und um den einheimischen Konsum anzukurbeln. Um der Deflation zu entkommen, hat der Ministerpräsident das Inflationsziel auf zwei Prozent gesetzt. „Die Verbraucherpreise legten vergangenes Jahr nur um 0,2 Prozent zu, die Erzeugerpreise sind seit rund zwei Jahren deflationär.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 06.03.2025) Für den Staatspräsidenten ist die Ankurbelung des Konsums eine Frage der wirtschaftlichen Sicherheit. Laut chinesischer Regierung betragen die Staatschulden insgesamt 67,5 Prozent, um im Vergleich deutlich zu machen, dass die von Japan bei 250 Prozent und die der USA bei 120 Prozent liegen. Allerdings gibt der Internationale Währungsfonds (IWF) Chinas Gesamtstaatsverschuldung – einschließlich von Provinzen und Städten – mit 84,4 Prozent an. (Vgl. ebd.)

Dass jedoch Millionen Menschen in China durch die staatliche Armutsbekämpfung ein Leben in extremer Armut hinter sich gelassen haben, passt westlichen Kommentatoren\*innen nicht in ihr Bild. China wird nicht nur als ein wirtschaftlicher Konkurrent angesehen, sondern auch ideologisch als ein Gegner mit einer kommunistisch geführten Partei und Regierung. „Gemessen an den Maßstäben der kapitalistisch verfassten Welt ist der Umbau des Landes zu einer modernen Industrienation mit ‚bescheidenem Wohlstand‘ und einer urbanen Gesellschaft ohne Massenelend, städtische Slums und relevante Bevölkerungsteile in ‚absoluter Armut‘ durchaus eine bemerkenswerte Leistung. Unter den mit dem Westen verbündeten Dritte-Welt-Staaten ist so etwas jedenfalls nicht zu finden.“ (Dillmann 2025, S. 25)

Eine der Kernfragen chinesischer Politik und vor allem der KPCh ist die Stabilität, sodass Ausgaben für die soziale Sicherheit, die Stärkung des Binnenkonsums als Maßnahme für die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Unterstützung der Industrieproduktion erklärbar werden. China ist zum Wachstum verdammt, um die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität nicht zu gefährden.

## HANDELSKRIEG MIT DEN USA

Der Handels- und Zollkrieg der USA gegen China hat nicht erst mit dem Rundumschlag des US-Präsidenten Trump begonnen. Seit Jahren versuchen die USA, schon unter den Präsidenten Obama, Trump (1. Amtszeit) und Biden, den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas aggressiv zu behindern, um die eigene imperialistische Vormachtstellung nicht zu gefährden. Doch trotz aller Sanktionspolitik durch Zölle und Handelsbarrieren ist China zur zweitgrößten Volkswirtschaft und zum Exportweltmeister aufgestiegen. China hat also entsprechend viel Erfahrung in der weltweiten Auseinandersetzung mit Konkurrenz, und es hat sich behauptet. Dies sehr zum Leidwesen nicht nur der USA, sondern auch



der anderen westlichen Staaten. Entsprechend hat China den Anspruch, als Welthandelsmacht und auch als strategische Macht respektiert zu werden.

„Solche Ansprüche sind den Führern der westlichen Kapitalstandorte und Protagonisten der ‚Globalisierung‘ nur allzu vertraut. Immerhin verdankt sich der ganze uferlose Kanon an Regeln und Vereinbarungen der alle Grenzen überschreitenden kapitalistischen Konkurrenz ihrem Interesse an einer Welthandelsordnung, mit der sie sich im Zugriff auf die Reichtumsquellen unter fremder Hoheit möglichst einseitig und auf Dauer bereichern. Und sie führen vorbildlich die Gleichung vor, dass ihre Rolle als Hüter des Welthandels mit ihrer darauf gegründeten Weltwirtschafts- und Finanzmacht die Basis auch ihres politischen Status eines Richters über Rechte und Pflichten der Staatenwelt ist: In der Konkurrenz souveräner Gewalten ist und bleibt wachsender Reichtum der Nation die unschlagbare Basis für den Ausbau der Mittel militärischer Macht, die es braucht, um den eigenen Interessen den Charakter allgemein anzuerkennender Rechte zu verschaffen.“ (Gegenstandpunkt 3-2016, S. 48)

Der gigantische Markt in China war der Grund, dem Land den Eintritt in die Freihandelsmächte zu gewähren. Dass China nun eine solch dominierende Rolle weltweit einnehmen würde, war westlicherseits nicht geplant und gestaltete sich zum Ärgernis. Sie bestreiten, dass sich China am Maßstab der Kapitalproduktivität bewährt habe, indem sie, hier vor allem die USA und die EU, der Volksrepublik die Verletzung der Grundsätze der freien Marktwirtschaft und der aus ihrer Sicht „regelbasierten internationalen Ordnung“ vorwerfen. Es geht also um diese Rivalität bzw. um die internationale Konkurrenz über die Inhalte der Weltordnung, die bisher von den USA und den anderen westlichen Staaten bestimmt wurden. Für Werner Plumpe geht es bei der Ursache von Wirtschaftskriegen um Selbstbehauptung in einer dynamischen Konkurrenzsituation, in der aus wirtschaftlicher Stärke zugleich politische und militärische Handlungsfähigkeit resultiert. „Die Staatenkonkurrenz zwingt mithin zu passiven Wirtschaftskriegsmaßnahmen, also zur Stärkung der eigenen Position, oder zu aktivem Handeln, das stets auf eine Begrenzung der ökonomischen Möglichkeiten von Feinden oder Konkurrenten hinausläuft.“ (Plumpe 2025, S. 221)

Um zu den USA und zu der EU aufzuschließen, will die Volksrepublik mit einem großen Investitionsfonds seine Halbleiterindustrie ankurbeln. Dafür werden 344 Milliarden RMB, umgerechnet knapp 44 Milliarden Euro, der Chipindustrie zur Verfügung gestellt. Die Regierung in Washington will unter allen Umständen die Entwicklung der chinesischen Chipindustrie behindern, gelten Chips heutzutage doch als zentrale Bausteine für die industrielle Fertigung, auch für Waffensysteme. „Mit Ausnahme der Herstellung der pizzagroßen und silbern glänzenden Siliziumwafer sind von Chipdesign bis zur Fabrikausrüstung alle zentralen Glieder der globalen Produktionskette der Chipindustrie fest in europäischer und amerikanischer Hand. Dazu gehören Patente, Spezialsoftware und Spezialmaschinen. Diesen technologischen Vorsprung nutzen US-Administrationen seit der Regierung Barack Obama in den Handelsstreitigkeiten gegen China gezielt aus.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 31.05.2025)

Präsident Trump verschärft seit seinem Amtsantritt im Januar 2025 die Sanktionspolitik seines Vorgängers noch einmal sehr deutlich. Er will, dass die internationale Halbleiterbranche China aus den Zulieferketten herausdrängt, sodass dem Land der Zugang zu wichtigen Vorprodukten, Maschinen, Werkzeugen und Softwareprogrammen versperrt wird. Die US-Regierung hat nun die Spezialsoftware, Programmier- und Lizenzbibliotheken im Blick, denn ohne diese Instrumente lassen sich keine Chips herstellen. Anbieter in den USA und Europa, die mit China einen nicht unbeträchtlichen Handel treiben, werden Restriktionen erleiden, da die Aktienkurse bereits gefallen sind. (Ebd.) Trump berichtet begeistert von Anrufen seiner Sanktionsopfer: „They’re kissing my ass! Please, please, sir, make a deal. I’ll do anything, sir!“ Das sind Unterwerfungsgesten, die dem US-Präsidenten gefallen. Die Suprematie der USA in der Weltordnung soll wiederhergestellt werden, die den USA in der Konkurrenz der Nationen um den Reichtum der Welt nützt und den Konkurrenten schadet. (Vgl. Gegenstandpunkt 2-2025, S. 5) „Es geht ihm um nicht weniger als die Kapitulation aller Konkurrenten vor dem Recht der USA, die Bedingungen des Handels allein nach eigenem Ermessen zu diktieren. Insofern zielt die Anwendung der Zollwaffe zwar allemal auf eine Modifikation der ökonomischen Bedingungen des Handels zugunsten der USA ab, zugleich wird dabei aber eindeutig ein amerikanisches Recht auf allumfassenden Erfolg in Zollsätzen ge-



Peter Wahl / Erhard Crome /  
Frank Deppe / Michael Brie  
**Weltordnung im Umbruch**  
Krieg und Frieden in einer  
multipolaren Welt

978-3-89438-842-3 | 171 S. | € 14,90  
  
Die Dominanz des Westens über den ›Rest der Welt‹ neigt sich, der Globale Süden gewinnt an Gewicht. Ob beim Blick auf geopolitische Dynamiken oder auf jene Kontroversen, die angesichts aktueller Kriege aufgebrochen sind: Dem Band geht es um eine Friedensbewegung auf der Höhe der Zeit.



Renate Dillmann  
**Medien. Macht. Meinung.**

Auf dem Weg in  
die Kriegstüchtigkeit  
978-3-89438-834-8 | 239 S. | € 17,90

Hält das Selbstbild der Leitmedien – sachliche Informationen, Kontrolle der Macht – einer Prüfung stand? Wie funktioniert das Dreiecksverhältnis von Presse, Politik und Publikum? Einem ›Crashkurs Medienkompetenz‹ folgen Fallstudien – Ukraine, Gaza und ›Feindbild China‹ – zu einer Berichterstattung, die im Sinne der geforderten Kriegsertüchtigung wirkt.



gossen. Die regierungsseitige Befeuierung, der Zugang zum US-Markt sei „kein Recht, sondern eine Gunst“, bedeutet eben, dass die Grundlage sämtlicher Deals mit Amerika dessen Vorrecht auf Erfolg ist.“ (Ebd., S. 19f.)

Nach Ansicht der amerikanischen Regierung ist die USA zum Opfer des Welthandels geworden. Sie will die Machtfülle des Landes nutzen, um durch einen radikalen Konkurrenzkampf, insbesondere mit China und der EU, wieder eine Weltordnung zu schaffen, die amerikanischen Interessen dient und der Konkurrenz schadet.

Trotz des Handelskriegs mit den USA ist die chinesische Produktion laut dem nationalen Statistikamt in Beijing im April im Vergleich zum Vormonat um 6,1 Prozent gewachsen. Die Behörde sprach von einem „stabilen Wachstum“ in einem „komplexen Umfeld mit externen Schocks und vielfältigen internen Schwierigkeiten“. (Vgl. *junge Welt* v. 20.05.2025) Die chinesische Volkswirtschaft ist laut offiziellen Zahlen im vergangenen Jahr um fünf Prozent gewachsen. Die Ausfuhren legten 2024 um mehr als sieben Prozent zu. „Der Exportüberschuss war mit fast einer Billion Euro so hoch wie nie.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 18.01.2025)

## CHINAS KRISENRESILIEZ

China hat sich auf den zu erwartenden Handelskrieg mit den USA mit dem Aufbau einer Krisenresilienz vorbereitet. „China hat doppelt vorgesorgt. Es hat nicht nur den Exportanteil seiner Volkswirtschaft zurückgefahren, in der Zeit von 2005 bis 2022 nach Angaben der Weltbank von 33 auf etwa 20 Prozent. Zugleich hat es auch seine Abhängigkeit vom US-Absatzmarkt verringert: Zu Beginn der ersten Trump-Administration gingen noch 19,2 Prozent aller chinesischen Exporte in die USA; 2024 waren es nur noch 14,7 Prozent.“ (Renaud Lambert: China am längeren Hebel, in: *Le Monde diplomatique*, Mai 2025) Dafür stiegen die Exporte in die ASEAN-Staaten von 12,8 auf 16,4 Prozent und die in die Partnerländer der Neuen Seidenstraße von 38,7 auf 47,8 Prozent. (Vgl. ebd.) Hinzu kommt, dass Chinas Exporte in die USA nur 2,8 Prozent des BIP ausmachen. (Laut Vortrag von Prof. Dr. Markus Taube, Universität Duisburg-Essen, Lehrstuhl Ostasienwirtschaft / China, vom 07.07.2025 in Duisburg, Konfuzius-Institut Metropole Ruhr). Das bedeutet auch, dass die Sanktionspolitik der USA gegen China das Land nicht so verheerend treffen wird, wie von US-Seite erhofft. Allerdings ist die Volksrepublik bezüglich Flugzeugkomponenten von 50 Prozent massiv abhängig vom amerikanischen Markt (vgl. Markus Taube, s.o.), weshalb eine Hinwendung auch auf den europäischen Markt bezüglich Airbus vorbereitet wird. Abhängig ist China von US-Lieferanten, allerdings deutlich weniger als bei aircraft and parts, von oil seeds and fruits (includes soybeans) von 20,5 Prozent, von optical equipment (17,1 %) und vehicles and parts von 14,4 Prozent. Hinzu kommt, dass der Zugang chinesischer Unternehmen zum US-Kapitalmarkt (286 börsennotierte Unternehmen mit einer Marktkapitalisierung von 1,1 Billionen US-Dollar) in Frage gestellt werden könnte. (Vgl. Markus Taube, s.o.)

Umgekehrt ist die USA von chinesischen Produkten abhängig, so von Konsumgütern, Zwischen- und Pharma-Produkten und Mineralien wie den Seltenen Erden. Diese Seltenen Erden sind für die industriellen Lieferketten der USA sehr bedeutend. „Die Schweren Seltenen Erden werden etwa in Magneten verbaut und sind enorm wichtig für viele technologische Produkte, ob in der Halbleiter-, der Auto- oder der Rüstungsindustrie. Weil diese Metalle zurzeit fast ausschließlich in China weiterverarbeitet werden, hat das Land eine Art Monopol.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 03.06.2025) Deshalb kann es bei einem Exportstopp oder auch einer Verringerung von Lieferungen seitens Chinas wegen der fehlenden Seltenen Erden zu Produktionsstopps in den USA und Europa kommen. „Da US-Hightechkonzerne sowie Unternehmen des Verteidigungssektors rund 80 Prozent ihres Bedarfs an diesen für die Halbleiterproduktion essenziellen Materialien [allen voran Seltene Erden, W. K.] aus chinesischen Quellen beziehen, kam es binnen kurzer Zeit zu gravierenden Produktionsengpässen. Betroffen waren dabei nicht nur prominente Branchenführer wie Intel oder Lockheed Martin, sondern nahezu die gesamte US-Technologie- und Elektroindustrie, die durch Lieferstopps und Produktionsunterbrechungen empfindlich getroffen wurde.“ (Messingschlager 2025, S. 72) Weltmarktführer China hat zudem neue Vorschriften für den Abbau und die Verarbeitung der kritischen Rohstoffe erlassen. Es verschärft seine Kontrolle über die für viele Hochtechnologie-Produkte wichtigen Seltenen Erden. Demnach sollen künftig auch importierte Rohstoffe, wie z.B. Erz, in das bestehende Quotensystem einbezogen werden. Das bedeutet eine weitere Verknappung des Angebots. Dies wird nicht nur die USA betreffen, sondern auch Deutschland, das 65,5 Prozent der importierten Menge von Seltenen Erden aus der Volksrepublik bezieht. (Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 23.08.2025)

Dies zeigt eindrucksvoll, wie fragil und abhängig nicht nur der technologische Sektor der US-Volkswirtschaft ist, trotz der jahrelangen Bemühungen um Entkoppelung.

Allerdings ist China aufgrund seiner gewaltigen Produktionsüberschüsse auf die Nachfrage von anderen Ländern angewiesen. Der Anteil an der weltweiten Industrieproduktion ist von 2000 bis heute von sechs auf 32 Prozent gestiegen, was 28 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts ausmacht. „2024 erreichte Chinas Handelsbilanzüberschuss ein Allzeithoch von knapp 1000 Milliarden Dollar. Schon jetzt gilt der chinesische Exportrausch als Hauptgrund für die Deindustrialisierung mancher Länder Südostasiens. Dieses Phänomen wird durch die US-Zölle weiter verschärft, weil sie chinesische Unternehmen zwingen, bestimmte Exporte in die asiatische Region umzulenken.“ (Lambert, ebd.) Nicht umsonst will China seine Beziehungen in Südostasien ausweiten, wobei es auch die Golfstaaten vermehrt im Blick hat, um auch dort Handels- und Exportmärkte weiter zu erschließen. Chinas Einfluss wird auch auf dem afrikanischen Kontinent immer größer. Mittlerweile ist die Volksrepublik mit Abstand wichtigster Handelspartner der meisten afrikanischen Staaten. „Peking umwirbt den Kontinent seit Jahrzehnten. Südafrika, Nigeria und Simbabwe genießen dabei besondere Aufmerksamkeit. Fortan gelten die Beziehungen zu diesen Ländern als ‚umfassende strategische Partnerschaft‘“ (Michael Krätke in: *der Freitag* v. 12.09.2024) China



hat aktuell nach einer Konferenz mit den Außenministern oder anderen hochrangigen Repräsentanten aus 53 afrikanischen Staaten bekanntgegeben, keine Zölle mehr auf Einfuhren aus allen Staaten Afrikas zu erheben. Das schafft etlichen von den US-Zöllen stark betroffenen Ländern Erleichterungen, sodass die Beziehungen zur Volksrepublik noch enger werden. (Vgl. *junge Welt* v. 16.06.2025) Wie auch immer sich die US-Zollpolitik auf die US-Wirtschaft auswirken wird, langfristig wird sie China nützen. Auch nach Europa könnten chinesische Exporte vermehrt umgelenkt werden, sodass nicht nur in Südostasien, sondern auch in Europa protektionistische Maßnahmen ergriffen werden. Ob China stattdessen in der Zukunft bestrebt sein wird, seine Handelsbilanzüberschüsse zu verringern, darf bezweifelt werden, da es, wie erwähnt, aus Stabilitätsgründen und aus der Kapitallogik zu einem Wachstum verdammt ist.

Der Handelskrieg zwischen den USA und China zeigt nicht nur eine gefährliche Eskalationsspirale in den sino-amerikanischen Beziehungen, sondern auch, dass sich die Weltordnung in einem Umbruch befindet.

## CHINA BEWIRBT SICH ALS GARANT EINER STABILEN WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG.

China will, wie oftmals regierungsmäßig betont, in der internationalen Ordnung nicht die Rolle eines neuen Hegemons einnehmen. Diese Rolle beanspruchen die USA bisher für sich, allerdings haben sie diese immer mehr verloren. Der Handels- und Zollkrieg ist nur ein Beispiel dafür. Während Trump die Welt mit Zöllen überzieht, positioniert sich China als Garant für eine stabile Wirtschaftsordnung. Diese von den USA verursachte Lücke versucht die chinesische Regierung zu nutzen, um sich als verlässlichen Partner darzustellen.

Präsident Xi Jinping traf sich im März in Beijing mit etlichen Vorstandsvorsitzenden europäischer großer Unternehmen, die seit langem in China tätig sind, so u.a. von deutscher Seite BMW, Mercedes, Siemens, DHL, Schaeffler und Thyssenkrupp. Während Trump Importe in die USA mit hohen Strafzöllen belegen will, wirbt China für sich als Schutzmacht des globalen multilateralen Handelssystems. „Transnationale Unternehmen spielen eine wichtige Rolle bei der Sicherung der Weltwirtschaftsordnung“, so Präsident Xi. Und er machte den Unternehmen weitere Avancen: „Ich möchte allen ausländischen Unternehmen, die sich an der Entwicklung Chinas beteiligt und sie unterstützt haben, meinen herzlichen Dank aussprechen. Ausländische Unternehmen tragen ein Drittel des chinesischen Imports und Exports, ein Viertel zur industriellen Wertschöpfung und ein Siebtel zu den Steuereinnahmen bei und schaffen mehr als 30 Millionen Arbeitsplätze.“ Speziell an die Adresse der deutschen Autobauer gerichtet fügte er hinzu: „Für Unternehmen wie Mercedes-Benz und BMW ist China heute der größte Markt der Welt.“ (Zit. nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 29.03.2025) Ungeachtet der zunehmenden Konkurrenz für deutsche Unternehmen auf dem chinesischen Markt will das Verhalten der chinesischen Regierung gegenüber internationalen Unternehmen im Gegensatz zu den USA Vertrauen und Verlässlichkeit im Handel demonstrieren. Dabei nimmt China im Besonderen Europa in den Blick. So schreibt die „Global Times“, eine Zeitung der Kommunistischen Partei, Europa solle „die rationale Entscheidung treffen, sich China weiter zuzuwenden“. (Ebd.)

## DIE NEUEN SEIDENSTRÄßen – „DAS GRÖßTE INFRASTRUKTURPROJEKT DER WELTGESCHICHTE“

So bezeichnet Beat Schneider das Projekt, das Präsident Xi Jinping 2013 auf einer Konferenz in Kasachstan vorstellte. Offiziell heißt es „Ein Gürtel, eine Straße“, eingebürgert hat sich der Name „Belt and Road Initiative“ (BRI), hier auch als Neue Seidenstraße bekannt. Es ist „ein gigantisches Projekt zum Auf- und Ausbau interkontinentaler Handels- und Infrastrukturwerke“. (Schneider 2023, S. 140) Weit über 100 Länder aus Asien, Afrika, Europa und Südamerika sind daran beteiligt, 30 internationale Organisationen kommen noch hinzu. Die Volksrepublik bezeichnet

### Vielfachkrise

Kapitalistische Krisendynamiken und geopolitische Umbrüche



Wolfgang Kastrup & Helmut Kellershohn (Hg.)



Edition DISS 53

erschienen am 10. Oktober 2024

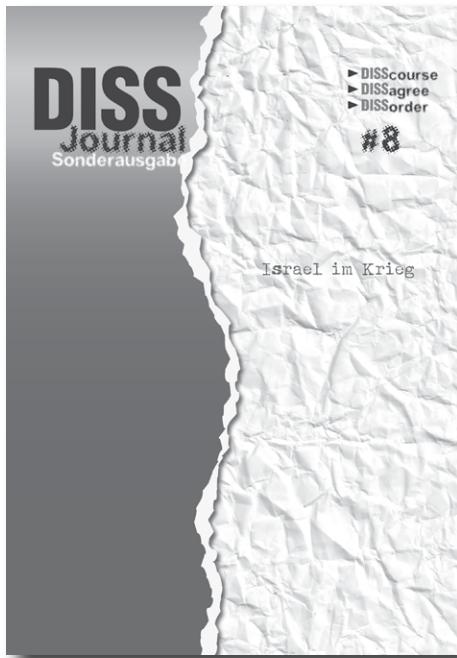
ISBN: 978-3-89771-782-4

272 Seiten 19,80 €

### Vielfachkrise

Kapitalistische Krisendynamiken und geopolitische Umbrüche

Begriffe wie Vielfachkrise, multiple Krise, Polykrise tragen dem Umstand Rechnung, dass sich Krisen nicht mehr nur auf einzelne Bereiche beschränken. Soziale, ökonomische, politische, ökologische und geopolitische Krisen – »all diese Phänomene laufen zusammen und verschärfen sich gegenseitig« und betreffen dadurch die »gesamte gesellschaftliche Ordnung« (Nancy Fraser). Die in diesem Buch versammelten Beiträge untersuchen einzelne Krisenphänomene mit Blick auf ihre nationale und internationale Bedeutung sowie ihren Beitrag zu dem, was sich mit Gramsci als »organische Krise« bezeichnet lässt.



### Israel im Krieg

DISS-Journal Sonderausgabe #8 (2024)

Von Jobst Paul

Im Moment, da dieses Sonderheft zum Nahostkrieg mit dem Titel *Israel im Krieg* erscheint, ist das Gefälle zwischen Hoffnungen und Befürchtungen weiter angewachsen. Nach nahezu elf Monaten ohne Perspektive auf ein Kriegsende und auf eine tragfähige Friedensordnung scheint einerseits die Chance auf Frieden – in Form von Pendeldiplomatie und Waffenstillstandsverhandlungen – greifbar geworden zu sein. Auf der anderen Seite nähren bedrohliche Zusitzungen die Furcht vor einem *all out war* mit dem Iran und seinen Stellvertretern, während das Westjordanland zum weiteren Kriegsschauplatz zu werden droht.

Unser Journal kann gegenüber diesem existenziellen Hintergrund nur Bericht, Beobachtung und Kommentierung sein und dies selbstverständlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Aber das Heft trägt eigene Spuren dieser vergangenen Monate. Zwar diente das Dokumentieren der Nachrichtenlage als sachliches Gerüst, aber es wurde auch zur ständigen Quelle von offenen, unerwarteten Fragen, von tiefen Unsicherheiten und oft von großer Betroffenheit. All dies dennoch zu ordnen, zu bearbeiten, aufzuarbeiten und in Richtung einer Orientierung zu formen, wurde schließlich zur Aufgabe des vorliegenden Sonderhefts, die danach auch über seinen Inhalt und seinen Aufbau bestimmte.

**Das gedruckte Heft (144 Seiten) ist im DISS zu bestellen. Download: <https://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2024/08/Israel-im-Krieg.pdf>**

es als „ein neues Modell für Multilateralismus und eine offene Wirtschaft“ (Kulow 2022, S. 8) Die Seidenstraßen verlaufen über Land („economic belt“) und über See („maritime road“) und umfassen ein riesiges Netz aus über 100.000 Kilometern Straßen, über 10.000 Eisenbahnlinien, 100 Häfen, 1.000 Brücken, Schulen und Krankenhäusern. Zu dem Projekt gehört auch eine „digitale Seidenstraße“, um die digitale Transformation in den angeschlossenen Ländern durch Kommunikationsverbindungen (u.a. Verlegung von Glasfasernetzen, Vernetzung mit 5G-Technik) zu ermöglichen. (Vgl. Schneider, S. 141) Im Kontext der BRI ist es laut Jenny Simon gelungen, „Überkapazitäten auszulagern, neue Anlagenphären oder Absatzmärkte für chinesisches Kapital zu erschließen, Investments zu diversifizieren und die Regionalisierung des RMB [chinesische Währung Renminbi, W.K.] zu fördern.“ (Simon 2022, S. 389) Der chinesische Staat hat sich zu einem weltweit wichtigsten öffentlichen Geldgeber von Hilfszahlungen und bilateralen Krediten entwickelt. In dem Verhältnis von Partei, Staat und Ökonomie ist der chinesische Staat zu einem zentralen internationalen Akteur geworden, um auch erfolgreich die Akkumulation von Kapital im Blick zu haben. Denn in diesem gigantischen Projekt spielt das Eigeninteresse Chinas natürlich eine Rolle. Die BRI sei auf dem Hintergrund der chinesischen Entwicklungsweise zu verstehen, „mag man es nun als Entwicklungsstaat, Staatskapitalismus oder sozialistische Marktwirtschaft verstehen“, so Uwe Hoering. Für ihn zeigt die „Analyse der Rahmenbedingungen“ jedoch, dass die Umsetzungen Schwierigkeiten bereiten. „Die ‚neuen Seidenstraßen‘ stoßen mittlerweile auf erhebliche finanzielle, politische, ökologische und legitimatorische Probleme. Darin zeigt sich auch ein strukturelles Problem: Staat und Kapital operieren überwiegend in wirtschaftlichen und politischen Hochrisiko-Gebieten. Und der chinesische Staat ist weit davon entfernt, mit seiner ihm zur Verfügung stehenden *economic statecraft* seine Form der staatlich organisierten Marktwirtschaft auf internationalem Parkett zu verankern und damit Ambitionen wie Stabilität oder geopolitische Resilienz durchzusetzen.“ (Hoering 2022, S. 424)

Ein bekanntes Beispiel für chinesische Kredite für ein großes Infrastrukturprojekt ist der Überseehafen Hambantota in Sri Lanka. Das Land konnte jedoch den Kredit nicht mehr bedienen. „So blieb [...] Sri Lanka nach der Zahlungsunfähigkeit nichts anderes übrig, als die Nutzungsrechte des von China gebauten neuen Überseehafens Hambantota an die VRCh abzutreten.“ (Schneider, S. 147) Dies brachte China den Vorwurf der „Schuldenfalle“ ein. Dass Länder in „Hochrisiko-Gebieten“ (Hoering 2022) in ein solches Verschuldungsrisiko geraten können, ist keine Seltenheit. Auch die Nichtbeachtung von Arbeits- und Umweltstandards wurde des Öfteren kritisiert.

Dass China seine politischen wie wirtschaftlichen Einfluss- und Machtzonen erheblich ausgedehnt hat und dies weiterhin beabsichtigt, zeigt, dass das Land zu einer *imperialen Ordnungsmacht* geworden ist. Im Unterschied zu der amerikanischen Regierungspolitik unter Trump (siehe u.a. gegenüber Panama und Grönland) geht es China allerdings nicht um eine territoriale Expansion seiner Machtinteressen.

## BRICS UND DIE TRANSFORMATION IN EINE MULTIPOLARE WELTORDNUNG

Aus Sicht der US-Regierung wird eine multipolare Weltordnung dem eigenen Führungsanspruch nicht gerecht, während China eine solche Ordnung mit anderen BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) anstrebt. So soll durch eine Multipolarität den Schwellen- und Entwicklungsländern mehr Einflussmöglichkeiten gegeben werden. Im Jahr 2009 gründeten Brasilien, Russland, China und Indien die Gruppe der BRIC, die dann um Südafrika als BRICS erweitert wurde. Seit dem 1. Januar 2024 sind Iran, Saudi-Arabien, die Emirate (VAE), Ägypten und Äthiopien als Neuzugänge hinzugekommen. Auch das NATO-Land Türkei will in diese Gruppe aufgenommen werden. Das weltpolitische Gewicht, auch hinsichtlich des Anteils an der Weltbevölkerung, die sich gegen die Hegemonie des Westens und für



eine Gleichberechtigung souveräner Staaten aussprechen, wird also größer. Der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar drückte die Kritik gegenüber der westlichen Hegemonie auf einer Konferenz der BRICS-Staaten in Kapstadt am 1. Juni 2023 folgendermaßen aus: „Der ‚Kern des Problems‘ liege in einer ‚wirtschaftlichen Konzentration‘, die ‚allzu viele Länder von der Gnade allzu weniger abhängig‘ mache. Zudem höre man seit zwei Jahrzehnten immer wieder von einer ‚Reform der multinationalen Institutionen‘, nur ‚um kontinuierlich enttäuscht zu werden‘: Nichts tue sich bei der Reform des UN-Sicherheitsrats, viel zu wenig bei Weltbank und IWF. Es sei daher notwendig, dass das Brics-Bündnis sich daran mache, ‚die globale Entscheidungsfindung zu reformieren‘“. Die „starke Botschaft“ sei, dass die „Welt multipolar“ sei, und das BRICS-Bündnis für „ein Symbol des Wandels“ stehe. (Zit. nach Kronauer 2024, S. 155)

Die Reformunwilligkeit von Weltbank und IWF, die der indische Außenminister kritisiert, zeigt sich u.a. daran, dass beide Institutionen nicht nach dem Prinzip der UN-Charta funktionieren, also der Beachtung der Gleichheit der beteiligten souveränen Staaten. Entscheidend sind die Einlagen und danach sind die Stimmrechte verteilt, sodass die Länder des Globalen Südens natürlich benachteiligt sind. (Vgl. Wahl 2025, S. 26)

Mit dem BRICS-Bündnis und auch schon mit der „Belt and Road Initiative“ (BRI) und der in beiden Organisationen starken bis dominierenden Position Chinas wird eine *Transformation der Weltordnung* erkennbar, hin zu einem multipolaren Weltsystem. Dies zeigt sich auch in dem Kräfteverhältnis zwischen der G7 und BRICS und ihrem jeweiligen Anteil des BIP an der Weltwirtschaft. Das BRICS-Bündnis erreicht hier 31,9 Prozent, während die G7-Länder einen 30-prozentigen Anteil haben. (Vgl. ebd., S. 25) Zudem entfallen ca. die Hälfte der Weltbevölkerung auf die BRICS-Staaten, bei den G7-Staaten sind es ca. 10 Prozent. BRICS scheint für viele Länder eine attraktive Gemeinschaft zu sein. So waren beim letzten Gipfel 13 neue Partnerländer vertreten, darunter mit Algerien, Nigeria und Uganda auch drei weitere afrikanische Staaten. „BRICS bringe ‚eine neue Dynamik‘, erklärte Ndimancho, [Wissenschaftler an der Universität Douala in Kamerun, W.K.], als Alternative zum ‚alten System‘, das Afrikaner mit ‚Sklaverei, Sklavenhandel, Kolonialismus, Imperialismus und all dem‘ verbänden.“ (junge Welt v. 31.12.2024)

Ziel ist es ebenfalls, die Abhängigkeit vom US-Dollar als globaler Leitwährung zu reduzieren, um andere Zahlungsmittel, wie z.B. die chinesische Währung Renminbi (RMB), zu nutzen. Bisher ist allerdings diesbezüglich noch kein nennenswerter Erfolg zu sehen, da der weltweite Kapitalismus noch immer auf dem US-Dollar als Weltleitwährung aufbaut und Staaten, Unternehmen und Investoren sich mit dem Dollar als Vermögenswert und Zahlungsmittel sicher fühlen. Dies verweist auf den Dollar als einen finanzpolitischen Ordnungsfaktor. Mit dem US-Dollar verdienen und vermehren nicht nur die USA, sondern auch Staaten, Unternehmen und Investoren ihren Reichtum, da durch seine weltweiten realen Umtauschmöglichkeiten jede andere nationale Währung nur im Verhältnis zum Dollar die Möglichkeit zur Geldvermehrung hat. Fast alle Rohstoffe, Transportdienstleistungen und sehr viele Handelstransaktionen werden immer noch

in Dollar gehandelt. Allerdings zeigt sich, dass der ausländische Besitz von US-Staatsanleihen seit 2008 stark rückläufig ist. „Während im Jahr 2008 US-Staatsanleihen („treasuries“) noch zu 56 Prozent von ausländischen Investoren – insbesondere Zentralbanken – gehalten wurden, liegt dieser Wert heute nur noch bei 30 Prozent. Zeitgleich ist der Anteil von Gold, dem ultimativ sicheren Anlagehafen in globalen Währungsreserven, von elf auf 23 Prozent angewachsen. Der Weg der Entdollarisierung ist schwierig, und Alternativen sind begrenzt. Dennoch überwiegen zunehmend politische Argumente die Effizienzlogik des bestehenden Systems.“ So der Politökonom Johannes Petry von der Universität Frankfurt/M. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 13.09.2025) Sollte allerdings US-Präsident Trump bei seinem Zollkrieg bleiben, wird der US-Dollar von Turbulenzen nicht verschont werden und könnte als sicherer Anker des Weltwährungssystems und damit als globale Leit- und wichtigste Reservewährung großes Vertrauen einbüßen. Dann wären es nicht China und die BRICS-Staaten, sondern die US-Regierung selbst, die die Dollarhegemonie torpedieren würde.

Auch in einer multipolaren Welt werden Konflikte und geostategische Spannungen nicht aufhören, was u.a. die Rivalität zwischen China und Indien anbetrifft oder auch die Spannungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien, trotz der positiven Signale beider Länder durch die Vermittlung durch China. Entscheidend ist und bleibt die Eingebundenheit in das kapitalistische System mit nationaler wie internationaler Standortkonkurrenz, Kapitalakkumulation, Profitmaximierung und den Konsequenzen wie Arbeitslosigkeit, prekären Lebensverhältnissen und Armut für einen Teil der Bevölkerung, ohne die ein kapitalistisches System nun mal nicht funktioniert. Der Politikwissenschaftler John P. Neelsen kommt insgesamt zu einem positiven Urteil, da er den BRICS-Staaten „als Gegner und Bollwerk für eine friedliche kooperative nachhaltige Entwicklung eine überragende Rolle“ zuschreibt. „Dabei wird es vor allem darauf ankommen, ob sie bei wachsender Konfrontation trotz aller Unterschiedlichkeit und internen Differenzen ihre diesbezügliche Einheit bewahren können.“ (Neelsen 2024, S. 132)

## „GRÜNE“ TRANSFORMATIONSPROZESSE

Während in Deutschland die ökologische Modernisierung und auch in der EU der Green Deal im Wesentlichen gescheitert sind, hat China, trotz weiterhin erheblich bestehender fossiler Produktion, den Ausbau der Solar- und Windtechnologie massiv vorangetrieben. Das Land liegt darin weltweit an der Spitze und ist der Konkurrenz aus der EU enteilt. Während China 2014 im Rahmen der Neuen Seidenstraße sechsmal mehr in den Ausbau der Kohlekraft als in erneuerbare Energien investiert habe, sei dies in den letzten Jahren anders geworden, so Michael Brie. Für die internationale Zusammenarbeit seien „grüne“ Projekte immer wichtiger geworden. „Am 21. September 2021 kündigte Xi Jinping vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen an, dass China keine neuen Kohlekraftwerke im Ausland mehr bauen werde. Zunehmend drängt China mit ‚grünen‘ Technologien auf wichtige Weltmärkte und betont die eigene Verantwortung für den globalen Umstieg auf erneuerbare Energien.“ (Brie 2024, S. 106)



Auf der einen Seite ist China durch die schnelle Industrialisierung in den letzten Jahrzehnten zum weltgrößten Emittenten von klimaschädlichen Gasen geworden. Auf der anderen Seite ist das Land weltweit führend bei der Produktion und der Anwendung von erneuerbaren Energien und Technologien für die Dekarbonisierung der Ökonomie. Hinsichtlich des eigenen Landes genehmigt es viel weniger Kohlekraftwerke. Ein CO<sub>2</sub>-Wendepunkt scheint erreicht. „Langfristig setzt die Volksrepublik in ihrer Energieversorgung [...] auf einen Mix, in dem Sonne, Wind und Atomenergie eine große Rolle spielen.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 24.08.2024) China forciert die Energiewende als wichtigsten Hebel gegen den Klimawandel.

Im globalen Kontext wird die Überlegenheit von Chinas Solar- und Windenergieproduktion sehr deutlich. So belaufen sich die installierten Kapazitäten zur Erzeugung von Solarenergie in Gigawatt im Jahr 2023 bei China auf knapp über 600, bei Europa auf knapp 300 und bezüglich der USA auf ca. 140. Bei der Erzeugung von Windenergie, ebenfalls im Jahr 2023, kommt China auf ca. 450 Gigawatt, Europa auf ca. 260 und die USA auf ca. 150. (Vgl. Köncke 2025, S. 11f.)

Eine ähnliche Entwicklung zeige sich im Windsektor, bei dem bis Mitte der 2010er-Jahre Europa führend bei der Installation von Windkraftanlagen war. Aber China habe, Köncke zufolge, rasant in den letzten zehn Jahren aufgeholt. Im Jahr 2023 habe China 43 Prozent der weltweit installierten Kapazitäten für Windenergie auf sich vereinigt, bezüglich des Kapazitätsausbaus seien es sogar 66 Prozent gewesen. (Vgl. ebd., S. 12)

Deutlich muss aber auch die Kehrseite genannt werden, dass China weiterhin der weltweit größte Kohleproduzent und -konsument ist. Aus der Volksrepublik stammt rund ein Viertel der globalen Treibhausgasemissionen. Allerdings kommt das ökologische Umdenken auch in der Rede des Staatsoberhaupts Xi Jinping auf einem Klimagipfel Ende September 2025 in New York zum Ausdruck, wo er die neuen Klimaschutzziele für sein Land vorstellt. Bis zum Jahr 2035 sollen die Treibhausgasemissionen um sieben bis zehn Prozent gegenüber ihrem Höchststand sinken. Er kritisierte Länder, die sich gegen den globalen Übergang zu sauberer Energie stemmten. (Vgl. *Süddeutsche Zeitung* v. 25.09.2025)

Philipp Köncke, der das chinesische System als „Partei-Staatskapitalismus“ bezeichnet, erklärt, dass bezüglich der grünen Solar- und Windenergie ein Transformationsprozess stattgefunden habe. „Die Liberalisierung des ‚grünen‘ Partei-Staatskapitalismus setzt die Kräfte der kapitalistischen Konkurrenz frei, intensiviert die preislichen Abwärtsspiralen und katapultiert die Branche in eine Profitabilitätskrise. Ein struktureller Widerspruch zwischen den Erfordernissen der Energiewende und der Funktionsweise des (‚grünen‘) Kapitalismus tritt zutage.“ (Ebd., S. 30)

Ein „grüner“ Kapitalismus, der so weiterhin den strukturellen Barrieren von Profitmotiv, Wachstumzwang und Konkurrenz unterliegt, blockiert den notwendigen sozialökologischen Transformationsprozess.

## GEOSTRATEGISCHER MACHTKAMPF IM PAZIFIK

Die USA haben seit einigen Jahren begonnen, Bündnisse in der asiatisch-pazifischen Region zu festigen bzw. neu zu gründen, wozu Japan, Südkorea, Taiwan, Australien, Neuseeland und die Philippinen gehören, die sich gegen China als neue Weltmacht richten. Zu den Neugründungen zählt der am 12. September 2021 gebildete Militärpakt AUKUS (Australia, United Kingdom, United States), der vor allem das Ziel hat, Chinas Aktivitäten im Südchinesischen Meer, das von der Volksrepublik beansprucht wird, entgegenzuwirken. Das Ziel, China systematisch militärisch einzukreisen, ist im Wesentlichen schon gelungen. Es ist ein durch die USA ausgelöster geostrategischer Machtkampf im Pazifik, um Chinas Einfluss zurückzudrängen. Dazu gehört auch die militärische Aufrüstung Taiwans durch die USA, und das ebenso durch die Präsidenten Obama, Trump (1. Amtsperiode), Biden und jetzt wieder durch Trump. Die Dauerfreiheit zwischen China und Taiwan und Chinas historische Ansprüche gegenüber Taiwan machen den Konflikt im Süd pazifik noch gefährlicher. Wobei der Anspruch der Volksrepublik durchaus durch die von der UN-Vollversammlung verabschiedete Resolution 2758 vom 25.10.1971, wonach nur die Volksrepublik China der einzige rechtmäßige Vertreter Chinas bei den Vereinten Nationen ist, gerechtfertigt ist. Dieses Ein-China-Prinzip haben fast alle Staaten der Welt anerkannt. Selbst die USA haben seit 1979 diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik behalten und die zu Taiwan abgebrochen, obwohl sie, wie auch viele westliche Staaten, das Existenzrecht Taiwans als eigenständige Nation immer wieder betonen und als Bollwerk gegen China militärisch einsetzen.

Das erklärte Ziel von Trump und seiner Regierung ist es, dass sich die USA militärisch noch stärker auf den Indopazifik konzentrieren. Dies erläuterte der US-Verteidigungsminister Peter Hegseth seinen NATO-Kollegen: „Uns steht China als gleichwertiger Konkurrent gegenüber mit der Fähigkeit und der Absicht, unser Land und unsere nationalen Kerninteressen im Indopazifik zu bedrohen.“ (Zitiert nach *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 12.06.2025) Diese nationalen Kerninteressen ergeben sich einerseits als Anspruch auf US-Wirtschaftsinteressen in dieser Region, die man quasi als Besitzstand beansprucht, und als überlegende Ordnungs- und Aufsichtsmacht. „Gemäß der von der amerikanischen Strategie demonstrierten Dialektik von kapitalistischer Benutzung und imperialistischer Aufsicht ist die gesetzte, allseitige Anerkennung der Überlegenheit amerikanischer Gewalt die unverzichtbare Grundlage des freien und friedlichen Handels, also die unbedingt zu erreichende Zielsetzung der amerikanischen Militärstrategie.“ (Gegenstandpunkt 3-2025, S. 60) Konsequenz ist, dass nicht nur die USA und die mit den USA verbündeten Länder im Indopazifik massiv aufrüsten, sondern auch die Volksrepublik China, die sich dem Anspruch der USA als Ordnungsmacht im Indopazifik nicht unterordnen will. „China hat mit rund zwei Millionen Soldatinnen und Soldaten die größte Armee der Welt, die größte Marine, die drittgrößte Luftwaffe und ein beeindruckendes Raketenarsenal. [...] Das Land rüstet in atemberaubendem Tempo auf. Beispiel Atomwaffen: Innerhalb eines Jahres hat China nach Sipri-Daten die Zahl seiner Atomsprengköpfe von 500 auf mindestens



600 erhöht.“ (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 04.09.2025) Allerdings verfügen die USA mit rund 3700 Atomsprengköpfen über mehr als sechs Mal so viele wie China. (Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 12.09.2025) Die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung, hervorgerufen durch einen ausufernden Wirtschaftskrieg, ist durch die immense Aufrüstung auf allen Seiten durchaus gegeben. Eine unberechenbare Regierungspolitik in den USA, die das Verteidigungs- in ein Kriegsministerium umbenennt und das US-Militär mit einem „Krieger-Ethos“ auf einen Krieg vorbereiten will, erhöht zudem das Risiko.

## FAZIT

Der Modernisierungsprozess der Volksrepublik beinhaltete den Wechsel von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer kapitalistischen Ökonomie. Die ökonomische Basis ist nicht nur für die privaten Unternehmen kapitalistisch, sondern auch für die großen und mächtigen Staatsunternehmen, die dem Prinzip der Gewinnmaximierung unterliegen. Dies gilt auch für gesellschaftliche Sektoren wie z.B. das Gesundheitswesen. Entscheidend in diesem Modernisierungsprozess ist aber die KPCh als historischer und politischer einzigartiger Sonderfall, der die kapitalistische Erschließung des Landes planmäßig und absolut dominant steuerte und weiterhin steuert. Auf den Prinzipien der Partei basieren politische, ökonomische und gesellschaftliche Planungen und Entwicklungen. Der Schlüssel für den chinesischen Modernisierungsprozess und damit für das Wohlergehen der Bevölkerung liegt in der Partei. Der permanente Reformprozess orientiert sich nach eigenen Angaben am Marxismus-Leninismus, den Ideen von Mao Zedong, der Reformperiode von Deng Xiaoping und der Führung der KPCh durch Xi Jinping. Michael Brie nennt Chinas Transformation in zutreffender Weise eine „Hegemonisierung der Gesellschaft durch die Kommunistische Partei“. (Brie 2023, S. 48) Doch bei dieser Entwicklung traten und treten Widersprüche auf wie soziale Spaltungen, Arbeitslosigkeit, Überproduktionen und ökonomische Konkurrenzkämpfe, national wie international.

Das umfassende und ehrgeizige Projekt der Neuen Seidenstraße und die Organisation BRICS mit China als dominanter Kraft und weiter aufstrebenden Nationen wie u.a. Indien, Brasilien, Südafrika und Saudi-Arabien haben ein Gegengewicht und einen mächtigen Widerpart gegen die USA und die anderen westlichen Staaten geschaffen. Dennoch können diese Bündnisse nicht als völlig homogen bezeichnet werden, da durchaus Spannungen bestehen, z.B. zwischen China und Indien. Außerdem haben einige dieser Länder auch mit den USA und Ländern der EU Abkommen geschlossen. Aber als nichtwestliche Staaten des Globalen Südens haben sie wirtschaftlich und politisch durch internationale Kooperationen an Macht und Einfluss gewonnen. Es ist folglich nicht verwunderlich, dass vor allem die USA versuchen, den Hauptkonkurrenten China durch Wirtschaftskriege zurückzudrängen, aber auch politisch und militärisch einzudämmen, und dies nicht erst seit Präsident Trump, sondern schon unter den Präsidenten Obama und Biden. China gefährdet ihrer Meinung nach die „regelbasierte internationale Ordnung“, die bisher im Wesentlichen von den USA bestimmt wurde. Diese Vorstellung der Weltordnung wird vom Westen als Kampfbegriff gegen das autokratische China angeführt. Diese „Regeln“ sind durch eine neue multipolare Weltordnung, in der der bisherige Hegemon USA an Macht und Einfluss verliert, in Gefahr, als Ordnungsfaktor anerkannt zu werden. Nicht umsonst versucht der US-Präsident und seine Regierung durch einen Wirtschafts- und Zollkrieg, nicht nur gegen China, sondern auch gegen die EU und viele andere Länder dieser Welt, verzweifelt, verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Hinzu kommt, dass China auch eine dominante Rolle bei der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) spielt, deren kombinierte Wirtschaftsleistung nach Aussage von Chinas Präsident Xi Jinping fast 30 Billionen Dollar betrage und zur größten regionalen Organisation der Welt angewachsen sei. Der wirtschaftliche Einfluss solle genutzt werden, um dem Westen entgegenzutreten. Ziel sei „ein gerechteres und vernünftiges globales Regierungssystem“. Dies verkündete Chinas Präsident vor 26 Mitgliedern und Beobachtern am 1. September 2025 als Gast-

**Entfremdung  
Identität  
Utopie**



Marvin Chlada, Peter Höhmann,  
Wolfgang Kastrup & Helmut Kellersohn (Hg.)



ISBN 978-3-89771-774-9  
200 Seiten, Oktober 2020  
Reihe: Edition DISS Band: 45

Der Entfremdungsbegriff (bzw. ein verwandter Begriff wie Verdinglichung) hat Konjunktur. Die Debatte reflektiert zum einen das neue Interesse an der Marx-Lektüre, das seit der Jahrtausendwende Ausdruck der Krisenprozesse ist, die die kapitalistische »Welt« durchziehen und nach Erklärungsmustern suchen lassen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis zwischen dem »frühen« Marx und dem Marx der »Kritik der Politischen Ökonomie«, zwischen Entfremdungskritik und der Kritik des Warenfetischismus erneut thematisiert. Zum anderen verweist der Entfremdungsdiskurs auf die individuellen Leidenserfahrungen, die den Alltag der Menschen bestimmen.

Korrespondierend zum Entfremdungsbegriff nimmt der Identitätsbegriff einen immer breiteren Raum ein in der Debatte um die Gestaltung von nichtentfremdeten Lebensverhältnissen. »Identität« (bzw. »kollektive Identität«) ist zur Chiffre geworden, unter der sich unterschiedliche Gruppen formen, denen es um eine Änderung vorherrschender Lebens- und Denkweisen geht, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen herausgebildet haben.

Besondere Beachtung verdienen rechts-populistische und extrem rechte Bewegungen. Auch sie operieren identitätspolitisch, indem sie das »Deutsch-Sein« (im völkischen Sinne) und das volksgemeinschaftliche Wir zum allein bestimmenden Identitätsmerkmal erheben. Identität ist aus dieser Sicht immer national- und volksbezogen. Entfremdung dagegen bedeutet stets Verlust des Nationalen und des »Volkshaften«. Auch die Vorstellungen von einer anderen, besseren Welt haben Konjunktur.



geber auf der Konferenz der SOZ in Tianjin/China. (Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 02.09.2025) Eine Aussage, die deutlich gegen die amerikanisch-westlich geprägte Ordnung gerichtet ist.

Es geht vor allem um einen imperialistischen Machtkampf zwischen den USA und China. Seit sich die Volksrepublik in die imperialistische Weltordnung eingeklinkt hat, hat sie selbst den Anspruch, als Ordnungsmacht zu wirken und als solche akzeptiert und respektiert zu werden. China hat auch durch das Seidenstraßenprojekt und durch die maßgeblich bestimmende Macht im BRICS-Bündnis gezeigt, erfolgreich im weltweiten Konkurrenzkampf zu bestehen.

**Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion des DISS-Journals und im AK Kritische Gesellschaftstheorie**

## LITERATUR

- Brie, Michael 2023: Chinas Sozialismus neu entdecken, Hamburg.
- Brie, Michael 2024: Projekt „Schönes China“, Hamburg.
- Dillmann, Renate 2025: Falsches Lob und falscher Tadel, in: Konkret, Heft 2, Hamburg, S. 24-25.
- Gegenstandpunkt 3-2016: Vor 15 Jahren versprochen, jetzt von China gefordert, vom Westen bezweifelt: Ist China eine Marktwirtschaft? In: Gegenstandpunkt 2016, Nr. 3, Politische Vierteljahreszeitschrift, München, S. 47-50.
- Gegenstandpunkt 2-2025: Trumps Zolloffensive. Eine „Common Sense Revolution“ auf dem Weltmarkt, in: Gegenstandpunkt 2025, Nr. 2, Politische Vierteljahreszeitschrift, München, S. 3-26.
- Gegenstandpunkt 3-2025: US-Militärstrategie im Indopazifik, in: Gegenstandpunkt 2025, Nr. 3, Politische Vierteljahreszeitschrift, München, S. 59-86.
- Hoering, Uwe 2022: Internationalisierung des chinesischen Ordnungsmodells, in: PROKLA 208, Berlin, S. 409-427.
- Köncke, Philipp 2025. Chinas „grünes“ Energiewunder. (Geo)Politische Ökonomie des chinesischen Partei-Staatskapitalismus, Papers 3/2025, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Kronauer, Jörg 2024: „Eine Welt ohne Hegemon“. China, der Globale Süden und das Ende der westlichen Vorherrschaft, Hamburg.
- Kulow, Karin 2022: Die geopolitische Konfrontation zwischen China und dem Bündnis des Westens, in: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Hg.): isw-report 130, München, S. 3-13.
- Messingschlager, Stefan 2025: Weltordnung am Wendepunkt. Trump und der sino-amerikanische Handelskrieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, Berlin, S. 71-77.
- Neelsen, John P. 2024: Die Rolle der BRICS im kapitalistischen Weltsystem, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 139, Frankfurt/M., S. 123-132.
- Plumpe, Werner 2025: Gefährliche Rivalitäten. Wirtschaftskriege – Von den Anfängen der Globalisierung bis zu Trumps Deal-Politik, Berlin.
- Sablowski, Thomas 2023: Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus und die Strategien der Herrschenden in Deutschland, in: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Hg.): Die Krisen der kapitalistischen Welt, isw Report Nr. 136, München, S. 11-21.
- Schneider, Beat 2023: Chinas langer Marsch in die Moderne. Zwanzig nicht-eurozentristische Thesen, 2. durchgesehene Auflage, Köln.
- Simon, Jenny 2022: „Lock-In“ statt „Grand Strategy“, in: Das Argument, Heft 3/2021, erschienen im Mai 2022, Hamburg, S. 382-394.
- Wahl, Peter 2025: Neue Bündnisse und Gegenbewegungen zur westlich dominierten Globalisierung, in: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Hg.): Weltordnung im Umbruch, isw Report Nr. 141, München, S. 22-28.



## MATERIALISTISCHER QUEERFEMINISMUS

THEORIEN ZU GESCHLECHT UND SEXUALITÄT IM KAPITALISMUS

Friederike Beier (Herausgeberin)

Leseempfehlung von Benno Nothardt

Ich habe noch gar nicht alle Texte der von Friederike Beier herausgegebenen Textsammlung gelesen, mache aber jetzt schon Werbung dafür. Warum? Weil wir vorhaben, einen oder zwei der Aufsätze in der Diskurswerkstatt zu lesen. Vielleicht hat jemand Lust, dazuzukommen.

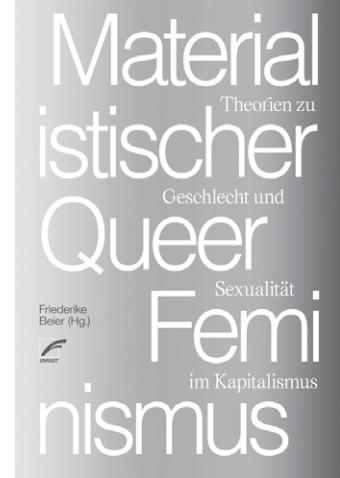
In der lesenswerten Einleitung bedauert Beier, dass „in deutschen wissenschaftlichen und aktivistischen Kontexten materialistische Analysen und queertheoretische Feminismen oftmals als unvereinbar gegenübergestellt“ würden (S. 8). Dabei ist die Verbindung beider Ansätze naheliegend, da der „materialistische Feminismus durch die Methode des historischen Materialismus Geschlecht und Sexualität als konstruiert versteht.“ Damit sei er „schon in seiner Entstehung dekonstruktiv und in Ansätzen sogar queertheoretisch“ (S. 10).

So würde Christine Delphy „Frauen als Klasse“ konzeptualisieren und dabei Geschlecht als „nichts Natürliches, sondern von den Verhältnissen“ gemacht (S. 12 f.) verstehen. Um diese gesellschaftliche Konstruktion zu beschreiben, bedarf es nach Beier dekonstruktivistischer Ansätze.

Auf der anderen Seite könnten queertheoretische Überlegungen zwar die Herstellung einer binären Geschlechterordnung beschreiben, aber „nicht hinreichend“ erklären, „warum es dann die soziale Kategorie der Frauen ist, die unterdrückt“ würden (S. 17). Allgemein brauche der Queerfeminismus eine „materialistische Perspektive, um die Herstellung und Stabilität der Geschlechterordnung zu verstehen“ (S. 17).

Schon lange vor Judith Butlers „Unbehagen der Geschlechter“ von 1991 habe es etliche

feministische Theoretiker\*innen gegeben, die Queerfeminismus und Materialismus zusammenhangen lassen. Deren Texte seien aber teilweise „in Vergessenheit geraten“ (S. 9). Dem will der Sammelband abhelfen, indem er Texte zugänglich macht von Monique Wittig, Christin Delphy, Rosemary Hennessy und Chrys Ingraham, Sophie Noyé, Franziska Haug, Nat Raha, María Lugones, Shahrzad Mojab und Sara Carpenter, Holly Lewis, Jule Govrin sowie Friederike Beier selbst. Die Texte reichen von den historischen Grundlagen über aktuelle Theorien sowie dekoloniale und intersektionale Erweiterungen bis hin zu Texten, die eine utopische Perspektive einnehmen.



Friederike Beier (Hg.):  
Materialistischer Queerfeminismus  
Unrast Verlag, 2024 (2.), 2023 (1. Auflage)  
240 Seiten, 18,00 €, auch als PDF käuflich

In einer Fußnote ergänzt Beier, dass es ganz allgemein große Überschneidungen zwischen materialistischen und poststrukturalistischen Theorien gebe. So basiere „etwa das Konzept der biopolitischen Gouvernementalität von Michel Foucault auf der Rolle des Staates in der Regulierung der Produktionsverhältnisse“ (S. 17). Und da sind wir beim Anliegen der Diskurswerkstatt, in der wir uns seit einem Jahr mit dem Zusammenspiel von Foucaultscher Diskursanalyse und marxistischen Ansätzen beschäftigen.

Interessiert? Augen offenhalten auf [www.diss-duisburg.de/diskurswerkstatt](http://www.diss-duisburg.de/diskurswerkstatt) oder an [isolde.aigner@diss-duisburg.de](mailto:isolde.aigner@diss-duisburg.de) mailen, um in den Einladungsverteiler zu kommen.

## KOLLEKTIVSYMBOLIK, (INTER)DISKURS UND DIE REPRODUKTION DES KULTURELLEN WISSENS

Jürgen Link

Leseempfehlung von Benno Nothardt

Das Doppelheft 87/88 (Dezember 2024) der kultuRRevolution (kRR) ist besonders spannend für diejenigen, die sich mit der Analyse von Diskursen beschäftigen. Denn dort stellt Jürgen Link auf 60 Seiten umfassend seinen Forschungsstand zur Kollektivsymbolik dar. Der Schwerpunkt liegt auf einer literaturwissenschaftlich orientierten Darstellung. Dabei geht Link zurück in die Zeit der frühen Moderne und untersucht die Ursprünge der heutigen europäischen Kollektivsymbolik beispielsweise bei Goethe, Rousseau und Hölderlin.

Insbesondere im umfangreichen Einleitungskapitel wird aber auch die Kollektivsymbolik der Gegenwart dargestellt und im III. Kapitel der Zusammenhang zwischen Kollektivsymbolik und Normalismus. Hier kommen auch Leser\*innen auf ihre Kosten, die sich für die Funktion der Kollektivsymbolik im mediopolitischen Diskurs des 21. Jahrhunderts interessieren.





Wer eine umfangreiche Darstellung und präzise Definitionen zur Kollektivsymbolik sucht oder sich für die historische Entwicklung und die Funktion im literarischen Interdiskurs interessiert, sollte diesen Text als neues Standardwerk nutzen. Der Text ist übrigens die Basis für eine später geplante Buchveröffentlichung.

Wer erst einmal einen einfachen und schnellen Einstieg in die Kollektivsymbolik im mediopolitischen Diskurs sucht, dem seien folgende Texte aus alten Ausgaben der kRR empfohlen:

- Link, Jürgen: Kollektivsymbolik und Mediendiskurse. In: kRR, Nr. 1 (1982), S. 6–20.

- ebd.: Diskursive Rutschgefahren ins Vierte Reich? In: kRR, Nr. 5 (1984), S. 12–20.
- ebd.: „Ein 11. September der Finanzmärkte“ Die Kollektivsymbolik der Krise ... In: kRR, Nr. 55/56 (2009), S. 10–15.
- Außerdem das Kapitel zur Kollektivsymbolik in Jäger u.a.: „Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung.“ 8. Aufl. Unrast 2024. S. 97–112.

Wenn Du wissen willst, was Dich im Heft sonst noch erwartet: [zeitschrift-kulturrevolution.de](http://zeitschrift-kulturrevolution.de)

Einzelhefte der kRR können beim K-West Verlag ([vertrieb@kulturwest.de](mailto:vertrieb@kulturwest.de)) gekauft werden: Doppelhefte 24 €/15 € (Print/digital), Einzelhefte: 12 €/7,50 €. Noch besser: kRR abonnieren!

# Project 2025 – Die Macht hinter Trump

Eine Buchbesprechung von Wolfgang Kastrup

Das Buch von David A. Graham *Der Masterplan der Trump-Regierung. Project 2025: Wie ein radikales Netzwerk in Amerika die Macht übernimmt*, übersetzt aus dem Englischen von Stephanie Singh, erschienen 2025, sorgt für Furore. Project 2025 beinhaltet Vorhaben, deren Strategie die ultrarechte *Heritage Foundation* seit Jahren inhaltlich intensiv vorbereitet hat und deren Umsetzung seit Beginn der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps sehr konkret vorangetrieben wird. Der Autor David A. Graham ist Redakteur der US-amerikanischen Zeitschrift *The Atlantic*; er wurde 2020 mit dem „Toner Prize for Excellence in National Political Reporting“ ausgezeichnet.

Gegenstand der aufschlussreichen und präzisen Recherche ist ein systematisch ausgearbeitetes Regierungsprogramm, das seit 2020, der Wahlniederlage von Trump, erarbeitet wurde und mit dem erneuten Amtsantritt des US-Präsidenten im Januar 2025 vorlag. Die Schirmherrschaft oblag der *Heritage Foundation*, einer politischen Denkfabrik am rechten Rand mit einer langen Geschichte. 1973 wurde sie gegründet, um „wirtschaftsfreundliche, staatskritische Ansichten und Kultukonservatismus zu verbinden“. (S. 34) Wobei „staatskritische Ansichten“ mit einem Abbau staatlicher Leistungen und Aufgaben gleichzusetzen ist. Vier Säulen umfasst der aktuelle Plan von Projekt 2025: eine detaillierte programmatische Plattform, eine umfassende Datenbank mit Namen potenzieller Mitarbeiter, konkrete Schulungen für Mitarbeiter und ein Handbuch für die schnelle Übernahme der Regierung vom ersten Tag an. „Project 2025 ist der Generalschlüssel zum Verständnis der zweiten Präsidentschaft Trumps, der Zukunft der Republikanischen Partei und der amerikanischen Rechten“, so der Autor David A. Graham. (S. 21) Nicht alles deckt sich mit der Politik des US-Präsidenten, doch Project 2025 prägt die gesellschaftspolitische Weichenstellung der Regierung und die intellektuelle Richtung

für programmatische und politische Entscheidungen der nächsten Jahre. Vier Ziele verfolgt Project 2025, die laut Graham von dem Präsidenten der Heritage Foundation, Kevin D. Roberts, folgendermaßen benannt werden: „Die Wiederherstellung der Familie als Mittelpunkt des amerikanischen Lebens und den Schutz unserer Kinder; den Abbau des Verwaltungsstaats und die Rückgabe der Selbstverwaltung an das amerikanische Volk; die Verteidigung der Souveränität, der Grenzen und des Reichtums unserer Nation gegen globale Bedrohungen; [und] die Sicherung unserer von Gott gegebenen individuellen Rechte auf ein freies Leben – also das, was unsere Verfassung als die ‚Segnungen der Freiheit‘ bezeichnet.“ (Ebd.) Dieses Zitat zeigt m.E. sehr deutlich, wie sehr Trump und seine Regierung schon in den ersten Monaten für eine gesellschaftspolitische Umsetzung von Project 2025 sorgen, quasi einem Drehbuch folgend. Bezeichnend ist auch der Freiheitsbegriff, gestützt auf Gott und die Verfassung, der hier verwendet wird, und das, obwohl die Trump-Regierung ständig gegen Verfassungsgrundsätze verstößt und verstößt, z.B. bei der Inhaftierung und Ausweisung von Migrant\*innen, der rechtswidrigen Entlassung von tausenden Beamt\*innen, der konkreten Behinderung der Wissenschaftsfreiheit und der Schließung von Behörden und Institutionen. Donald Trump selbst distanzierte sich im Wahlkampf formal von Project 2025 und behauptete, dass er es nicht gelesen hat und auch nicht vorhat, es zu lesen. „Ich habe keine Ahnung, wer dahintersteckt.“ Graham bezeichnet diese Aussage als „absurd“, da drei Viertel der Au-

**Rezension**



tor\*innen und Mitwirkenden in Trumps erster Amtszeit für ihn gearbeitet hatten, einige sogar auf Kabinettsebene. (Vgl. S. 26) Nach der Wahl 2024 hat Trump dann seine Distanzierung aufgegeben und ernannte Anfang 2025 etliche Mitwirkende des Projekts zu Spitzenbeamten, so z.B. Tom Homan als Grenzschutzbeauftragten, John Ratcliffe als CIA-Direktor und Peter Navarro als einflussreicher Berater. „Eine Analyse der Informationsagentur Bloomberg Government ergab, dass 37 der 47 Exekutivmaßnahmen, die in Trumps ersten Amtstagen ergriffen wurden, direkt oder teilweise mit Empfehlungen aus dem Project 2025 übereinstimmen.“ (S. 28)

### „CHRISTLICHER NATIONALISMUS“

Die Heritage Foundation hat schon unter Präsident Reagan maßgeblich an der Umsetzung dessen Regierungspolitik mitgewirkt, und für David A. Graham wurde sie aktuell zur Organisatorin der gesamten „Make America Great Again“-Bewegung (MAGA). (Vgl. S. 34f.) Die beiden wichtigsten Personen für Project 2025 sind nach Ansicht des Autors der ehemalige Leiter Paul Dans und Russell Vought. Vought wird als einer der Autoren angeführt und verkörpert, Graham zufolge, die treibende intellektuelle Kraft. Seine radikale Position wird in einem angeführten Zitat deutlich: „Wir sind Christen und zugleich Nationalisten. Wir glauben, dass wir eine christliche Nation haben. Das heißt, christlicher Nationalismus wäre wahrscheinlich die exakte Beschreibung meiner Überzeugung.“ (S. 43) Project 2025 will der Exekutive, also dem Präsidenten und seiner Regierung, mehr Macht geben, was Graham als Absicht wertet, die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung zu umgehen. (Vgl. S. 47) Dafür hat Trump als Präsidentschaftskandidat auch selbst Hinweise gegeben, als er gegenüber einer christlichen Organisation äußerte: „In vier Jahren müssen Sie nicht mehr wählen. Wir werden es so gut geregelt haben, dass Sie nicht mehr wählen müssen.“ (S. 62) Für Graham zeigt das Project detailliert folgende Ziele: Die MAGA-Bewegung soll Trumps Macht festigen, die Gewaltenkontrolle erodieren, Fachkompetenz herabsetzen und Personen aus dem Amt entfernen, die nicht mit der Regierungspolitik übereinstimmen. (Vgl. S. 63)

Der oben angeführte christliche Nationalismus von Russell Vought zeigt sich am deutlichsten in dem Projekt bei den Themen Geschlecht, Herkunft, Bildung, Gesundheit und Bürgerrechte. Sie bilden Graham zufolge das „Herz der Agenda“ und entwerfen ein Bild der USA, in dem Abtreibung strengstens verboten ist, Sex reguliert wird, öffentliche Schulen zugunsten von privaten und christlichen Schulen immer mehr zurückgedrängt werden und die Justiz hart durchgreift. (Vgl. S. 67) In diesem Zusammenhang ist auch das Freiheitsverständnis von Kevin Roberts, einem der Autoren von Project 2025, aufschlussreich: „Unsere Verfassung gewährt jedem von uns die Freiheit, nicht das zu tun, was wir wollen, sondern das, was wir sollen.“ (S. 68) Gemeint sind damit Verpflichtungen wie die Wahrung traditioneller Geschlechternormen mit starker Männlichkeit, sittsamer Weiblichkeit, heterosexuellen, verheirateten, sich fortpflanzenden Paaren, mit einer Familie als Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens, dem Schutz der Kinder mit entsprechender Geschlechtskonformität, der Wahlfreiheit der Eltern bei der eigenen Lebensgestaltung (ob sie arbeiten oder zu Hause

bleiben wollen) und bei der Kindererziehung. Hinzu kommt auch die ererbte Ungleichheit unterschiedlicher Ethnien. Neu ist dies jedoch nicht, bestimmt doch das evangelikale Christentum die Inhalte der Republikanischen Partei seit vielen Jahren. (Vgl. S. 68) Trump hat unmittelbar mit Beginn seiner zweiten Amtszeit Anordnungen durchgesetzt, die die Anerkennung von nur zwei Geschlechtern, männlich und weiblich, betreffen. Bundesmittel für geschlechtsangleichende Behandlungen sind verboten worden. Einher ging und geht dies mit Angriffen auf Transpersonen und auf nicht-traditionelle Ausdrucksformen von Geschlecht. Das Feindbild gegenüber der Linken kommt auch bezüglich des Begriffs ‚Gender‘ zum Ausdruck. So heißt es in Project 2025: „Die Linke hat den Begriff, der früher entweder ‚männlich‘ oder ‚weiblich‘ bedeutete, vereinnahmt, um ein Spektrum einzubeziehen, das biologische und gesellschaftliche sexuelle Normen verändert will.“ (S. 78)

Übergeordnete Ziele im Gesundheitswesen sind, wie nicht anders zu erwarten, die Privatisierung von Medicare, also der öffentlichen Krankenversicherung, die Einschränkung von Medicaid, der Gesundheitsfürsorge für Einkommensschwache, und die Einschränkung des föderalen Patientenschutzes. Dies bezieht sich auf Teile des Affordable Care Act, ACA, ein Gesetz, unter Obama beschlossen, das eine bezahlbare medizinische Versorgung garantieren soll.

Auch wichtige Gesellschaftsthemen wie Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion stehen im Fokus des Projekts. Vorgesehen ist, von Trump auch schon teilweise umgesetzt, Programme für Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion (DEI, Diversity, Equity and Inclusion) abzuschaffen und ebenso Institutionen, die zur Bekämpfung rassistischer Diskriminierung geschaffen wurden. Zusammenfassend schreibt David A. Graham: „In vielerlei Hinsicht wäre es wie in den 1950er Jahren: Während die Väter arbeiten, bleiben die Mütter zu Hause bei ihren Familien – zum Glück, denn es gibt kein Bildungsfernsehen für die Kinder. In der Schule werden altmodische Werte und Inhalte vermittelt. Abtreibung ist illegal, Impfungen sind freiwillig, und der Staat ist nur minimal in der Gesundheitsversorgung involviert. Die Regierung geht



David A. Graham 2025: Der Masterplan der Trump-Regierung. Project 2025: Wie ein radikales Netzwerk in Amerika die Macht übernimmt. Aus dem Englischen von Stephanie Singh und einem Vorwort von Klaus Brinkbäumer. [Titel der amerikanischen Originalausgabe: The Project. How Project 2025 Is Reshaping America], Frankfurt/Main, Fischer Verlag, 191 Seiten, 18,00 Euro, ISBN 978-3-10-397745-5



## Blockierte Transformation

Sozial-ökologische Transformationskonflikte und Widerstände – national wie international



Helmut Kellersohn & Wolfgang Kastrup (Hg.)



### Blockierte Transformation

Sozial-ökologische Transformationskonflikte und Widerstände – national wie international

Wolfgang Kastrup, Helmut Kellersohn (Hg.)  
Unrast-Verlag  
Edition DISS Band 54 | ISBN 978-3-89771-783-1  
Oktober 2025 | 330 Seiten | 24,- €

Die sozial-ökologische Umgestaltung der Gesellschaft wird mit dem Begriff der sozial-ökologischen Transformation erfasst und bezeichnet einen fundamentalen Wandel globaler Ökonomien, um unumkehrbare Schädigungen des Erdsystems und deren Auswirkungen auf die Menschheit zu vermeiden. Die Konzepte dafür sind politisch, ökonomisch und gesellschaftlich sehr umkämpft. Es ist daher nicht verwunderlich, dass in jüngerer Zeit verstärkt von einem Transformationskonflikt gesprochen wird. Kriege u.a. in der Ukraine und in Gaza, eine damit verbundene weltweite Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft und eine neue ›Blockkonfrontation‹ kommen erschwerend hinzu. Trumps autoritärer Etaismus, sein radikaler Staatumbau, setzt demokratische Verfahren außer Kraft.

Mit Beiträgen von u.a. Sebastian Friedrich, Ingar Solty, Guido Arnold, Timo Hein, Ursula Kreft, Hans Uske, Ulrike Höhmann, Helmut Kellersohn, Wolfgang Kastrup, Hannah Friedrich, Andrea Becker und Janina Puder

nur zögerlich gegen Diskriminierung aufgrund rassistischer Vorurteile vor, sofern diese nicht völlig offensichtlich ist. Trans- und homosexuelle Menschen gibt es – das war schon immer so –, aber sie sind angehalten, sich nicht zu outen.“ (S. 93) Wahrlich, Traumvorstellungen für die Rechtskonservativen und die Ultrarechten.

## DÄMONISIERUNG VON EINWANDERERN UND „BESCHLEUNIGTE ABSCHIEBUNG“

Schon in seiner ersten Amtszeit war unter Trump die Einwanderung und der Grenzschutz ein zentrales Thema und begeisterte seine Wählerschaft. Auch jetzt dämonisiert er legale wie illegale Einwander\*innen als Kriminelle, Drogendealer\*innen, Sozialbetrüger\*innen und eingewanderte Haitianer\*innen, die Katzen amerikanischer Familien töten und essen. Project 2025 sieht die Einwanderung vor den gleichen Herausforderungen wie zu seiner ersten Amtszeit. Das Einwanderungssystem wird als „hochgradig defekt“ betrachtet. Ziel ist es, dass sichergestellt wird, dass deutlich weniger Menschen auf legalem wie illegalem Weg in die USA einreisen. Es wird kritisiert, dass unter der demokratischen Präsidentschaft Einwanderung als „weltweites Sozialprogramm“ durchgeführt wurde. Grenzübertritte, vor allem die von Mexiko, werden in dem Projekt als „Invasion“ betrachtet, die den Einsatz des Militärs rechtfertigt. (Vgl. S. 102) Visa sollen eingeschränkt werden und eine „beschleunigte Abschiebung“ soll es den Einwanderungsbeamten ermöglichen, „manche Personen ohne Anhörung auszuweisen“. (S. 104) Trumps Versprechen, 20 Millionen Menschen abzuschlieben, die sich angeblich illegal im Land aufhalten, wird von Graham als „wahrscheinlich unmöglich“ bezeichnet, zumal er es stark bezweifelt, dass es in den USA überhaupt so viele illegale Einwander\*innen gibt. Selbst wenn im Projekt 2025 behauptet wird, dass der Bedarf an Arbeitsmigrant\*innen übertrieben dargestellt wird, zeigt sich schon jetzt, dass Massenabschiebungen von Immigrant\*innen Sektoren wie z.B. die Landwirtschaft oder das Baugewerbe stark beeinträchtigen und die Kosten in die Höhe treiben. Und das, obwohl Donald Trump versprochen hat, die Inflation zu senken.

## UNEINIGKEIT BEI WIRTSCHAFTS- UND HANDELSFRAGEN

Die DNA der Heritage Foundation – niedrige Steuern, geringe Regulierung, wenig Staat und freier Handel – wurde und wird vom US-Präsidenten nur zum Teil umgesetzt, denn er ist gegen einen Freihandel, der nach seiner Meinung zu Lasten der USA geht und für protektionistische Maßnahmen. Schon im Wahlkampf hat er sich als Fan von Zöllen geoutet, die er dann als Präsident auch umgesetzt hat, wenn auch zum Teil chaotisch. Als einziger Mitarbeiter von Project 2025, so Graham, beurteilt Navarro die Zollpolitik Trumps positiv. Er sieht sie im Wesentlichen als Maßnahme gegen China. (Vgl. S. 115) Kritik kommt von Ökonomen im Project 2025 gegenüber Navarro und vor allem gegenüber Trump, da argumentiert wird, dass neue Zölle die Verbraucherpreise für normale Amerikaner erhöhen werden. Eine Reduzierung der Besteuerung von erfolgreichen Unternehmen, von Haushalten mit mittleren Einkommen und von sehr Wohlhabenden, in dieser Steuerangelegenheit herrscht dagegen Einigkeit. Mit seinem von ihm überschwänglich gepriesenen „Big Beautiful Bill“-Steuergesetz (das hier zu besprechende Buch ist vorher entstanden) hat Trump dies umgesetzt. Die Einkommen der ärmsten US-Bürger werden dagegen stark sinken. Es sieht zudem Steuersenkungen und Einschränkungen beim Zugang zum Krankenversicherungsprogramm Medicaid vor. Nach einer aktualisierten Schätzung des Haushaltbüros des Kongresses (CBO) werden ca. 10 Millionen Menschen durch das neue Gesetz ihre Krankenversicherung verlieren. (Vgl. *junge Welt* v. 13.08.2025)



## ABBAU DER FINANZMARKTREGULIERUNG UND DER MACHTDER NOTENBANK

Bezüglich des Finanzmarkts und der Notenbank gibt es jedoch keine unterschiedlichen Ansichten. Erklärtes Ziel ist es, Regulierungen, wo immer möglich, abzubauen. Dies betrifft vor allem solche Gesetze, die nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 eine größere staatliche Aufsicht und strengere Auflagen für Finanzunternehmen vorsehen. Insbesondere wollen die Autoren von Project 2025, dass der Kongress das 2010 verabschiedete Dodd-Frank-Gesetz aufhebt, das der Regierung die Möglichkeit gibt, bei Unternehmen das systemische Finanzrisiko einzuschätzen. Weitere Bestimmungen dieses Gesetzes sind: Offenlegung der Gehälter und die Veröffentlichung des Bezugs von Rohstoffen, die aus Krisenregionen gewonnen werden. „Wie viele Rechte verabscheuen die Autoren von Project 2025 besonders das Consumer Financial Protection Bureau, eine weitere Dodd-Frank-Institution, die Verbraucher unter anderem gegen fragwürdige Praktiken bei Kreditkarten, Studien- und Kurzzeitkrediten schützen soll.“ (S. 123) Es geht Graham zu folge bei den Zielen um eine größere Handlungsfreiheit für Unternehmen, eine Einschränkung der Rechte von Einzelpersonen und um einen Abbau von Transparenz des Finanzsystems. Die politisch gezogenen Konsequenzen aus dem Finanzcrash von 2008 sollen rückgängig gemacht werden. (Vgl. S. 124)

Auch die Macht der US-Notenbank, der Federal Reserve („Fed“), soll nach Project 2025 in mehrfacher Hinsicht eingeschränkt werden. Das „doppelte Mandat“ der Notenbank, Preisstabilität und Förderung maximaler Beschäftigung, wird dahingehend kritisiert, dass die Autoren der Ansicht sind, die Konzentration auf die Beschäftigung verleite die Fed dazu, eine höhere Inflation zu tolerieren. Auch die zentrale Aufgabe der Notenbank, die Festlegung der Zinssätze und die Kontrolle des Geldumlaufs, lehnen die Kritiker ab. Die Kontrolle über die Geldpolitik soll ihr genommen werden, da sie angeblich politisch manipuliere. Trumps massive Kritik an dem Notenbankchef mit der Forderung nach niedrigeren Zinssätzen geht so weit, dass er rechtswidrig die Absetzung des Notenbankchefs erreichen will. Auch hier folgt die Regierungspolitik also dem Drehbuch Project 2025.

## ARMUTSBEKÄMPFUNG VERRINGERN

Generell soll weniger den Armen geholfen werden, stattdessen soll die Konzentration auf Wirtschaftswachstum liegen. So sollen die Beihilfen zur Ernährung und die Ausgabe von Lebensmittelmarken zurückgefahren werden. Das betrifft ebenfalls die Schulspeisungsprogramme, die nur noch den bedürftigsten Schüler\*innen zukommen sollen. Ebenfalls, so die Forderung im Project 2025, geht es darum, die Mietbeihilfen einzuschränken, da diese sonst die Faulheit förderten. Diese Vorschläge, so Graham, würden weitere Löcher in das bestehende Sicherheitsnetz reißen und die Armutssquote höher ausfallen lassen. Und das, obwohl die USA unter den Industriestaaten das schwächste soziale Sicherheitssystem haben, eine der höchsten Armutquoten besitzen und eine extreme soziale Ungleichheit aufweisen. (Vgl. S. 131f.)

## „GRUNDLOSER KRIEG GEGEN FOSSILE BRENNSTOFFE“

Mit dieser Aussage klagt Project 2025 die amerikanische Linke an. Erneuerbare Energien seien die Ursache für Instabilitäten im Stromnetz. Elektrofahrzeuge werden toleriert, sind aber nicht wünschenswert. Gesetze und Verordnungen, die Elektrofahrzeuge bevorzugen, z.B. Subventionen, sollen rückgängig gemacht werden. Extreme Wetterereignisse oder stärkere Wirbelstürme, Dürren und Wassermangel werden, sofern sie überhaupt erwähnt werden, als gesellschaftspolitische Randthemen behandelt. David A. Graham fasst die beiden wesentlichen umweltpolitischen Vorschläge des Projects folgendermaßen zusammen: „Erstens sollen die Vereinigten Staaten schnell und entschlossen praktisch alle föderalen Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels aufgeben. Zweitens – aber mit dem ersten verknüpft – soll sich die Bundespolitik vorrangig darauf konzentrieren, fossile Brennstoffe so billig und umfangreich wie möglich zur Verfügung zu stellen.“ (S. 135) Graham ist über die Ignoranz „konservativer Eiferer“ dem Klimawandel, besser wäre der Ausdruck Klimakatastrophe, gegenüber nicht sonderlich überrascht, da dies seit 40 Jahren so ist. Konkrete wissenschaftliche Beweise würden heruntergespielt und die Haltung der fossilen Befürworter\*innen nicht ändern. Stattdessen werden, so der Autor, wissenschaftliche Institutionen, die den Klimawandel dokumentieren und politische Maßnahmen fordern, bekämpft. (S. 140) Gegen eine Wahlkampfspende der Ölindustrie von einer Milliarde Dollar versprach Trump, die Umweltvorschriften einzuschränken. (Vgl. S. 145f.)

## ZWEIFRONTENKRIEG GEGEN CHINA UND GEGEN „WOKE-NESS“

So beschreiben die Autoren von Project 2025 die Aufgabe von Diplomat\*innen und des Militärs. Einerseits soll Chinas wachsende Macht weltweit eingedämmt werden, andererseits soll die Ausbreitung der Reformpolitik der Biden-Regierung und der „Wokeness“ in den Ministerien und gesellschaftlich insgesamt zurückgedrängt und durch konservative Ideale ersetzt werden. Der Kampf gegen China und gegen die innerstaatlich linke Politik, also Wokeness, sind für die Konservativen und Ultrarechten miteinander verbunden, da sie als existentielle Gefahr für die Vereinigten Staaten angesehen werden. (Vgl. S. 150) „Die bei weitem größte Gefahr für die Sicherheit, die Freiheit und den Wohlstand der Amerikaner ist China“, so Christopher Miller, einer der Autoren, der 2020/2021 kurzzeitig Verteidigungsminister gewesen ist. In dem Zeitalter der Konkurrenz der Großmächte, so die Auffassung des Projects, muss die USA sich auf größere Bodenkonflikte einstellen und deshalb die Streitkräfte erweitern, die Rüstungsausgaben erhöhen und das US-Nukleararsenal umfassend modernisieren. US-Präsident Donald Trump hat, wie wir wissen, all dies angeordnet. Bezuglich der außenpolitischen Politikplanung wird zudem vorgeschlagen, allen internationalen Einrichtungen (z.B. UN-Organisationen) Gelder zu streichen, wenn sie die amerikanische Politik nicht unterstützen.

Unterschiedliche Vorstellungen zeigten und zeigen sich zwischen den Vorstellungen von Project 2025 und Trump hinsichtlich der Politik gegenüber Russland und dem russischen



Krieg gegen die Ukraine. Die Konservativen in der US-Politik sind in dieser Frage gespalten. Dies zeigt sich, so Graham, in den Flügelkämpfen der republikanischen Partei zwischen solchen, die die Ukraine weiter unterstützen wollen, und solchen, die einen Rückzug der USA befürworten, da dieser Krieg nicht amerikanische Interessen berühren würde.

## FAZIT

David A. Graham zeigt in seiner nüchternen und präzisen Analyse von Project 2025, einem Plan ultrarechter und konservativer US-Kreise, wie im Falle einer erneuten Präsidentschaft von Donald Trump der Staat radikal umgestaltet werden soll. Der Autor macht deutlich, dass hier ein rechtsautoritärer Nationalismus propagiert wird, der innen- wie außenpolitisch Konsequenzen nach sich zieht, was ja schon offensichtlich geworden ist. Verbunden wird dies, Graham zufolge, mit einem christlichen Nationalismus der vornehmlich weißen Kleinfamilie, mit einem offenen Angriff auf Grundrechte, Frauenrechte, Rechte von Minderheiten, Klimaschutz und Wissenschaftsfreiheit. So fördert Project 2025 die Abschaffung des Bildungsministeriums, die drastische Kürzung von Umweltauflagen, die Rücknahme von LGBTIQ-Rechten und die Stärkung traditionaler Familienwerte. Dieser Masterplan ist Ausdruck eines rechten Kul-

turkampfes. Es ist das Verdienst von Graham, detailliert zu zeigen, wie diese Pläne und deren Umsetzung aussehen. Dutzende von Präsidialerlassen, die direkt Ziele aus dem Project 2025 widerspiegeln, zeigen die Bedeutung dieses Masterplans. Es ist ein politisches Drehbuch für den systematischen Umbau des Machtapparats der USA, gestaltet von der ultrakonservativen Denkfabrik der Heritage Foundation. Dazu gehören die brutalen Sanktionen gegen die illegale Einwanderung und das Zurückfahren der legalen Einwanderung. Project 2025 setzt auf eine radikale Deregulierung der Märkte, Steuersenkungen für Reiche und Konzerne sowie einen Abbau von Sozialleistungen. Es zeigt, dass neoliberalen Konzepte und Strategien keineswegs verschwunden sind. Es zeigt aber auch, dass staatsinterventionistische Maßnahmen, z.B. in der Handels-, Zoll- und Industriepolitik, an Bedeutung gewonnen haben. Dies bezieht sich allerdings nicht nur auf die USA, sondern zeigt sich weltweit. Es geht Graham nicht um eine Kritik kapitalistischer Strukturen und Verhältnisse, das ist nicht sein Anliegen. Es geht ihm darum, zu zeigen, wie Demokratie und Rechtsstaat in einer sehr besorgnisserregenden Weise autoritär angegriffen werden und langsam von innen erodieren. Dies zu zeigen gelingt ihm in erschreckender Weise.

**Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion des DISS-Journals und im AK Kritische Gesellschaftstheorie**

# Aus dem Institut

## FEIERN

Wir kommen aus dem Gratulieren gar nicht mehr heraus: *Margarete Jäger* wurde mit der Mercator-Ehrennadel der Stadt Duisburg ausgezeichnet. Unser langjähriger Freund *Heiko Kauffmann* von Pro Asyl trägt jetzt das Bundesverdienstkreuz. Der *Unrast Verlag*, in dem unsere Edition DISS erscheint, wurde zum zweiten Mal mit dem Deutschen Verlagspreis ausgezeichnet und darf sich 2025 sogar zu den Spitzenpreisträger\*innen zählen. Neben anderen wurden außerdem ausgezeichnet der *Verlag Westfälisches Dampfboot* und der *Argument Verlag* mit Ariadne. Das *Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung* (ZfTI) an der Uni Duisburg-Essen, mit dem wir gerne zusammenarbeiten, feiert 40-jähriges Jubiläum. Ebenfalls 40 Jahre wird das in Duisburg ansässige afas (Archiv für alternatives Schrifttum), auf dessen Homepage man in linker Bewegungsgeschichte schwelgen kann.

## VERÖFFENTLICHUNGEN

### BLOCKIERTE TRANSFORMATION

Sozial-ökologische Transformationskonflikte und Widerstände – national wie international.  
Herausgeber: Wolfgang Kastrup, Helmut Kellershohn  
Edition DISS Band 54, 24 €, Unrast-Verlag.

## EINFACHE ERZÄHLUNGEN - AGGRESSIVE BOTSCHAFTEN

Elemente eines sprachkritischen Curriculums.

Autor: Jobst Paul , In: Zs Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 2/2025, S. 59-72. ; kostenlos online:

[www.researchgate.net/publication/396523263](https://www.researchgate.net/publication/396523263)

Dehumanisierende Diskurse, die u.a. durch Social Media erhebliche Dynamik gewonnen haben, speisen sich aus rassistischen, sexistischen, antisemitischen und vielen anderen ideologischen Quellen. Und doch greifen sie zu den immer gleichen einfachen Codierungen. Deren empirische Analyse kann daher Grundlage eines didaktischen Konzepts sein, das Lernende zum kognitiven Transfer, u.a. auch in eigene Verstrickungen, anleitet.

## PROJEKTE

Das DISS arbeitete dieses Jahr an zwei drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten:

Mit freundlicher Unterstützung der „Antidiskriminierungsstelle des Bundes“ forschen wir zu „Antimuslimischem Rassismus in Print- und sozialen Medien nach dem 7. Oktober 2023“. Die Veröffentlichung in Form eines DISS-Journal-Sonderheftes steht noch aus.



Für den Jugendring der Stadt Hagen, dem Projektträger des Bundesprogramms „Demokratie leben“, erstellte das DISS zwischen September und November 2025 eine Situations- und Ressourcenanalyse (S&R-Analyse). Die Leitung hatte Dr. Jobst Paul, Mitarbeitende waren Christian Sydow, Gunther Haimbl, Sophie Popic und Merve Kahveci-Kahraman. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse stellte die Arbeitsgruppe Mitte November Vertretern des Jugendrings und anderer Verbände im Allerwelthaus in Hagen vor. Die Redaktion des vollständigen Berichts wird in Kürze abgeschlossen sein.

Außerdem gibt es jetzt einen AK Archiv, der daran arbeitet, das DISS-Archiv extrem rechter Zeitschriften neu zu strukturieren und zu digitalisieren. Dafür fehlt uns leider eine Geldgeberin. Ohne unseren Förderkreis und viel ehrenamtliches Engagement wäre das nicht möglich.

## AKTIVITÄTEN

**Jahreskolloquium** „Umkämpfte Gerechtigkeit. Emanzipatorische Aufbrüche und linke Utopien in der Krise“ (22. + 23.11.2025)

Gerade erst kehren wir voller neuer Inspirationen von unserem Kolloquium aus der Jugendherberge Sportpark Duisburg zurück. Zum ersten Mal, seit wir nicht mehr in der Frankenwarte in Würzburg tagen können, haben wir wieder zwei Tage lang zugehört und diskutiert. Und es gibt noch ein Novum: Der Kolloquiumsbund wird wie gewohnt als Buch bei Unrast erscheinen, aber die verschriftlichten Vorträge werden schon am Welttag der sozialen Gerechtigkeit, dem 20. Februar 2026, auf unserer Homepage frei zugänglich gemacht.

## Praktikum

Dieses Jahr betreuten wir 16 Praktikant\*innen, denen wir für die bereichernde Zusammenarbeit danken.

**Workshops** zur Einführung in die Kritische Diskursanalyse 2025 konnten wir sechs Workshops anbieten. Der nächste findet am Samstag, 21. + 22.2.2026 statt. Siehe Homepage.

Und wir können mehr:

Zu den Themen, zu denen das DISS arbeitet, können gerne Vorträge und Workshops angefragt werden.



# Mercator-Ehrennadel für Margarete Jäger

Margarete Jäger war Mitherausgeberin der gewerkschaftsorientierten Zeitung „Revier“, ist begeisterte Duisburgerin, gründete vor 38 Jahren mit einigen von uns das DISS, kämpft mit uns für eine bessere Welt, entwickelte zusammen mit Siegfried Jäger die Kritische Diskursanalyse und hat immer neue Ideen, das DISS weiterzubringen. Von ihr lernen wir, wie man streng wissenschaftlich denkt und leicht verständlich erklärt und wie man grundlegende Kritik mit freundlichen Interventionen auf Augenhöhe verbindet.

Am 30. Oktober 2025 wurde sie für ihre wichtige Forschung über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus mit der Mercator-Ehrennadel der Stadt Duisburg ausgezeichnet. Die DISS-Journal-Redaktion gratuliert: Diese Nadel steht Dir!

Im Folgenden dokumentieren wir ihre Dankesrede. Diese hat sie bei der Verleihung spontan gekürzt, als sie freudig feststellte, dass Oberbürgermeister Sören Link vieles schon in seiner gut recherchierten Rede zur Begründung der Verleihung vorweggenommen hat.

Sehr geehrter Sören Link, liebe Freundinnen und Freunde, Als ich die Nachricht von der Stadt Duisburg erhielt, dass ich für mein Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus die Mercator-Ehrennadel erhalten soll, habe ich mich nicht nur persönlich sehr gefreut, sondern auch für das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, ohne das meine Arbeit nicht die Wirkung hätte erzielen können. Zusammen mit meinem Mann Prof. Siegfried Jäger habe ich das DISS 1987 gegründet. Einige der damaligen Gründungs-



Der Vorstand des DISS feiert: Jobst Paul, Margarete Jäger, Benno Nothardt & Helmut Kellersohn

und heutigen Vorstandsmitglieder sind heute auch hier anwesend. Wir wollten mit dem DISS die Forschung gegen den wachsenden Rechtsextremismus vorantreiben, denn damals gab es mehrere spektakuläre Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in Berlin, Bremen und Baden-Württemberg. Mit dieser Entwicklung wollten wir uns nicht abfinden und uns deshalb damit wissenschaftlich auseinandersetzen. Dazu haben wir ein Archiv extrem rechter Schriften aufgebaut. Dieses Archiv war und ist die Grundlage für unsere zahlreichen Studien zu rechtsextremen Publikationen. Ich will hier beispielhaft nur die letzte Studie zu der Monatszeitschrift „N.S.



Heute“ nennen, mit der die extreme Rechte derzeit versucht, eine Strategiedebatte zu initiieren, um ihre Kräfte zu bündeln.

Doch wir hatten und haben nicht nur den Rechtsextremismus im Auge. Auch der grassierende Rassismus und Antisemitismus ist ein wichtiger Teil unserer Forschung. Um diese Entwicklung systematisch zu untersuchen, haben wir

mit der Kritischen Diskursanalyse ein Analyseinstrument entwickelt, das mittlerweile an einer Reihe von Universitäten gelehrt und angewendet wird.

Meine Freude über die Auszeichnung der Stadt Duisburg ist nur dadurch ein wenig getrübt, dass mein Mann Siegfried Jäger diese Wertschätzung nicht miterlebt. Siegfried Jäger war – so wie ich es auch bin – ein waschesches Duisburger Kind aus der Arbeiterschaft, das der Stadt immer solidarisch verbunden war.

*Vielen Dank für die Auszeichnung.*

## Bundesverdienstkreuz für Heiko Kauffmann

Von Margarete Jäger & Benno Nothardt

In Zeiten, in denen wir es mit einer zunehmend restriktiven Einwanderungs- und Fluchtpolitik in Deutschland zu tun haben, in denen die extreme Rechte von Remigration und die politische Klasse von Rückführungen redet, freuen wir uns im DISS über die Nachricht, dass unser Freund und langjähriger Kooperationspartner Heiko Kauffmann das Bundesverdienstkreuz am Bande erhalten hat.

Heiko ist seit Jahrzehnten ein wirkmächtiger Streiter für Menschenrechte und einen humanen Umgang mit Flüchtlingen. Er engagiert sich seit mehr als einem halben Jahrhundert für eine humane Flüchtlingspolitik, unter anderem im Bundesvorstand von Amnesty International und von 1979 bis 1994 als hauptamtlicher Mitarbeiter bei Terres des Hommes. 1986 war er an der Gründung von Pro Asyl beteiligt und von 1994 bis 2002 Sprecher und bis 2012 Vorstandsmitglied. In diesem Zusammenhang haben wir uns auch persönlich kennengelernt. Er hat häufig auf den DISS-Jahreskolloquien referiert und damit unserer Arbeit Impulse gegeben. Durch seine Vermittlung konnten wir diese Kolloquien bis zur Pandemie in der exzellenten Tagesstätte in Würzburg, der Frankenwarthe, ausrichten.



Preisträger und Team: Niaz Gharehdagi (iranische Geflüchtete), Manuela Schwesig (Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns), Heiko Kauffmann, Pastor Detlef Huckfeldt und Gabriele Marg.

Die großen Ämter hat Heiko inzwischen abgegeben und ist nach Mecklenburg-Vorpommern gezogen – und damit leider weit weg vom DISS. Doch dort engagiert er sich weiter. 2015 gründete er mit einigen Mitstreiter\*innen den „Arbeitskreis Asyl“ der evangelischen Kirchengemeinde Tribsees. Bei seiner Arbeit spürt man, dass er nicht für, sondern auf Augenhöhe mit Flüchtlingen arbeitet. Deshalb freut er sich auch, wenn sich Hilfe umkehrt, beispielsweise als zu Beginn der Corona-Pandemie Flüchtlinge angeboten haben, Einkäufe für die alten und damit gefährdeten Ehrenamtlichen des AKs zu machen, oder bei der Flutkatastrophe im Ahrtal am liebsten sofort dort hingefahren wären, um den Flutopfern zu helfen. Zusammenarbeit auf Augenhöhe zeigt sich auch darin, dass Heiko bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes darum bat, dass auch seine Mitstreiter\*innen des AK Asyls mit aufs Bild kommen: „Hier sind einige von denen, die diese Ehrung mindestens ebenso verdient haben.“





Heiko Kauffmann, Helmut Kellershohn,  
Jobst Paul (Hg.)

**Völkische Bande**  
Dekadenz und Wiedergeburt –  
Analysen rechter Ideologie

Klaus Holz / Heiko Kauffmann  
und Jobst Paul (Hg.)

**Die Verneinung  
des Judentums**

Antisemitismus als religiöse  
und säkulare Waffe

Margarete Jäger  
Heiko Kauffmann (Hg.)

**Leben unter Vorbehalt**  
Institutioneller Rassismus  
in Deutschland

**ABGELEHNT**

Duisburger Institut für  
Sprach- und Sozialforschung

**Skandal und doch  
normal**

Impulse für eine antirassistische Praxis

Margarete Jäger | Heiko Kauffmann (Hg.)

EDITION  
DISS

Und Heiko bezieht weiter Stellung. Es gelingt ihm sogar, im Bericht über sein Bundesverdienstkreuz in der Ostsee-Zeitung am 4. November Friedrich Merz zu antworten, der drei Wochen zuvor angekündigt hatte, das Stadtbild durch Abschiebungen aufwerten zu wollen: „Ich bin entsetzt. Ein Bundeskanzler, der mit bewusst vagen Andeutungen Vorurteile und Stimmungen schürt und Narrative der AfD bedient, der polarisiert und steht nicht für Zusammenhalt und sozialen Frieden. Als Kanzler trägt er dafür eine besondere Verantwortung und sollte die Regel befolgen: Erst denken, dann reden – und nicht umgekehrt. Was er da anfangs geäußert hat, ist purer Rassismus. Es ist unanständig, Menschen auf diese Weise herabzusetzen. Probleme im Stadtbild sind schlechte Infrastruktur, mangelnde Aufenthaltsorte, fehlende Treffpunkte für Jugendliche, Frauen und ältere Menschen.“

Kurzum: Wir kooperieren seit vielen Jahren miteinander und sind durch seine Aktivitäten in der Flüchtlingshilfe in unserer Arbeit immer positiv inspiriert worden. Daraus sind mehrere Publikationen entstanden (siehe Coverfotos) sowie eine Reihe wertvoller Artikel in unserem DISS-Journal, zuletzt in Heft #47, Seite 6 ff., wo Heiko den „[g]efährlichen Populismus der Mitte“ kritisiert und zeigt, wie die Politik „Rechtsextremisten, Rassisten und der AfD in die Karten“ spielt, anstatt antirassistisches Engagement in der Zivilgesellschaft zu stärken. Manuela Schwesig hat in ihrer Laudatio betont, dass Heiko Kauffmann in „Zeiten, in denen populistische Stimmen lauter“ und „der Ton gegen Geflüchtete rauer geworden ist, ... klar und unbeirrbar“ bleibt.

*Wir gratulieren Heiko Kauffmann ganz herzlich zu dieser Wertschätzung und hoffen auf weitere produktive Zusammenarbeit.*

## Die Jazzprofessorin Ilse Storb ist gestorben

Von Margarete Jäger

Wir müssen uns leider von einer langjährigen Förderin unseres Instituts verabschieden. Am 8.11. ist Prof. Dr. Ilse Storb in Essen verstorben. Sie hat uns im DISS viele Jahre mit ihrer temperamentvollen Energie auf Veranstaltungen begleitet.

Ich habe Ilse Storb an der Duisburger Universität kennengelernt, wo sie u.a. auch Seminare mit meinem Mann Siegfried Jäger zum Thema „Sprache und Musik“ veranstaltet hat. Daraüber haben wir uns angefreundet und manchen Abend zusammen bei einem Glas Wein verbracht. Ihre Liebe zum Jazz und ihre Bemühungen, die Musik anderer Kontinente nach Deutschland zu tragen, sowie ihre Standhaftigkeit, auch schwierigen Situationen nicht auszuweichen, haben mich immer sehr beeindruckt. Mit dem von ihr gegründeten Labor für Weltmusik e.V. hat sie diese Arbeit institutionalisiert, die auch nach ihrem Tod weitergeführt wird. Informationen über die Aktivitäten des Labors finden sich unter [www.labor-fuer-weltmusik.de](http://www.labor-fuer-weltmusik.de)



# DISS-Journal



Zeitung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

1 / 1998



## Kriminal-Tango

"Nachts auf Deutschlands Straßen. Es vergeht keine Minute ohne Einbruch, Diebstahl, Vergewaltigung.

Nachts auf Deutschlands Straßen. Die Täter haben nichts zu befürchten. Sie betrinken sich in ihren Kneipen, laufen offen durch die Nacht, urinieren gegen Hauswände.

Nachts auf Deutschlands Straßen. Alle schweigen, doch die Wahrheit ist lange bekannt.

Die Statistiken beweisen es: 85% aller Verbrechen werden von Männern begangen. Die Gefängnisse sind voll von Männern.

Deutschland hat ein Männerproblem, aber niemand wagt das Tabu der Männerkriminalität anzusprechen!"

Die meisten Menschen werden solche Sätze als absurd empfinden, und kaum jemand wird aus den Zahlen einen "Handlungsbedarf" herauslesen. Wenn wir aber "Männer" durch "Ausländer" oder "Jugendliche" ersetzen, verändert sich die Absurdität in Evidenz, und es entstehen Artikel zu "Jugendkriminalität", "Ausländerkriminalität" und, als Gipfel der Bedrohung, "Kriminalität ausländischer Jugendlicher". Soviel zu Statistikbeweisen und der "deutlichen Sprache", die Zahlen angeblich sprechen.

Die Bekämpfung der Kriminalität ist zum Top-Thema geworden. Wir werden uns darauf einstellen müssen, daß es zu dem Wahlkampfthema werden wird. Die SPD hat nach England geschaut, wo Tony Blair law and order zum "Labour issue" machte. Das hat in Hamburg zwar nicht funktioniert, war aber vom Standpunkt des Machterhalts nicht so dumm, wie im Nachhinein kommentiert wurde.

Denn die Sozialdemokraten haben ein Trauma. Mit dem Thema "Asyl" und

### Liebe Leserinnen und Leser,

1997 ist das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) 10 Jahre alt geworden. Jetzt haben wir auch eine Institutszeitung. Das DISS-Journal wird zunächst zweimal im Jahr erscheinen. Für Freunde, Förderer und andere Interessenten soll die Zeitung Nachrichten, Kommentare, Ankündigungen, Berichte und Rezensionen aus den Arbeitsbereichen des Instituts bieten.

Tips, Anregungen und Kritik sind natürlich erwünscht. Wir fangen mit 16 Seiten an, werden uns aber wahrscheinlich, wie gewohnt, steigern - wenn die nächste Ausgabe erscheint.

Die Redaktion

### Aus dem Inhalt

Warum die Dinosaurier ausgestorben sind.....	2
Gefährlich fremd.....	4
Wie die Rechten die Hamburger Senatswahl beurteilen.....	5
Bioethik, Forschung und Grundrechte .....	6
10 Jahre DISS .....	10
Botho Strauß: Faschistoide Phantasmen.....	12

### Impressum:

Das DISS-Journal wird herausgegeben vom  
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)  
Realschulstr. 51  
47051 Duisburg  
Tel.: 0203 / 20249  
Fax: 0203 / 287  
<http://members/index.htm>

Druck: MF  
Detlev Meier  
47228 Duis

50. JUBILÄUMS-AUSGABE